

Ilko-Sascha Kowalczyk · Stefan Wolle

ROTER ★ STERN ÜBER DEUTSCHLAND



Ch. Links

Fünf Jahrzehnte lang standen auf deutschem Boden sowjetische Truppen, die dreimal stärker waren als die Nationale Volksarmee der DDR. An der Nahtstelle zwischen Ost und West verfügten diese Eliteeinheiten über atomare Mittelstreckenraketen auf mobilen Abschußrampen und standen für offensive Kampfhandlungen gegen die Bundesrepublik bereit. Zugleich diente die Streitmacht der Absicherung des östlichen Herrschaftsblocks, was während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 und beim Einmarsch in die Tschechoslowakei im August 1968 besonders deutlich wurde.

Die Autoren dokumentieren nicht nur die politische und militärische Entwicklung von 1945 bis 1994, sondern schildern anhand von lange Zeit geheimen Dokumenten und überraschenden Zeitzeugenaussagen auch das Innenleben der Kasernen und der streng abgeschirmten »Russenstädtchen« sowie das oft konfliktreiche Verhältnis zur ostdeutschen Bevölkerung. Zahlreiche Fotos, Statistiken und Zitate komplettieren diese einzigartige Überblicksdarstellung.

2. Auflage

ISBN 978-3-86153-584-3



9 783861 535843

www.christoph-links-verlag.de

Ilko-Sascha Kowalczuk • Stefan Wolle

Roter Stern **über Deutschland**

**Sowjetische Truppen
in der DDR**

Ch. Links Verlag, Berlin

Wissenschaftliche Fachberatung: Kurt Arlt,
Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

2., durchgesehene Auflage, März 2010
© Christoph Links Verlag GmbH, 2001
Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin, Tel.: (030) 44 02 32-0
www.christoph-links-verlag.de; mail@christoph-links-verlag.de

Umschlaggestaltung: KahaneDesign, Berlin,
unter Verwendung einer Vorlage der ORB-Grafik
Satz und Lithos: LVD GmbH, Berlin
Druck und Bindung: Druckerei F. Pustet, Regensburg

ISBN 978-3-86153-584-3

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 16

Inhalt

«Soldaten sehn sich alle gleich»	7
--	---

«Die Russen kommen!»

Das Ende des Zweiten Weltkrieges

April 1945	19
Schlacht um die Seelower Höhen.....	21
Tragödie der Reichshauptstadt und Kapitulation Hitlerdeutschlands.....	22
Erste Begegnungen mit den Russen	27
Sowjetische Kriegspropaganda	31
Vergewaltigungen	35
Erste politische Massnahmen	40

Demokratische Erneuerung oder Sowjetisierung?

Der innere Aufbau der Sowjetischen Besatzungszone

Die Nachkriegsordnung auf dem Verhandlungstisch der Siegermächte	45
Der Alliierte Kontrollrat.....	50
Sowjetische Militäradministration (SMAD)	54
Sowjetische Generale in Deutschland	58
Entscheidungshoheit der Besatzungsmacht.....	63
Bodenreform	64
Demontagepolitik	67
Schul- und Hochschulreform	76
Entnazifizierung	80
Sowjetische Militärtribunale	82
Speziallager	86
Aufbau des ostdeutschen Polizeistaates	89
Alltag der Besatzung	94
Schrittweise Übertragung der Regierungsgeschäfte an die DDR.....	98

«Waffenbrüder – Klassenbrüder»

Die sowjetische Armee in der DDR	
Die Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen (GSBT)	104
Stationierungsabkommen und Stationierungskosten	106
Die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD)	114
Die GSSD als strategischer Vorposten der Sowjetarmee	118
Wünsdorf oder «Wjunsdorf» ?	123
Sowjetische Geheimdienste in Deutschland	126
Leben in den Kasernen	132
Straftaten der sowjetischen Soldaten	145
Neue Beziehungen im Zeichen von Glasnost und Perestroika	153

Armee an der Nahtstelle des Kalten Krieges

Die sowjetischen Truppen in den Krisen des Sowjetblocks	
Deutschland in Zeiten der Blockkonfrontation	160
Berlin-Blockade 1948/49	163
Volksaufstand in der DDR im Juni 1953	167
Gründung des Warschauer Paktes 1955	179
Mauerbau 1961	182
Ende des «Prager Frühlings» 1968	190
Polnische Krise 1980/81	201

«Lebe wohl Deutschland»

Das Ende der DDR und der Abzug der sowjetischen Truppen

Perestroika und DDR	206
Die Sowjetarmee während der friedlichen Revolution in der DDR	213
Zwei-plus-Vier-Verhandlungen	218
Der innere Zustand der Westgruppe und der Zerfall der Sowjetunion	219
Abzug der Westgruppe	221
Wohnungsbauprogramm für die Heimkehrer	225
Verfallende Kasernen und Truppenübungsplätze	226
Ehrenmale und Heldenfriedhöfe der Sowjetarmee	230
Die Abschiedsparade	238
Nachwort zur Neuauflage 2010	241

Anhang

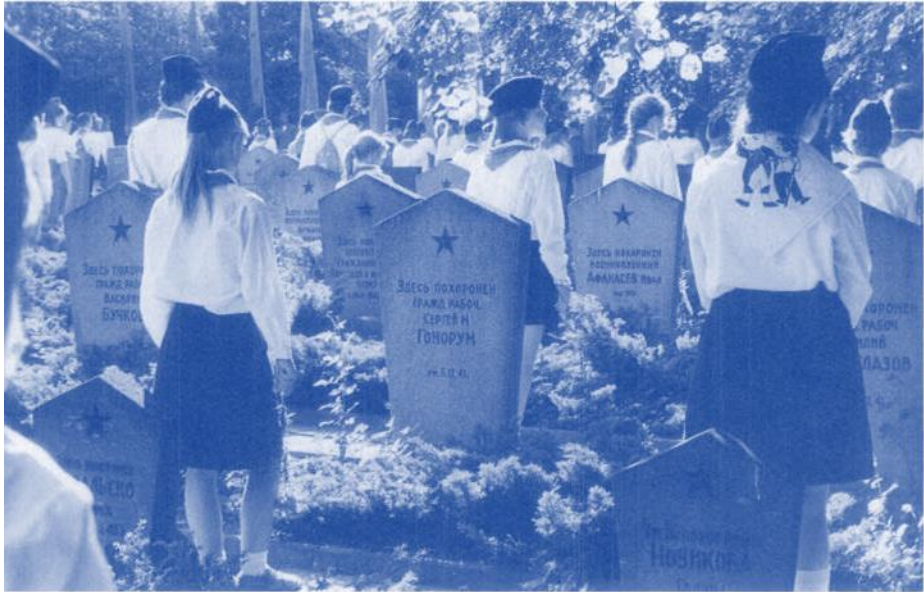
Anmerkungen	242
Abkürzungsverzeichnis	250
Personen-und Ortsregister	251
Bildnachweis	255
Zu den Autoren	256

«Soldaten sehn sich alle gleich»

Am 8. Mai, dem «Tag der Befreiung», herrschte meist strahlender Sonnenschein. Das frische Grün der Bäume, der blaue Himmel und der bunte Fahnschmuck verbreiteten eine feierliche und fröhliche Stimmung. Die öffentlichen Gebäude und Einzelhandels-einrichtungen waren beflaggt, und auch die pflichtbewussten Staatsbürger hatten eine Fahne aus dem Fenster gehängt. Zumeist war es die Fahne vom 1. Mai, die sie aus praktischen Gründen hatten hängen lassen. Zum «Tag der Befreiung», der in der DDR bis 1968 als gesetzlicher Feiertag schulfrei war, fuhren die Klassen, gekleidet mit weisser Bluse und blauem Halstuch, gemeinsam zu einem der Soldatenfriedhöfe für die gefallenen Helden der Sowjetarmee. Da fast überall in den letzten Kriegstagen gekämpft worden war, gab es zahlreiche Soldatengräber im Lande. Je nach Grösse und Bedeutung des Ortes waren sie mit Blumenrabatten, Marmortafeln, Obelisken und Skulpturen verziert. An anderen Stellen standen sowjetische Panzer vom Typ T 34 oder Sturmgeschütze auf gemauerten Podesten.

In Berlin war das monumentale Ehrenmal im Treptower Park ein beliebtes Ziel für solche Ausflüge am «Tag der Befreiung». Dort steht inmitten des Parks auf einem künstlich aufgeschütteten Hügel ein überlebensgrosser Sowjetsoldat in Bronze. In der Rechten hält er ein gewaltiges Schwert, auf dem linken Arm trägt er ein kleines Mädchen. Unter seinem mächtigen Stiefel liegt das zertretene Hakenkreuz. Barhäuptig und mit unmilitärisch langen Haaren blickt der Bronzesoldat ernst und zugleich gütig in die Ferne. In den Lesebüchern der DDR-Schulen war die Geschichte von dem tapferen sowjetischen Soldaten, der während der Kämpfe in Berlin ein deutsches Mädchen aus den Flammen einer brennenden Ruine gerettet hat, nachzulesen. Auch als Aufsatzthema war die Geschichte beliebt, und brav schrieben Generationen von Schulkindern, diese Heldentat zeige, dass der Sowjetsoldat gekommen war, das deutsche Volk vom Faschismus zu befreien. Zum Schulstoff gehörte auch ein Gedicht von Johannes R. Becher, «Staatsdichter» und von 1954 bis 1958 Minister für Kultur: «Sterne unendliches Glühen». Kalt und glatt wie Marmor sind die Reime dieses Dichters der Stalin-Oden und doch so sentimental und eingängig wie die damals modernen deutschen Schlager.

Die Lesebuchgeschichte, die Lieder und Gedichte waren so süsslich betäubend wie



Jungpioniere gedachten jedes Jahr am 8. Mai, dem «Tag der Befreiung», der Gefallenen der Roten Armee, hier in einem sowjetischen Ehrenhain bei Karl-Marx-Stadt (Chemnitz).

der Veilchengeruch des sowjetischen Einheitsparfüms «Krasnaja Moskwa», nach dem das ganze Imperium zwischen Wladiwostok und Marienborn duftete. Es war eine Märchenwelt, die sich uns auftat. Sie war so bewegend und unreal, so schön und erhaben wie der Film über Ilja Muromez, den altrussischen Recken, der gegen die Tataren zu Felde zog, einen furchtbaren Drachen besiegte und die schöne Wassilissa der Macht der Goldenen Horde entriß. Die Amerikaner kämpften um die Seele des deutschen Volkes mit Kaugummi, Jazzmusik und Comicstrips. Die Russen hatten einen höheren Anspruch. Sie wollten das vom faschistischen Ungeist vergiftete deutsche Volk zu den humanistischen Werten bekehren. Im Moskauer «Verlag für fremdsprachige Literatur» erschienen grossformatige bunte Bücher mit den Märchen Alexander Puschkins oder Alexej Tolstois Nacherzählung von Carlo Collodis Kinderklassiker «Pinocchio». Als «Burattino» eroberte er die Herzen der Kinder und wurde zum Namenspatron von Kindergärten und Spielzeugläden. Väterchen Frost, die Hexe Baba-Jaga und Karandasch mit der Bleistift Nase wurden so populär wie Tarzan und Donald Duck im Westen. Der Kalte Krieg in den Kinderzimmern und auf den Schulhöfen wurde durchaus mit einer gewissen Verbissenheit geführt. Taschenkontrollen am Schultor waren an der Tagesordnung. Mit wichtiger Miene wurden die bunten Bildergeschichten aus dem Westen als «Schund- und Schmutzliteratur» vom Pionierleiter «eingezogen». Wahrscheinlich war das der Grund, warum Väterchen Frost und Burattino im Kampf gegen Tarzan keine Chance

Sterne unendliches Glühen
Von Johannes R. Becher

Wer hat vollbracht all die Taten,
Die uns befreit von der Fron?
Es waren die Sowjetsoldaten,
Die Helden der Sowjetunion.

Die Welt von Licht überflutet –
Wir wußten es immer schon:
Für aller Glück hat geblutet
Das Herz der Revolution.

Dank euch, ihr Sowjetsoldaten!
Euch Helden der Sowjetunion!

Es hat auch für dich geblutet
Das Herz der Sowjetunion!

Wem dankt all das Gute und Schöne
Der deutsche Arbeitersohn?
Er dankt es dem Blute der Söhne,
Der Söhne der Revolution!

Sterne unendliches Glühen,
Lieder singen davon:
Es brachte die Welt zum Blühen
Das Blut der Sowjetunion.

Vergeßt nicht das Blut der Söhne,
Der Söhne der Revolution!

Es brachte der Welt den Frieden
Das Blut der Sowjetunion

*Johannes R. Becher: Sterne unendliches Glühen. Die Sowjetunion in meinen Gedichten
1917 – 1951. Berlin 1951*

hatten. Doch es war nicht ihre Schuld. Es gab zauberhafte sowjetische Kinderfilme und wunderbar gestaltete Bücher vom Zaren Saltan, vom Tierhäuschen, von Nimmerklug in Knirpsenstadt, dem Zauberer in der Smaragdenstadt oder von der Fürstin Koschka. Das Märchenbuch des russischen Dichters Samuil Marschak erschien seit 1957 in zahllosen Auflagen in deutscher Übersetzung im Kinderbuchverlag Berlin. Es beginnt mit den Versen: «Tili Born! – Denkt euch ein Haus, / wie ein Prunkschloss sieht es aus, / Tor und Fenstersims und Giebel / fein geschnitzt, bemalt nicht übel! / Schon der Teppich, goldgewirkt, / vor der Tür für Reichtum bürgt. / In dem Haus wohnt eine Dame, / Fürstin Koschka ist ihr Name.»

Die Sowjetunion war so ein Märchenschloss voller wunderbarer Dinge. Den Atomeisbrecher «Lenin», die Staudämme an der Wolga und immer wieder den Sputnik gab es als Bilder in den Kinderzeitungen, im Fernsehen und als Nippes. Als Gastgeschenk oder Reiseandenken hielten solche Herrlichkeiten Einzug in die Wohnzimmer der DDR: ein goldener Spasskiturm mit rubinrotem Stern beispielsweise, dessen eingebaute Spieldose das Glockenspiel des Kreml intonieren konnte. Oder ein Modell des «Sputnik 1», der die Funksignale des ersten künstlichen Erdtrabanten spielte. Wie ein Triumphmarsch tönten die Morsezeichen und verbreiteten die Botschaft vom Sieg des Kommunismus. «Hejo, Sputnik, hoch am Himmelszelt, sag, was siehst du bei der Reise um die Welt?» sangen die Jungen Pioniere. Und der sowjetische Erdtrabant antwortete

in einer Art Wechselgesang: «Ich seh' vom Gelben Meer herüber bis zum Elbestrand die Schar der befreiten Völker, mittendrin mein Heimatland. Die Fahnen leuchten rot und die Gesänge klingen froh!» Darauf der Chor: «Hejo Sputnik, otschen choroscho!» Die Schulkinder verzierten kleine Schulheftchen im Oktavformat, sogenannte Vokabelhefte, mit einem Sputnik aus Buntpapier. In solche «Sputnikhefte» wurden regelmässig die guten Taten eingetragen: die Resultate der Altstoffsammlung, die Lernergebnisse und die sportlichen Erfolge.

Gut und Böse waren wie im Märchen genau verteilt, und es gab keinen Grund, daran zu zweifeln, dass der Sowjetsoldat für alles Gute, Wahre und Schöne auf der Welt stand: gutmütig, einfach, stark und am Ende immer siegreich. So sah auch die bronzene Heldengestalt aus, die sich als zentrales Bildmotiv durch die politische Ikonographie der DDR zog.

In der Wirklichkeit trugen die Sowjetsoldaten keine Schwerter. Sie sahen auch nicht so heroisch und denkmalwürdig aus wie der Bronzesoldat mit seinem wehenden Umhang, dem harten kantigen Gesicht und dem langen Haarschopf. Die echten Rotarmisten wirkten im Gegenteil recht schäbig in ihren olivgrünen verwaschenen, oft nur notdürftig geflickten Uniformen, ihren schiefersitzenden, meist viel zu grossen Käppis und den unförmigen und sicher auch unbequemen Knobelbechern. Kahlgeschoren mit kindlich grossen Augen schienen sie eher erbarmungswürdig. Furcht und Hass erregten diese Soldaten am Tage schon lange nicht mehr. Vielmehr erzeugte es Mitleid, dass sie fern der Heimat in Deutschland ihren Dienst leisten mussten. Der Muschik in Soldatenuniform wurde eher als Opfer denn als Protagonist des Systems empfunden. «Soldaten sehn sich alle gleich/Lebendig oder als Leich» sang Wolf Biermann in einem seiner besten Lieder. Zur Begeisterung der Kinder fuhren die Russen, wie man eigentlich immer sagte, mit kleinen Pferdewagen umher, auch dann noch, als solche Fuhrwerke in der DDR eigentlich schon lange zur Vergangenheit gehörten. Diese Panjewagen wurden von kleinen zottigen Pferden gezogen. Die Soldaten lachten, wenn die Kinder den Pferden ein Stück Zucker gaben, und liessen sie ein Stück mitfahren. Es war eine besondere Welt mit einer besonderen Farbe. Die Pferdewagen, die windschiefen Zäune der Kasernen, die Schilderhäuschen am Kasernentor, selbst die Häuser waren oft mit einem unnachahmlichen grünen Anstrich versehen. Man nannte diese charakteristische Farbe «Rus-sengrün».

Hinter den Zäunen führten die Russen ihr eigenes Leben, fernab vom Alltag der DDR. Die wenigen Begegnungen mit der deutschen Bevölkerung waren streng reglementiert, und es gab sie weitaus seltener, als man angesichts der ständigen Freundschaftsbekundungen glauben möchte. Auch von den Soldaten der Nationalen Volksarmee der DDR waren sie streng isoliert. Wenn sie auf Truppenübungsplätzen einmal aufeinandertrafen, stellte sich jenseits der offiziellen Freundschaftsparolen schnell ein Einvernehmen her. Es gibt eine natürliche Solidarität derer, die auf der gesellschaftlichen Stufenleiter ganz unten stehen. Wenn sie sich von ihren Vorgesetzten unbeobachtet



«Marsch der Freundschaft» in Hoyerswerda. Im Anschluss an Manöver führen die Soldaten durch zahlreiche Städte, wo sie offiziell begrüßt wurden.

wähnten, versuchten sie Kleinigkeiten aus den Armeebeständen zu verkaufen, oder sie boten Kofferradios, Uhren und Rasierapparate zum Verkauf an. Teilweise wurden diese Produkte ohne westliche Lizenz in der Sowjetunion einfach «nachgebaut». Sie waren tatsächlich preiswert und von solider Qualität. Den Familienangehörigen begegnete man gelegentlich in Geschäften oder auf der Strasse. Auch sie lebten in der geschlossenen Welt der sowjetischen Kasernen, hatten dort ihre eigenen Kindergärten, Schulen, Ambulatorien und Geschäfte. Das «Magasin» war die einzige für die DDR-Bevölkerung interessante Einrichtung der Besatzungsmacht. Dort gab es zu moderaten Preisen russischen Kaviar, Ölsardinen in Büchsen mit Öffner, Zigaretten mit Pappmundstück Marke «Belomorkanal», den Krimsekt «Sowjetskoje Schampanskoje» und das beliebte Mischka-Konfekt. Auf dem bunten Einwickelpapier war eine Braunbärenfamilie nach einem Gemälde des berühmten russischen Waldmalers Iwan Schischkin abgebildet.

Natürlich gab es in der DDR viele Leute, die grundsätzlich etwas gegen die Sowjetunion hatten, und sei es nur deswegen, weil sie der Meinung waren, dass die SED-Herrschaft allein und ausschliesslich auf den Bajonetten der Besatzungsmacht ruhte. Das sowjetische Eingreifen am 17. Juni 1953 rettete die Arbeiter-und-Bauern-Macht vor den Arbeitern und Bauern, und niemand hat dies deutlicher empfunden als die Herrschenden selbst. Drei Jahre später schlugen sowjetische Truppen den Aufstand des ungarischen Volkes blutig nieder. Am 13. August 1961 sicherten sowjetische Panzer den Bau der Mauer in Berlin. Im August 1968 beendeten die Sowjetpanzer das Experiment des Prager Frühlings, das Sozialismus und Menschlichkeit miteinander in Einklang bringen wollte. Wiederum zwölf Jahre später fuhren polnische Panzer sowjetischer Bauart auf den Strassen des Nachbarlandes auf, um ein Regime zu retten, das so gründlich abgewirtschaftet hatte wie selten ein System in der Geschichte. Jeder in der Welt wusste, dass die Verhängung des Kriegsrechtes in dem aufsässigen Land nur vor dem Hintergrund sowjetischer Interventionsdrohungen möglich war.

Trotz all dieser historischen Erfahrungen konnte der überwiegende Teil der DDR-Bevölkerung sehr genau zwischen dem einzelnen Soldaten und dem System unterscheiden, das den grauen Zinnsoldaten aufgestellt hatte, um die *pax sovietica* in der westlichsten Provinz des Grossreiches zu garantieren. Der Sowjetsoldat in all seiner Schätzigkeit blieb irgendwie auch immer der Befreier vom Hitlersystem. Bei allem Unrecht und Leid, das die Besetzung Deutschlands im Jahre 1945 mit sich gebracht hatte, wusste man in der DDR doch sehr genau, wer an diesem Krieg schuld gewesen war und wer ihn gewonnen hatte. Der Sieger war weniger die Sowjetunion oder die Kommunistische Partei oder gar Stalin, sondern der einfache russische Soldat. Über Stalins schwere strategische Fehler, die Millionen Sowjetsoldaten Tod und Gefangenschaft gebracht hatten, konnte man seit den Enthüllungen der Chruschtschow-Zeit auch in der DDR einigermaßen offen reden. Viele lasen damals den 1962 erschienenen Roman von Konstantin Simonow «Die Lebenden und die Toten» oder sahen den gleichnamigen sowjetischen



Verabschiedung einer Raketeneinheit in Waren an der Müritz, die im Rahmen der Abrüstungsvereinbarungen 1988 in die Sowjetunion zurückverlegt wurde.

Film aus dem Jahr 1964. Die russischen Soldaten und Offiziere in diesen Filmen und Büchern kämpften nicht für Stalin, sondern trotz Stalin und dessen Terrorsystem. Es folgten weitere Bücher von Simonow und anderen Autoren, in denen das Leid und der Heroismus des einfachen Sowjetmenschen dargestellt wurden. Die Romane aus der Sowjetunion wurden statt der offiziellen Geschichtsdarstellungen gelesen. Die literarischen Texte erzählten jene Geschichten, die im Schulunterricht und in den Geschichtsbüchern der Sowjetunion wie der DDR nicht vorkommen durften. Auch wenn die deutschen Leser oder deren Väter auf der anderen Seite der Front gekämpft hatten, empfanden viele den russischen Soldaten als eine Art Kameraden auf dem Leidensweg des 20. Jahrhunderts.

Wolf Biermann hat in seinem «Wintermärchen» versucht, diesen Widerspruch in poetischen Metaphern zu erfassen. Während einer Reise von Berlin nach Hamburg im Jahre 1964 sieht er aus dem Zugfenster Soldaten der Sowjetarmee am Bahngleis stehen und Machorka rauchen. Sie waren die Befehlsvollstrecker einer Besatzungsmacht, die in ihrem Herrschaftsbereich jeden Widerstand unterdrückten, und doch waren sie auch die Befreier vom Faschismus.

Als es seit den fünfziger Jahren möglich wurde, mit Intourist die Sowjetunion zu bereisen, griffen viele DDR-Bürger in Ermangelung anderer Reisemöglichkeiten gern

**Aus: Deutschland. Ein Wintermärchen
Von Wolf Biermann**

Schwanheide ist der Grenzbahnhof
Wir hielten nur Sekunden
Die Grenzer und die Zolljungfrau
Sind aus dem Zug verschwunden

Die Grenze selbst war kaum zu sehn
Die Stacheldrahtbarrieren
Zwei Rotarmisten standen müd
Mit Schnellfeuergewehren

In ihren Fingern hielten sie
Die scharfen Papyrossi
Der eine warf die Kippe weg
Der andere genoß sie

Im Weiterfahren dachte ich:
Ihr armen armen Schweine
Wozu steht ihr am Arsch der Welt
Euch in den Bauch die Beine

Im letzten Krieg, im blutigsten
Von allen großen Kriegen
Da schossen eure Väter gut
Und starben wie die Fliegen

Für nichts für alles und für mich
Verloren sie ihr Leben
Und ihr verliert jetzt eure Zeit
(Weiß ich was noch daneben!)

Ich salutiere innerlich
Den kahlgeschorenen Freunden
Ihr seid das Rückgrat unsrer Macht
Euch werd ich nie verleumden!

Euch werd ich immer vorteilhaft
Und lobend nur erwähnen!
Den Russenbär, ich lieb ihn mehr
Als Großdeutschlands Hyänen

Der Zottelbär, der russische
Ist nicht mehr so romantisch

Wie Heines Tanzbär Atta Troll
Auch nicht so dilettantisch

Wie Becher ihn besungen hat
In seinen glatten Oden
Bei Becher hat der Bär kein Herz
Kein Hirn und keine Hoden

Genossen mit dem roten Stern
Soldaten, Offiziere
Ich liebe euch die Menschen und
Sogar die höheren Tiere

Ihr habt ja dem Heil-Hitler-Volk
Den Reißzahn ausgezogen
Habt es befreit belehrt bekehrt
Und freilich auch belogen

Ihr exportieret ja nicht nur
Abstrakte Menschlichkeit
Ihr gabt uns Knüppel mit
In dieser harten Zeit

Die Macht des Proletariats
– beziehungsweise derer
Die sie vertretungsweise noch
Ausüben unsre »Lehrer« –

Die ganze rote Richtung war
Nach zwölf Jahren Faschismus
Ein unwillkommenes Geschenk
(Zumal der Sozialismus

Von damals noch ein Krüppel war
Ein widerliches Zwitter:
Halb Menschenbild, halb wildes Tier
Halb Freiheit und halb Gitter)

Wenn ich wo Rotarmisten seh
Dann blutet meine Wunde
Der Deutsche ist schon wieder fett
– Sie leben wie die Hunde

*Wolf Biermann: Deutschland. Ein Wintermärchen, Kapitel V. Aus Nachlaß 1 von
Wolf Biermann, © 1977 bei Verlag Kiepenheuer&Witsch Köln*

zu den Angeboten der staatlichen sowjetischen Touristikgesellschaft. Die Reiseziele waren so begrenzt wie die etwas attraktiveren Ferienplätze am Schwarzen Meer oder im Kaukasus. Es gab auch eine Menge Bürokratie, und die Gruppenreisen von Jugendtouristik waren mit ideologischen Belehrungen und offiziellen Freundschaftstreffen verbunden. Immerhin konnte man reisen, und es gab im Osten ein grosses und interessantes Land zu entdecken. So notorisch wie die Redereien über den Zustand der öffentlichen Toiletten im Wunderland des Kommunismus war die Erfahrung der russischen Gastfreundschaft gerade gegenüber Deutschen. Die Gruppenreisenden kehrten aus Moskau und Leningrad mit der Botschaft zurück: Die Russen sind ohne Hass gegenüber den Deutschen. Auch sie können sehr genau zwischen dem Hitlersystem und dem einfachen Soldaten unterscheiden, der in den Krieg geschickt wurde. Sie sind gegenüber den Verhältnissen in Deutschland voller Neugier und Aufgeschlossenheit.

Die Neugier war beiderseitig. Auch kritische Geister und heimliche Systemgegner in der DDR wussten, dass die Verhältnisse nur im Einvernehmen mit der Sowjetunion geändert werden könnten. Mit grosser Aufmerksamkeit verfolgten gerade Intellektuelle immer wieder die Vorgänge in der Sowjetunion. Im Februar 1956 war es die berühmte Geheimrede Nikita Chruschtschows vor dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die auch in der DDR die Hoffnung auf bessere Zeiten nährte. Es war der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der mit seinem Roman «Tauwetter» der Periode ihren Namen gab. Die Intellektuellen der DDR verfolgten sehr genau alle Vorgänge in der Sowjetunion. Anfang der Sechziger Jahre begannen sowjetische Ökonomen über neue Modelle der Wirtschaftsführung nachzudenken. In der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei betrachtete man diese Diskussionen als grünes Licht für Wirtschaftsreformen, deren Ziel eine höhere Effizienz der Planwirtschaft war. Parallel dazu vollzog sich die zweite Phase der Entstalinisierung. In der Kulturpolitik gab es bemerkenswerte Lockerungen. Dies hatte durchaus Auswirkungen auf die DDR und die anderen kommunistischen Länder. Im Januar 1968 wurde in der Tschechoslowakei aus den vorsichtigen Reformen von oben eine gesamtgesellschaftliche Aufbruchsbewegung, welche die Macht der alleinregierenden Partei hinwegzuschwemmen drohte.

Nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes am 21. August 1968 in Prag legten sich Resignation und gesellschaftlicher Stillstand wie Mehltau über das Sowjetimperium. Während der Perestroika, als in der Sowjetunion eine neuerliche Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte begann, sprach man von der Periode der Stagnation. Doch diese Bezeichnung scheint die traurige Wirklichkeit auf unzulässige Weise zu beschönigen. In den langen Jahren der Senilität Leonid Breschnews schritt ein gesellschaftlicher Fäulnisprozess voran, der die seltsamsten Sumpfbüthen gedeihen liess. Hinter der brüchigen Fassade der alten Ideologie und der überkommenen Machtansprüche vollzog sich die Vereinigung der herrschenden Nomenklatura mit der frühkapitalis-

Soldat Soldat (1963)

Von Wolf Biermann

Soldat Soldat in grauer Norm
Soldat Soldat in Uniform
Soldat Soldat, ihr seid so viele
Soldat Soldat, das ist kein Spiel
Soldat Soldat, ich finde nicht
Soldat Soldat, dein Angesicht
Soldaten sehn sich alle gleich
Lebendig oder als Leich

Soldat Soldat, in grauer Norm
Soldat Soldat in Uniform
Soldat Soldat, ihr seid so viel
Soldat Soldat, das ist kein Spiel
Soldat Soldat, ich finde nicht
Soldat Soldat, dein Angesicht
Soldaten sehn sich alle gleich
Lebendig oder als Leich

Soldat Soldat, wo geht das hin
Soldat Soldat, wo ist der Sinn
Soldat Soldat, im nächsten Krieg
Soldat Soldat, gibt es kein Sieg
Soldat Soldat, die Welt ist jung
Soldat Soldat, so jung wie du
Die Welt hat einen tiefen Sprung
Soldat Soldat, am Rand stehst du

Wolf Biermann: Alle Lieder, S. 103f. © 1991 bei Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln

tisch agierenden mafiosen Halbwelt der «Neuen Russen». Nach Breschnews Tod am 10. November 1982 lösten einander verschiedene Greise im Amt des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei ab. Die Nachfolgekrise wurde zum Dauerzustand, und zu Recht wurde dies als Ausdruck der Unfähigkeit zu einer wirklichen Erneuerung empfunden.

Doch im März 1985 unterbrach der bis dahin vollkommen unbekannt und verhältnismässig junge Michail Gorbatschow überraschenderweise die Herrschaftsfolge der Gerontokraten. Der Mann mit den freundlichen Augen und dem Muttermal auf der Glatze wurde in der DDR schnell populär – populärer, als er es in seiner Heimat jemals war. Die Reden klangen verheissungsvoll. Für manche DDR-Bürger schienen sich nun endlich die Träume von einem demokratischen und menschlichen Sozialismus zu verwirklichen. Anderen erschienen die Redensarten von Demokratie und Umbau der Gesellschaft wie ein verwelkter Blumenstrauss einer längst vergangenen Liebe. Das Interesse an den Vorgängen in der Sowjetunion war jedenfalls ungeheuer gross. Wieder waren es vor allem Filme und Literatur, welche die Botschaft von «Glasnost» und «Perestroika» transportierten. Die beiden Begriffe gingen schnell in den deutschen Sprachgebrauch über. Besonders nach dem Verbot der sowjetischen Zeitschrift «Sputnik» wurden die deutschsprachigen Broschüren der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti zum Geheimtip. Die alte Parole «Von der Sowjetunion lernen, heisst siegen lernen» erhielt einen neuen ironischen Sinn. Die Staatsmacht der DDR war bis in die

Grundfesten verunsichert. Die Freundschaft zur Sowjetunion war bei allen ideologischen Wendungen und Verrenkungen immer die unabänderliche Grösse gewesen. Nun stellte sich die SED-Führung unter Erich Honecker fast offen gegen die Sowjetführung. Was auch immer die Absicht der sowjetischen Reformer gewesen sein mag – Tatsache ist, dass sich die Russen dem Demokratisierungsprozess in der DDR nicht in den Weg stellten. So konnte sich die Bevölkerung 1994 ohne übergrossen Schmerz, aber auch ohne Hass von den abziehenden Truppen verabschieden.

Wir wissen heute mehr über die Sowjetunion als die Jungpioniere, die vor einigen Jahrzehnten gläubig und ergriffen Blumensträuße auf die Gräber der Sowjetsoldaten gelegt haben. Wir wissen Bescheid über Heldenkitsch und über die Ästhetik der Stalinzeit, die in ihrer Verherrlichung des Todes fürs Vaterland der Ästhetik der besiegten Nazis so verdächtig ähnlich war. Aus der Distanz der Jahre ist deutlich: Die Jungpionierparolen der frühen Jahre waren so brüchig wie die Granitplatten der Monumente des Heldengedenkens. Hinter der Fassade aus Marmor und Granit zerfrass der Rost die Stahlträger, die das Bauwerk zusammenhalten sollten. Und doch bleiben die Ikonen der Kindheit lebendig. In all unserem Wissen um die historischen Zusammenhänge gedenken wir in Achtung und Trauer der sowjetischen Soldaten, die in einem Krieg gegen die faschistische Tyrannei starben und die hier in fremder Erde begraben liegen. Wir erinnern uns an die olivgrün uniformierten Fremden in unserem Land und gedenken mit Respekt jenes Russlands, das 1989 über den eigenen Schatten der machtpolitischen Ambitionen und der Welterlösungsideologie sprang und sich der Einheit und Freiheit der Deutschen nicht in den Weg stellte.



Neben den Soldaten hatte die Zivilbevölkerung am stärksten unter den Kämpfen um Stalingrad zu leiden.

«Die Russen kommen!»

Das Ende des Zweiten Weltkrieges

April 1945

Die endgültige militärische Niederlage Hitlerdeutschlands war im April 1945 nur noch eine Frage der Zeit. Ende März hatten die sowjetischen Truppen nach schweren Kämpfen die alte Festungsstadt Küstrin an der Oder erobert und westlich des Flusslaufes, in der kargen und dünn besiedelten Ebene des Oderbruchs, einen Brückenkopf eingenommen. Dann kam die Front für einige Tage zum Stehen. Die Sowjetarmee bereitete ihre letzte grosse Offensive vor. Stalin zitierte die Oberbefehlshaber der Fronten, die Marschälle Georgi Shukow und Iwan Konew, der diese Visite bei Stalin besonders plastisch beschrieben hat, zu sich nach Moskau, um die abschliessenden militärischen Operationen zu planen. Der Kommandeur der in Pommern operierenden 2. Belorussischen Front, Marschall Konstantin Rokossowski, war als Oberbefehlshaber im Kampfgebiet unabhkömmlich, da die Operationen zur Eroberung von Stettin noch andauerten und er zunächst mit seiner Armee auch nicht am Vorstoss auf Berlin teilnehmen sollte.

Geschickt spielte Stalin die Marschälle Shukow, Konew und Rokossowski gegeneinander aus. Alle drei brannten vor Ehrgeiz, den Ruhm des letzten Sieges an ihre Fahnen zu heften. Stalin verursachte dadurch einen mörderischen Wettlauf dreier Armeegruppen nach Berlin, der ohne Rücksicht auf Verluste an Menschen und Material geführt wurde. Als Tag des Angriffs wurde der 16. April festgelegt, der Schwerpunkt der Operation lag zwischen dem Oder-Spree-Kanal und dem Oder-Havel-Kanal auf einer Breite von ungefähr neunzig Kilometern. Die 1. Belorussische Front unter Marschall Shukow sollte die deutschen Verteidigungslinien an den Seelower Höhen durchbrechen, Berlin aus der Bewegung herausnehmen und bis zum 15. Operationstag zur Elbe durchstossen. Südlich der Armeegruppe Shukows bezog die 1. Ukrainische Front unter Marschall Konew ihre Stellungen, um die Neisse zu überschreiten und bis Wittenberg vorzustoßen. Nördlich stand die 2. Belorussische Front unter Marschall Rokossowski. Deren Befehl lautete, zwischen Stettin und Schwedt über die Oder zu gehen, Stettin einzunehmen und nach Mecklenburg vorzurücken. Für die Berliner Operation standen auf einem Ab-

Marschall Konews Erinnerungen an Stalins Befehl zur Eroberung von Berlin

Am 1. April 1945 befahl das Hauptquartier den Oberbefehlshaber der 1. Belorussischen Front, Marschall der Sowjetunion Shukow, und mich nach Moskau. Stalin empfing uns wie gewöhnlich in seinem grossen Arbeitszimmer mit den Porträts Suworows und Kutusows an der Wand und der langen Tafel in der Mitte. Ausser Stalin waren noch die Mitglieder des Staatlichen Verteidigungskomitees, der Chef des Generalstabes, Antonow, und der Chef der Operativen Verwaltung, Schtemenko, anwesend. Nach kurzer Begrüssung fragte Stalin, ob uns die Entwicklung der Lage bekannt sei. Shukow und ich antworteten, dass uns die Lage so weit bekannt sei, wie bei unseren Fronten Angaben darüber vorlägen.

«Lesen Sie ihnen das Fernschreiben vor», wandte sich Stalin an Schtemenko.

Seinem Inhalt entnahmen wir, dass das anglo-amerikanische Oberkommando eine Operation zur Einnahme Berlins vorbereitete, um die Stadt vor der Roten Armee zu besetzen. Dazu werde eine starke Gruppierung unter dem Oberbefehl von Feldmarschall Montgomery gebildet. Die Hauptstossrichtung sei nördlich der Ruhr, auf dem kürzesten Weg, der die britische Hauptgruppierung von der deutschen Hauptstadt trennt, geplant. (...) «Wer wird Berlin nehmen, wir oder die Alliierten?» wandte sich Stalin an Shukow und mich, nachdem Schtemenko das Fernschreiben vorgelesen hatte.

«Berlin nehmen wir, und zwar vor den Alliierten», antwortete ich.

«Sie sind ja kühn!» lächelte Stalin, um gleich darauf sachlich fortzufahren: «Und wie wollen Sie die dazu erforderliche Gruppierung schaffen? Ihre Hauptkräfte befinden sich doch am linken Flügel. Sie werden vermutlich in grossem Massstab umgruppieren müssen.»

«Seien Sie unbesorgt, Genosse Stalin», erwiderte ich. «Die Front wird alle notwendigen Massnahmen treffen und rechtzeitig eine Gruppierung für die Offensive in Richtung Berlin schaffen.» Shukow, der nach mir zu Worte kam, meldete, dass seine Truppen bereit seien, Berlin zu nehmen. Die mit Truppen und technischen Kampfmitteln voll aufgefüllte 1. Belorussische Front stand damals – und dazu noch auf kürzeste Entfernung – direkt in der Stossrichtung Berlin.

«Gut», schloss Stalin, «Sie werden Ihre Pläne gleich hier im Generalstab ausarbeiten und sie in ein oder zwei Tagen nach Fertigstellung dem Hauptquartier vorlegen, damit Sie sofort mit bestätigten Plänen zu Ihren Fronten zurückkehren können.»

Iwan Stepanowitsch Konew: Das Jahr fünfundvierzig. 4. Aufl., Berlin 1982, S. 72-73

schnitt von über 300 Kilometern 2,5 Millionen Soldaten, 6'250 Panzer, 41'600 Geschütze sowie 7'500 Kampfflugzeuge zur Verfügung.

Der frontale Angriff Shukows aus dem Küstriner Brückenkopf heraus über die schwer zu überwindenden Seelower Höhen in Richtung Berlin war rein politisch, nicht militärtaktisch motiviert. Stalin ging es um den Symbolwert der Eroberung der Reichshauptstadt. Damit wollte er sich eine günstige Ausgangsposition bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen um die Nachkriegsregelungen verschaffen. Die Zeit drängte. Die Westfront war praktisch zusammengebrochen. Nachdem die westlichen Alliierten den

Rhein überschritten hatten, wurden 17 deutsche Divisionen am 1. April 1945 im Ruhrgebiet eingekesselt. Franzosen, Amerikaner und Briten stiessen nach Süddeutschland und Österreich vor, und angesichts des immer schwächer werdenden deutschen Widerstands war auch der Vormarsch nach Mitteldeutschland nur noch eine Frage von Tagen. Manche britischen und amerikanischen Generale wären nicht abgeneigt gewesen, in Richtung Berlin vorzustossen, doch sie erhielten vom Oberkommandierenden General Dwight D. Eisenhower nicht die dafür erforderlichen Anordnungen. Dieser befahl den britischen und amerikanischen Streitkräften vielmehr, an der mit den Russen vereinbarten Demarkationslinie haltzumachen. Die amerikanische Führung war nicht bereit, für einen rein politischen Erfolg kurz vor Kriegsende Zehntausende amerikanische Soldaten zu opfern. Auch wollte sie nicht – anders als der britische Premier Winston Churchill – das Verhältnis zur Sowjetunion bereits vor Kriegsende einer derartigen Belastung aussetzen.

In Berlin hatte sich Hitler im Bunker der Reichskanzlei verkrochen und schickte ohne Skrupel Soldaten und Volkssturmänner in den verlorenen Krieg. Er weigerte sich, dem Rat seiner letzten Getreuen zu folgen und nach Süddeutschland zu fliehen. Er wollte in Berlin vor der grossartigen Kulisse einer Art Wagnerschen Götterdämmerung sterben. Dadurch machte er die Millionenstadt zum Kampfgebiet. Und seine Generale, das Offizierskorps und die Masse der Mannschaften gehorchten bedingungslos. Das letzte Aufgebot bestand zum erheblichen Teil aus frisch rekrutierten Soldaten, Minderjährigen und alten Männern, die schlecht ausgebildet und mangelhaft ausgerüstet in die letzte Schlacht zogen. Seit Ende März wurden zwischen Berlin und der Front tief gestaffelte Verteidigungsanlagen ausgehoben und die letzten Kräfte konzentriert. Ideologischer Wahn, die Angst vor den Russen und den Exekutionskommandos der SS, ein falscher Begriff von Treue und Ehre – dies alles liess die deutschen Soldaten in aussichtsloser Lage ein mörderisches Heldentum entwickeln, welches das Leben von Hitler und seinen Paladinen um 14 Tage verlängerte und 200'000 Menschen das Leben kostete.

Schlacht um die Seelower Höhen

Die Nacht vor dem letzten Angriff war kalt und sternenklar. Bereits am Vortag hatte man auf Befehl Marschall Shukows die Truppenfahnen in die vorderen Stellungen gebracht. Die Banner, die seit der Schlacht bei Stalingrad die Truppen begleiteten, sollten der Roten Armee auf ihrem Weg nach Berlin voranwehen. Um 3 Uhr Mitteleuropäischer Sommerzeit setzte ein derartig massiver Artillerieangriff ein, wie es ihn in der bisherigen Kriegsgeschichte noch nicht gegeben hatte. 20 Minuten später flammten über 100 Flakscheinwerfer auf, die das noch dunkle Gefechtsfeld taghell beleuchteten und den Gegner

blendeten. Das ferne Grollen der Artillerie und das Licht der Scheinwerfer sah man bis Berlin, wo sich unter den nach einer kurzen Bombennacht im Morgengrauen zur Arbeit eilenden Berlinern das Gerücht verbreitete, eine neue Wunderwaffe sei zum Einsatz gekommen.

Für die sowjetische Armee war der Angriff schwieriger als erwartet. Den deutschen Kommandostellen waren die sowjetischen Angriffsvorbereitungen nicht verborgen geblieben. Sie hatten Teile ihrer Truppen zurückgezogen. So traf die sowjetische Artillerie weitgehend ins Leere. Auch die Beleuchtung des Schlachtfeldes mit Scheinwerfern erwies sich als zweischneidig. Sie blendete die eigene Infanterie, deren Vormarsch sich gerade aufgrund der ungeheuren Konzentration der Waffentechnik verzögerte. Die Panzer waren wegen des aufgeweichten Bodens auf die wenigen Strassen angewiesen, sie stauten sich an Brücken und boten für die Deutschen in der heraufziehenden Morgendämmerung gute Ziele. Shukow musste um 14 Uhr Stalin telefonisch eingestehen, dass die Offensive festgefahren sei. Es gab ungeheure Verluste an Menschen und Kampftechnik. Am Abend befahl Stalin den Truppen Marschall Konew, ihre Angriffsrichtung nach Norden zu verschieben.

Am zweiten Tag der Offensive konnte die Rote Armee beträchtliche Geländegewinne erzielen. Erst jetzt kam ihre gewaltige Überlegenheit an Truppen und Material voll zur Geltung. Die deutschen Linien wurden durchbrochen, die Truppenteile fluteten in Richtung Berlin zurück. 80'000 deutsche und 30'000 sowjetische Soldaten starben den offiziellen Angaben zufolge in jenen sechs Tagen. Den Deutschen sollte es nicht mehr gelingen, eine geschlossene Verteidigungslinie aufzubauen.

Tragödie der Reichshauptstadt und Kapitulation Hitlerdeutschlands

Am 21. April erreichten die Verbände der 1. Belorussischen Front den östlichen Stadtrand von Berlin. Währenddessen drang die 1. Ukrainische Front im Süden von Berlin weiter vor. Am 25. April begegneten sich die Spitzen der Verbände von Marschall Konew und Marschall Rokossowski bei Ketzin nordwestlich von Potsdam. Damit war der Ring um Berlin geschlossen. Am selben Tag reichten sich amerikanische und sowjetische Soldaten bei Torgau an der Elbe die Hände. Das Restgebiet des Reichs war nun in zwei Hälften geteilt. Trotzdem gingen die Kämpfe im Stadtgebiet von Berlin mit unverminderter Härte weiter. Die von der Naziführung zur «Festung Berlin» proklamierte Reichshauptstadt hatte militärisch keine Chance, sich längere Zeit zu halten. Die Gesamtstärke der Besatzung einschliesslich Volkssturmeinheiten und Hitlerjungen wird mit 300'000 Mann angegeben. Ihnen standen 2,5 Millionen Sowjetsoldaten gegenüber.

Im Stadtgebiet entwickelte sich ein mörderischer Häuserkampf, der ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung geführt wurde. Jeder Häuserblock, jedes Haus, jedes Stockwerk, jeder Granattrichter sollte bis zum äussersten verteidigt werden. Die U-Bahn-schächte und die Kanalisation wurden für Umgehungsmanöver genutzt und sowjetische Truppen vielfach aus dem Hinterhalt angegriffen. Hitlerjungen mit Panzerfäusten gelang es, sich in der unübersichtlichen Ruinenlandschaft den sowjetischen Panzern zu nähern und sie ausser Gefecht zu setzen. In ihrem blinden Fanatismus wurden sie zu gefährlichen Gegnern. Eine Hauptstütze der Verteidigung waren die drei Hochbunker am Zoologischen Garten, im Friedrichshain und im Humboldthain mit ihren Flakstellungen, die nun im Bodenkampf eingesetzt wurden. Während auf den Strassen sowjetische und deutsche Soldaten und Zivilpersonen starben, vollzog sich im Führerbunker der letzte Akt der makabren Tragödie des Nazismus. Die grotesken Intrigen und Nachfolgekämpfe fanden mit Hitlers Selbstmord schliesslich ihr Ende. Am 2. Mai 1945 kapitulierte die Reichshauptstadt.

Nach dem Zusammentreffen der Alliierten bei Torgau und dem Fall Berlins ging es vor allem um die Modalitäten der Kapitulation. Der von Hitler als Nachfolger eingesetzte Grossadmiral Karl Dönitz setzte immer noch auf die Gegensätze im Lager der Alliierten. Er schickte Generaloberst Alfred Jodl nach Reims, um eine Teilkapitulation der im Westen stehenden Truppen zu unterzeichnen, während im Osten wenigstens Zeit gewonnen werden sollte. Jodl soll zu den Amerikanern gesagt haben: «Sie werden bald selbst gegen die Russen kämpfen. Retten Sie also Deutsche, so viele Sie können.» General Eisenhower wies diese Forderung strikt zurück. Er blieb bei der zwischen den Alliierten vereinbarten Formel von der «unconditional surrender». Am 7. Mai 1945 um 2.41 Uhr setzten die Deutschen ihre Unterschrift unter die Kapitulationsurkunde.

Doch einem Mann ging die Kapitulation zu schnell. Stalin sah sich um den historischen Akt betrogen und forderte eine Wiederholung der Unterzeichnung in der von ihm besetzten Stadt Berlin. Die Westmächte waren dazu bereit. Allerdings reiste Eisenhower nicht persönlich nach Berlin, sondern schickte als Vertreter des Vereinigten Oberkommandos der Engländer und Amerikaner den britischen Luftmarschall Sir Arthur Tedder zum Kapitulationsakt. Aus Flensburg machte sich in einer britischen Militärmaschine die von Dönitz zusammengestellte Delegation auf den Weg. Der frühere Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, vertrat das Heer, Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff die Luftwaffe und Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg die Marine. Die mitreisenden Engländer wurden in dem bereits wieder hergerichteten Flughafen Tempelhof von den Russen mit militärischen Ehren empfangen, während die deutsche Verhandlungsdelegation im Flugzeug warten musste.

Hinter den Kulissen vollzog sich währenddessen ein heftiger Streit um die Teilnahme Frankreichs an der Zeremonie. Man einigte sich auf einen Kompromiss: Der an-

gereiste Franzose Lattre de Tassigny sollte unterhalb der beiden Oberkommandierenden Shukow und Tedder zusammen mit dem amerikanischen General Carl Spaatz als Zeuge unterschreiben. Eilig wurde eine Trikolore für die Zeremonie zusammengenäht. Die Unterzeichnung der Kapitulation fand schliesslich am 8. Mai 1945 gegen 22.30 Uhr Mitteleuropäischer Zeit statt. Nach Moskauer Zeit hatte bereits der 9. Mai begonnen, als die Unterschriften unter die Urkunden gesetzt wurden.

Der Ort der feierlichen Kapitulation Hitlerdeutschlands war eher zufällig gewählt worden. Es handelte sich um den Speisesaal des von 1936 bis 1938 erbauten Offizierskasinos der Pionierschule Nr. 1 der Wehrmacht in Berlin-Karlshorst. In den mehr als zwanzig Gebäuden des Komplexes waren nicht nur Unterkünfte und Hörsäle untergebracht, sondern auch Labore, Werkstätten, eine grosse Bibliothek sowie eine Reithalle und ein Hallenschwimmbad. Dem Lehrkörper wie auch den zu Lehrgängen abkommandierten Offizieren hatte das grosszügig ausgebaute Offizierskasino als Kantine und Offiziersheim gedient. Am 23. April 1945 schlug noch während der Kämpfe um Berlin Generaloberst Nikolai Bersarin als Kommandeur der 5. Stossarmee in dem unzerstörten Gebäude seinen Gefechtsstand auf. Da Bersarin von Shukow am 24. April zum Stadtkommandanten Berlins ernannt worden war, war das Kasino für kurze Zeit Sitz der Stadtkommandantur. Die Ernennung Bersarins basierte auf einer russischen Tradition, wonach der Offizier, dessen Einheit zuerst in eine Stadt eindrang, zu deren Kommandant ernannt wurde. Seinen ersten Befehl erliess Bersarin am 28. April 1945. Darin erklärte er, «dass alle Machtbefugnis in die Hände der Sowjetischen Militärkommandantur übergegangen, die faschistische Partei mit all ihren Gliederungen aufgelöst und ihre Tätigkeit verboten sei. Bersarin befahl, die Arbeit in den kommunalen Betrieben wiederaufzunehmen, die Lebensmittelläden, Bäckereien, Gaststätten und Kinos zu öffnen sowie das Transportwesen wieder in Betrieb zu setzen. Die Kommandanturen aller 20 Stadtbezirke wurden der zentralen Militärkommandantur von Berlin unterstellt.»¹

Karlshorst wurde später im allgemeinen Sprachgebrauch zum Synonym für die sowjetische Besatzungsmacht. Das weitläufige Gelände der Heerespionierschule erwies sich als günstig gelegen und wurde im Juni 1945 ständiger Sitz der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Die 5. Stossarmee der 1. Belorussischen Front zog in das Olympische Dorf bei Elstal um. Weite Teile von Karlshorst wurden für die sowjetische Armee beschlagnahmt und das Areal mit Zäunen abgeriegelt. Deutschen war der Zutritt nur mit einem Passierschein – einem «Propusk» – gestattet. Die Büros der SMAD-Chefs und ihrer Stellvertreter befanden sich im ehemaligen Offizierskasino. Hierher wurden auch die deutsche Ziviladministration, Partei- und Verbandsvertreter zur Berichterstattung und zur Entgegennahme von Weisungen bestellt. Der grosse Saal, in dem die Kapitulation unterzeichnet worden war, wurde für Arbeitssitzungen, Empfänge und Festveranstaltungen genutzt. Im internen sowjetischen Sprachgebrauch be-



*Oben: Sowjetische Soldaten schrieben während ihres Vormarsches auf die Reichshauptstadt auf ihre Granaten «An Hitler persönlich, Reichstag Berlin».
Unten: Gefallener deutscher Soldat in Berlin, Anfang Mai 1945.*

zeichnete man das Gebäude mit dem deutschen Wort «Marschallhaus». Das Haus in Karlshorst blieb auch nach Gründung der DDR ein zentraler Ort beim Aufbau des «ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaats» nach sowjetischem Vorbild – hier hatte nun die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) ihren Sitz und hier verlieh am 10. Oktober 1949 General Wassili Tschuikow der ersten Regierung der DDR die staatliche Vollmacht. Am 17. Juni 1953 flüchteten Ulbricht und andere Spitzenfunktionäre der SED unter den Schutz der Besatzungsmacht und warteten in Karlshorst den Gang der Ereignisse ab.

In Karlshorst sass des Weiteren das deutsche Hauptquartier des sowjetischen Geheimdienstes. Karlshorst war nicht nur Zentrum der SMAD, sondern diente auch als zeitweise grösste Operationsbasis der sowjetischen Spionage und der Spionageabwehr «Smersch». Sogar ein eigenes Gefängnis gehörte zu den Einrichtungen des sowjetischen Geheimdienstes in Karlshorst. Chef dieses Sicherheitsapparates war von 1945 bis 1947 Generaloberst Iwan Serow, einer der engsten Vertrauten Stalins.

In den fünfziger Jahren verlor Karlshorst seine zentrale politische Bedeutung an Wünsdorf. Die meisten sowjetischen Einrichtungen wurden verkleinert oder zogen ganz ab. Mehr und mehr Gebäude wurden geräumt, obwohl bis zum Schluss neben den Kasernenkomplexen für die Berlin-Brigade und den Geheimdienst auch zahlreiche Gebäude im Ortsbereich noch von der sowjetischen Armee genutzt wurden: als Wohnungen, Schulen, Geschäfte, Theater u.a. Selbst eine russisch-orthodoxe Kirche hatte hier ihren Platz. Das grösste Areal freilich war den sowjetischen Geheim- und Abwehrdiensten vorbehalten, das bis zum Abzug der sowjetischen Truppen hermetisch abgeriegelt blieb und auch von sowjetischen Militärangehörigen nur mit entsprechendem Passierschein betreten werden konnte. In die meisten der von den Sowjets geräumten Gebäude zogen Behörden der DDR ein: Ministerien, vor allem Einrichtungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), später auch das Grenzkommando Mitte der Grenztruppen der DDR. Das MfS übernahm nicht nur die Mehrzahl der Gebäude und Wohnungen, sondern hatte hier den Sitz seiner wichtigen Struktureinheit II/4 (Militär-Spionageabwehr), die auch für die Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Geheimdienst KGB bei der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) zuständig war. Die ebenfalls in Karlshorst ansässige «Koordinierungsstelle Karlshorst in der Verwaltung Rückwärtige Dienste» organisierte u.a. die Beziehungen zur ständigen Vertretung des KGB beim MfS sowie die materiell-technische und soziale Betreuung der KGB-Mitarbeiter und ihrer Familienangehörigen.

1967 wurde das ehemalige Kasino der Heerespionierschule als Museum der Sowjetarmee eröffnet, und zahlreiche Besucher konnten seither die Stätte der Kapitulation Hitlerdeutschlands betrachten. Der Speisesaal wurde zur Eröffnung anhand alter Fotos rekonstruiert. Original sind allerdings nur die Decken- und Wandbeleuchtung sowie die Fahnen der vier Alliierten an der Stirnwand des Raumes.



Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel und Admiral Hans-Georg Friedeburg (v.l.n.r.) auf dem Weg zur Unterzeichnung der Kapitulation in Berlin-Karlshorst.

Erste Begegnungen mit den Russen

Irgendwann kam für jeden Deutschen östlich der Elbe der Augenblick, in welchem der erste Sowjetsoldat auftauchte. Voller Angst und schlechtem Gewissen, gelegentlich auch mit einer gewissen Neugier und sogar Hoffnung hatten die Deutschen diese Stunde erwartet. Diese Begegnung änderte die gesamte Lebenssituation – insofern hat sie sich tief eingepägt. Es gibt schreckliche Erfahrungen von Mord, Raub und Vergewaltigung. Es gibt rührende, sogar lustige Geschichten von dieser Begegnung zwischen zwei Völkern und zwei Lebenskulturen in der grotesken Ausnahmesituation des Krieges. Mitten in Chaos und Trümmerwüste gab es sowohl Gesten der Menschlichkeit als auch wilde, sinnlose Grausamkeit. Es gibt Lesebuchgeschichten und Märchen, die so schön sind, dass man sie gerne glauben möchte. Es gibt Geschichten von der kindlichen Neugier der russischen Soldaten angesichts den einfachsten Alltagsgegenständen, die in ihren Heimatregionen unbekannt waren. So wird berichtet, dass man in den oberen Stockwerken der Häuser sicher vor dem Zugriff russischer Soldaten gewesen sei, weil sich die Bewohner einstöckiger Holzhäuser davor fürchteten, die Obergeschosse zu betreten. Arm-

banduhren, Fahrräder oder aufziehbare Grammophone erschienen ihnen als Ausdruck ungeheuren Wohlstandes. Mit dem Ruf «Uri, uri» hätten sie die Deutschen zur Herausgabe der Armbanduhren aufgefordert. Auch Wasserleitungen in Wohnungen sollen den fremden Soldaten in Erstaunen versetzt haben. Der Ausruf «Wasser aus Wand!» gehört zum Überlieferungskanon ebenso wie die Geschichte, dass die Russen aus dem Toilettenbecken Trinkwasser schöpften, weil sie keine Wasserspülung kannten.

Jede der Geschichten mag für sich stimmen, vom Hörensagen her weiter erzählt oder frei erfunden sein. Die Einzelerfahrungen sind nur schwer zu klassifizieren und unmöglich auf eine einheitliche Formel zu bringen. Die Erzählungen sagen mehr über den Kolporteur als die geschilderten Menschen. Die Sieger waren die Projektionsfläche der Ängste und Ressentiments der Besiegten. Die Berichte über deren Untaten befreiten vom Nachdenken über die eigene Verantwortung. Oft wird in den Beschreibungen ein Unterschied gemacht zwischen den russischen Frontsoldaten, die sich gegenüber den Besiegten anständig benahmten, und marodierenden, betrunkenen nachrückenden Horden, die angeblich zum Teil aus jüngst befreiten Kriegsgefangenen, Fremdarbeitern und Kollaborateuren unterschiedlicher Nationalität bestanden. Diese Männer waren in sowjetische Uniformen gesteckt worden und folgten den Fronttruppen. Es wird berichtet, dass sowjetische Kommandeure mit äusserster Härte gegen solche Banden vorgingen, und es gibt Geschichten von Befehlshabern, die über Beschwerden wegen Vergewaltigungen deutscher Frauen nur lachten. Oft wurden Selbstmorde beschrieben. Ganze deutsche Familien folgten dem Beispiel ihres Führers und gingen lieber in den Tod, als die Schmach der Niederlage zu ertragen.

Natürlich gab es für die Deutschen genügend Gründe, die Rache der Sieger zu fürchten. Als Shukows Armeen im Januar 1945 die Grenzen des Deutschen Reichs überschritten, gab er am Vorabend einen Befehl heraus. Der Marschall liess u.a. verbreiten: «Wehe dem Land der Mörder. Wir werden uns grausam rächen für alles.»² Bevor die Rote Armee in Ostpreussen einmarschierte, erliess die Politische Hauptverwaltung eine Direktive, in der es hiess, «dass es auf deutschem Boden nur einen Herrn gibt: den Sowjetsoldaten, dass er sowohl Richter wie Henker für die von seinen Vätern und Müttern erlittenen Qualen, für die zerstörten Städte und Dörfer ist... Denkt daran, dass das dort nicht eure Freunde sind, sondern die Verwandten der Mörder und Unterdrücker.»³ Überall waren auf den Strassen deutschefeindliche Parolen zu lesen, die mehr oder weniger direkt zur Gewaltausübung aufriefen, aber in jedem Falle individuelle Hemmschwellen erheblich senkten.

Mit grosser Brutalität gingen Sowjetsoldaten – aber auch polnische Bürger – gegen die deutsche Bevölkerung zunächst in Ostpreussen vor. Vergewaltigungen, Raubüberfälle, wahllose Erschiessungen und sinnlose Brandstiftungen gehörten im April 1945, aber auch darüber hinaus, zum Alltag des russischen Vormarschs. Das Niederbrennen



Sowjetische Soldaten in einer Berliner Strassenbahn 1945.

von Königsberg im April 1945, von Michael Wieck eindrucksvoll geschildert, war als Symbol gedacht. Doch die Nachrichten über die sowjetische Besetzung haben wohl eher die Angst geschürt und so den Verteidigungswillen der Deutschen gestärkt. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob die Kämpfe ohne die grausamen Exzesse vielleicht hätten früher beendet werden können. Und ebenso unbelegbar ist die These, dass es direkte Befehle für die Vergewaltigungen, Plünderungen und Erschiessungen gegeben hat. Aber diese Verbrechen wurden mit einer derartigen Brutalität und Systematik durchgeführt, dass es schwerfällt zu glauben, diese hätten sich an allen Kampfabschnitten und später im Hinterland spontan stets in der gleichen Form entwickelt und wochenlang angehalten.

Der Hass wurde zumeist exzessiv ausgelebt, wenn Alkohol mit im Spiel war. In unzähligen Berichten wird immer wieder geschildert, wie die zum Teil über mehrere Tage anhaltenden Trinkgelage die Soldaten enthemmten. Dazu trug auch die Tatsache bei, dass die Russen in den besetzten Gebieten allerorten reichlich Alkoholvorräte vorfanden und sich entsprechend bedienten. Selbst die sowjetischen Kommandostellen sahen durch die Exzesse die Einsatzfähigkeit der Truppe ernsthaft gefährdet und versuchten mit allen Mitteln, gegen die Disziplinlosigkeit vorzugehen.

Dass Stalin seine Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung im April 1945 neu ausrichtete, hatte sachliche Gründe. Die Sowjetführung musste davon ausgehen, dass die besetzten Teile Deutschlands auf lange Zeit der Verantwortung der Sowjetunion unterstehen würden. Insofern schnitt sich die Sowjetunion ins eigene Fleisch, wenn die

Untergang Königsbergs

Jeder konnte erkennen, dass die russischen Soldaten, die jetzt durch die Strassen zogen, keine Frontruppen mehr waren. Die hatten sich schon etwa einen Kilometer zum Stadtkern hin weiterbewegt. Diese Soldaten waren gierig auf Beute aus, nahmen die Uhren und das Handgepäck weg, durchstreiften verlassene Wohnungen und Keller auf der Suche nach Gegenständen, die sie nach Hause schicken konnten. Der gedankenlos überall reichlich zurückgelassene Wein und Schnaps nahm ihnen die letzten Hemmungen, und weit und breit war niemand zu sehen, der diesem Treiben Einhalt geboten hätte. Einige probierten Fahrräder aus, von denen sie aber herunterfielen. Diese Soldaten kamen aus Gegenden, in denen es weder Fahrräder noch Wasserklosetts gab. Als ich nämlich eine der noch funktionierenden Toiletten im ersten Stock unseres Hauses aufsuchte, hatten sie ihr Hauptgeschäft auf den Boden gemacht und das Handtuch benutzt, wofür wir das Papier nehmen. Es stank erbärmlich. Die jahrelangen hohen Verluste der Russen zwangen sie, Menschen aus den abgelegensten Gegenden Russlands zu mobilisieren, und bei der Einnahme Königsbergs erlebten diese Steppenkinder wohl ihre erste moderne Stadt. Aufgehetzt bis zum äussersten, ausgelassen in ihrer Siegesfreude, erstaunt über eine Zivilisation voller Luxuseinrichtungen, alkoholisiert, gaben sie sich unkontrolliert und völlig enthemmt im Ausleben sämtlicher Triebe, ob Sex-, Macht-, Besitz-, Fress-, Sauf- oder Mordtrieb; ohne Angst vor Bestrafung oder anderen Folgen. Was für ein Hass! Aber – wer so erbarmungslos angegriffen hat und verteidigt wie die Deutschen, wird auch erbarmungslos bekämpft und besiegt.

Michael Wieck: Zeugnis vom Untergang Königsbergs. Ein «Geltungsjude» berichtet. Mit einem Vorwort von Siegfried Lenz. 5. Aufl., Heidelberg 1993, S. 227-228

Zerstörungen anhielten und die Bevölkerung weiter demoralisiert würde. Ziel der Besatzungspolitik war es nun, eine gewisse Ordnung herzustellen. Doch nun war es oft schwer, die eigenen Truppen an die Disziplin einer geordneten Besatzungsherrschaft zu gewöhnen. Zudem verdüsterte sich bald nach Kriegsende erneut der weltpolitische Horizont. Eine militärische Konfrontation mit den Westmächten war zumindest nicht ganz auszuschliessen.

Viele sowjetische Generale haben in ihren späteren Memoiren berichtet, wie schwer es gewesen sei, den Soldaten zu erklären, dass die Deutschen differenziert betrachtet und dementsprechend behandelt werden müssten. Hinzu kam, dass fast täglich neue Berichte über die deutschen Greuel bekannt wurden, die den Hass auf die Deutschen nur verstärkten. Schliesslich war auch der unmittelbare Vergleich zwischen dem trotz allen Zerstörungen reichen Deutschland und den eigenen Lebensverhältnissen in der Sowjetunion nicht dazu geeignet, die Sowjetsoldaten milde zu stimmen. Viele russische Soldaten standen fassungslos vor den katastrophalen Folgen des Krieges. Die Begegnung mit der Welt der Deutschen war für sie voller Widersprüche. Der besiegte Feind hatte wenig Ähnlichkeit mit den Karikaturen auf den Propagandaflugblättern. Der tiefe Respekt vieler Russen vor der deutschen Kultur war mit dem Entsetzen über die Untaten



In den ersten Monaten nach Kriegsende gehörten Plünderungen durch die Besatzungssoldaten zur Tagesordnung.

der Deutschen nicht vereinbar. Ein normales Gespräch mit den Deutschen war ebenso wenig möglich wie eine pauschale Verdammung. Der Schriftsteller Konstantin Simonow versuchte, diese innere Verwirrung durch eine Geschichte aus den ersten Tagen nach Kriegsende zu beschreiben.

Sowjetische Kriegspropaganda

Durch die Erzählungen vom Kriegsende geistert immer wieder der Name des sowjetischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg. Dieser verfasste in den vier Kriegsjahren rund 1'500 Artikel für die zentralen, regionalen, Front- und Armeezeitungen, für ausländische Nachrichtenagenturen und Zeitungen sowie für Rundfunksender. Wie andere sowjetische Schriftsteller auch, stellte er sich ganz dem Kampf der Heimat gegen die faschistischen Okkupanten zur Verfügung. Als Frontberichterstatter bereiste er die Kriegsschauplätze, hielt Vorträge, traf sich mit Soldaten und Kriegsgefangenen und sammelte Material für das «Schwarzbuch» über die deutschen Verbrechen.

Die Tonlage seiner Artikel entsprach der allgemeinen Kriegspropaganda, die darauf

Ein sowjetischer Kriegsberichterstatter besichtigt den zerstörten Berliner Zoo

Kurz vor Abend. Wir nähern uns der halbzerstörten Mauer des Zoos. Eine Überführung der Stadtbahn. Bei der Überführung liegen Leichen. Sie liegen reihenweise hingestreckt, einige auf dem Rücken, andere mit dem Gesicht nach unten. Auf dem Pflaster klebriges, noch helles Blut. Es hat sich soeben erst abgespielt. Ein kleiner SS-Trupp hat hier gekämpft. Bei der Überführung liegen zwei zerstörte MG und anderthalb Dutzend Leichen, unter ihnen zwei tote Frauen in SS-Uniform. Wie immer, wenn ich im Krieg getötete Frauen sah, packte mich ein Schaudern, und sie tun mir leid, auch wenn sie SS-Uniform tragen.

Wir klettern über Bruchstücke der Zoomauer und gehen zum Elefantenhaus. Ein grosser Teil ist durch Bomben zerstört. In dem einzigen, nicht zerstörten Teil wandert ein verzagter, hungrierer Elefant umher. Dass er Hunger hat, erfahre ich von dem Wärter, einem alten Mann. Er hat mit seiner Frau bis zum Schluss hier ausgeharrt, und als ich ihn in meinem gebrochenen Deutsch anspreche, bittet er mich um Futter für seine Tiere. Dann schlägt er mir eine Zoo-besichtigung vor. «Allerdings ist nicht mehr viel davon übrig.» Der Alte geht voraus, wir folgen ihm. Er zeigt uns seine Wirkungsstätte, ruhig, sachkundig, als sei nichts geschehen. (...)

Schliesslich kommen wir zum Flusspferdbecken, hinter dem ein schroffer Felsen aufragt. Ein Flusspferd liegt auf dem Felsen und atmet schwer. Das andere treibt tot im Wasser. Aus seinem Körper ragt der Stabilisator einer Granate heraus. Die Granate hat es getötet und ist, ohne zu detonieren, steckengeblieben. Ich betrachte diesen Stabilisator, der aus dem Tierkörper herausschaut und denke, wenn ich das jemandem erzähle, der glaubt mir nicht. Das andere Flusspferd gleitet ins Wasser und schwimmt, ohne dem Kadaver zu nahe zu kommen, als ob es die Gefahr wittert.

Das Affenhaus. Einige unserer Soldaten stehen vor einer grossen Grube, in der sich kleine Affen tummeln. Die Soldaten sehen müde aus. Sie riechen nach Rauch, sind schmutzbedeckt und sehen den Affen dennoch interessiert zu. Dann klettert einer über das Geländer in die Grube und fängt erstaunlich flink ein Äffchen ein. Es beisst ihn, und ich denke, gleich werden sie es töten. Das tut er jedoch nicht, sondern sagt lachend: «Es ist bissig!» Er sagt es erstaunt und zufrieden, als habe ihn das Lebewesen daran erinnert, dass es auch etwas Angenehmes, fernab vom Krieg gibt. Dann schleudert er das Äffchen fort. Die Sache hat seinen Reiz verloren. Er kommt über das Geländer zurück, schlendert müde die Allee entlang und legt sich zum Schlafen auf eine Bank, zwei oder drei von der mit dem Toten entfernt.

Wir folgen dem alten Deutschen zu einem Backsteinhaus. Er öffnet die Tür, sagt, ohne stehenzubleiben, dass hier gleichfalls Affen untergebracht sind, der grösste Gorilla Europas und der grösste Schimpanse. Nach ihm treten wir ein. Ein Gitter teilt den Raum in zwei Hälften. Hinter den Stäben erhebt sich ein meterhoher Betonsockel mit einer Art Rost. Auf dem Rost liegen, durch ein Quergitter voneinander getrennt, ein riesiger Gorilla und ein sehr grosser Schimpanse. Vor dem Betonsockel liegen zwei tote SS-Leute. Ein dritter, ebenfalls tot, sitzt mit dem Rücken gegen den Sockel, eine Maschinenpistole auf den Knien. Offenbar haben sie sich aller drei hierher geflüchtet und wurden vielleicht mit einem einzigen Feuerstoss von der Tür aus getötet. Und hinter den toten SS-Leuten, einen Meter über ihnen liegen in Käfigen der Schimpanse und der Gorilla, ebenfalls tot, wie ich jetzt sehe. Zwei schon dunkel gewordene Blutlachen haben sich unter ihnen auf dem Beton gebildet. Der Wärter steht bei uns an der Tür. Ich glaube, die Affen tun ihm sehr leid. Er steht da und schüttelt stumm, greisenhaft den Kopf.

Konstantin Simonow: Kriegstagebücher. Bd. 2, München 1979, S. 686-688

Aus einem Aufklärungsflugblatt für Sowjetsoldaten

Soldat denke daran!

Trinke unter keinen Umständen von Beutegetränken ohne Erlaubnis des Arztes. Lass dich nicht von Aussehen und Geruch täuschen. Wein, Spiritus und Wodka können tödliche Gifte enthalten! Verwende nicht eigenmächtig irgendwelche erbeuteten Lebensmittel – sie enthalten oft lebensgefährliches Gift.

Das Auffinden von erbeuteten Lebensmitteln und Getränken melde unverzüglich dem Offizier! Warne die unerfahrenen Kameraden. Mit deiner Warnung erhältst du ihr Leben!

Denk immer an die Gefahr einer Vergiftung! Merk dir, dass sich die Wirkung der Gifte nicht sofort zeigt. Einige Giftarten wirken langsam auf den Organismus. Es ist daher sehr schwierig und meist sogar unmöglich, die Vergiftung festzustellen und folglich auch zu helfen. Den Vergifteten erwartet ein qualvoller Tod.

Grössere Wachsamkeit!

Die Politische Verwaltung der 2. Belorussischen Front

Aus: Peter Gosztony: *Der Kampf um Berlin 1945 in Augenzeugenberichten*. München 1975, S. 69

gerichtet war, auch bei einfachen Menschen Kampfbereitschaft und Hass auf den Feind zu erzeugen. Angesichts einer grossen Bereitschaft zur Kollaboration unter der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete und unter Kriegsgefangenen mussten auch Tendenzen des Defätismus und die Illusion bekämpft werden, die Okkupanten brächten eine Befreiung vom Kommunismus. Der deutsche Soldat, der brennend und mordend in die Heimat eingefallen war, wurde in den Bildern und Texten der Propaganda zur bluttriefenden Bestie. Ob er aus Verblendung, aus Naivität oder gar aus Zwang den Befehlen gehorchte, musste im Kampf gleichgültig bleiben. Die Vereinfachung, die Ehrenburg später vorgeworfen wurde, entsprach dem Wesen der Sache. Auch die Propaganda der westlichen Alliierten arbeitete mit den Mitteln der Suggestion. Dennoch ist gerade der Name Ehrenburg zum Symbol geworden.

Ilja Ehrenburg war in Deutschland kein Unbekannter. Seine populär und modern geschriebenen Zeitromane sind bis 1933 im Malik-Verlag erschienen und haben viele Leser gefunden. Als osteuropäischer Jude – zudem noch mit einem auffallend jüdisch klingenden Namen, mit all jenen für die «Asphaltliteratur» typischen Züge des kosmopolitischen Kaffeehausliteraten und Salonbolschewisten – entsprach er geradezu ideal den Klischees des Antisemitismus. Die nationalsozialistische Propaganda kramte in der letzten Phase des Krieges das Schlagwort vom «Jüdischen Krieg» hervor, nicht zuletzt in der Absicht, mit den Bewohnern der okkupierten Staaten eine gemeinsame ideologische Front zur Verteidigung der «Festung Europa» gegen den Ansturm des «Asiatentums» errichten zu können. Noch in den letzten Kriegstagen erschienen deutsche Kampfblätter, in denen mit Ehrenburgs Zitaten zum «Endkampf» mobilisiert werden sollte.

Töte!

Wir wissen alles. Wir erinnern uns an alles. Wir haben verstanden: Die Deutschen sind keine Menschen. Von jetzt an ist das Wort «Deutscher» für uns der schlimmste Fluch. Von jetzt an lässt das Wort «Deutscher» das Gewehr losgehen. Wir werden nicht reden. Wir werden uns nicht entrüsten. Wir werden töten. Wenn Du nicht einen Deutschen am Tag getötet hast, war der Tag verloren. Wenn Du glaubst, dass Dein Nachbar für Dich den Deutschen tötet, hast Du die Gefahr nicht verstanden. Wenn Du nicht den Deutschen tötest, wird der Deutsche Dich töten. (...) Wenn Du einen Deutschen getötet hast, töte einen weiteren – nichts stimmt uns froher als deutsche Leichen.

Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von Dir getöteten Deutschen. Töte den Deutschen! fordert die alte Mutter. Töte den Deutschen! bittet Dich das Kind. Töte den Deutschen! schreit die Heimerde. Schiess' nicht daneben. Lass' keine Gelegenheit aus. Töte!

Ilja Ehrenburg

Aus: Peter Jahn (Hrsg.): Ilja Ehrenburg und die Deutschen. Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Ausstellungskatalog. Berlin 1997, S. 70-71

Es kommt ein zweites Element hinzu. Die Texte von Ehrenburg waren ausserordentlich wirksam formuliert. Das alliterative «Töte, töte, töte» war ebenso hochartifizuell wie massenwirksam. Die Hassliturgien Ehrenburgs eigneten sich in ihrer suggestiven Kraft für die sowjetische Propaganda wie für die deutsche Gegenpropaganda. Sie haben sich offenbar Freund und Feind tief eingepägt.

Am 14. April 1945 – zwei Tage vor dem Beginn der letzten sowjetischen Offensive an der Oder – erschien in der «Prawda» ein Artikel von G. F. Alexandrow, dem Chef der Propagandaabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In seinem Beitrag unter dem Titel «Genosse Ehrenburg vereinfacht» schrieb der Propagandachef: «Wollte man sich Ehrenburgs Standpunkt anschliessen, dann müsste man daraus schliessen, dass die gesamte Bevölkerung Deutschlands das Schicksal der Hitlerclique teilen soll.» Dann zitierte der Autor ausdrücklich Stalins Befehl vom 23. Februar 1942: «Es wäre lächerlich, Hitlers Clique mit dem deutschen Volk, dem deutschen Staat gleichsetzen zu wollen. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, dass die Hitlers kommen und gehen; das deutsche Volk, der deutsche Staat aber bleiben bestehen.» Dieses Stalinzitat bewahrte Hunderttausende deutsche Frauen nicht vor der Vergewaltigung durch Rotarmisten, deutsche Zivilisten nicht vor Raub, Plünderung und willkürlichen Hinrichtungen. Die Propaganda der Kriegsjahre hatte sich den Soldaten der Roten Armee viel tiefer eingepägt als anderslautende Befehle in den letzten Kriegstagen. Die Worte des Generalissimus Stalin waren nach dem Sieg überall in der sowjetischen Zone auf Stelltafeln zu lesen und spendeten den Deutschen Trost in schwerer Stunde. Doch darum ging es nicht allein.



Für die auf Berlin vorrückenden Einheiten der Roten Armee wurden am Stadtrand Schilder mit der Aufschrift aufgestellt: «Das ist es, das faschistische Nest Berlin!»

Wer zu «Hitlers Clique» gehörte und wer zu dem ewigen «deutschen Volk», entschied ganz allein die Besatzungsmacht und später zunehmend die SED.

Dennoch markiert der «Prawda»-Artikel gegen Ehrenburg eine offizielle Neuorientierung der sowjetischen Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung. Ehrenburg verschwand bis Kriegsende in der Versenkung. Dies hatte – so widersprüchlich es klingen mag – möglicherweise einen weiteren Grund darin, dass Ehrenburg in internen Kreisen das Verhalten der Sowjetsoldaten in Ostpreussen kritisiert haben soll. Erst jüngst wurde bekannt, dass sich Ehrenburg tatsächlich nach einem Besuch in Ostpreussen vor Offizieren in der Sowjetunion gegen das Chaos, die Plünderungen und Vergewaltigungen ausgesprochen hat. Der Geheimdienst ermittelte nun gegen ihn wegen angeblicher Verleumdung der Roten Armee. Wie dem auch sei: Seine Propaganda blieb in den Köpfen stärker verhaftet als Stalins deutschlandpolitischer Kurswechsel.

Vergewaltigungen

Geradezu zwanghaft verbindet sich das Jahr 1945 in der kollektiven Erinnerung mit der Vergewaltigung deutscher Frauen durch die Russen. Bis heute sind «Russe und Vergewaltigung ... ein Synonym», schrieb Helke Sander in der ersten quellenkritischen Untersuchung zu dem Thema.⁴ Bereits die deutsche Kriegspropaganda verstand es sehr er-

folgreich, den Durchhaltewillen der Deutschen mit der drohenden Schändung deutscher Frauen zu stärken und den deutschen Landser zum Verteidiger des heimischen Herdes und der Unschuld blonder Jungfrauen zu stilisieren. Dies war nicht neu. Auch die anti-semitische Hetze hob neben der Raffsucht der Juden stets ihre Gier nach blonden Frauen hervor, hinter welcher sich neben der Geilheit der teuflische Plan verbarg, die rassische Reinheit des Germanentums zu verderben. Nun bedrohten die «asiatischen Horden», die «slawischen Untermenschen» und die «Lakaien des Weltjudentums» das Vaterland. Es war naheliegend, dass die Angst grassierte, alle deutschen Frauen würden zu Sklavinnen der Sieger gemacht.

Doch mit dem Ende der Nazis und ihren rassistischen Denkmustern verschwand der Topos von der Vergewaltigung deutscher Frauen durch die Russen keineswegs aus dem kollektiven Gedächtnis. Auch von den Nachgeborenen hat wohl jeder die Geschichten von den Gewaltorgien der Russen gehört, ehe er mit dem Begriff der Vergewaltigung viel anfangen konnte oder gar verstanden hat, worum es in jenem Krieg gegangen war. In der Öffentlichkeit der DDR waren solche Erzählungen natürlich streng tabuisiert, doch im Familienkreise und anderswo wurden sie hinter vorgehaltener Hand erzählt. Teils mit hämischem Unterton, teils bedauernd, teils mit der Warnung verbunden, den Russen aus dem Weg zu gehen. Selbst in Kreisen, in denen sonst die Verbundenheit mit der Sowjetunion hochgehalten wurde, sprach man dann nicht mehr von den «Freunden» oder den «Sowjetsoldaten», sondern nannte die Befreier «Russen».

Das schlechte Gewissen vieler Deutscher wird dazu beigetragen haben, dass sie dankbar nach dem Topos von der Vergewaltigung deutscher Frauen durch die Russen griffen, um eigene Schuld zu verdrängen. Ganz offenbar mobilisiert die Vorstellung von der Vergewaltigung der Frauen des eigenen Volkes, gar der eigenen Mutter, Schwester und Tochter, eine atavistische Urangst. Seit Jahrtausenden waren die Frauen der Besiegten der Lohn der Sieger. Sie dienten den Soldaten als Freiwild, wurden als Kriegsbeute heimgeführt und auf den Sklavenmärkten verkauft. Mit dem Beginn der Neuzeit mag dieses archaische Gesetz des Krieges in den Hintergrund getreten sein. Doch das 20. Jahrhundert brachte auch in diesem Punkt einen Rückfall in die Barbarei. Die Kriege der Männer fanden ihre symbolische und faktische Vollendung in der Gewalt über die Frauen der Besiegten.

Doch bei der Lektüre von Berichten, Tagebuchaufzeichnungen und Briefen aus den letzten Kriegsmonaten wird klar, dass allein die Relikte der rassistischen Propaganda, Vorurteile, Verdrängungsmechanismen und Projektionen der Angstlust die Allgegenwart der Vergewaltigungsberichte nicht erklären können. Wer jedoch die Frage stellt, ob es sich um bedauerliche Einzelfälle oder ein Massenphänomen gehandelt hat, steht einem merkwürdigen Schweigen der Quellen gegenüber. Trotz der vielen Einzelerwähnungen und Andeutungen gibt es nur wenig gesichertes und historisch verwertbares Material. Viele Jahrzehnte lang war das kein öffentlich diskutiertes Thema. Dabei spielte



Zwei russische Soldaten belästigen ein Mädchen. Die Angst vor Vergewaltigungen war in den ersten Nachkriegsjahren unter der deutschen Bevölkerung allgegenwärtig.

der Topos «Vergewaltigung durch die Russen» in den antikommunistischen Legitimationsmustern der Bundesrepublik eine nicht unwichtige Rolle. Helke Sander erzählt die Geschichte von einem 18jährigen Mädchen aus gutbürgerlichem Hause, das 1968 an einem Sonntagnachmittag, um die Nachbarn zu provozieren, im Garten der elterlichen Villa eine rote Fahne hisste. Als es zu dem erwarteten Aufruhr der Anwohner kam, sollte sie sich entschuldigen und sagen, dass sie «nicht für die Rote Armee und nicht für Vergewaltigungen» sei.⁵ Noch in den siebziger Jahren soll Kriegsdienstverweigerern von den Überprüfungscommissionen der Bundeswehr die Fangfrage gestellt worden sein: «Was würden Sie tun, wenn Sie sehen, dass drei Russen ihre Mutter vergewaltigen, und Sie haben eine Maschinenpistole in der Hand?»

Das allgegenwärtige, fest im kollektiven Gedächtnis verankerte Bild war zugleich ein Unthema, um das ein grosses Schweigen herrschte. In der kollektiven Mentalität sind das zwei Seiten derselben Medaille. Deswegen ist es so schwer, genau auseinanderzu-

Aus dem Bericht eines Sowjetsoldaten (1990)

Wie lachte ich, als die Deutschen im Lazarett folgende Geschichte erzählten: ein Fritz, ein Deutscher, versteckte sein Mädchen im Keller und liess es nicht heraus, damit ihm niemand etwas zuleide tue. Nach einem Monat ist sie ausgerissen und mit dem Fahrrad zu den Nachbarn gefahren. Da haben wir sie uns geschnappt, und natürlich hat sie der gesamte Männergesangsverein vergewaltigt. Ich grölte. Der gesamte Krankensaal wieherte, und ich, Juri Alexejwitsch Dodelew, der hiervor Ihnen sitzt, lachte mit.

Dies also zum Thema Hass.

Hass war das Resultat dieser Geschichte. Hatten die Deutschen unsere Frauen nicht vergewaltigt? Doch, es war uns aus der Presse bekannt. Der Mechanismus funktionierte reibungslos. Also Blut um Blut. Wenn die es getan haben, tun wir jetzt das gleiche.

Aus: Helke Sander, Barbara Johr (Hrsg.): BeFreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. München 1992, S. 128-129

halten, wo die Legenden und Mythen enden und wo die gesicherten Tatsachen beginnen. Helke Sander und Barbara Johr haben in ihrem Band «BeFreier und Befreite» zahlreiche Berichte von Zeitzeugen zusammengetragen, die die Abscheulichkeit der Vergewaltiger dokumentieren.

Neuesten Schätzungen zufolge sind zwischen Frühsommer und Herbst 1945 in Berlin etwa 110'000 Mädchen und Frauen im Alter zwischen 12 und 88 Jahren vergewaltigt worden. Diese Schätzung markiert die unterste Annahme, die höchste geht von 800'000 Mädchen und Frauen aus. In der Stadt lebten zu diesem Zeitpunkt etwa 1,4 Millionen weibliche Personen.⁶ Allein zwischen April und Juni 1945 wurden über 100'000 Berliner Frauen und Mädchen von Rotarmisten vergewaltigt. Mindestens 40 Prozent der Vergewaltigungsopfer sind mehrfach missbraucht worden. Die Zahl der Vergewaltiger übertrifft die Zahl der vergewaltigten Frauen also um ein Vielfaches. 20 Prozent der missbrauchten Frauen wurden schwanger, zehn Prozent von ihnen haben ein Kind zur Welt gebracht. Zwischen Ende 1945 und Sommer 1946 waren fünf Prozent der Neugeborenen sogenannte Russenkinder. Schätzungsweise 10'000 Frauen und Mädchen bezahlten die Vergewaltigung mit dem Leben oder bleibenden gesundheitlichen Schäden, Tausende gingen aus Angst vor einer Vergewaltigung in den Freitod. Hinzu kam eine erschreckende Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten sowie anderen Unterleibserkrankungen als direkte Folge der Vergewaltigungen.

Insgesamt wird geschätzt, dass beim Vormarsch der Roten Armee von Ostpreussen bis nach Berlin und später an die Demarkationslinie annähernd 1,9 Millionen Mädchen und Frauen missbraucht worden sind, davon in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) etwa 500'000. Hinzu kamen etwa 80'000 vergewaltigte Mädchen und Frauen in Niederösterreich und Wien.⁷ Knapp 300'000 Schwangerschaften wurden festgestellt, von de-

nen wahrscheinlich 80 bis 90 Prozent abgebrochen wurden. Auch in den westlichen Besatzungszonen kam es zu Tausenden Vergewaltigungen, die freilich niemals die Intensität und Dichte wie in den von der Roten Armee besetzten Gebieten annahmen. Auch die deutschen Soldaten vergewaltigten bei ihren Eroberungskriegen, und in allen besetzten Ländern sind insgesamt einige hunderttausend Kinder auf diese verbrecherische Weise gezeugt worden.

Das Problem der Vergewaltigungen blieb bis zum Ende der Besatzungszeit bestehen. Allerdings ging die Zahl entsprechender Vorkommnisse nach den Massenvergewaltigungen 1945/46 bis Anfang der fünfziger Jahre zurück, um sich dann ab Mitte der fünfziger Jahre auf einem gewissermassen «normalen» Kriminalitätsniveau von jährlich einigen hundert bzw. später einigen Dutzend einzupegeln. In Berlin konnte nach dem Aufbau der Besatzungsstrukturen das Vergewaltigungsproblem etwa ab 1946 weitgehend unter Kontrolle gebracht werden. In anderen Städten und Regionen aber, etwa in Chemnitz, Leipzig, Magdeburg, Wismar, Dresden, Rostock oder Neubrandenburg, blieben Vergewaltigungen als Massenerscheinung bis zum Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre ein akutes Problem.

Die Frauen lernten, sich zu schützen und zu tarnen. Verkleideten sie sich in den ersten Tagen und Wochen der Besatzung oftmals als alte gebrechliche Frauen, schwärzten ihre Gesichter mit Russ oder täuschten Schwangerschaft und Menstruation vor – beides hielt die Soldaten tatsächlich von einer Vergewaltigung ab –, so mieden sie es später so gut es ging, sich an Verkehrsknotenpunkten, auf Bahnhöfen und Landstrassen aufzuhalten und in der Dunkelheit die Wohnung zu verlassen.

Der sowjetischen Führung ist schnell bewusst geworden, welchen Schaden die Vergewaltigungen politisch anrichteten. Ab Ende Juni 1945 wurde versucht, die Zahl derartiger Übergriffe zu vermindern. Aber Truppen Verlegungen und neueinrückende Truppen verursachten oft auch neue Gewalt- und Hassorgien. Seit dem frühen Herbst 1945 wurden ertappte Sexualtäter bestraft, wobei das Strafmass von der Einstellung des jeweiligen Kommandanten abhing. Das konnte von einigen Tagen Arrest bis zu einem mehrjährigen Aufenthalt im Straflager reichen. Hatte ein Soldat eine Frau mit anschließender Todesfolge vergewaltigt, wurde er im Allgemeinen vor der angetretenen Einheit zur Abschreckung erschossen. Die meisten Vergewaltigungen aber blieben ungesühnt, weil es kaum einer Frau gelang, ihren Peiniger zu überführen.

Ab Mitte 1947 konnte das Problem der Vergewaltigungen vor allem dadurch eingedämmt werden, dass die Soldaten von der deutschen Bevölkerung weitgehend isoliert wurden und in streng abgeriegelten Kasernen und «kleinen Städtchen» kaum noch Kontakte zur Aussenwelt hatten. In diesem Zusammenhang räumten die Truppen auch viele Dörfer und Stadtteile. Zugleich wurden die Deutschen aus den Wohnvierteln der Russen evakuiert (z.B. in Potsdam, Magdeburg, Leipzig, Halle, Stralsund). Im Januar 1948

wurde zudem den sowjetischen Militärangehörigen per Gesetz jeder ausserdienstliche Kontakt zu Ausländern verboten und unter Strafe gestellt. Diese Abschottung trug auch der Tatsache Rechnung, dass die Geheimdienste und Politoffiziere meinten, die Truppen seien der «bürgerlichen Ideologie» und einem «Verwestlichungsprozess» ausgesetzt. Dennoch «wohnten» viele Offiziere weiterhin mit deutschen Frauen zusammen. Dies geschah nicht nur unter Zwang, sondern auch freiwillig, sei es aus wirklicher Liebe und Zuneigung, sei es, dass die Frauen sich so Schutz vor Übergriffen erhofften. Ab Mitte 1947 wurde jeder Offizier, der sich ertappen liess, ein solches Verhältnis zu unterhalten, sofort in die Sowjetunion zurückversetzt.

Die deutlichste Botschaft an die Soldaten im Zusammenhang mit Vergewaltigungen erfolgte erst im März 1949, als das Präsidium des Obersten Sowjets eine Direktive erliess, die das Strafmass für dieses Delikt erhöhte. Sie wurde von der SMAD allen Kommandanturen zur Verteilung an Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere zugestellt. In einem Begleitschreiben wurde in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, dass die neue Direktive auf alle Sowjetbürger in Deutschland anzuwenden sei: Nunmehr zog eine Verurteilung zwingend eine Strafe zwischen 10 und 15 Jahren Arbeitslager nach sich; Vergewaltigung von Minderjährigen, Gruppenvergewaltigung und Vergewaltigung in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung wurden mit 10-20 Jahren bestraft.

Doch weder Rache noch Hass, noch die ungezügelte Sauferei, noch die bis zum Frühjahr 1945 in den Befehlen und Direktiven implizit erlassenen Freizügigkeitsaufforderungen allein können das Massenphänomen der Vergewaltigung hinreichend erklären. Denn Vergewaltigung dient nicht einem sexuellen Bedürfnis, sondern einem Gewaltbedürfnis. Die Russen hatten während der deutschen Besatzungszeit erfahren müssen, dass sie als «Untermenschen» behandelt worden waren. Dies geschah vor allem durch deutsche Männer. Nun kamen sie in das Land der «Herrenmenschen» und rächten sich. Und zwar nicht allein an den Frauen, sondern ebenso an den Männern.

Erste politische Massnahmen

In den Wochen zwischen der Einstellung der letzten Kampfhandlungen und dem 6. Juni 1945, als der Rat der Volkskommissare der UdSSR das Dekret zur Schaffung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland unterzeichnete, regierte faktisch die Rote Armee in der gesamten besetzten Zone. Sie tat dies nach einander widersprechenden Grundsätzen, in unkoordinierter und teilweise chaotischer Weise. Dabei legte die Armee besonderen Wert darauf, deutsche Verwaltungsbeamte aus antifaschistischen und verfolgten Kreisen, die zugleich der Besatzungsmacht gegenüber loyal auftraten, zu gewinnen. In den ersten Wochen erwies es sich oftmals als nebensächlich, ob der Bürgermeis-

ter, Polizeichef oder Landrat der Kommunistischen Partei angehörte oder nicht. Dies änderte sich erst im Laufe der Jahre 1945/46. Die Hauptverantwortung für die Arbeit der Deutschen aber trug der jeweilige Sowjetkommandant.

Ernst Lemmer, früherer Reichstagsabgeordneter und Gewerkschafter, berichtete, dass an seiner Wohnung in Kleinmachnow ein Offizier erschien, von einem Zettel seinen Namen ablesend fragte: «Du Lemmer, Vorname Ernst?» Nach einem erneuten Blick auf seinen Zettel: «Journalist?» Nachdem die Identität festgestellt war, sagte er: «Gutt. Karascho. Du Bürgermeister.»⁸ Lemmer wurde von der SMAD allerdings ebenso schnell wieder abgesetzt, wie er eingesetzt worden war, und siedelte 1949 nach West-Berlin über. Später war er mehrere Jahre Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für West-Berlin. Wolfgang Leonhard wiederum schildert ein Erlebnis, das eine groteske Situation im befreiten Berlin veranschaulicht.

Auf lokaler Ebene standen den Kommandanturen kaum speziell ausgebildete Mitarbeiter zur Verfügung. Die eingesetzten Offiziere waren auf ihre Aufgaben oftmals nicht vorbereitet. Sie mussten sich an die offiziellen Verlautbarungen der 7. Abteilung der Politischen Verwaltung der Roten Armee halten, die schon während des Krieges die deutschsprachige Propaganda betrieben hatte. Praktisch lagen jedoch die Verwaltungsaufgaben bei Frontoffizieren, die als Stadtkommandanten eingesetzt waren. Die von den Kampftruppen gebildeten Kommandanturen unterstanden den Frontstäben, waren aber zugleich an die Weisungen des für Zivilangelegenheiten zuständigen Stellvertreters des Oberbefehlshabers der Front gebunden. Dieser arbeitete mit einem eigens eingerichteten Beratungsgremium zusammen. «Die ganze Verwaltungsgewalt in dem von der Roten Armee besetzten Gebiet Deutschlands wird vom Militärkommando durch Stadt- und Kreiskommandanten ausgeübt», heisst es im Tagesbefehl Nr. 5 des Kriegsrates der 1. Belorussischen Front vom 23. April 1945. Zu Militärkommandanten wurden nach einer alten russischen Tradition jeweils die Führer der Sturmeinheiten bestimmt, welche die Stadt besetzt hatten. Sie übernahmen Städte und Ortschaften noch vor Einstellung der Kampfhandlungen mit allen Verwaltungs- und Machtbefugnissen. In dem genannten Befehl heisst es weiter, dass diese die deutschen Ausführungsorgane zu bestimmen hätten: Bürgermeister in kleineren Städten und Ortschaften, die für die «genaue Durchführung aller Befehle und Anordnungen seitens der Bevölkerung persönlich verantwortlich sind». In Berlin ordnete der kurz zuvor zum Stadtkommandanten ernannte Generaloberst Nikolai Bersarin mit dem Befehl Nr. 1 vom 28. April 1945 noch während der Kämpfe an, dass die «gesamte administrative und politische Macht» in seine Hände überzugehen habe.

Es gab lediglich einzelne Offiziere mit Erfahrungen im Aufbau von Zivilverwaltungen und Absolventen von Vorbereitungskursen, die 1944 in Ochodna bei Moskau eingereicht worden waren. Doch in der Regel verfügten diese Militärs weder über Kenntnisse der Lebensumstände in Deutschland noch waren sie politisch diesen Aufga-

Wolfgang Leonhard über ein Erlebnis in Berlin, Anfang Mai 1945

Die ernste Stimmung des Abendberichts wurde diesmal durch Hans Mahle aufgelockert. Er gab ein Erlebnis aus Reinickendorf zum Besten. «Stellt euch vor: Die Russen haben die Irrenanstalt Wittenau geleert! Bei meiner Rundfahrt kam ich zufällig auch an der Irrenanstalt vorbei; davor standen einige Rotarmisten, die die Tore öffneten und den Irren begeistert zuriefen: ‚Hitler kaputt, Krieg fertig, ihr frei!‘

Die Irren rührten sich nicht und schauten finster drein. Weitere Rotarmisten kommen hinzu: «Krieg fertig, Freiheit, rufen sie erneut. Die Irren rührten sich noch immer nicht. Da wurde es den Russen zu bunt. Sie trieben die Irren aus der Anstalt heraus, verschlossen die Eingangspforte und stellten einen Posten davor. Nachmittags musste ich noch einmal dort vorbei. Vor der geschlossenen Irrenanstalt stand ein sowjetischer Posten mit aufgefanztem Bajonnett. Er war umringt von Irren, die verzweifelt riefen: «Wir wollen rein.’ Aber immer wieder werden sie mit den Rufen «Jetzt frei, Hitler kaputt’ von den Rotarmisten weggetrieben.» (...) In den Verwaltungen einiger Bezirke tauchten ... gedruckte Befehle auf, die etwa – ich zitiere aus dem Gedächtnis – folgenden Wortlaut hatten:

«An die Bevölkerung Berlins!

Im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates von Berlin übernehme ich die Macht. Ich befehle:

1. Alle Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei und ihrer Gliederungen sind sofort zu verhaften.
2. Über die Verhaftung ist mir laufend persönlich Bericht zu erstatten.
3. Die Strassen sind zu säubern, Licht-, Gas- und Wasserversorgung sind sofort in Gang zu setzen, die Verteilung der Lebensmittel ist nach meinen Anordnungen durchzuführen. Bei Nichtausführung meiner Befehle werden Zuwiderhandelnde mit schweren Strafen zu rechnen haben.

Der Kommandant von Berlin, gez. Spalinger»

Die Suche nach dem geheimnisvollen Gegenkommandanten wurde nun fieberhaft. Seine «Befehle» hatten bereits eine katastrophale Wirkung. Den neuen Verwaltungen war jetzt nicht mehr klar, ob sie unsere oder Spalingers Anweisungen auszuführen hatten. (...) Spalingers Wirken sollte jedoch nicht mehr lange andauern. Wenige Tage später kam einer von uns erregt zurück: «Spalinger ist gefunden!» «Wo? Wer ist es?» riefen wir von allen Seiten. Der Spalinger-Entdecker konnte vor Lachen kaum berichten: «Er ist aus Wittenau.» «Aus Wittenau? Was hat er denn für eine Funktion?» «Gar keine! Spalinger war in der Irrenanstalt von Wittenau und gehört zu jenen, die von den Rotarmisten herausgetrieben worden sind.» «Aber wie ist das mit den gedruckten Befehlen?» «Ganz einfach! Als Spalinger mit den Irren aus der Anstalt getrieben wurde, schnüffelten sie in der Umgebung herum. Unweit der Anstalt entdeckten sie zufällig die einzige völlig unzerstörte Druckerei Berlins. Spalinger ging hinein und diktierte dort, offenbar in Erinnerung an die Situation von 1918, seine Befehle, die sofort gedruckt und verbreitet wurden.»

Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln 1955, S. 374-376



Generaloberst Nikolai Bersarin (2.v.r.), Erster Stadtkommandant von Berlin.

ben gewachsen. Vor allem aber gab es keine klaren Richtlinien bezüglich des Umgangs mit der deutschen Bevölkerung. Sollten alle Deutschen als Feinde betrachtet werden, oder konnte man mit den sich teilweise spontan bildenden Antifaschistischen Komitees Zusammenarbeiten? Sollten ausschliesslich Kommunisten für diese Zusammenarbeit herangezogen werden oder auch Sozialdemokraten und bürgerliche Nazigegner? Wie sollte mit den bekannten Nazis umgegangen werden? Aus den Reihen von bekannten Antifaschisten und Hitlergegnern wurden Landräte, Bürgermeister und Polizeichefs ausgewählt. Es gab in jenen Tagen kluge Entscheidungen, und es gab Willkür und Missgriffe. Unklar waren vor der Bildung der Militäradministration vor allem die Unterstellungsverhältnisse zwischen den Stadtkommandanten, den Befehlshabern der Armeen und grösseren Einheiten sowie den im lokalen Bereich stationierten Truppenkommandeuren.

Auf einer Versammlung von 160 neuernannten Kommandanten, Sicherheits- und Politoffizieren der 2. Weissrussischen Front, die am 18. Mai 1945 in Stettin stattfand, ergingen konkretere Instruktionen. Ein General des Geheimdienstes NKWD verkündete die Direktiven des sowjetischen Verteidigungskomitees vom 2. Mai 1945. Deutsche Verwaltungsbeamte seien aus antifaschistischen Kreisen zu ernennen, besonders aus den Reihen der Verfolgten des Naziregimes. Ausserdem hätten sie der Besatzungsmacht eine loyale Einstellung entgegenzubringen. Gleichzeitig trage der jeweilige Stadtkommandant die volle Verantwortung für alle Amtshandlungen der deutschen Mitarbeiter. Des

Weiteren werde jeder Kommandantur von den Sicherheitsdiensten ein für die Zivilverwaltung zuständiger stellvertretender Kommandant zugeordnet. Dieser sollte eine Operationsgruppe des NKWD aus 24 Offizieren und Soldaten befehligen.

Überall wurden die politischen Häftlinge aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern entlassen. Oft übertrug ihnen die Besatzungsmacht lokale oder regionale Verantwortung. Mitglieder der NSDAP und deren Gliederungen hat man oft gesondert erfasst und zu Arbeitseinsätzen verpflichtet. Die alten Verwaltungen arbeiteten teilweise trotzdem weiter. Provisorisch bildeten sich deutsche Ordnungseinheiten, die polizeiliche Aufgaben übernahmen. Die Orts- und Stadtkommandanten blieben allerdings weiterhin den Truppenkommandos untergeordnet und wurden erst im Juli und August 1945 formal zu örtlichen Organen der SMAD. Durch den Befehl Nr. 5 vom 9. Juli 1945 wurden dann die Kommandeure der in den einzelnen Ländern und Provinzen stehenden Truppen zu Chefs der Provinz- bzw. Länderverwaltung ernannt. Damit entstand die Grundstruktur der Verwaltung der sowjetischen Zone, wie sie bis zum Oktober 1949 Bestand haben sollte.

Demokratische Erneuerung oder Sowjetisierung?

Der innere Aufbau der Sowjetischen Besatzungszone

Die Nachkriegsordnung auf dem Verhandlungstisch der Siegermächte

Am frühen Morgen des 15. Juli 1945 stieg Josef Stalin in Moskau in einen Sonderzug. Nur wenige Tage zuvor hatte er sich selbst zum «Generalissimus» ernannt. Der Reisezug brachte ihn und seine Begleiter über Litauen und Ostpreussen ins 1923 Kilometer entfernte Potsdam. Mit den eigens aus dem Museum herbeigeschafften Salonwagen, die zuletzt den russischen Zaren befördert hatten, fuhr auch Außenminister Molotow nach Deutschland. Seit Anfang Mai existierte das russische Breitspurgleis von Moskau bis Berlin. Für Stalins Reise wurde es bis Potsdam verlängert. Entlang der Strecke standen über 18'500 Geheimdienstleute, um für eine reibungslose Fahrt zu sorgen. Zusätzlich wurden die Salonwagen des Generalissimus Stalin von acht Panzerzügen begleitet. Am 16. Juli gegen 11 Uhr Moskauer Zeit, die 1945 in der gesamten Sowjetischen Besatzungszone galt, rollte der Tross im Potsdamer Bahnhof ein. Marschall Shukow und weitere ranghohe Militärs und Politiker, darunter Andrej Wyschinski, Andrej Gromyko, Iwan Maiski, Fjodor Gussew, Alexej Antonow und Wassili Kusnezow, begrüßten die Reisegruppe. Am Tag darauf, dem 17. Juli 1945, begann die Operation «Terminal». Die Bezeichnung «Terminal» war der interalliierte Code für die letzte der drei Kriegskonferenzen der Grossen Drei, auf denen die europäische Nachkriegsordnung beschlossen werden sollte.

Bereits am 15. Juli 1945 war der Präsident der USA, Harry S. Truman, nach einer neuntägigen Reise in Berlin eingetroffen. Den ehemaligen Vizepräsidenten, der nach dem plötzlichen Tod seines Vorgängers Franklin D. Roosevelt am 12. April 1945 die Amtsgeschäfte übernommen hatte, begleiteten insgesamt etwa 450 Personen. Der britische Premierminister Winston Churchill traf nur eine Stunde nach Truman, aus einem Erholungsurlaub in Südwestfrankreich kommend, in Berlin ein. Da die beiden westlichen Staatsmänner bis zum Beginn der Konferenz noch einen Tag Zeit hatten, unternahmen sie eine ungewöhnliche «Sightseeing-Tour». Truman fuhr ins Berliner Stadtzentrum und besichtigte die Ruinen der Reichskanzlei, wo Hitler residiert hatte. «Eine derartige Zerstörung», schrieb er später in seinen Erinnerungen, «habe ich nie wieder gese-

hen.» Truman hielt fest: «Noch deprimierender als der Anblick der zerstörten Gebäude wirkte jedoch die nie endende Kette von alten Männern, Frauen und Kindern, die ziellos auf der Autobahn und den Landstrassen einher wanderten und den Rest ihrer Habe vor sich herschoben oder nachschleppten. In dieser zweistündigen Fahrt wurde ich Zeuge einer grossen Weltragödie, und ich war aus tiefstem Herzen dankbar, dass meinem Lande diese unvorstellbare Zerstörung erspart geblieben war.»¹ Churchill soll das Ausmass der Verwüstung in Berlin als unerträglich bezeichnet haben. Er fuhr schnell ins nahegelegene Potsdam-Babelsberg.

In Jalta hatten sich die drei Grossmächte im Februar 1945 darauf verständigt, nach dem Sieg über Deutschland erneut eine Konferenz auf höchster Ebene abzuhalten, um die europäische Nachkriegsordnung zu diskutieren und Beschlüsse herbeizuführen. Da die ersten beiden Konferenzen auf Stalins Bitte in Teheran (in der sowjetischen Botschaft) bzw. auf der Krim abgehalten worden waren, forderten der amerikanische Präsident und der britische Premier einen Tagungsort im Westen. Da Trumans Vorschlag, die Konferenz nach Alaska einzuberufen, unpraktikabel war – Stalin bestand auf einer guten Nachrichtenverbindung nach Moskau und pflegte nur noch im Zug zu reisen –, setzte sich Churchill mit seiner Anregung durch, das Treffen in einer Stadt in Deutschland durchzuführen. Am 30. Mai 1945 schlug Stalin für die Operation «Terminal» Berlin als Tagungsort vor. Da man aber hier nicht über entsprechende Gebäude und ein gesichertes Areal verfügte, wickelte man nach Potsdam-Babelsberg aus. Hier befand sich eine herrschaftliche Villenkolonie, die den etwa 1'500 Beteiligten genügend Unterbringungs- und Arbeitsmöglichkeiten bot, sowie das Schloss Cecilienhof. In dem im Stil eines englischen Landhauses zwischen 1913 und 1917 erbauten Kronprinzenpalais hatten bis zum März 1945 Familienmitglieder der Hohenzollern gewohnt. Der Bau hatte 176 Räume, deren Innenausstattung allerdings ausgelagert und zum Teil nicht auffindbar war. In Moskau wurde der runde Konferenztisch hergestellt, der mit etwa sieben Metern Durchmesser gewaltig ausfiel. Er erwies sich als zu üppig für die Empfangshalle, die als Sitzungssaal diente, und musste verkleinert werden. An der notdürftigen Restaurierung des Schlosses waren über 1'200 sowjetische Soldaten sowie deutsche Arbeiter und Techniker beteiligt. Teilweise wurden die Zufahrtswege nach Babelsberg neu angelegt, damit die Delegationen nicht durch die schwer zerstörte Potsdamer Innenstadt fahren mussten. Im Schlosshof wurde aus Tausenden roten Geranien ein Sowjetstern gepflanzt. Durch dieses Symbol wurde weltweit für jedermann sichtbar, dass Potsdam im sowjetischen Herrschaftsbereich lag.

Am 17. Juli 1945 eröffnete Stalin die Potsdamer Konferenz. Die Operation «Terminal» hatte begonnen. Sie sollte bis zum 2. August 1945 dauern. Am 25. Juli wurden die Verhandlungen für drei Tage unterbrochen, weil Churchill und Clement Attlee nach London mussten, um der Bekanntgabe der Ergebnisse zu den Unterhauswahlen beizu-



Sowjetische Soldaten besichtigen im Mai 1945 die Ruine der Reichskanzlei. Hier verübte Hitler am 30. April 1945 Selbstmord.

wohnen. Die Auszählung der Stimmen hatte sich verzögert, weil Zehntausende britische Soldaten über die ganze Welt verteilt waren und deren Stimmzettel erst nach London gebracht werden mussten. Attlee, Oppositionsführer der Labour Party und als Lordsiegelbewahrer zugleich Mitglied im Kabinett Churchills, errang einen imponierenden Sieg und kehrte als britischer Premier an den Potsdamer Verhandlungstisch zurück. Stalin hatte eine praktische Lektion in Sachen Demokratie erhalten. Wie er darüber dachte, ist nicht überliefert. Doch durch das Fehlen des grossen Staatsmannes Churchill verlor die Konferenz an Brillanz. Die Potsdamer Konferenz drohte ohnehin von Anfang an, «in einem Morast der Erfolglosigkeit zu versacken».² Der Streit etwa um die polnische Frage, vor allem aber die Auseinandersetzungen um die Reparationszahlungen liess die Verhandlungen immer wieder in eine Sackgasse geraten. Die Sowjetunion beharrte auf der in Jalta festgelegten Mindestsumme von zehn Milliarden Dollar. Die USA dagegen wollten die Reparationszahlungen aus der laufenden Produktion beziehen, weil sie nicht zu Unrecht befürchteten, dass sie selbst es sein würden, die Deutschland mit ihren eigenen Mitteln wieder aufbauen müssten. Der Sowjetunion erschien dies angesichts ihres eigenen verwüsteten und ausgeplünderten Landes nebensächlich. Die Debatten über die ökonomischen Probleme und die dabei zutage tretenden gegensätzlichen Ansichten of-



Die Alliierten verhandelten auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 über die Zukunft Deutschlands.

fenbarten zwangsläufig auch die ideologische Kluft zwischen der Sowjetunion und den USA. Am Vormittag des 2. August 1945 wurde dennoch das Kommuniqué über die Potsdamer Konferenz veröffentlicht.

Die Teilung des Reparationsgebiets in eine östliche und eine westliche Hälfte und die gleichzeitig erteilte Vollmacht an die Zonenoberbefehlshaber, das Reparationsproblem auf zentraler Basis zu regeln, war der entscheidende Schritt zur Aufteilung Deutschlands. Die Versicherung, dass Deutschland auch zukünftig als Wirtschaftseinheit zu behandeln sei, war wenig wert. Nur wenige Monate nach der Konferenz von Potsdam stoppte General Lucius D. Clay die Reparationsleistungen aus der US-Zone an die Sowjetunion, weil die Tauschlieferungen für die amerikanische Zone ausgeblieben waren.

Präsident Truman äusserte sich in einer Rundfunkansprache an das amerikanische Volk am 9. August 1945 geradezu euphorisch über die Potsdamer Konferenz. Die Verhandlungen mit Stalin und den beiden britischen Premiers seien vom Geiste gegenseitigen Verstehens und von Freundschaft geprägt gewesen. Truman versuchte in seiner Rede, die negativen Folgen der Potsdamer Beschlüsse zu verharmlosen. Wenn er behauptete, die osteuropäischen Staaten würden nicht «in die Einflussphäre irgendeiner Macht» geraten, so sagte er dies wider besseren Wissens. Seine Ankündigung, «nach Massgabe unserer Kräfte» den Völkern Europas zu helfen, skizzierte knapp die künftige Europapolitik der USA. Winston Churchill als Oppositionsführer im britischen Unterhaus nannte Trumans Rede vor allem deshalb bemerkenswert. Churchill kritisierte in einer Rede am 16. August 1945 aber ebenso deutlich die Beschlüsse von Potsdam und zeigte sich insbesondere mit der polnischen Lösung sehr unzufrieden. Zugleich betonte er mit Blick auf die Vertreibungen und die sowjetische Einflusszone: «Spärliche und

vorsichtige Berichte über die Dinge, die vor sich gingen und gehen, sind durchgesickert; es ist aber nicht ausgeschlossen, dass eine Tragödie ungeheuren Ausmasses sich hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet, abspielt.»³ Churchill sollte recht behalten. Der Eiserner Vorhang, ein Bild, das Churchill seit Juni 1945 häufig benutzte, das aber Goebbels am 25. Februar 1945 in einem Zeitungsartikel geprägt hatte, spaltete Europa. Zunächst aber spielte sich noch eine andere Tragödie grössten Ausmasses ab – und zwar vor den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit.

Als Harry S. Truman am 15. Juli 1945 in Berlin eintraf, erfuhr er am Tage nach seiner Ankunft durch ein streng geheimes Telegramm, dass am selben Tage in der Wüste von New Mexico erstmals eine Atombombe erfolgreich getestet worden war. Das militärische Atomzeitalter hatte endgültig begonnen. Truman war sich sicher, mit diesem Trumpf in der Hand auch die Sowjetunion in Schach halten zu können. Churchill ist nur wenige Tage darauf eingehend unterrichtet worden. Er zeigte sich sowohl von den technischen als auch den neuen politischen Möglichkeiten hell auf begeistert. Erst am 24. Juli informierte Truman betont beiläufig Stalin über den erfolgreichen Test. Dieser reagierte gelassen.

Eine Spezialeinheit der amerikanischen Luftwaffe bereitete den Abwurf der ersten Bombe auf eine japanische Stadt vor. Hiroshima, Kokura, Nagasaki und Niigata kamen in die engere Wahl. Tokio stand nicht zur Debatte. In konventionellen Luftangriffen am 9. und 10. März 1945 waren dort bereits über 80'000 Japaner getötet worden. Am 6. August 1945 gegen 8.15 Uhr Ortszeit warf ein B-29-Bomber die erste Uranbombe über Hiroshima ab. Drei Tage später detonierte in Nagasaki eine Plutoniumbombe. Innerhalb weniger Sekunden starben insgesamt 200'000 Menschen. An den Langzeitwirkungen haben viele Japaner bis heute zu leiden. «Der Dritte Krieg war eröffnet, bevor der Zweite mit der Unterzeichnung der japanischen Gesamtkapitulation und der Kapitulation der japanischen China-Armee am 2. bzw. 9. September 1945 zu Ende ging. Ob er ein Kalter bleiben würde, war lange Zeit nicht sicher.»⁴

Die Potsdamer Konferenz bildete den Versuch, die politischen, territorialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, die sich am Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa stellten. Sie wurde abgehalten zur Teilung der Kriegsbeute und zur Verständigung über die Bedingungen eines künftigen Friedens. Die provisorische Nachkriegsordnung von Jalta und Potsdam ist niemals durch eine Friedenskonferenz und einen Friedensvertrag bekräftigt worden. Trotzdem erwies sie sich als beständig. Der Streit um die juristische Gültigkeit des Potsdamer Abkommens war daher angesichts der historischen Realitäten mässig. Ob das Dokument nun wie im sowjetischen Verständnis als «völkerrechtlicher Vertrag» firmierte oder ob man im Westen darauf beharrte, dass es sich lediglich um ein Konferenz-Kommunique handelte, was formal richtig war – das Potsdamer Abkommen war das Grundsatzdokument der Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland. Als die Grossmächte Potsdam verliessen, war nicht nur Deutschland, sondern auch Europa und

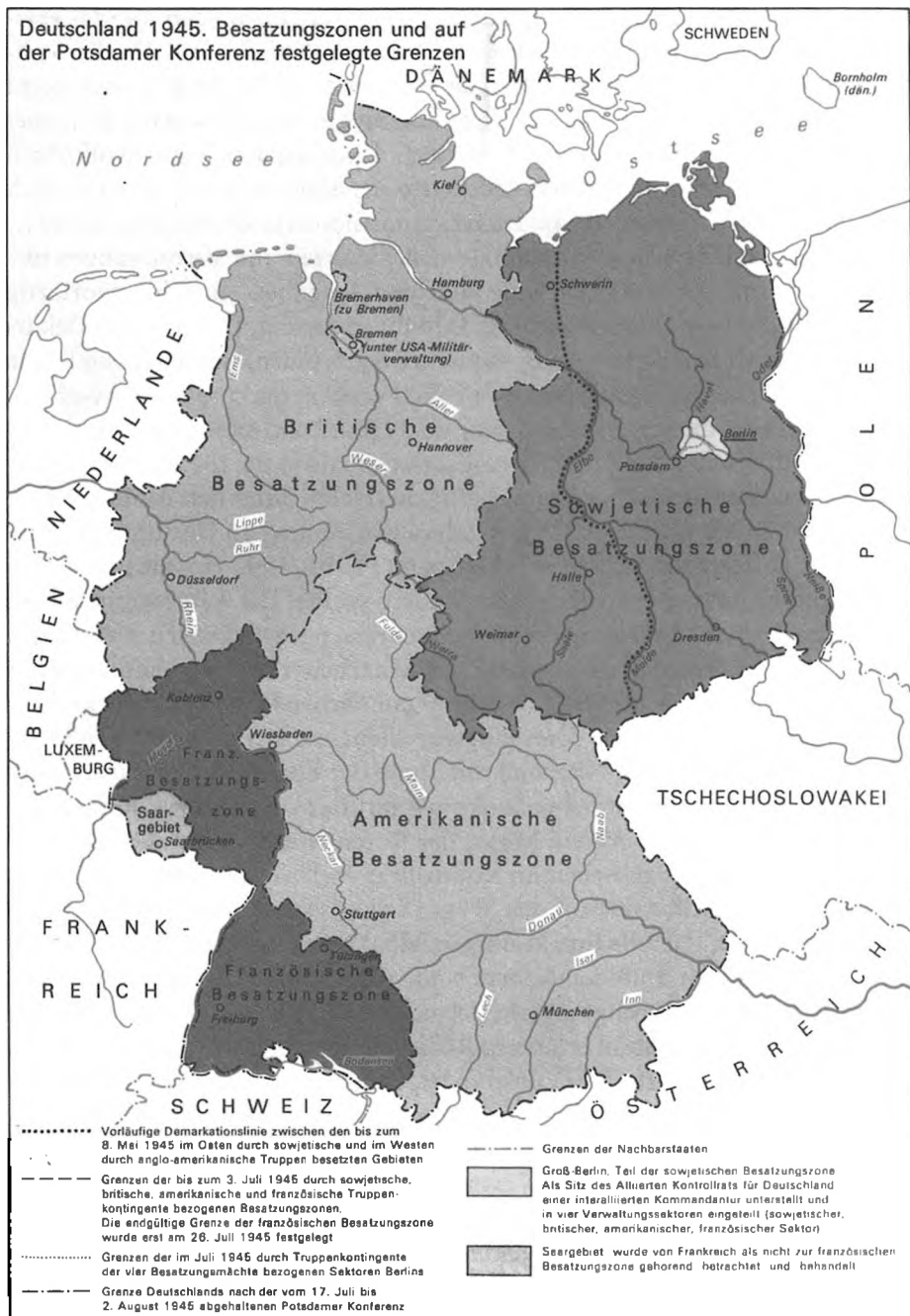
die Welt für Jahrzehnte geteilt. Die angestrebte stabile Friedensordnung wich – die Unterschriften unter das Potsdamer Abkommen waren noch nicht getrocknet – einem atomaren Wettrüsten, das die Menschheit mehrmals gefährlich nahe an den Abgrund brachte.

Der Alliierte Kontrollrat

Die Alliierten lösten am 23. Mai 1945 die sogenannte Dönitz-Regierung auf. Britische Militärpolizisten verhafteten in Flensburg die Mitglieder dieser von Hitler eingesetzten Schattenregierung ohne Land und Volk. Deutschland war damit ohne Regierung und damit auch ohne Rechtsvertretung. Es stellte sich überhaupt die Frage, ob es ein Völkerrechtssubjekt in der Rechtsnachfolge des untergegangenen Deutschen Reiches noch gab. Die staatliche Autorität lag allein bei den alliierten Armeen und deren Kommandeuren, wie in einer entsprechenden Erklärung vom 5. Juni 1945 festgehalten wurde.

Das Dokument trug die Unterschrift von Marschall Georgi Shukow, General Dwight D. Eisenhower, Feldmarschall Bernard Montgomery und General Jean de Lattre de Tassigny. In einer Zusatzklärung zur Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 gaben die vier Oberbefehlshaber die Aufteilung des Deutschen Reiches in vier Besatzungszonen bekannt. Dem Saargebiet räumte man einen Ausnahmestatus ein. Die Sowjetunion erhielt das Gebiet der späteren DDR, Grossbritannien den nordwestlichen Teil Deutschlands (mit den späteren Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen sowie Hamburg), die Amerikaner die südliche Zone (mit den späteren Bundesländern Bayern und Hessen sowie Nordwürttemberg-Nordbaden und Bremen als Enklave). Frankreich schliesslich bekam als Besatzungszone das südwestliche Gebiet Deutschlands (mit den späteren Bundesländern Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie den südlichen Teilen von Baden und Württemberg). Die oberste Gewalt in den Besatzungszonen übte der jeweilige militärische Oberbefehlshaber aus, der gleichzeitig auch Militärgouverneur war. Oberste Regierungsinstanz für ganz Deutschland war der Alliierte Kontrollrat, in dem die vier Oberbefehlshaber gemeinsam entscheiden sollten. Zu seiner ersten offiziellen Sitzung trat er am 30. Juli 1945 im Gebäude des ehemaligen Berliner Kammergerichts zusammen.

Zwei widerstreitende Prinzipien bildeten die Leitlinie für die Verwaltung Deutschlands durch die Alliierten: Auf der einen Seite lag die Ausübung der obersten Gewalt in der jeweiligen Besatzungszone bei dem dortigen Oberbefehlshaber, der über die Angelegenheiten seiner Zone nur seiner Regierung Rechenschaft schuldete. Auf der anderen Seite übte der Kontrollrat die gemeinsame Herrschaft «in allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten» aus. Zu diesem Zweck bildeten die Oberbefehlshaber, jeweils unterstützt von einem politischen Berater, zusammen den Kontrollrat. Der Kontrollrat im engeren Sinn bestand aus den vier Oberbefehlshabern, die für ein einheit-

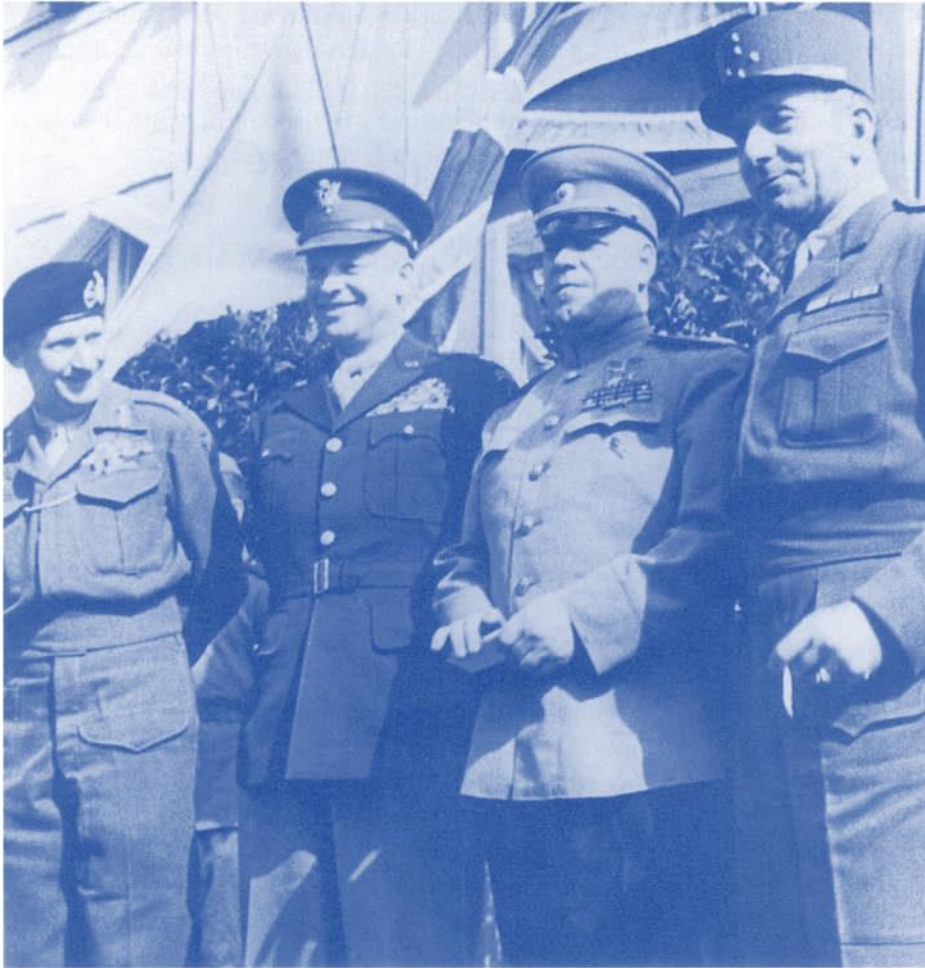


Die auf der Potsdamer Konferenz festgelegten Besatzungszonen und Grenzen.

liches Vorgehen in ihren Besatzungszonen Sorge zu tragen hatten. Festgeschrieben war das Prinzip der Einstimmigkeit. Im Koordinierungsausschuss trafen sich die vier Stellvertreter der Oberbefehlshaber, denen die eigentliche Arbeit zufiel. Sie bereiteten die Kontrollratssitzungen vor. Der Koordinierungsausschuss war für die Steuerung der Kontrollkommission verantwortlich. Diese setzte sich aus zwölf Abteilungen (Direktoraten) zusammen. Jede hatte vier alliierte Leiter, die monatlich wechselten. Diese Abteilungen bildeten Kommissionen und Unterausschüsse ... Die Tätigkeit schlug sich in Proklamationen, Gesetzen und Verordnungen nieder. Der Kontrollrat bewältigte eine Fülle von Aufgaben, die schlagwortartig mit den «fünf D» – Denazifizierung, Demilitarisierung, Demontage, Dekartellisierung und Demokratisierung – umschrieben wurden. Allerdings sind diese «fünf D» in den Zonen ganz unterschiedlich verfolgt und praktiziert worden.

Solange es um die formelle Auflösung der NSDAP und nationalsozialistischer oder militaristischer deutscher Organisationen sowie um die Ausserkraftsetzung nationalsozialistischer Gesetze ging, herrschte unter den Alliierten Einvernehmen. In allen anderen Fragen gab es von Anfang an Unstimmigkeiten. Die ersten Differenzen stellten sich bereits im Herbst 1945 ein, als Frankreich die Errichtung deutscher Instanzen verhindern wollte. Die Arbeitsatmosphäre im Kontrollrat war zunehmend von den Interessengegensätzen der Alliierten geprägt. Hinzu kam, dass die sowjetischen Mitarbeiter und Verhandlungsführer im Kontrollrat eher als Sendboten ihrer politischen Obrigkeit denn als Verhandlungspartner agierten.⁵ Dies hing vor allem mit dem sowjetischen Herrschaftssystem zusammen. Niemand unterhalb der Ebene des Politbüros – mit Ausnahme von Oberbefehlshaber Shukow – durfte es wagen, eine Entscheidung eigenständig zu treffen. Als ein Major der Roten Armee von einem Generalmajor auf seine künftige Arbeit im Kontrollrat vorbereitet wurde, gab er ihm als wichtigste Maxime mit auf den Weg: «Sie müssen sich im Voraus, ein für alle Mal, merken, dass alle Ihre künftigen Mitarbeiter im Kontrollrat Agenten der kapitalistischen Spionagedienste sind. Also – keinerlei persönliche Bekanntschaften, keine Privatgespräche. Ich nehme an, dass Sie das wissen, möchte Sie aber noch einmal daran erinnern. Reden Sie so wenig wie möglich. Hören Sie dafür umso mehr zu. Wer zuviel redet, dem reissen wir die Zunge mit der Wurzel aus. Bei uns haben alle Wände Ohren. Denken Sie daran.»⁶

Bald behinderten grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten die Arbeit des Kontrollrats. Die Versuche der Westmächte, ihre Zonen zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zusammenzuschliessen, führten zu einer offenen Konfrontation. Am 20. März 1948 erklärte der Oberste Chef der SMAD, Marschall Wassili Sokolowski, auf einer Kontrollratssitzung in Berlin: «Es wird eine Lage geschaffen, bei welcher nur sowjetischerseits vor dem Kontrollrat Rechenschaft erstattet werden kann, während man sich von Seiten der Amerikaner und Engländer weigert, dem Kontrollrat über die Handlungsweise in den von diesen Mächten besetzten Zonen Deutschlands Rechenschaft zu erstat-



Die Oberbefehlshaber der Alliierten am 5. Juni 1945 nach der Verabschiedung der «Berliner Erklärung», die die Grundlage für die Arbeit des Alliierten Kontrollrats bildete. Der britische Feldmarschall Bernard Montgomery, US-General Dwight D. Eisenhower, Marschall Georgi Shukow und der französische General Jean de Lattre de Tassigny (v.l.n.r.).

ten. Damit beweisen diese Delegationen lediglich, dass sie das Abkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland unterbinden und auf sich die Verantwortung für das Scheitern dieses Abkommens nehmen. Durch ihre Handlungsweise haben diese drei Delegationen wieder einmal bestätigt, dass der Kontrollrat als Organ der obersten Gewalt in Deutschland, das die Viermächteverwaltung dieses Landes verwirklicht, faktisch nicht mehr besteht. (...) Das bedeutet, dass diese Delegationen den Kontrollrat zerstören und zu Grabe tragen und alle Beschlüsse vernichten, die über den Alliierten Kontrollrat

in Deutschland angenommen wurden.» Anschliessend verliess Sokolowski den Kontrollrat – für immer. Die Illusion einer gemeinsamen Regierung Deutschlands durch die Siegermächte war endgültig zerbrochen. Die Teilung der Welt in zwei gegensätzliche Machtblöcke war unumkehrbar geworden und sollte Deutschlands Schicksal für die nächsten vierzig Jahre bestimmen.

Sowjetische Militäradministration (SMAD)

Die Amerikaner begannen unmittelbar nach der deutschen Kapitulation mit dem Abbau bzw. der Verlagerung ihrer Streitmacht in andere Teile der Erde. Ende 1946 kamen in der französischen Zone auf je 10'000 Einwohner 18 Funktionäre der Militärregierung, in der britischen zehn und in der amerikanischen drei. Zur grössten Besatzungsmacht entwickelte sich die sowjetische, die eine riesige Besatzungsbehörde und eine modern ausgerüstete und schlagkräftige Armee besass.

Die Sowjetunion verfügte bis zum Kriegsende 1945 kaum über konkrete Planungen für die Verwaltung der von ihr beanspruchten Besatzungszone. Zum Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation war die Rote Armee bis zur Linie Wismar – Schwerin – Wittenberge – Magdeburg – Dessau – Wittenberg – Torgau – Meissen vorgerückt. Die anglo-amerikanischen Truppen hatten zunächst ungefähr die Hälfte des Territoriums der künftigen Sowjetischen Besatzungszone militärisch besetzt. Hier lebten damals etwa 8 Millionen Menschen, in der gesamten späteren SBZ 18,5 Millionen. In der ersten Woche des Juli rückte die Rote Armee vereinbarungsgemäss bis zur späteren deutsch-deutschen Grenze vor. Die Amerikaner und Briten traten den Rückzug bis zum 5. Juli 1945 an. Dafür wurde am 12. Juli 1945 die gemeinsame Besatzungsverwaltung («Kommandantura») in Berlin gebildet, und die Russen zogen sich aus 12 der 20 Berliner Bezirke zurück. Unter sowjetischer Besatzung standen die Stadtbezirke Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Treptow, Köpenick, Lichtenberg, Weissensee und Pankow (1,06 Mill. Einwohner; 402,8 km²), die Amerikaner besetzten Kreuzberg, Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof und Neukölln (836'000; 210,8 km²), die Briten Tiergarten, Charlottenburg, Spandau und Wilmersdorf (503'000; 165,5 km²) und die Franzosen Wedding und Reinickendorf (372'000; 10 4,6 km²).

An der Durchsetzung konkreter politischer Ziele, bezogen auf Deutschland, zeigte sich die Sowjetunion zunächst weniger interessiert. Ihr ging es vor allem um die Verwirklichung wirtschaftlicher und strategischer Interessen. Dazu zählten neben der Repatriierung der Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter insbesondere die Sicherung der Truppen Versorgung, die Demontagen, die Aneignung von Waffen und Kriegstechnologie, aber auch die Rekrutierung wissenschaftlichen Potentials, sofern es die Amerikaner nicht bereits abgezogen hatten.

Am 23. April 1945 gab der Kriegsrat der 1. Belorussischen Front den Befehl Nr. 5

heraus, in welchem die Grundprinzipien für die zu bildenden Machtorgane verkündet wurden. Bis zum 6. Juni 1945, als der Rat der Volkskommissare in Moskau das Dekret zur Schaffung der SMAD verabschiedete, regierte das sowjetische Militär in Deutschland jedoch chaotisch und unkoordiniert. Die Kommandanturen, die örtlichen Hauptquartiere, waren zunächst die einzigen Organe der administrativen Gewalt in der sowjetischen Zone. Von diesen gab es im April 1946 insgesamt 507. Deren Zahl sank rasch auf 325 im August 1946 und schliesslich auf 157 im Juni 1947. Zumeist wurden die Kommandanten von den Politischen Abteilungen der Armeegruppen ausgewählt und eingeführt, um so schnell wie möglich lokale Verwaltungsstrukturen aufzubauen. Amerikanische Nachrichtenoffiziere hielten im August 1945 fest: «Unter solchen Umständen bleibt ein Grossteil der tatsächlichen Verwaltung deutschen Territoriums den deutschen Zivilbeamten überlassen. Die Einwirkung sowjetischer Militärdienststellen beschränkt sich, kurz gesagt, offenbar auf ein Minimum, solange der deutsche Verwaltungsbeamte seine allgemeinen russischen Direktiven (befolgt). Andererseits ist es offensichtlich, dass sich die deutschen Beamten ihrer eigenen Amtsgewalt nicht immer sicher sind und sich nicht selten von örtlichen russischen Militärbefehlshabern überfahren lassen.»⁷

Erst mit dem Beschluss vom 6. Juni 1945 zur Schaffung der SMAD bemühte sich die Sowjetregierung, ihre Besatzungszone nach systematischen und einheitlichen Gesichtspunkten und Befehlen zu organisieren und zu verwalten. Die SMAD setzte sich aus den, entsprechend der alliierten Übereinkünfte bestehenden, vier Hauptbereichen Demilitarisierung, Zivilverwaltung, Wirtschaft und Politik zusammen. Hinzu kamen Abteilungen für Volksbildung und für das Gesundheitswesen. Bei der Bildung der SMAD wurde ausserdem eine Fachstruktur mit 20 Einheiten eingerichtet. Die SMAD erwies sich zunächst als ein Sammelsurium von Abteilungen und Unterabteilungen, die den Eindruck eines organisatorischen Chaos machten. Die einzelnen beteiligten Moskauer Ministerien versuchten ebenfalls ihre Interessen durchzusetzen. Befehle bezüglich der Organisation des Zivillebens wurden teils von Truppenkommandeuren, teils von den Politischen Abteilungen der Armeegruppen erlassen.

Die örtlichen Kommandanturen sollten nun noch die Befehle der SMAD ausführen. Dies liess sich allerdings nur in den seltensten Fällen durchhalten, da die Kommandanten oftmals gleichzeitig Armeeverbände befehligten und so auch für deren Wohl zu sorgen hatten. Um dieses zu garantieren, griffen sie in die Wirtschaft ein, um auf Kosten der Zivilwirtschaft ihre Einheiten zu versorgen. Die chaotische und nur schwer überschaubare Struktur konnte auch durch den Aufbau der SMAD nicht beseitigt werden. In Dresden etwa existierten vier Kommandanturen nebeneinander (für die Stadt, für den Bezirk, für das Hauptquartier der Militärverwaltung und für das 1. Panzer-Regiment), die miteinander um die Versorgung konkurrierten. Immerhin hielten sich bei Kriegsende etwa 1,5 Millionen Sowjetsoldaten auf dem Gebiet der SBZ auf. Im September 1946

waren es noch 700'000 und im Februar 1947 immerhin noch eine halbe Million, ehe ihre Zahl im Juli 1947 bis auf 350'000 reduziert worden ist. Allerdings erfolgte bereits ein Jahr später eine erneute Aufstockung auf etwa 500'000-600'000 Soldaten. Noch vor Gründung der SMAD war die «Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland» durch Zusammenlegung verschiedener Einheiten gebildet worden.

Die Militärverwaltung unterlag in der Folgezeit einem permanenten Reorganisationsprozess. Durch Verflechtungen und gleichzeitige gegenseitige Abgrenzungen der einzelnen Abteilungen, der Verbindungen zwischen Militärregierung und sowjetischer Armee, der Tätigkeit der Geheimdienste NKWD/ MWD/MGB, sowie des am 28. Juni 1945 gebildeten Kriegsrats entwickelte sich ein «hochgradiger Improvisationspragmatismus»⁸, der bestimmend für die Besatzungszeit blieb. Parallel zur SMAD, die für die gesamte SBZ zuständig war, existierte eine territoriale Gliederung. Dazu zählten anfangs die fünf Landes- bzw. Provinzialverwaltungen, die Kommandantur für Ost-Berlin, 18 Bezirkskommandanturen, 14 bezirksunterstellte Stadtkommandanturen sowie Rayon- (Kreis-)Kommandanturen (4-15 pro Bezirk) und Stadt- und Ortskommandanturen (5-27 pro Rayon). Im September 1945 arbeiteten im Zentralapparat der SMAD etwa 5'000 Personen, Ende 1946 waren es knapp 50'000. Bis August 1948 sank die Zahl der Mitarbeiter auf 31'500, um 1949 auf etwa 15'000 weiter abzufallen. Immerhin kamen 1945/47 30 SMAD-Mitarbeiter auf 10'000 Einwohner der SBZ, was die Zahlen in den anderen Besatzungszonen deutlich übertraf. Zu keinem Zeitpunkt gelang es, auch nur annähernd die selbst gestellten Soll-Zahlen bei den Planstellen zu besetzen. Ende 1946 waren beispielsweise über 15'000 Planstellen unbesetzt. Zudem herrschte eine extrem hohe Fluktuation. Kein Sowjetsoldat sollte länger als drei Jahre im Ausland stationiert sein. Dieses Problem verschärfte sich durch den Umstand, dass Tausende umgesetzt oder in die Sowjetunion zurückbefohlen wurden, weil sie sich als politisch, moralisch, fachlich oder militärisch ungeeignet erwiesen hatten. 1948/49 setzte sich die Mehrheit der SMAD-Mitarbeiter bereits aus Kadern zusammen, die nach Kriegsende kurzzeitig wieder in ihrer Heimat gewesen waren. Dies spiegelte sich etwa im Anstieg der KP-Mitglieder (1946: 55 Prozent, 1947: 47 Prozent, 1948: 70 Prozent) wider. Zugleich sank die Zahl der Absolventen höherer Schulen erheblich ab (1946: 45 Prozent, 1947: 34,9 Prozent, 1948: 26 Prozent), während die Zahl der Mitarbeiter mit mittlerer Schulbildung stabil blieb. Ähnlich unverändert war die ethnische Zusammensetzung der SMAD. Die Russen stellten etwa drei Viertel der Mitarbeiter, die Ukrainer etwa 15 Prozent, Juden 6-7 Prozent und Weissrussen um 3 Prozent. Insbesondere Angehörige mittelasiatischer Völker der Sowjetunion wurden zunächst kaum eingesetzt. Nach 1948 sind auch Juden in grosser Zahl – im Zusammenhang mit der neuen antisemitischen Verfolgungskampagne in der UdSSR – abgezogen worden. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass jährlich ein Drittel der SMAD-Mitarbeiter ausgetauscht wurde.



*Die erste Ausgabe der «Berliner Zeitung» erschien am 21. Mai 1945.
Sie wurde zunächst von der sowjetischen Besatzungsmacht herausgegeben.*

Neben der SMAD agierten in der SBZ weitere Sondereinheiten. Dazu zählten etwa Sonderbeauftragte der SMAD für die Repatriierung oder das Finanzwesen, aber auch Mitarbeiter des Komsomol, der Kommunistischen Partei sowie des Sicherheitsapparats (NKWD/MWD/MGB, Smersch), dem die Internierungslager unterstanden. Der Geheimdienst war für die Verfolgungen und Verhaftungen sowohl von Sowjetbürgern als auch von Deutschen verantwortlich. Hinzu kam der Apparat des «Bevollmächtigten des Besonderen Komitees für Deutschland beim Staatlichen Verteidigungskomitee», der mit seinen etwa 70'000 Mann umfassenden Reparationsbrigaden die Demontagen durchführte. Ausserdem unterhielt die Sowjetunion die neugebildeten Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) und die Sowjetischen Handelsgesellschaften (SHG), die Technischen Büros der Moskauer Volkskommissariate zur Auswertung technisch-wissenschaftlicher Dokumente und zur Lenkung der Forschungsarbeit in Deutschland sowie vier verschiedene Nachrichtenapparate, die bei der SMAD angesiedelt waren. Schliesslich unterstand den Russen ein weitverzweigtes Nachrichtennetz.

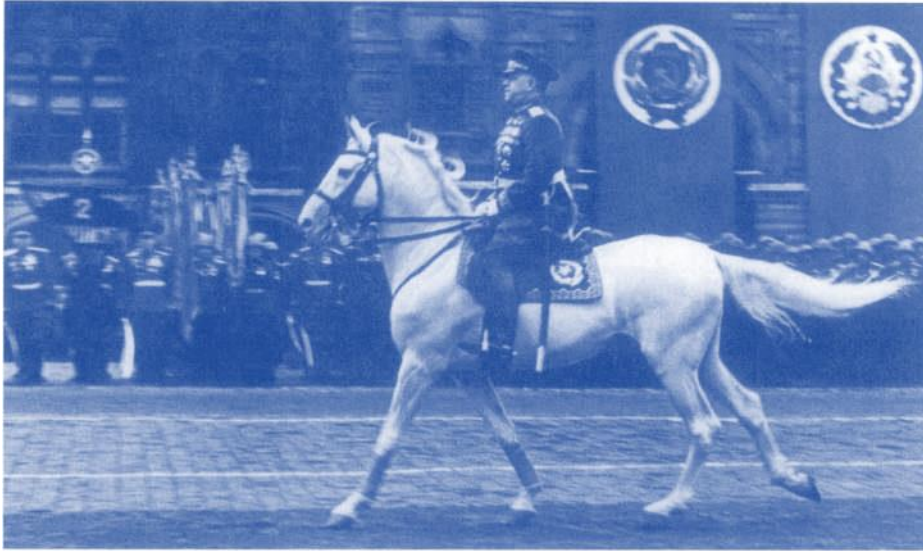
Die am 15. Mai 1945 erstmals herausgegebene Tageszeitung «Tägliche Rundschau» zählte zu den wirksamsten ideologischen Einflussmitteln. Sie verfügte über eine Zentralredaktion sowie Redaktionen in allen Ländern und Provinzen. 1945 beschäftigte sie 120 sowjetische Redakteure und 20 deutsche Mitarbeiter. Ursprünglich mit einer Auflage von 80'000 Exemplaren gestartet, kletterte ihre Auflagenhöhe Anfang 1947 auf etwa eine Million. Nach der Währungsreform 1948 sank die Auflage und betrug am 30.

Juni 1955, als die Zeitung eingestellt wurde, 200'000 Stück. Daneben erschienen weitere Presseerzeugnisse, darunter der «Nachtexpress» (1945-1953) als eine Art Boulevardblatt, sowie russischsprachige Veröffentlichungen für die Truppen, Wochen- und Monatsblätter. Die in der SBZ von deutschen Stellen herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften wurden von der SMAD lizenziert. Die «Berliner Zeitung» etwa, die erste überregionale deutsche Tageszeitung, wurde zunächst einen Monat lang von der Roten Armee herausgegeben, ehe sie dem Berliner Magistrat überstellt wurde. Schliesslich unterhielt die SMAD einen eigenen Verlag, in dessen über 150 eigenen Druckereien politische und belletristische Werke produziert worden sind. Die Masse der Bücher wurde allerdings für den sowjetischen Markt gedruckt. Von den 1947 insgesamt 87 Millionen gefertigten Büchern wurden allein 63,5 Millionen als Lehrbücher in die Sowjetunion geliefert. Für die SBZ wurden vor allem Werke von Stalin, Lenin, Marx und Engels sowie der «Kurze Lehrgang» veröffentlicht, aber auch insgesamt 475 belletristische Titel vor allem russischer und sowjetischer Autoren, darunter Gorki und Ehrenburg.

Sowjetische Generale in Deutschland

Die Arbeit der SMAD ist von einer Reihe markanter Persönlichkeiten geprägt worden. Als Chefs und zugleich Oberkommandierende der sowjetischen Besatzungstruppen in der SBZ fungierten zunächst Marschall Georgi Shukow (1945 bis März/April 1946), sodann Marschall Wassili Sokolowski (bis März/April 1949) und schliesslich Armeegeneral Wassili Tschuikow (bis November 1949). Alle drei waren Berufssoldaten.

Stalin ernannte Shukow im November 1944 zum Oberbefehlshaber der 1. Belorussischen Front und legte zugleich fest, dass unter seiner Führung Berlin einzunehmen sei. Informell ab Mai, formell ab Juni 1945 bis März/April 1946 war Shukow Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland und Oberster Chef der SMAD. Im März 1946 zum Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte und stellvertretenden Minister für Verteidigung der UdSSR ernannt, schob ihn Stalin bereits 1946 in die Provinz ab. Shukow besass als SMAD-Chef im Vergleich zu seinen Nachfolgern den grössten Handlungsspielraum: Er agierte nicht als «Laufbursche» und hatte ein enges Verhältnis zu Stalin, mit dem er fast täglich telefonierte. Stalin misstraute Shukow dennoch und liess ihn überwachen. Den Ausschlag für die Degradierung Shukows gab Stahns Eifersucht gegenüber dem erfolgreichen Heerführer, der bei der Siegesparade am 24. Juni 1945 auf einem Schimmel über den Roten Platz geritten war. Stalin selbst hatte vor Pferden ebenso grosse Furcht wie vor Flugzeugen. 1946 strengte der inzwischen zum Minister für Staatssicherheit aufgestiegene Viktor Abakumow auf der Grundlage abgehörter Telefongespräche gegen Shukow ein Verfahren wegen «Ver-



Marschall Georgi Shukow während der Siegesparade am 24. Juni 1945 auf dem Roten Platz in Moskau.

schwörung der Militärs» an. Es ging darum, den Einfluss der Militärs auf politische Entscheidungen nach den grossen Kriegserfolgen wieder einzudämmen. 1951 holte man Shukow ins politische Leben zurück. Er beteiligte sich 1953 führend am Sturz des gefürchteten Geheimdienstchefs Berija, der nach Stalins Tod alle Macht an sich zu reissen drohte. Shukow wurde 1953 Erster Stellvertreter des Ministers und 1955 Minister für Verteidigung. Im Juni 1957 inszenierte er in Zusammenarbeit mit dem KGB und mit Rückendeckung der Armee abermals – wie 1953 – einen Staatsstreich, um den durch die Funktionäre um Molotow und Malenkow entmachteten Chruschtschow wieder ins Amt des Ersten Sekretärs der KPdSU einzusetzen. Im Oktober 1957 wurde Shukow überraschend in den endgültigen Ruhestand versetzt, wobei er auch seinen Sitz im Zentralkomitee und im Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU verlor.

Shukows Nachfolger, Sokolowski, war zunächst dessen Erster Stellvertreter und dann von März 1946 bis März 1949 Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen und Oberster Chef der SMAD. Nach seiner Abberufung aus Deutschland ernannte man ihn zum Ersten stellvertretenden Minister der Streitkräfte der UdSSR. 1952-1960 war er Generalstabschef und Erster Stellvertreter des Kriegsministers (ab 1953 des Verteidigungsministers), anschliessend bis zu seinem Tod Generalinspekteur im Verteidigungsministerium. Anders als sein Vorgänger auf dem SMAD-Posten galt er als politisch weniger ehrgeizig und als besonnener Verhandlungspartner. Sokolowski verfügte nicht nur

über ein ausgeprägtes Organisationstalent, sondern genoss als Militärstrategie auch im Westen – wie sein Vorgänger Shukow – hohes Ansehen.

Sokolowskis Amtsnachfolger wurde Armeegeneral (ab 1955 Marschall) Tschuikow, einer der Helden von Stalingrad, der 1945-1946 zunächst Chef der SMAD in Thüringen war, ehe er 1946-1949 als Stellvertreter bzw. Erster Stellvertreter des Oberbefehlshabers und von März 1949 bis 1953 als Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen, von März bis Oktober 1949 auch als Oberster Chef der SMAD und dann bis 1953 als Vorsitzender der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland agierte. Danach war er Chef des Militärbezirks Kiew und ab 1960 der Landstreitkräfte sowie stellvertretender Verteidigungsminister, ab 1972 dann Generalinspekteur im Verteidigungsministerium. Shukow sei die Arbeit in der Militäradministration eher lästig gewesen, gab sein früherer Ordonnanzoffizier preis. Lieber als in Karlshorst, habe er sich beim Truppenhauptquartier in Potsdam aufgehalten. Anders sein Nachfolger Sokolowski, der viel von Stabsorganisation verstanden und deshalb die Truppenarbeit an seinen Stellvertreter Tschuikow delegiert habe. Tschuikow wiederum, so sein ehemaliger Dolmetscher, habe später als Chef der Sowjetischen Kontrollkommission drei Tage in Berlin-Karlshorst und drei Tage als Truppenchef in Wünsdorf residiert.

Aber nicht nur für die Oberbefehlshaber und Obersten Chefs der SMAD war die Bewährung in Deutschland ein Sprungbrett für höhere Funktionen im Militärapparat der UdSSR. Auch die nachgeordneten Kommandostellen in der sowjetischen Zone und späteren DDR galten als «Aufstiegsschleusen». Einige Chefs der SMAD-Landesverwaltungen etwa amtierten in den fünfziger Jahren als Oberbefehlshaber sowjetischer Militärbezirke. Ein anderes Beispiel bietet der Stellvertreter für Fragen der Zivilverwaltung 1945 bis 1947 im Bereich des Stellvertreters des Obersten Chefs für Fragen der Zivilverwaltung, Generaloberst Iwan Serow. Als Berufssoldat absolvierte er 1939 die Generalstabsakademie der Roten Armee und wurde anschliessend Volkskommissar des Innern der Ukraine, wo er als Mitglied des Obersten Sowjets und des Politbüros der Ukrainischen KP die Bekanntschaft Shukows machte. Nachdem er die Eingliederung der polnischen Gebiete in die Westukraine und in Weissrussland mitverantwortet hatte, wurde er mit der verwaltungstechnischen Eingliederung der drei baltischen Republiken in die Sowjetunion beauftragt. 1941 stieg Serow zum Kandidaten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei sowie zu einem der Stellvertreter Berijas als Volkskommissar für Staatssicherheit bzw. des Innern auf. Im Oktober 1941 ernannte ihn Stalin zum Chef der Verteidigung der Moskauer Zone. Als Kommandeur von NKWD-Sperrverbänden wurden ihm im Krieg an verschiedenen Frontabschnitten Spezialaufgaben übertragen. Diese Tätigkeit übte Serow gegen Ende des Krieges auch in der Ukraine, im Baltikum und in Polen aus. Dort gilt sein Name noch heute als Synonym für Wortbruch und Willkür. In der Berliner Militärverwaltung nannte man ihn zuweilen «Iwan der

Die Arbeit des Politischen Beraters

Mir war unter dem Militärpersonal ein Oberleutnant, der Sohn eines Professors für Kirchengeschichte an der Saratower Universität, aufgefallen. Ich übertrug ihm die Arbeit mit der Kirche. Der schwächliche Junge meldete mir, er könne diese Aufgabe nicht erfüllen, weil sein General ihn nicht einmal angehört habe, als er ihn über seinen Auftrag informieren wollte. Er habe nur kommandiert: «Stillgestanden! Kehrt! Links um! Rechts um! Ausrichten! Wegtreten!» Ich liess den General zu mir kommen und verlangte von ihm eine Erklärung. Am Ende des Gesprächs brüllte ich: «Stillgestanden! Links um! Rechts um! Ausrichten! Kehrt! Wegtreten!» Der General kam ins Schwitzen, führte die Kommandos jedoch aus und stürzte schliesslich hochrot aus meinem Arbeitszimmer. Auf Befehl des Oberkommandierenden wurde er von der politischen Arbeit entbunden und bald darauf demobilisiert.

Wladimir Semjonow: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939-1991. Berlin 1995, S. 218-219

Schreckliche». Serow war der gesamte Repressionsapparat in der SBZ einschliesslich der NKWD/MWD-Truppen unterstellt.

Seine Tätigkeit bei der SMAD war lediglich nomineller Art. In Deutschland arbeitete er bis zum Frühjahr 1947, um dann von Moskau aus seiner Tätigkeit auch in Deutschland weiter nachzugehen. Bis 1954 agierte Serow gleichzeitig als Erster stellvertretender Volkskommissar/Minister des Innern und war damit zugleich sein eigener Dienstvorgesetzter in seiner SMAD-Funktion. 1956/57 beteiligte sich Serow an verantwortlicher Stelle an der Niederschlagung der ungarischen Revolution. Als Begründer und erster Chef des Komitees für Staatssicherheit (KGB) 1954-1958 avancierte er 1958 zum Chef des militärischen Geheimdienstes der sowjetischen Armee (GRU). In berufsspezifischer Weise starb er gleich mehrere Tode: So soll er in einem Geheimprozess zum Tod verurteilt, nach anderen Quellen 1963 entlassen und 1965 aus der KPdSU ausgeschlossen worden sein. Eine weitere Quelle weiss von einem Selbstmord im Zustand der Trunkenheit zu berichten. Tatsächlich starb er nach Parteiausschluss und Degradierung zum Generalmajor 1990 eines natürlichen Todes.⁹

Von den Politischen Beratern wurden vor allem zwei in Deutschland bekannt. Zum einen der berühmte und stets Gift und Galle spuckende Generalstaatsanwalt der dreissiger Jahre, Andrej Wyschinski, der als Erster stellvertretender Aussenminister schon im Mai und Juni 1945 in Berlin weilte. 1949-1953 war er, der ein besonders enges Verhältnis zu Stalin pflegte und als dessen unmittelbare Vertrauensperson galt, sowjetischer Aussenminister.

Am 15. Mai 1946 ernannte das Politbüro Wladimir Semjonow zum Politischen Berater. Semjonow kam ohne jede Fronterfahrung im April 1945 nach Deutschland und wurde im September 1945 zum Ersten stellvertretenden Politischen Berater und Chef der Politischen Abteilung ernannt. Mit welchen Schwierigkeiten er bei seiner Suche

nach Mitarbeitern zu kämpfen hatte, beschreibt er in seinen Erinnerungen. Seine ersten Erfahrungen hatte er in den annektierten baltischen Republiken sowie an den sowjetischen Botschaften in Berlin und in Stockholm gesammelt. Semjonow blieb bis 1953 Politischer Berater des Vorsitzenden der SKK und wurde nach ihrer Auflösung 1953 zum Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland ernannt. Anschliessend war er 1955-1978 stellvertretender Aussenminister und 1978-1986 Botschafter in der Bundesrepublik.

Einige hochrangige sowjetische Offiziere sind nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion selbst in das Räderwerk des Terrors geraten. Generaloberst Bogdan Kobulow etwa, Stellvertretender Chef der SMAD für die SAG und nach Stalins Tod Stellvertreter Berijas, wurde im Dezember 1953 wie sein Chef wegen «Hochverrats» erschossen. Aber auch die beiden Mitglieder des Kriegsrats, die Generale Fjodor Bokow und Konstantin Telegin, wurden nach ihrer Rückkehr aus nicht eindeutig geklärten Gründen verhaftet und sassen bis 1953 in sowjetischen Haftanstalten.

Den Verwaltungen und Abteilungen der SMAD standen Offiziere des fachmilitärischen Dienstes oder Experten aus Zivilbereichen vor. Der Leiter der Transportverwaltung etwa kam aus dem militärtechnischen Dienst. Die Leiter der Verwaltung für Gesundheit waren Militärmediziner. Der erste Chef der Verwaltung für innere Angelegenheiten arbeitete zuvor als Distriktleiter des NKWD. Für die wirtschafts- und finanzpolitischen Bereiche wurden zumeist Fachleute aus sowjetischen Ministerien und zivilen Verwaltungen ausgewählt, denen – wenn auch nicht allen – militärische Ränge verliehen wurden. Pjotr Solotuchin beispielsweise, 1945-1948 Leiter der Verwaltung für Volksbildung, war zuvor im entsprechenden Volkskommissariat tätig gewesen. Die 13 sowjetischen Verwaltungschefs, die als Stellvertreter des Chefs der SMAD fungierten, waren dem Rang nach stellvertretende Volkskommissare der Sowjetunion. Demgegenüber erwies sich die Position von Oberst Sergej Tulpanow als bescheiden. Ihm ist eine Bedeutung zugeschrieben worden, die den historischen Realitäten nicht entsprach. Tulpanow war für die nach aussen wirksamen politischen Massnahmen zuständig, betrieb aber nicht wie der Grossteil der anderen SMAD-Vertreter eine zielgerichtete Interessenpolitik. Er unterhielt von Amts wegen umfangreiche Kontakte mit Deutschen und trat in der Öffentlichkeit auf. Wegen dieser Rolle flochten ihm die «Besiegten» bis zum Untergang der DDR unentwegt Siegerkränzchen – und er flocht daran selbst tatkräftig mit. Dennoch war er nur Bote und Dolmetscher, «der in der formalen Hierarchie der politischen Entscheidungsträger innerhalb der SMAD bestenfalls fünfrangig war und seine Position vor dem Hintergrund veränderter politischer Bedingungen erst nach Beschneidung der politischen Funktion des Kriegsrats 1947 gegenüber den ‚blossen Militärs‘ geringfügig und auch nur für kurze Zeit aufwerten konnte. Tulpanows angebliche Sonderstellung in der SMAD-Hierarchie wurde in den vierziger Jahren damit erklärt, dass er

gleichzeitig Leiter des Parteiaktivs der Kommunistischen Partei in der SMAD gewesen sei. Dies kann jedoch schon aufgrund des damaligen militärpolitischen Reglements mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden; davon abgesehen war es gewählten Parteifunktionären ohnehin strikt verboten, Einfluss auf Entscheidungen ernannter militärpolitischer Führungsorgane zu nehmen. Überhaupt widerspräche es dem damaligen sowjetischen Organisations- und Führungsverständnis völlig, ihm eine politische Rolle innerhalb der SMAD zuzuschreiben.»¹⁰

Von 1945 bis September 1949 stand Tulpanow der Propaganda- und Informationsverwaltung der SMAD vor. Bis zu seinem Lebensende bemühte er sich, an der Legende zu stricken, für die SMAD als Propagandachef entscheidend tätig gewesen zu sein. «Wie inzwischen bekannt geworden ist, wurde sein Name auch nachträglich in Shukows Memoiren hineingeschrieben; in seinem Manuskript erinnerte sich Shukow an den Oberst nicht.»¹¹

Entscheidungshoheit der Besatzungsmacht

Bereits Ende 1946 regte Walter Ulbricht in Moskau an, die SMAD möge den kommunistischen deutschen Kadern die Entscheidungsbefugnis über die Wirtschaft allein überlassen. Er scheiterte mit diesem Begehren. Auch wenn es in der SBZ keine klare Teilung der Kompetenzen zwischen der SMAD und den deutschen Instanzen gab, so lassen alle bislang bekannt gewordenen Quellen eindeutig erkennen, dass die SMAD nicht nur die formale Verantwortung für alle wichtigen Entscheidungen in der sowjetischen Zone trug, sondern ihre Umsetzung vorbereitete, kontrollierte und letztlich sogar durchführte. Da die Zwangsvereinigung von KPD und SPD strategischen und taktischen Zielen Moskaus folgte und von dort aus direkt angeordnet worden war, galt die SED, zum Leidwesen der SMAD, in breiten Bevölkerungskreisen als «Russenpartei». Dieser Eindruck entsprach der Realität. «In den folgenden Jahren unterlag die ostdeutsche Partei täglicher Anleitung und Überwachung. Keine ihrer Entscheidungen über Personal-, Struktur- und Richtungsfragen wurde ohne Zustimmung der Besatzungsmacht getroffen; sie gingen sogar meist auf deren Initiative zurück. Die Vertreter der SMAD waren bei allen Sitzungen und Veranstaltungen präsent; ihnen lagen alle Dokumente vor; ausführliche Anregungen, Kommentare und/oder Korrekturen waren die Regel.»¹² Bis in die Einzelheiten hinein kümmerte sich Stalin persönlich um die Angelegenheiten der SED. Bei besonders wichtigen Entscheidungen oder politischen Richtungsänderungen sind die wichtigsten SED-Führer nach Moskau beordert worden, wo sie von Stalin und anderen Politbüromitgliedern entsprechende Instruktionen erhielten. Es gab keine relevanten Parteiangelegenheiten, die nicht in Moskau oder Karlshorst entschieden worden wären.

Diese strikte Unterordnung der SED-Führung unter die sowjetische Partei entsprach durchaus dem traditionellen Selbstverständnis der deutschen Kommunisten seit der Gründung der Kommunistischen Internationale 1919. Hinzu kam, dass Ulbricht und den anderen Führern klar war, dass sie ihre Machtposition ohnehin allein den Sowjets verdankten und diese ohne Moskau nicht halten könnten. Ausserdem waren sie von den politischen Entscheidungsprozessen wiederum nicht gänzlich ausgeschlossen und konnten bei der Umsetzung von Beschlüssen eigene Initiativen entwickeln. Nur ein einziges Mal wagten es die SED-Funktionäre, Stalin zu widersprechen. Am 31. Januar 1947 weilten Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Max Fechner und Fred Oelssner in Moskau. Dort fand eine Unterredung mit Stalin statt. Stalin verfolgte zu diesem Zeitpunkt die Zulassung der SED in den Westzonen, um sich die gesamtdeutsche Option offenzuhalten. Im Gegenzug wollte er die SPD in der SBZ wieder zulassen.¹³ Eine solche Idee war in den Augen der SED-Führung eine existentielle Bedrohung.

Bodenreform

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus stand in allen von der Sowjetunion besetzten Ländern Ost- und Südosteuropas die Entflechtung und Enteignung des Bank- und Finanzkapitals auf der Tagesordnung. Dazu gehörte die schrittweise Einführung der Planwirtschaft, die eine stufenweise Verstaatlichung der Industrie, des Handwerks und des Dienstleistungssektors voraussetzte. Am Beginn dieser Entwicklung jedoch stand – unterschiedlich ausgeprägt und erfolgreich – die sogenannte Landfrage. Insbesondere die «Bodenreform» war von allen Alliierten als das geeignete Mittel erkoren worden, um die preussischen Junker, die als hauptsächliche Träger des preussischen Militarismus galten, politisch und wirtschaftlich zu eliminieren. Da spielte es keine Rolle, dass die Junker als «Machtgruppe» im Prinzip seit Ende 1944 ohnehin aufgehört hatten zu existieren. Denn deren stärkste Bastionen lagen jenseits von Oder und Neisse, in Pommern, Schlesien und der Neumark. Die Güter waren verbrannt, die Höfe und Gutshäuser zerstört. Ähnlich sah es im Frühjahr 1945 in Vorpommern, Ostmecklenburg und Ostbrandenburg aus. Schliesslich flohen abermals Tausende vor den heranrückenden Sowjettuppen. Ungeachtet dieser Tatsachen spielten die «Junker» in der kommunistischen Phraseologie eine zentrale Rolle. Erst durch ihre Zerschlagung, so argumentierten deutsche wie sowjetische Kommunisten, würde es gelingen, ein erneutes Aufleben des Faschismus zu verhindern.

Die im Herbst 1945 durchgesetzte Bodenreform war das deutlichste und früheste Zeichen für eine zielgerichtete Sowjetisierung der SBZ, aber auch für den starken Einfluss der SMAD. Erstmals griffen die Besatzungsbehörden massiv in die bestehenden Wirtschaftsverhältnisse ein. Nachdem die KPD in ihrem ersten Aufruf vom 11. Juni

1945 auf Intervention von Stalin lediglich die Enteignung von Junkern und Kriegsverbrechern gefordert hatte, ist im Sekretariat des ZK der KPD und in der SMAD intensiv über Entwürfe von Bodenreformverordnungen beraten worden. Am 3. September 1945 verabschiedete die Provinzialverwaltung in Sachsen die erste Bodenreformverordnung. Das Gesetz wurde in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen sowie in der Provinz Brandenburg in Kraft gesetzt. Die Bodenreformgesetze bestimmten die entschädigungslose Enteignung der landwirtschaftlichen Betriebe aller führenden Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher. Auch der Grossgrundbesitz über 100 Hektar mit den dazugehörigen Gebäuden und dem Inventar wurde beschlagnahmt. Dies alles geschah unter Aufsicht der SMAD. Wie aus den beschönigenden Erinnerungen von Semjonow ersichtlich wird, hat sich an den konkreten Überlegungen auch Stalin beteiligt.¹⁴

Bis zum 1. Januar 1950 wurden 14'089 agrar- oder forstwirtschaftliche Betriebe mit nahezu 3,3 Millionen Hektar enteignet. 76,3 Prozent des daraus gebildeten staatlichen Bodenfonds sind von 7'160 Gutsbetrieben mit einem Besitz von mehr als 100 Hektar bewirtschaftet worden. Die Bodenreform erfasste in der SBZ insgesamt 35 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Von der Fläche, die in der SBZ/DDR Individualempfängern zugesprochen wurde (insgesamt fast 2,2 Mio. Hektar), erhielten landlose Bauern und Landarbeiter bis Anfang 1950 42,6 Prozent und Vertriebene 34,9 Prozent. Die 210'000 Neubauern verfügten über annähernd 1,7 Millionen Hektar und wiesen eine Durchschnittsgrösse von 8,1 Hektar auf. Sie erhielten auch das auf den enteigneten Betrieben beschlagnahmte Vieh. Bereits 1946/47 gaben über 14'500 Neubauern das ihnen zugewiesene Land zurück, 1948 waren es über 10'500 und im ersten Halbjahr 1949 nochmals über 6'000.¹⁵ Die erneute Vergabe der verlassenen Neubauernstellen erwies sich als kompliziert, denn die berufsfremd in der Landwirtschaft arbeitenden Vertriebenen wanderten zunehmend in die Industrie ab.

Die Bodenreform verbesserte weder die Ernährungssituation noch entschärfte sie die sozialen Konflikte. Die Atmosphäre zwischen Alt- und Neubauern blieb auf Jahre hinaus gespannt. Die SMAD und ihre deutschen Genossen hatten insbesondere gehofft, durch die Bodenreform die Bauernschaft für ihr Regime zu gewinnen. Dies misslang deutlich, wie nicht zuletzt die Ereignisse in den ländlichen Regionen im Juni 1953 zeigen sollten. Andererseits diente die Bodenreform zugleich dazu, die Vertriebenen, die im Osten «Umsiedler» genannt wurden, in die Gesellschaft zu integrieren. Die SMAD hatte frühzeitig angeordnet, sie insbesondere in ländlichen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg anzusiedeln und sie durch die Vergabe von Land sesshaft zu machen. Tatsächlich gelang dies teilweise. Die SED fand hier ihre Anhängerschaft. Die Vertriebenen wurden in den Dörfern allerdings oftmals nicht integriert, weshalb es sie in die SED zog, die ihr nicht nur eine neue Heimat, sondern zugleich Aufstiegschancen bot.

Über die Einführung der Bodenreform

Ich hatte mehrfach Gelegenheit, den Vorgang der Schaffung einer Bodenreform im Arbeitszimmer General Schabalins zu beobachten. Vor der Einfahrt zur Wirtschaftsverwaltung rollt ein solider «Maybach» vor, geschmückt mit jahrmarktsbunten Fähnchen, auf denen Hähnchen und Ziegenböcke dargestellt sind. Aus dem Fond des riesigen Wagens steigt unentschlossen eine farblose Gestalt in Zivil. Es ist ein Landrat von der SMA Gnaden, einer der «besten Vertreter» des deutschen Volkes. Mit tänzelnden Schritten schlängelt er sich durch den Korridor. Im Vorzimmer des Generals beugt er kriecherisch den Rücken. Einen kittelähnlichen Mantel über dem Arm, darunter eine verschlissene Aktentasche eingeklemmt, drückt er seinen Hut vor den Leib, als wollte er sich vor einem Schlag schützen. Mit einschmeichelndem Lächeln lässt sich der «beste Vertreter» vorsichtig auf einen Stuhl nieder, als setze er sich auf lauter Nägel, und erwartet geduldig die Audienz.

Schliesslich ist er an der Reihe, ins Arbeitszimmer gerufen zu werden. Der General lässt sich den Plan einer Bodenreform im Bundesland Sachsen durch einen Dolmetscher erklären.

«Welche Höchstgrenze schlagen Sie diesmal vor?» fragt er. «Hundert bis zweihundert Morgen unter Berücksichtigung eines jeden Einzelfalles, Genosse General», antwortet der Dolmetscher, der den Plan der Bodenreform in der Hand hält.

«Idioten! Der dritte Entwurf und wieder zu nichts nütze. Sagen Sie ihm, dass wir darauf nicht eingehen können.»

Der Dolmetscher übersetzt. Der Landrat knetet ratlos seine Aktentasche zwischen den Händen. Dann beginnt er auseinanderzusetzen, dass der vorliegende Entwurf unter Berücksichtigung des grösstmöglichen wirtschaftlichen Nutzens der Bodenreform, angepasst an die Verhältnisse des betreffenden Landes, ausgearbeitet wurde. Er bemüht sich, die Besonderheiten der sächsischen Landwirtschaft klarzumachen, redet davon, dass es unter den Deutschland von der Natur auferlegten harten Bedingungen unumgänglich notwendig sei, einen engen konstruktiven Zusammenhang zwischen Viehzucht, Forstwirtschaft und Ackerbau beizubehalten, und erläu-

Praktisch alle Fachleute waren sich darüber einig, dass die Aufteilung der Landwirtschaft eher schaden als nutzen würde. Wirtschaftliche Argumente zählten aber nicht, wie die Beschreibung von Gregory Klimow zeigt. Denn, wie Fritz Lange von der Parteikontrollkommission feststellte: «Die Bodenreform war für uns nicht nur ein Umsiedlerproblem, sondern vor allen Dingen ein politisches Problem, um damit die festesten Stützen der Reaktion, Boden und Schlösser zu zertrümmern.»¹⁶ Die Bodenreform folgte aber nicht nur kurzfristigen Zielsetzungen – Integration der Vertriebenen und propagandistisch auswertbare «Zerschlagung des preussischen Junkertum» –, sondern ebenso längerfristigen Sowjetisierungsplänen. Die ab 1952 betriebene und zum Teil rücksichtslos und brutal durchgesetzte Kollektivierungspolitik in der Landwirtschaft, die in zwei Wellen erfolgte und bis 1960/61 abgeschlossen war, hatte die Bodenreform zur Voraussetzung. Die sowjetischen Organe selbst verzichteten seit den fünfziger Jahren auf direkte Interventionen und Anweisungen. Die sowjetische Agrarpolitik beeinflusste aber weiterhin massgeblich die Entwicklung der Landwirtschaft der DDR.¹⁷

tert die Eigenart der auf kleine Verhältnisse zugeschnittenen, aber alles umfassenden Mechanisierung der deutschen Landwirtschaft. Der Landrat gerät nach und nach in Begeisterung, aus seinen Worten spricht der aufrichtige Wunsch, die beste Lösung des Problems zu finden, das der Befehl Nr. 124 aufwirft. (...)

Ich hatte oft Gelegenheit zu sehen, wie die deutschen Fachleute entsetzt die Hände zusammenschlugen, wenn der General ihnen Ratschläge erteilte oder Aufforderungen unterbreitete, die unter sowjetischen Verhältnissen bei Neuplanungen oder beim Wiederaufbau üblich gewesen wären. Die Fachleute pflegten wie aus einem Mund zu rufen: «Das ist doch gleichbedeutend mit Selbstmord!»

So ist es auch diesmal. Der General spielt mit dem Bleistift, zieht mit tiefsinnigem Blick an seiner Zigarette, bläst den Rauch in Ringen gegen die Decke. Er lässt sich die Darlegungen des Landrats nicht einmal übersetzen. Für ihn ist das leerer Schall. Als der General glaubt, dass die Zeit abgelaufen ist, runzelt er die Stirn und wendet sich an den Dolmetscher.

«Sagen Sie ihm, dass der Plan umgearbeitet werden muss. Wir müssen für die Interessen der deutschen Bauernschaft eintreten, nicht aber für die der Grossgrundbesitzer.» (...) Der Landrat erhebt sich verwirrt. Alle seine Ausführungen waren nutzlos. Der Entwurf der Bodenreform wird noch mehrere Male umgearbeitet werden. Und zwar so lange, bis der «selbständige» deutsche Planentwurf in allen Einzelheiten der geheimen Ausführungsbestimmung entspricht, die der General in seinem Safe aufbewahrt. Die Bodenreform ist nicht so sehr eine wirtschaftliche als vielmehr eine politische Massnahme. Es geht darum, eine der stärksten Gruppen der deutschen Gesellschaft – vorerst wirtschaftlich – zu vernichten, und andererseits eine neue Gruppe zu schaffen, die mit der neuen Macht sympathisiert. In der folgenden Etappe, d.h. nach der Festigung der neuen Macht, wird die erste Gruppe auch physisch vernichtet, während die zweite die in der Sowjetunion weitbekannte Formel: «Der Boden ist euer, die Früchte sind unser!» kennenlernen wird.

Gregory Klimow: Berliner Kreml. Köln, Berlin 1951, S. 135-137

Demontagepolitik

Die Kriegsschäden in der UdSSR beliefen sich auf 128 Milliarden Dollar. Die von der sowjetischen Regierung geforderten zehn Milliarden Dollar Wiedergutmachung nehmen sich dagegen geradezu lächerlich gering aus. Reparationen und Demontagen spielten in der sowjetischen Politik nach 1945 die zentrale Rolle. Die Sowjetarmee war das Machtinstrument, mit dem Reparationsforderungen eingetrieben werden sollten. Die Soldaten agierten dabei nicht nur als Wachpersonal, sondern mussten sich teilweise auch an den Demontagen beteiligen und unternahmen selbst ausgedehnte Beutezüge.

Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 einigten sich die drei Grossmächte auf drei Reparationsformen: Demontagen und Beschlagnahmung von Auslandsguthaben, Lieferungen aus der laufenden Produktion und die Verwendung deutscher Arbeitskräfte. Die Höhe der deutschen Reparationsleistungen blieb offen. Sie vereinbarten aber in



Die Sowjetische Militäradministration enteignete die Grossgrundbesitzer und teilte deren Landesbesitz im Rahmen der Bodenreform Kleinbauern zu.

Potsdam, dass jede Besatzungsmacht ihre Reparationsansprüche aus ihrer eigenen Zone befriedigen sollte. Dieses Vorgehen nahm die politische Teilung Deutschlands vorweg.

Bis August 1945 hatte die Rote Armee in grossem Stil Beuteaktionen durchgeführt. Dafür waren ein «Komitee für Beutegut» und für die Demontage von Industrieanlagen ein «Sonderkomitee» beim Staatlichen Komitee für Verteidigung der UdSSR gebildet worden. In grossem Umfang wurden Lebensmittel, Sach- und Kunstgüter, aber auch so gut wie alle herrschaftlichen Strand-, Land- und Gutshäuser, Paläste und Schlösser beschlagnahmt. Bisher gibt es darüber nur unvollständige Angaben. Allein 1945 beluden die Beutegut-Einheiten der Roten Armee – mehrere zehntausend Mann – über 400'000 Waggons. Zur Kriegsbeute gezählt wurden u.a. mehr als 450'000 Radios, über 60'000 Klaviere und über 940'000 Möbelstücke. Zu den Beutesachen zählten fernerhin systematisch von «Beute-Bataillonen» abtransportierte Gegenstände wie militärisches Gerät, wissenschaftliche Laboratorien, Druckerpressen, Fernmeldegeräte, auch Telefondrähte, Schiffe und Lastkähne, Rohstoffe (Kohle), Stahl, landwirtschaftliche Produkte, Luxusgüter, Genusswaren und vieles mehr. Bis zum 2. August hatten die Russen 1,28 Millionen Tonnen «Materialien» und 3,5 Millionen Tonnen «Ausrüstungen» abtransportiert. Als Trophäen wurden auch diverse Kunstschatze, museale und archäologische Samm-

Wolfgang Leonhard über Kompetenzstreitigkeiten

Dr. Friedensburg gab einen sachlichen Bericht über die Situation der Brennstoffindustrie. «Ich möchte Sie, Herr Marschall, noch auf eine Schwierigkeit aufmerksam machen, die unsere Arbeit behindert», sagte er am Ende seines Berichtes. «Die Produktion der Brennstoffindustrie wird dadurch beeinträchtigt, dass die Kommandanten bestehende Anweisungen nicht durchführen und von sich aus andere Anweisungen geben.» «Welche Kommandanten? Meinen Sie die Bezirkskommandanten?» fragte Marschall Shukow. «Nein, ich meine sowjetische Militärbeauftragte im Betrieb, die sich als Kommandanten bezeichnen und als Kommandanten auftreten.» «Sie können die Versicherung mitnehmen, Herr Friedensburg, dass wir alles tun werden, um Störungen von sowjetischen Dienststellen in Ihrem Arbeitsgebiet zu unterbinden, damit eine planmässige Entwicklung der Brennstoffindustrie gewährleistet wird. Ich werde mich genauestens erkundigen, was es mit den Betriebskommandanten auf sich hat.»

Als ich dies hörte, wurde ich nachdenklich. Ich zweifelte nicht an seinem ehrlichen Willen, kannte allerdings die sowjetische Struktur schon gut genug, um zu wissen, dass es auch Dienststellen gab, die nicht dem Befehlsbereich Marschall Shukows, sondern den entsprechenden Wirtschaftsbehörden in Moskau unmittelbar unterstellt waren, und ich wusste auch von dem Gegensatz der sowjetischen Dienststellen untereinander. Erst wenige Tage vorher war ich im Auto mit einem Offizier der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee durch den Sowjetsektor Berlins gefahren.

«Dort wohnen unsere Feinde!» sagte er, indem er mit der Hand auf einige neue Siedlungshäuser zeigte.

«Wer? Nazis?»

«Nein, schlimmer: unsere Reparationsbrigaden!»

Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln 1955, S. 425

lungen sowie zahlreiche Bibliotheken beschlagnahmt, wovon drei Fünftel ab 1955 der DDR zurückgegeben worden sind, darunter etwa 1,5 Millionen Museumsobjekte und 200 Tonnen Archivalien. Nach Ansicht der Bundesregierung befanden sich 1994 noch etwa 200'000 Museumsgüter, 2 Millionen Bücher und 5'000 laufende Meter Archivalien in Russland. Ein Grossteil der bis Juli 1945 in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Österreich und Deutschland demontierten Betriebe und entnommenen Vorräte wurde unter dem Begriff Kriegsbeute verbucht und fand keine Anrechnung auf das Reparationskonto.

Der weitaus grösste Teil der Anlagen in der SBZ wurde 1945/46 demontiert. Wolfgang Leonhard zeigt am Beispiel der Brennstoffindustrie, wie die sowjetischen Stellen in der SBZ gegenüber den Behörden in Moskau machtlos waren. In den Westzonen begannen die Demontagen systematisch erst 1948/49. Hier wurden 668 Werke abgebaut. Insgesamt wurden aus den von sowjetischen Truppen besetzten Territorien bis zu 4'500 Betriebe, hauptsächlich Mittel- und Grossbetriebe, bis Anfang 1946 abgebaut und abtransportiert. Aus der SBZ kamen etwa 66 Prozent aller in die Sowjetunion überführten

demontierten Betriebe und immerhin 24 Prozent aus Polen, fast vollständig aus dem Teil, der zuvor Deutschland gehört hatte. Weitere Demontagelieferungen kamen aus Österreich (5 Prozent), Mandschurei (4 Prozent), Tschechoslowakei (0,7 Prozent) und Ungarn (0,3 Prozent).¹⁸

In der SBZ sind etwa 2'200 Betriebe demontiert worden. Durch die Demontagen wurden mindestens 30 Prozent der 1944 in der späteren SBZ vorhandenen industriellen Kapazitäten zerstört. Sie wirkten einschneidender als die unmittelbaren Kriegszerstörungen. Nahezu vollständig sind alle Werke der Waffen- und Munitionsindustrie, der Flugzeugindustrie, der Metallurgie, des Fahrzeugbaus und des Werkzeugmaschinenbaus abgebaut worden. Aber auch Ziegeleien, Bäckereien, Möbelfabriken, fast 12'000 km Schienenwege und knapp die Hälfte aller Lokomotiven demontierten die Sowjets.¹⁹ Zu den total bzw. teildemontierten Unternehmen gehörten die modernsten mitteldeutschen Werke wie Carl Zeiss Jena, Zeiss-Ikon Dresden, die BMW-Werke in Thüringen, die Junkers-Werke in Dessau, die Elektro-Apparate-Werke in Berlin-Treptow und die Leuna-Werke bei Merseburg. Die Demontagen waren Ende 1947 fast abgeschlossen. Nur die sowjetische Besatzungsmacht verfügte über Entnahmen aus der laufenden Produktion, die sofort nach dem Wiederanlaufen der Wirtschaftstätigkeit im Sommer 1945 begannen und offiziell am 31. Dezember 1953 endeten. Insgesamt wurden von der SBZ/DDR Güter im Wert von 11,5 Milliarden Mark als direkte Reparationsleistungen an die Sowjetunion und Polen geliefert. Diesen nachgewiesenen Lieferungen sind noch verschiedene Formen «verdeckter Reparationslieferungen» hinzuzurechnen, deren genauer Umfang kaum zu ermitteln ist. Der wirtschaftliche Nutzen dieser gewaltigen Transaktion von Maschinen, Geräten und Gütern war mehr als zweifelhaft. Nach Aussagen früherer SMAD-Mitarbeiter kam nur ein Viertel des Gutes in der UdSSR tatsächlich an, der grösste Teil verrottete unterwegs.²⁰

Wichtigste Lieferanten von Reparationsgütern waren die Mitte 1946 gebildeten Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG). In diesen nach Branchen organisierten Konzernen wurden zunächst über 200 der wichtigsten Grossbetriebe der SBZ zusammengeschlossen. Sie erbrachten zwischen 1947 und einschliesslich 1950 einen Anteil an der Bruttoindustrieproduktion der SBZ von jeweils etwas mehr als 20 Prozent.²¹ Die Überführung der SAG-Betriebe in Staatseigentum erfolgte schrittweise bis 1953. Für den Rückkauf dieser Werke musste die SBZ/DDR insgesamt 1,725 Milliarden Mark auf Kreditbasis aufwenden, «wobei eine Reihe sowjetischer Kredite der DDR schliesslich erlassen werden musste»²². Die SAG-Betriebe nahmen im Wirtschaftsgefüge der SBZ/DDR eine Sonderstellung ein. Mit ihrem Ausbau waren für die Wirtschaft kurzfristig positive Aspekte verbunden, wie die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Rohstoffzufuhr und Absatzgarantien. Das SAG-System hat die Einbindung der DDR-Wirtschaft in den osteuropäischen Wirtschaftsraum nicht begründet, aber beschleunigt. Im Zuge der sowjetischen Reparationsforderungen entstanden industrielle Strukturen, die es vor



Produktionshalle im Elektrotechnischen Werk Hennigsdorf bei Berlin nach der Demontage durch die sowjetischen Truppen im November 1947.

dem Krieg nicht oder nur unterentwickelt gab. So wurde an der Ostseeküste eine Wertindustrie aufgebaut, die viele Jahre ausschliesslich für die UdSSR arbeitete. Das Profil des Maschinen- und Fahrzeugbaus wurde ebenfalls weitgehend dem sowjetischen Bedarf angepasst. Der Versuch hingegen, eine Luftfahrtindustrie zu etablieren, scheiterte, wohl auch deswegen, weil die Sowjets diesen Versuchen von Anfang an skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden.

Zur mit Abstand wertvollsten Reparationsleistung entwickelten sich Ende 1945 Uranlieferungen aus dem Erzgebirge. Die Bedeutung des ostdeutschen Urans für die sowjetische Atombombenproduktion ist kaum zu überschätzen. Das Wismut-Projekt stand unter direkter Aufsicht von Berija. Für den Uranbergbau wurden deutsche Arbeitskräfte eingesetzt – freiwillig und in grösserem Umfang zwangsrekrutiert –, deren Tätigkeit im verborgenen lag, um die Existenz der Minen vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen. Allerdings erwies sich diese Abschirmung als illusorisch. Darüber hinaus sprach sich herum, welchen extrem schlechten Arbeits- und Sicherheitsbedingungen die Bergleute ausgesetzt waren, wenn auch später die Bezahlung und die soziale Betreuung überdurchschnittlich ausfiel. Erst in den achtziger Jahren ist allmählich bekannt geworden, wie gesundheitsschädlich die Arbeit bei der Wismut war – Tausende verstarben, bekamen unheilbare Krankheiten oder brachten kranke Kinder zur Welt. Unter welchen Bedingungen die Menschen bei der Wismut arbeiten mussten, hat Paul Reimar eindrucksvoll geschildert.

Allein die Urangewinnung erforderte eine Präsenz sowjetischer Truppen über die eigentliche Besatzungszeit hinaus. Bis Ende 1953 wurde der Uranbergbau vollständig zu Lasten der SBZ/DDR betrieben. In der Wismut AG arbeiteten Ende 1946 10'000 Menschen, Ende 1953 waren es bereits 133'000,²³ die im voll funktionsfähigen und bestens ausgerüsteten «Staat im Staate» beschäftigt waren. Trotz der im Vergleich zu anderen Reparationsformen enorm hohen Kosten des Wismut-Bergbaus führten die Uranerzlieferungen nur zu geringen Gutschriften auf dem Reparationskonto in Höhe von 300 Millionen bis 350 Millionen Dollar. Nach der Umwandlung in eine gemischte sowjetischdeutsche Aktiengesellschaft am 1. Januar 1954 beteiligte sich die UdSSR anteilig an den Kosten. Dennoch musste der Uranbergbau bis 1990 aus dem Staatshaushalt der DDR insgesamt mit ca. 20 Milliarden Mark bezuschusst werden. Die Erlöse aus dem Verkauf des Uranerzes und die anteiligen sowjetischen Einzahlungen sind aus dieser Summe bereits herausgerechnet.²⁴ Bis 1962 wurde das Uranerz ausschliesslich in die UdSSR geliefert, danach wurde es zu einem geringen Teil auch für Kernkraftwerke der DDR verwendet. Die Kosten für die Unterhaltung der sowjetischen Truppen und Einrichtungen sowie die Vergütung von Lieferungen und Leistungen an die Besatzungstruppen zählten zur Wiedergutmachung. Eine Vereinbarung, wie Besatzungsfolgekosten zu verrechnen waren, gab es nicht. Für Besatzungskosten musste die SBZ / DDR bis



Der Abbau des Uranerzes in Aue (Sachsen) wurde von der Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut betrieben.

Ende 1953 ca. 16,8 Milliarden Mark aufwenden. Im selben Zeitraum hat die Bundesrepublik dafür 48,9 Milliarden Mark ausgegeben, was im Pro-Kopf-Vergleich gerechnet auf die Einwohnerzahlen in etwa einer gleichen Höhe entsprach.

In der SED-Propaganda hat es Demontagen und Reparationen faktisch nicht gegeben. Die offizielle Lesart lautete, hier von Generalleutnant Bokow vorgetragen: «Vor uns stand die Frage, was mit den Betrieben und dem Vermögen des preussischen Staates, der Nazipartei, der Monopole und der Kriegsverbrecher geschehen solle. Die Antwort der Sowjetregierung: Darüber müsse das deutsche Volk selbst entscheiden! Die SMAD beschlagnahmte deshalb zunächst diese Betriebe, um Beschädigungen, Diebstähle und anderes mehr zu verhindern, und übergab sie dann in die Obhut der deutschen Selbst-

Die Wismut

Die Wismut, so erzählen fast alle, die irgendwann und auf irgendeine Weise mit diesem Unternehmen zu tun hatten, «das war doch ein Staat im Staate». Diese Charakterisierung ist wohl zutreffend. Und das gleich in mehrfacher Hinsicht. Einmal wegen des ungeheuren Aufwandes an Sicherheits- und Geheimhaltungsmassnahmen, der materiellen und politischen Barrieren, mit denen sich der Betrieb nach aussen abschottete. Zweitens aber auch, weil die Wismut zu einem wirtschaftlich, sozial und kulturell eigenständigen Riesen-Imperium heranwuchs. Einem autarken und autonomen Moloch, der nicht nur den Arbeitsbereich seiner Beschäftigten regelte und reglementierte, sondern auch das Privatleben der Arbeiter und ihrer Angehörigen durchdrang.

Der einzige ursprüngliche Grund für diese Entwicklung – die im Rückblick fast psychopathisch anmutende Geheimniskrämerei und das rigide Kontroll- und Überwachungssystem auf der einen, die erfolgreichen Bemühungen um betriebswirtschaftliche Unabhängigkeit von ihrem Umfeld auf der anderen Seite – war die anfangs ausschliesslich militärische Orientierung des Unternehmens: Uran abzubauen für die Entwicklung und den Aufbau des sowjetischen Atomwaffenarsenals. (...) Der Geheimdienst war es denn auch, der das militärische Projekt Wismut zunächst unter seine Fuchtel nahm. Dem Wismut-Generaldirektor Maltsew war eine 12-köpfige «Einsatzgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit» beigeordnet, die vom MGB-Oberstleutnant Bondarenko geführt wurde und in jedem Teilbereich des Unternehmens Agenten plazierte hatte. Zudem mussten die sowjetischen Militärbehörden im besetzten Deutschland Maltsew Soldaten und Offiziere zur Verfügung stellen, die dann eine Sondereinheit, die «10. Brigade», bildeten. Der Kommandeur dieser Einheit fungierte gleichzeitig als einer von fünf stellvertretenden Wismut-Generaldirektoren. Die nicht nur militärisch ausgebildeten, sondern auch technisch und wissenschaftlich hoch qualifizierten Offiziere der 10. Brigade waren zuvor von Rote Armee-Einheiten in der gesamten Besatzungszone abkommandiert worden. Fünfzehn bis zwanzig Prozent der Brigade-Angehörigen sollen gleichzeitig in Diensten der Geheimpolizei gestanden haben.

Der Brigade-Stab war ab Herbst 1946 in der ersten Wismut-Zentrale in Aue untergebracht, die übrigen Einheiten in der näheren Umgebung stationiert. Zwei Bataillone mit insgesamt 1'600 Mann waren mit der Bewachung der Wismut-Verwaltungsgebäude, der wichtigsten Objekte, der Sprengstofflager und der Labors beauftragt.

Maltsew selbst stand vier Jahre an der Spitze der Wismut, bis er im Sommer 1950 nach Moskau zurückgerufen und von Afasani Belik ersetzt wurde. Dem Generaldirektor assistierten fünf Stellvertreter, die für politische, allgemeine, technische, geologische und Transportangelegenheiten verantwortlich waren. (...)

Das gesamte Wismut-Territorium war militärisches Sperrgebiet. Rund um Aue standen Flak-Stellungen zur Abwehr vermeintlicher feindlicher Spionage-Flugzeuge. Alle Zufahrtsstrassen waren durch Schlagbäume abgesperrt, die von sowjetischen Soldaten bewacht wurden. Auswärtigen Besuchern, zumal solchen aus den westlichen Zonen, war es fast unmöglich, auf legalem Weg auf das Wismut-Territorium zu gelangen. Alle Neuankömmlinge, ausgenommen ranghohe Armee- und Geheimdienstangehörige, mussten sich an den Absperrungen durchsuchen und registrieren lassen sowie häufig lange Wartezeiten in Kauf nehmen, bis sie eingelassen wurden.

Hohe Holzzäune und Kontrolltürme umgaben die Schächte, um die Absperrungen patrouillierten sowjetische Posten mit Hunden und Gewehren. «Die Bewachung, das war wie im KZ», zieht ein Bergmann einen sicher übertriebenen Vergleich. «Da waren Türme um die Schäch-

te, Bretterzäune, Posten mit Hunden. Jeder Bergmann musste bei den Posten durch. Jeder Schacht war eingezäunt, man konnte nicht unbeobachtet über'n Zaun. Die Kontrolle war stark, der Bergmann war immer unter Bewachung.» Ein anderer Kumpel beschreibt die «immer wieder entwürdigenden Kontrollen und Befragungen ... Das aufgepflanzte Bajonett regierte bis in die fünfziger Jahre.» Das Ausweis-System für die Wismut-Beschäftigten und ihre Familienangehörigen war sehr kompliziert geregelt und lässt sich auch im Nachhinein nicht genau rekonstruieren. Statt der damals üblichen Personen-Kennkarte hatten alle Arbeiter einen Wismut-Sonderausweis, der sie als Betriebsangehörige identifizierte und ihnen – mit der Einschränkung der geschilderten Kontrollen – «Bewegungsfreiheit» zwischen ihren Wohnungen, ihren Arbeitsplätzen, den Wismut-Läden und den anderen «öffentlichen» Einrichtungen des Unternehmens ermöglichte. Das Wismut-Gebiet verlassen konnten sie mit diesem Dokument allerdings nicht. (...) In den Anfangsjahren führten Rot-Armisten und MGB-Agenten immer wieder überraschende Razzien auf Bahnhöfen, Plätzen und in öffentlichen Gebäuden durch. Wer sich nicht ausweisen konnte oder, schlimmer, sogar einen Brocken Erz bei sich trug, wurde intensiven Verhören unterzogen oder wanderte gleich ins Gefängnis. Denn die «Pechblende» aus den Betrieben zu schaffen, war strengstens verboten. (...)

Die Abschottungs-, Überwachungs- und Bespitzelungsmassnahmen gingen auch weiter, als die DDR-Regierung als Aktionär bei der Wismut einstieg. (...) Wie allergisch die Wismut und die Staatssicherheit auf Versuche reagierten, ihr Teile des gut gehüteten Betriebs-Geheimnisses zu entreissen und publik zu machen, zeigt das Vorgehen gegen den Verfasser der Studie «Pechblende», Michael Beleites. (...) Unter schwierigen Bedingungen versuchte Beleites [in den 80er Jahren – d.Verf.] zu recherchieren. Er befragte Betroffene, sprach mit Wissenschaftlern und arbeitete sich in die wenige zugängliche Fachliteratur ein. (...) Mit der Hilfe von Menschen und Einrichtungen der evangelischen Kirche erschien 1989 allen Hindernissen zum Trotz die «Pechblende». Es war die erste Publikation überhaupt, die sich kritisch mit der Wismut und ihren Machenschaften auseinandersetzte und die wenig später auch in der damaligen Bundesrepublik die Debatte über den Uranbergbau in der DDR entfachte. (...) Nicht nur die Betriebe selbst, die ganze Region war gewissermassen exterritoriales Gebiet...

Paul Reimar: Das Wismut Erbe. Geschichte und Folgen des Uranbergbaus in Thüringen und Sachsen. Göttingen 1991, S. 32-38

verwaltungsorgane. Obwohl die Sowjetregierung das Recht hatte, das Vermögen der Kriegsverbrecher zu konfiszieren, zog sie einen anderen Weg vor und demonstrierte die demokratische Politik unseres Landes.»²⁵

Alle laufenden Leistungen, einschliesslich der Besatzungskosten, zusammengefasst und zurückgerechnet auf die Preisbasis von 1944, ergeben, dass deren Anteil gemessen am Bruttosozialprodukt 1946 48,8 Prozent betrug, 1947 38,4 Prozent, 1948 31,1 Prozent, 1949 19,9 Prozent und 1953 12,9 Prozent.²⁶ «Die von der SBZ/DDR geleisteten Reparationen lagen mit ca. 14 Milliarden Dollar deutlich über der Forderung von 10 Milliarden Dollar, die von der UdSSR ursprünglich gegenüber ganz Deutschland erhoben wurde. Die SBZ/DDR hat damit die grössten im 20. Jahrhundert bekannt geworde-

nen Reparationsleistungen erbracht. (...) Die Rekonstruktion der Wirtschaft konnte im Osten Deutschlands erst Mitte der fünfziger Jahre abgeschlossen werden ... Der in späteren Jahren sich abzeichnende Leistungsverfall der DDR-Wirtschaft lässt sich aber nicht primär den Startbedingungen anlasten. Dafür waren vielmehr die teils gewollte, teils erzwungene Abschottung vom Weltmarkt, die Einbindung in den RGW und die chronische Innovationsschwäche des planwirtschaftlichen Systems verantwortlich.»²⁷ In den Rechnungen sind weder die von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion erbrachte Arbeitsleistung (etwa 9,5 Milliarden Dollar) noch der Wert der deutschen Ostgebiete (Polen wurden per sowjetischem Beschluss vom 29. Juli 1945 5652 deutsche Industriebetriebe mit einem Materialwert von etwa 2,15 Milliarden Dollar überlassen) berücksichtigt worden.

Schul- und Hochschulreform

Neben der Bodenreform sowie den Reparationen und Demontagen in der Industrie widmete sich die SMAD besonders der Reform des Bildungs- und Erziehungswesens. In der SBZ begann die von der SMAD initiierte Schulreform früher als in den anderen Zonen. Die Hauptaufmerksamkeit galt dabei der Auswechslung der Lehrerschaft und der Rekrutierung neuer Lehrer, die ähnlich wie im Justizwesen («Volksrichterlehrgänge») in kurzen Lehrgängen zu Neulehrern ausgebildet wurden. Hinzu kam, dass das Schulwesen zentralisiert wurde und der Unterricht auf der Grundlage einheitlicher, auf sowjetischen Lehrbüchern basierenden Lehrmaterialien erfolgte.

Eine ebenso hohe Bedeutung mass die SMAD der Reform des Hochschulwesens zu. Es ging darum, eine neue Hochschullehrerschaft auszubilden, die Studentenschaft sozial einschneidend zu verändern, die Lehrinhalte zu vereinheitlichen, die Forschung den Planungsansprüchen zu unterwerfen und ausschliesslich der leninistischen Ideologie Geltung zu verschaffen.

Innerhalb der SMAD war für das Hochschulwesen die Verwaltung Volksbildung unter Leitung von Generalleutnant Prof. Pjotr Solotuchin (1945-1948) und Prof. Iwan Artjuchin (1948-1949) zuständig. In einer Direktive legte der Rat der Volkskommissare folgende Aufgabenfelder für die Verwaltung Volksbildung fest: Kontrolle der deutschen Behörden, Verbindung zur SED-Zentrale, Auswahl und Bestätigung der Rektoren und Dekane, Unterstützung bei der Ausarbeitung neuer Lehrpläne, Erarbeitung von Zulassungsordnungen für das Studium, Aufbau von Aspirantenlehrgängen. Nur diese wenigen Punkte lassen erkennen, dass es von vornherein ausgemachtes Ziel der Besatzungsmacht war, in Ostdeutschland ein «prinzipiell ähnliches Bildungssystem zu schaffen»²⁸ wie in der Sowjetunion. Dabei galt die Aufmerksamkeit vor allem der Zentralisierung des Hochschulwesens, der Ideologisierung der Lehrinhalte, der Durchsetzung der führenden Rolle der Partei und der sozialen und politischen Veränderung der Studenten-



Bei der Wiedereröffnung der Universitäten in der Sowjetischen Besatzungszone war die Besatzungsmacht durch hohe Offiziere unmittelbar präsent, hier Armeegeneral Wassili Tschuikow in seiner Funktion als Chef der Sowjetischen Militäradministration in Thüringen mit Landespräsident Rudolf Paul bei der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs der Universität Jena am 15. Oktober 1945.

schaft wie der Hochschullehrer. Diese Aufgabenvielfalt deckte sich mit der Intention der SMAD: «Zu den Hauptzielen der SMAD gehörte», wie ein ehemaliger Mitarbeiter der SMAD resümierte, «die ideologische Umerziehung der Deutschen, die Vorbereitung zur Verwirklichung der sozialistischen Umgestaltungen in der SBZ.»²⁹

Der Leiter der Verwaltung Volksbildung, Artjuchin, beklagte am 15. Januar 1949 gegenüber Paul Wandel, dem Leiter der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, dass Professoren eingestellt bzw. befördert worden seien, ohne dass dies die zuständigen Stellen der SMAD bestätigt hätten. Auch wenn nur einen Monat später, am 18. Februar 1949, die SMAD der Deutschen Verwaltung für Volksbildung die Aufgabe übertrug, selbständig Rektoren, Dekane, Direktoren und Professoren ernennen bzw. bestätigen zu können, zeigt dies, dass die Verwaltung Volksbildung zumindest bis 1949 die Hoheit in Personalfragen, aber auch in anderen wichtigen Einzelfragen für sich reklamierte. Allerdings hatte sich im Laufe der vierjährigen Tätigkeit der SMAD der Ton gegenüber den deutschen Behörden verändert. Während die SMAD anfangs den deutschen Behör-

den «Befehle» gab, sprach sie etwa ab Anfang 1949 gegenüber der Deutschen Verwaltung für Volksbildung «Empfehlungen» aus, über deren Umsetzung allerdings zu berichten war.

Am Beispiel der Hochschulen lässt sich sehr anschaulich zeigen, wie stark die Besatzungsmacht daran interessiert war, ihre Zone tatsächlich zu sowjetisieren. Das erklärte Ziel, eine «demokratische Hochschule» zu entwickeln, erforderte grundlegende Strukturreformen. Drei Eingriffe erlangten dabei einen besonderen Stellenwert: die Errichtung der Gesellschaftswissenschaftlichen und der Pädagogischen Fakultäten sowie der Vorstudienanstalten. Aus den programmatischen Vorstellungen der KPD-Führung im Moskauer Exil wird ersichtlich, dass die soziale Frage bei der Auswahl der Studierenden beträchtliches Gewicht erhielt. Angesichts der in der Sowjetunion bis 1940/41 existierenden «rabfak» (Arbeiterfakultäten) ist zu vermuten, dass die Errichtung von Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) schon im Exil favorisiert worden ist. Die deutschen Kommunisten wollten zudem anfangs Studierende ohne Abitur zum Studium zulassen. Die SMAD lehnte dies allerdings ab. Für alle Länder waren die «Grundlegende[n] Hinweise über die Zulassung zum Studium an Universitäten und Hochschulen» verbindlich, die die Deutsche Verwaltung für Volksbildung als Ausführungsorgan der SMAD am 8. Dezember 1945 erlassen hatte. Darin hiess es: «Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Bildungslücken durch Sonderkurse an den Universitäten und Hochschulen mit aller Dringlichkeit beseitigt werden.»³⁰ An den Vorstudieneinrichtungen, wo Arbeiter und Arbeiterinnen eine Art Notabitur ablegen konnten, haben bis 1949 rund 14'550 junge Menschen versucht, die Hochschulreife zu erlangen. Geschafft haben dies lediglich 4'680 (rund 32 Prozent). Um «die Universität zu einer Volksuniversität» umzuformen, sollte das Mindestsoll an SED-Mitgliedern bei den Vorstudenschülern bei 40 Prozent liegen. Dieser Anspruch wurde nicht nur erfüllt, sondern erheblich überschritten (50-90 Prozent je nach Vorstudienanstalt). Die SED konzipierte und leitete die Vorstudienanstalten als Parteiinstitutionen. Der Aufwand rechtfertigte nicht den geringen Nutzen. Das änderte sich ab 1949/50, als die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten errichtet wurden. Denn mit der Integration der ABF veränderte sich die soziale Zusammensetzung der Gesamtstudentenschaft. Die politischen Mehrheitsverhältnisse verschoben sich ebenfalls weiter zugunsten der SED.

Dem Vorbild Russlands folgend, wo 1921 «Fakultäten für Gesellschaftswissenschaften» an allen Universitäten und «Institute der Roten Professur» in Moskau und Petrograd gebildet worden waren, bemühten sich die deutschen Kommunisten nach der Wiedereröffnung der Universitäten, Institute und Fakultäten zu gründen, die allein ihrer Verfügungsgewalt unterstanden. Die SMAD, vertreten durch Solotuchin, schlug im Oktober/November 1946 vor, eine «sozialistische Universität» in der SBZ zu gründen. In einem Papier legte er dazu seine Vorstellungen dar: «Aufgabe der Universität ist die Heranbildung hochqualifizierter Kader für die Arbeit in staatlichen, Partei- und Ge-

Theodor Brusch über die Entwicklung der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1946

Ich habe im Senat selbst gesagt: Ich will kein Russe werden, ich will keine russische Universität, ich will eine deutsche Universität. Sie heisst «Humboldt-Universität». Was hat man daraus gemacht? Eine russische Universität.

SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbundprotokolle, hrsg. von Magdalena Heider; Kerstin Thöns, Köln 1990, S. 19 (Zitat vom 3. Juli 1953)

werkschaftsämtern und Organisationen Deutschlands.»³¹ Diese Universität sollte ähnlich den Parteieinrichtungen direkt der SED-Führung unterstellt und allen anderen Hochschulen in Deutschland gleichgestellt werden. Am 1. November 1946 übermittelte Otto Meier, im SED-Zentralsekretariat verantwortlich für Erziehung und Kultur, dem Parteivorsitzenden Otto Grotewohl eine Notiz zu dem russischen Vorschlag, in der er vier Gründe gegen die Einrichtung einer «sozialistischen Universität» vorbrachte: Erstens habe die SED bereits mit der Parteihochschule «Karl Marx» eine Einrichtung, deren Aufbau erhebliche Probleme, vor allem personeller Art, bereite; zweitens stünden keine Persönlichkeiten für den Rektoratsposten zur Verfügung; drittens sei der Lehrplan zu schmalspurig, um von einer «Universität» sprechen zu können; viertens sei der Zeitplan «völlig undurchführbar». Meier hatte mit seiner abwehrenden Haltung ins Schwarze getroffen. Am 2. November trafen Wandel, Ackermann, Meier, Oelssner und Grotewohl mit Solotuchin zusammen, um dessen Idee zu diskutieren. Solotuchin liess sich von den Gegenargumenten seiner deutschen Genossen überzeugen. Wandel wurde beauftragt, den ursprünglichen Vorschlag der SMAD umzuarbeiten und einen Plan für den Aufbau eines «sozialistischen Instituts» an der Universität Leipzig vorzulegen. Einen Monat später, am 2. Dezember 1946, erliess die SMAD den Befehl Nr. 333, der die Gründung von Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten an den Universitäten Leipzig, Jena und Rostock festschrieb. An ihnen waren bis zu ihrer Schliessung 1950 insgesamt 1616 Studenten immatrikuliert. Rund 90 Prozent dieser Studenten waren Mitglieder der SED.

Als 1950/51 die sogenannte zweite Hochschulreform verkündet wurde – Einführung des 10-Monate-Studiums, Bildung von Seminargruppen, Einführung des obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, des Sport- und Russischunterrichtes u.a. –, war dies nur möglich, weil in den Jahren zuvor unter Aufsicht der SMAD das Hochschulwesen bereits erheblich umgestaltet worden war. Diese Reform kam einem Sowjetisierungsschub im ostdeutschen Hochschulwesen gleich, ohne dass sämtliche Traditionen gebrochen worden wären.

Entnazifizierung

Die Alliierten waren sich darüber einig, dass in Deutschland ein systematischer Umerziehungsprozess in Gang gesetzt werden müsse. Während im Westen die *reeducation* sichern sollte, dass Deutschland ein fester Bestandteil der demokratischen Staatengemeinschaft werde, war im Osten die Umerziehung darauf angelegt, wenigstens einen Teil Deutschlands unter sowjetische Kontrolle zu bringen. Die Entfernung ehemaliger NSDAP-Mitglieder aus allen wichtigen Positionen diene nicht nur der Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, sondern sollte zugleich den kommunistischen Führungsanspruch durchsetzen. Die politische Säuberung erfolgte nicht geradlinig, sondern durchlief verschiedene Phasen.

Die erste Phase dauerte bis Juli 1945. Die Entlassung ehemaliger Nazis aus wichtigen Funktionen erfolgte unsystematisch nach unterschiedlichen Regelungen und beschränkte sich zumeist auf die provisorische Entnazifizierung der Verwaltungsspitzen sowie auf die Internierung aktiver NSDAP-Funktionäre und Gestapospitzele. Nachdem im Juli 1945 von der Besatzungsmacht die Landes- und Provinzialverwaltungen geschaffen worden waren, setzte mit dem Erlass erster Richtlinien in den verschiedenen Ländern und Provinzen eine neue Phase ein. Ziele etwa die politische Säuberung in Thüringen vor allem auf die Entfernung aktiver Nationalsozialisten, so fielen in anderen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone die Bestimmungen weitaus drastischer aus. In der Provinz Brandenburg und im Land Mecklenburg galten alle ehemaligen Nationalsozialisten als entlassen. In Sachsen war bei der angestrebten Entlassung aller belasteten Funktionsträger der Dienstrang entscheidend, in Sachsen-Anhalt wiederum griff man zum Verfahren der individuellen Fallprüfung.

Allem Anschein nach bestanden in Thüringen grössere Widerstände gegen die Personalpolitik der KPD/SED. 1946 betrug der Anteil der KPD/SED-Mitglieder in der öffentlichen Verwaltung in Sachsen 51, in Thüringen hingegen 40 Prozent. Auch stellten die parteilosen öffentlichen Bediensteten in Thüringen noch knapp die Mehrheit (50,5 Prozent), während es in Sachsen nur noch 40,3 Prozent waren. Bis Ende 1946 waren in der gesamten SBZ 390 478 ehemalige Nationalsozialisten entlassen bzw. nicht wieder eingestellt worden.

Allgemeingültige Massstäbe für eine einheitliche Entnazifizierungspolitik wurden innerhalb der Militärverwaltung seit Juli 1945 beraten und am 4. November veröffentlicht. Die Richtlinien differenzierten zwischen Naziverbrechern sowie aktiven und nominellen Parteimitgliedern. Nominelle NSDAP-Mitglieder sollten von Bestrafung und Sühneleistung ausgenommen bleiben, wenn «sie mit ihrer politischen Vergangenheit brechen und sich mit ihrer ganzen Kraft am Wiederaufbau des Landes» beteiligen würden. Der Beitritt zu Gewerkschaften und Parteien sollte ihnen aber zunächst verwehrt werden; ebenso mussten sie in der öffentlichen Verwaltung vor politisch unbelasteten

Bewerbern zurückstehen. Die Richtlinien enthielten sowohl das Element der Diskriminierung, boten aber auch Raum für die Integration der Mitläufer.

Die Entlassung aller ehemaligen Nationalsozialisten erwies sich als undurchführbar, wenn nicht der Verwaltungsapparat mangels qualifizierten Ersatzpersonals vollends zusammenbrechen sollte. Im Schulwesen etwa hatten von knapp 40'000 nach dem 8. Mai 1945 beschäftigten Lehrern etwas mehr als 28'000 (72 Prozent) der NSDAP angehört. Auf der Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 40 vom 25. August 1945 entliessen die Schulbehörden bis zum Schulbeginn am 1. Oktober über 11'000 Lehrer; mehr als 15'000 ehemalige Parteimitglieder blieben aber im Volksschulbereich tätig. Ihren Höhepunkt erreichten die Massenentlassungen zwischen August 1945 und März 1946. Im Sommer und Herbst 1946 ebte die Säuberungswelle aus politischen Rücksichtnahmen ab, um die Wahlchancen der SED bei den Gemeinde- und Landtagswahlen nicht noch mehr zu beeinträchtigen.

Im Dezember 1946 begann die dritte, bis August 1947 reichende Entnazifizierungsphase. Als oberste Instanz mit Kontroll- und Revisionsfunktion fungierten nun Landesentnazifizierungskommissionen, die von der SED dominiert wurden. Tausende NSDAP-Mitglieder standen nun zum zweiten oder dritten Mal vor einer der insgesamt 262 Entnazifizierungskommissionen. Bis zum April 1947 verzeichnete die Statistik über 851'000 erfasste ehemalige Parteimitglieder. Grosse Probleme bereitete besonders die Entlassung belasteter Fachleute. Am 17. Februar 1947 wandten sich die Parteiführungen von SED, LDPD und CDU in einem gemeinsamen Schreiben an die sowjetische Militärregierung und baten um den Erlass milder Durchführungsbestimmungen. Am 21. Februar publizierte Wilhelm Pieck einen vielbeachteten Artikel im «Neuen Deutschland», in dem er für eine nachsichtigere Behandlung der Mitläufer eintrat. Eine Änderung der sowjetischen Position war aber vorerst nicht zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 1947 wurden in der Sowjetzone nochmals über 64'500 Personen entlassen bzw. bei Bewerbungen nicht eingestellt.

Die letzte Phase wurde im August 1947 durch den Befehl Nr. 201 der Sowjetischen Militäradministration eingeleitet, der erstmals die Entnazifizierung auf eine für alle Bereiche und alle Länder der Zone einheitliche Rechtsgrundlage stellte. Der Befehl ebnete den Weg für die Rehabilitierung aller nominellen NSDAP-Mitglieder. Da die öffentliche Verwaltung weitgehend gesäubert war, hätte eine weitere Entlassungswelle die ohnehin geschwächte Wirtschaft weiter beeinträchtigt. Mit dem SMAD-Befehl ging gleichzeitig die Aburteilung der Nazi- und Kriegsverbrecher bis auf wenige Ausnahmen auf die deutschen Gerichte über.

Das offizielle Ende der Entnazifizierung verkündete der SMAD-Befehl Nr. 35 vom 26. Februar 1948. Danach hatten die Kommissionen bis zum 10. März 1948 ihre Tätigkeit einzustellen. Für Berufungsverfahren endete die Frist am 10. April. Dies bedeutete faktisch eine Amnestie auch für aktive NSDAP-Mitglieder. Bis zum 10. März 1948 hatten den Entnazifizierungskommissionen noch einmal über 155'000 Fälle vorgelegen,

wovon über 140'000 abgeschlossen waren. Von diesen überprüften Personen wurden mehr als 75'000 (53,4 Prozent) als Mitläufer eingestuft, über 11'000 entlassen und weitere 10'500 auf andere Positionen versetzt. Ausserdem beschieden die Kommissionen 44'000 Anträge auf Neueinstellung negativ. Die sowjetische Militärregierung zog damit als erste Besatzungsmacht einen offiziellen Schlussstrich unter die Entnazifizierung. Als politisches Auffangbecken für ehemalige Nazis und Wehrmachtsoffiziere wurde im Mai 1948 die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) gegründet. Sie war fortan mit den anderen gleichgeschalteten Blockparteien in der Nationalen Front zusammengeschlossen. Die letzten gesetzlichen Beschränkungen für NS-belastete Personen fielen 1952.

Insgesamt waren zwischen 1945 und 1948 etwa 520'000 Personen, das war jedes dritte NSDAP-Mitglied in der SBZ, von der Entnazifizierung betroffen. Davon sind ungefähr 200'000 entlassen worden. Die Säuberung in der SBZ bedeutete einen radikalen Bruch mit den bisherigen Eliten. Im Justizwesen, bei den Lehrern, im Polizeiapparat sowie an vielen anderen Stellen in Wirtschaft und Gesellschaft sind die Führungsschichten ausgetauscht worden. Damit eröffneten sich für neue Eliten schnelle Aufstiegschancen. Doch die Ausbildung der neuen Intelligenz schritt nicht schnell genug voran. Seit 1948 griff man daher zunehmend auf die Angehörigen der alten Bildungsschicht zurück. Otto Grotewohl brachte bereits im Juni 1946 auf einer Sitzung des Parteivorstandes zum Ausdruck, dass es «kurzsichtig und unklug ... wäre, eine sozialistische Massenbewegung in Deutschland gegen einen Block von 25 bis 30 Millionen Menschen organisieren zu wollen ...»³²

Sowjetische Militärtribunale

Nach der Besetzung Ostdeutschlands durch die Rote Armee waren bis zum Frühjahr 1946 in der SBZ sowohl die sowjetische Geheimpolizei NKGB, später NKWD, sowie die Militärabwehr Smersch («Tod den Spionen») nebeneinander tätig. Smersch wurde 1946 in das sowjetische Ministerium für Staatssicherheit (MGB) eingegliedert, und es erfolgten mehrere Reorganisationen, die mit internen Vorgängen in der Sowjetunion zusammenhingen. 1946 entstand in der SBZ ein unter Leitung des MGB stehender Geheimdienstapparat. Dieser war eng mit der SMAD verflochten. Der Stellvertreter des Chefs der SMAD, Generaloberst Serow, stand gleichzeitig als Stellvertreter von Berija allen Geheimdienstapparaten in der SBZ vor. Diese umfassten etwa 8'000 bis 15'000 Mitarbeiter. Der Hauptsitz befand sich ab Frühjahr 1947 in Karlshorst. Allein hier waren bis zum Frühjahr 1953 etwa 2'200 Geheimdienstmitarbeiter tätig, ehe Berija nach Stalins Tod den Apparat radikal auf 328 Stellen zusammenkürzte. Nach dem 17. Juni 1953 arbeiteten dann wieder insgesamt 540 Mitarbeiter allein in Karlshorst.

Neben den alliierten Gesetzen griffen die Besatzungsmächte bei der praktischen



In der Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen wurden politisch missliebige Personen inhaftiert.

Durchführung der Strafmassnahmen in ihrer Zone auf die eigenen nationalen gesetzlichen Bestimmungen zurück. Ein Mittel der sowjetischen Besatzungsmacht, ihre politischen Ziele durchzusetzen, war die strenge Anwendung der Militärgerichtsbarkeit, die grundsätzlich für alle deutschen Zivilpersonen galt. Das juristische Instrument waren die berüchtigten Sowjetischen Militärtribunale (SMT). Die Militärtribunale, die zwischen 1945 und 1955 auf deutschem Boden arbeiteten, bestanden in der Regel aus einem Militärrichter als Vorsitzendem und zwei Militärschöffen. Sie wirkten in allen Militäreinheiten ab Divisionsstärke, nach 1952 nur noch in Berlin, Schwerin, Dresden, Potsdam, Weimar und Halle. Insgesamt sind durch die SMT etwa 40'000-50'000 Personen verurteilt worden. Hinzu kamen etwa 40'000 Deutsche, über die direkt in der Sowjetunion Urteile verhängt worden sind. Mit Befehl Nr. 201 der SMAD vom 16. August 1947 ist die Rechtsprechung gegenüber Personen, denen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie politisches und berufliches Engagement für das Hitlerregime vorgeworfen wurden, zum Teil deutschen Gerichten übertragen worden. Neben der Bestrafung von Vergehen gegen das Besatzungsregime und «konterrevolutionäre Verbrechen» ging die sowjetische Besatzungsmacht weiterhin gegen straffällig gewordene Sowjetbürger in Deutschland gerichtlich vor bzw. verurteilte Personen, die Verbrechen gegen Sowjetbürger oder Verbrechen auf dem Territorium der UdSSR begangen hatten oder haben sollen.

Im Vertrag vom 20. September 1955 über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR wurde die Beendigung der Arbeit der SMT geregelt. Nach vorliegenden Erkenntnissen ist das letzte Urteil eines Sowjetischen Militärtribunals in Deutschland

Berliner Kreaml

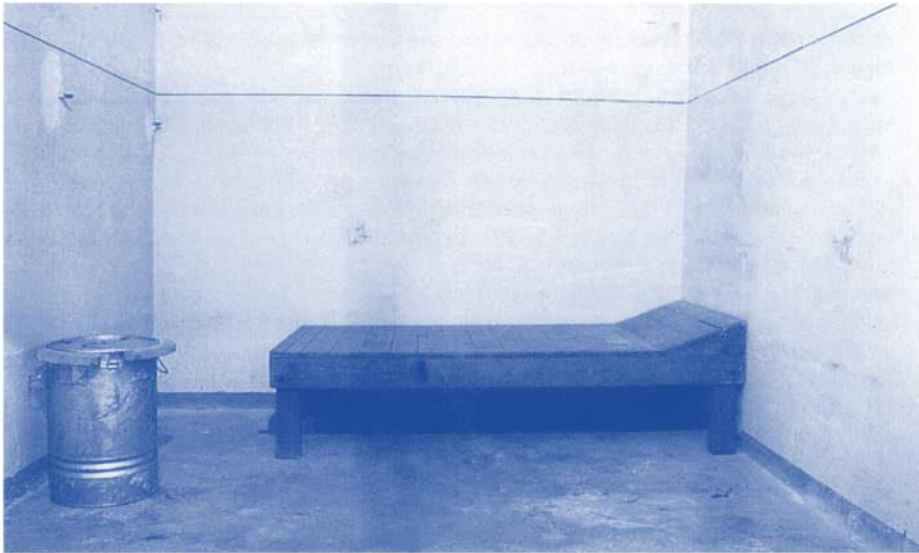
«Mich wundert nur eines – welch grosse Mühe sich diese Menschen geben», spricht Andrej weiter. «Manchmal scheint mir, dass einige von ihnen tatsächlich fest daran glauben, dass sie mit-helfen, ein besseres Deutschland aufzubauen. Und dabei bekommen diese kleinen Handlanger nicht einmal zusätzlich Rationen wie die Spezialtroika.» «Weisst Du, was das ist – Speztroika?» Andrej blickt mich wieder an. «Die Deutschen nennen das Trio Grotewohl – Pieck – Ulbricht kurz und bündig GPU. Wir haben sie der Einfachheit halber ‚Spez-troika‘ getauft.» (...) «Weisst Du übrigens, was SED bedeutet?» fragt der Major der Staatssicherheit. «Die Deutschen sagen: ‚So endet Deutschland‘. Sie wissen vielleicht selbst nicht, wie recht sie damit haben.»

Gregory Klimow: Berliner Kreaml. Köln, Berlin 1951, S. 118-119

am 16. September 1955 gegen einen DDR-Bürger verhängt worden.³³ Im Wesentlichen können die von den SMT verhandelten Delikte in vier Gruppen eingeteilt werden: Nazi- und Kriegsverbrechen, Verstösse gegen das Besatzungsregime, kriminelle Vergehen und «konterrevolutionäre Verbrechen».

Im Zusammenhang beispielsweise mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD, der Ausrufung der SED zu einer «Partei neuen Typus» ab 1948, dem «planmässigen» Aufbau des Sozialismus nach der 2. SED-Parteikonferenz (1952) und dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 gerieten Personen und organisierte Personengruppen, die eine oppositionelle Haltung zur politischen Entwicklung einnahmen, in die Fänge der sowjetischen Sicherheitsorgane. Die Verurteilungen hatten etwa ab 1947 mehrheitlich politische Hintergründe. Zu den verurteilten Personen gehörten Liberaldemokraten, Christdemokraten, Sozialdemokraten, Angehörige studentischer Widerstandsgruppen, aber auch als unzuverlässig geltende Mitglieder der SED, der FDJ, ehemalige Mitglieder der KPD oder kommunistischer und linkssozialistischer Splittergruppen sowie andere Antifaschisten, darunter solche, die schon zwischen 1933 und 1945 in deutschen Gefängnissen oder Konzentrationslagern eingesperrt waren. Nur eine verschwindend geringe Zahl hatte entgegen der offiziellen Propaganda tatsächlich für einen westlichen Geheimdienst gearbeitet. Unter dem verurteilten Personenkreis befanden sich aber auch Kriminelle sowie Gruppenmitglieder, die in Terrororganisationen aktiv waren. In Bernburg etwa agierte 1947/48 eine Organisation, die zweimal Handgranaten in das Gebäude der dortigen SED-Leitung warf und ein Auto der sowjetischen Militärkommandantur in die Luft sprengte.

Die Vernehmungen erfolgten nur in Untersuchungsgefängnissen, die der sowjetischen Besatzungsmacht unterstanden. Solche gab es in Berlin, Schwerin, Waren, Rostock, Greifswald, Potsdam, Brandenburg, Eberswalde, Cottbus, Halle, Magdeburg, Dessau, Merseburg, Gotha, Torgau, Weimar, Erfurt, Dresden, Leipzig, Zwickau, Chemnitz und Bautzen. Die sowjetischen Untersuchungsorgane, die physische Gewalt systema-



Fensterlose Einzelzelle in der Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen.

tisch und durch einen Parteibeschluss von 1937 sanktioniert anwendeten, verzichteten in den meisten Fällen auf materielle Beweismittel. Die Verhöre fanden vorwiegend nachts statt. In vielen belegten Fällen wurden Geständnisse und Selbstbezeichnungen aus den Festgenommenen herausgeprügelt. In der zentralen Untersuchungsanstalt in Berlin-Hohenschönhausen wurden 1947 Folterzellen installiert. Vielfach waren die Vernehmungen mit Schlaf- und Nahrungsentzug verbunden. Zum Spektrum der Folter gehörte auch die Ankündigung der bevorstehenden Erschiessung (Scheinhinrichtung). Das Protokoll nach den Verhören unterschrieben die meisten Betroffenen, ohne den eigentlichen Inhalt des Dokuments, welches in russischer Sprache abgefasst war, zu kennen.³⁴ Ein Dolmetscher war bei den Verhören oft nicht zugegen. Die Tribunale verkündeten ihre Urteile nach – zumeist nichtöffentlichen – Schnellverfahren. Ausserdem verhängte ein Sondertribunal des NKWD/MWD in Moskau bis Mitte 1953 Fernurteile. Diese Verurteilten wurden ausnahmslos in Zwangsarbeitslager der UdSSR deportiert. Die Mehrheit aller Verurteilten verlor zudem durch Konfiszierung ihr gesamtes Hab und Gut.

Für zum Tode Verurteilte bestand die Möglichkeit, Widerspruch gegen das Urteil einzulegen. Bis heute ist nicht klar, wie viele Todesurteile die sowjetischen Gerichte auf dem Boden der SBZ/DDR gefällt haben und wie viele davon wirklich vollstreckt wurden. Bis 1950 betraf es offenbar 756 Deutsche, 28 Sowjetbürger und 2 Ausländer. Bis 1954 kamen nochmals mindestens 239 Hingerichtete hinzu. Ein Grossteil der verhängten Todesurteile wurde auf dem Territorium der UdSSR vollstreckt.

Schreiben des KGB-Vorsitzenden Serow und des Generalstaatsanwalts Rudenko an das ZK der KPdSU vom 24. Dezember 1954

Entsprechend dem Beschluss des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR vom 5. Oktober 1954 sollen die zuständigen deutschen Behörden bis zum 1. Januar 1955 die Fälle der in die Zuständigkeit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übergebenen 5628 deutschen Bürger überprüfen, die von sowjetischen Gerichten verurteilt wurden und ihre Strafe auf dem Territorium der DDR verbüßen. Das Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR hat den zuständigen Behörden der DDR bereits für 5'100 Personen alle erforderlichen Unterlagen für eine Entscheidung in der Frage der genannten Fälle übergeben. Betreffs der übrigen 528 Personen werden die Materialien in nächster Zeit übergeben. Die deutschen Behörden haben sich jedoch mit unseren Unterlagen erst bekannt gemacht, und wie der Staatssekretär für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik, Gen. Wollweber, erklärte – benötigen sie noch vier bis fünf Monate, um sich mit den Unterlagen aller Verurteilten sorgfältig vertraut machen und Entscheidungen treffen zu können.

Ralf Possekel (Hrsg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Berlin 1998, S. 388

1950 wurden die in deutschen Gefängnissen einsitzenden SMT-Verurteilten an die DDR-Organen übergeben. Betroffen waren 10'513 Personen. Entsprechend einem Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU vom 31. Oktober 1949 überwachten die sowjetischen Behörden die Überführung der SMT-Verurteilten in den DDR-Strafvollzug. Nur die Besatzungsbehörden konnten über vorfristige Entlassungen entscheiden. Nach Stalins Tod 1953 kam es neben der Freilassung von Hunderttausenden GULAG-Häftlingen auch zur Überprüfung der Urteile gegen deutsche Bürger. Das Politbüro der KPdSU fasste einen Beschluss über die Beendigung des Strafvollzugs von 6'150 SMT-Verurteilten aus Zuchthäusern der DDR. Im September 1954 sassen hier noch 5'628 deutsche Bürger ein, die zwischen 1945 und 1953 von sowjetischen Gerichten verurteilt worden waren. Wegen des anhaltenden Drucks aus der Bevölkerung drängte Pieck die sowjetische Regierung, zum fünften Jahrestag der DDR eine weitere Amnestie zu erlassen. Am 5. Oktober 1954 verabschiedeten das Präsidium des ZK der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR einen entsprechenden Beschluss. Die letzten Gruppenentlassungen von SMT-Verurteilten aus dem DDR-Strafvollzug erfolgten 1960 und 1964.

Speziallager

Die Alliierten hatten sich auf der Potsdamer Konferenz darauf geeinigt, Repräsentanten der Hitler-Diktatur zu inhaftieren. In der US-Zone wurden ca. 100'000 Personen in acht Lagern interniert, in der britischen 90'800 in elf Lagern. Über die Anzahl der Insassen in den acht Lagern der französischen Zone gibt es keine Angaben. In der SBZ richtete



NS-Belastete Personen und politisch Verdächtige internierte die sowjetische Besatzungsmacht in Speziallagern. Sie nutzte dafür ehemalige Konzentrationslager wie hier in Sachsenhausen.

die Besatzungsmacht zehn solcher Lager ein. Nur eine Minderheit der Lagerinsassen war formell von einem Militärtribunal oder von einem andern Gericht verurteilt worden. Die Lager wurden entsprechend dem sowjetischen Sprachgebrauch als «Speziallager» und die Inhaftierten als «Spezialkontingent» bezeichnet.

Bis Anfang Mai 1945 existierten im gesamten osteuropäischen Besatzungsgebiet bereits über 40 Lager und Gefängnisse, die meisten in Gebieten östlich von Oder und Neisse. Mit Befehl Nr. 315 wurde die Abteilung Speziallager des NKWD der UdSSR in Deutschland am 18. April 1945 durch Generaloberst Serow gebildet. Die zehn Lager in der SBZ waren:

- Nr. 1 Mühlberg bei Riesa (1945-1948)
- Nr. 2 Buchenwald bei Weimar (1945-1950)
- Nr. 3 Hohenschönhausen in Berlin (1945-1946)
- Nr. 4 Bautzen (1945-1950; ab 1948 Nr. 3)
- Nr. 5 Ketschendorf bei Fürstenwalde (1945-1947)
- Nr. 6 Jamlitz bei Lieberose (1945-1947)
- Nr. 7 Sachsenhausen bei Oranienburg (1945-1950, ab 1948 Nr. 1)
- Nr. 8 Torgau (1945-1947)
- Nr. 9 Fünfeichen bei Neubrandenburg (1945-1948)
- Nr. 10 Torgau (1946-1948)

Aus dem Befehl des Innenministers Nr. 0022 «Zur Liquidierung der Speziallager des MWD der UdSSR in Deutschland», Moskau, 6. Januar 1950

1. Aus den Lagern 15'038 Deutsche zu entlassen, davon 9'634 nicht verurteilte Personen und 5'404 verurteilte Personen, die wegen geringfügiger Verbrechen inhaftiert sind.
2. Den deutschen Behörden (Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik) 13'945 Deutsche zu übergeben, davon 10'513 verurteilte Personen für den weiteren Verbleib in deutschen Gefängnissen, und 3432 nicht verurteilte Personen zur Ermittlung ihrer verbrecherischen Tätigkeit und Übergabe an die Gerichte.
3. Den Organen des MGB der UdSSR in Deutschland 649 Deutsche zu übergeben, die einen besonders aktiven Kampf gegen die Sowjetunion geführt haben, davon 473 nicht verurteilte Personen – zur Übergabe an ein sowjetisches Gericht, und 176 verurteilte Personen – zwecks weiterer Strafverbüsung.
4. 126 Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, die wegen geringfügiger Verbrechen inhaftiert sind, zu entlassen.
5. 58 Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, die wegen besonders gefährlicher Verbrechen in Haft sind, zur weiteren Strafverbüsung in Lager des MWD der UdSSR auf dem Territorium der Sowjetunion zu verbringen. Der Transport ist auf Weisung der GULAG des MWD der UdSSR durchzuführen, wozu letzterem eine Personalliste der 58 Verurteilten zu übersenden ist, die für jeden Angaben zu Straftatbestand, Nationalität, Alter und Gesundheitszustand enthält.
6. Die Speziallager des MWD der UdSSR in Buchenwald und in Sachsenhausen zu liquidieren und dem Kommando der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland die Lagereinrichtungen zu übergeben, um sie für Hilfs- und Wirtschaftsbedürfnisse der Truppen zu nutzen. Das Gefängnis in Bautzen ist mit seinem gesamten Inventar dem Mdl der Deutschen Demokratischen Republik zu übergeben. Die Liquidierung der Lager und die Übergabe des Gefängnisses sind bis zum 15. März 1950 zu beenden.
7. Zu beachten, dass künftig von sowjetischen Gerichten verurteilte Deutsche dem Mdl der Deutschen Demokratischen Republik zur Haftverbüsung in deutschen Gefängnissen übergeben werden, mit Ausnahme besonders gefährlicher Verbrecher, die, entsprechend den Ordern der GULAG des MWD der UdSSR, zur Strafverbüsung in Lager des MWD der UdSSR auf dem Territorium der Sowjetunion verbracht werden.

Ralf Possekel (Hrsg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Berlin 1998, S. 365-366

In den ersten Monaten wurden Verhaftete aus der SBZ auch östlich von Oder und Neisse interniert, die aber zumeist nach der Potsdamer Konferenz in Speziallager der SBZ überführt wurden. Zu den Speziallagern kamen Gefängnisse, die dem NKWD zugeordnet waren. Das galt für die meisten grösseren Gefängnisse und Zuchthäuser. In Frankfurt/O. existierte ausserdem das Lager Nr. 69 für jene Kriegsgefangene, die in die Sowjetunion deportiert werden sollten. Die sogenannten GPU-Keller schliesslich, die in öffentlichen Gebäuden, Gefängnissen oder in Privathäusern eingerichtet worden waren und in denen

die ersten Verhöre mit Folter und Schlägen erfolgten, unterstanden den operativen Gruppen des NKWD auf Kreisebene oder den operativen Sektoren auf Landesebene.

In den Speziallagern waren knapp 190'000 Personen inhaftiert, darunter 35'000 Ausländer, in erster Linie Sowjetbürger. Hinzu kamen etwa 270'000 Deutsche, die beim Vormarsch der Roten Armee in Osteuropa verhaftet, interniert und in die Sowjetunion deportiert worden waren. Von den über 150'000 in den Speziallagern der SBZ inhaftierten Deutschen wurden nur etwas mehr als zehn Prozent tatsächlich verurteilt.

Insgesamt sind 43 035 Internierte (Deutsche und Ausländer) in der Haft verstorben, vor allem an Unterernährung und Tuberkulose. 786 Personen wurden erschossen. «Am 23. Dezember 1946 ordnete der Ministerrat der UdSSR die Deportation von 27'500 arbeitsfähigen deutschen Männern aus den Speziallagern an, die in sibirischen Bergwerken die gleiche Zahl arbeitsuntauglich gewordener Kriegsgefangener ersetzen sollten. (...) In den Speziallagern aber fanden die beauftragten Ärztekommisionen im Winter 1946/47 unter den knapp 80'000 Häftlingen nicht einmal 5'000 Männer, die ihnen für den sibirischen Bergbau tauglich schienen. Inzwischen hatte in den Lagern ein furchtbares Massensterben eingesetzt – sowjetische Unterlagen weisen allein für die drei Monate Januar bis März 1947 9'064 Tote aus –, Folge einer am 1. November 1946 in Kraft getretenen radikalen Absenkung der Verpflegungsnormen: Statt 600 Gramm Brot, 100 Gramm Makkaroni und 920 Gramm Kartoffeln bzw. Gemüse sollte es ab 1. November für nicht arbeitende Häftlinge, und das betraf die Mehrheit, nur noch entsprechend 300 Gramm, 35 Gramm und 600 Gramm geben. Zumindest Serow konnte wissen, dass eine solche Norm, selbst wenn sie eingehalten wurde, auf längere Zeit den Hungertod der Häftlinge bedeuten musste.»³⁵

Im Februar/März 1950 befanden sich noch knapp 30'000 Personen in den letzten drei Lagern. 15'000 von ihnen sollten entlassen und 3'400 bis dahin nicht Verurteilte dem DDR-Innenministerium übergeben werden, ebenso – zur Verbüßung ihrer Strafen – 10'500 weitere Personen, die bereits von SMT verurteilt worden waren.

Aufbau des ostdeutschen Polizeistaates

Der sowjetische Geheimdienst, der sich auch Tausender deutscher Informanten bediente, baute in der SBZ seit 1946 tatkräftig neue deutsche Polizei- und Geheimdienstapparate auf. Das K 5, das fünfte Kommissariat der Kriminalpolizei, war die erste Einheit, die in der SBZ ihre Arbeit aufnahm. Hinter dem Kürzel K 5 verbarg sich die politische Abteilung der Polizei und damit eine Vorläuferorganisation des 1950 gebildeten Ministeriums für Staatssicherheit. Die Russen hatten bereits im September 1946 gegenüber deutschen Funktionären verlauten lassen, «dass künftighin alle politischen Verge-



Bereits in den ersten Nachkriegsmonaten wurden in der Sowjetischen Besatzungszone neue Polizeikräfte aufgestellt. Sie waren durch Armbinden mit deutscher und russischer Aufschrift gekennzeichnet.

hen schwerer Art von den deutschen Gerichten verurteilt werden müssen unter dem juristischen Begriff ‚Kriegsverbrecher‘³⁶. Die Tätigkeit des K 5 wurde von den sowjetischen Geheimdiensten geleitet, wenngleich die SED zunehmend Einfluss auf deren Arbeit gewann. Nach dem Abschluss von Untersuchungen wurden die Ergebnisse in aller Regel den sowjetischen Behörden übergeben. Deren Vertreter wiederum beaufsichtigten nicht nur ihre Untergebenen aus dem K 5, sondern waren häufig bei Vernehmungen selbst zugegen. Im Frühjahr 1949 erhielt das K 5 völlige Unabhängigkeit von den Landesbehörden und war nur noch zentralen Organen verpflichtet. Es agierte als Spezialeinheit des sowjetischen Ministeriums für Staatssicherheit. Von über 51'000 Fällen, die das K 5 Sachsen etwa 1948 bearbeitete, sind über 14'000 sowjetischen und nur etwas mehr als 1'300 deutschen Behörden zugewiesen worden. Den Rest bearbeiteten deutsche und sowjetische Organe gemeinsam.

Der SED stand in den Anfangsjahren noch kein eigenes Informationsnetz zur Verfügung. Die neugeschaffenen Informationsbüros werteten vor allem Zeitungen aus. Im Sommer 1947 schlug Ulbricht der SMAD vor, einen Informationsdienst unter Führung von Erich Mielke zu gründen. Die SMAD stimmte zu, und Mielkes Apparat nahm seine Tätigkeit am 11. November 1947 auf. Die Hauptaufgabe bestand darin, mit konspirati-

Richtlinien für die Organe der deutschen Polizei zum Schutz der Demarkationslinie und der Grenzen

Bestätigt vom Oberkommandierenden der Gruppe der sowjetischen Okkupationstruppen und dem Hauptbevollmächtigten der SMA in Deutschland Marschall der Sowjetunion W. Sokolowski am 23. August 1947

§2

Die Polizei im Grenzgebiet und an den Demarkationslinien untersteht in allen dienstlichen Fragen direkt dem zuständigen Abschnittskommando der sowjetischen Okkupationstruppen. (...)

§20

In folgenden Fällen dürfen Grenzeinheiten – Grenzpolizeiangehörige von der Waffe Gebrauch machen:

- a) bei einwandfreiem Überfall auf den Posten, Kommandantur oder Kommando;
- b) bei Flucht von Grenzübertretern und Übertretern der Demarkationslinie, wenn andere Möglichkeiten der Festnahme erschöpft sind (Anruf, Warnungsschuss in die Luft);
- c) bei Flucht von Zwangsgestellten und Transportgefangenen.

Den Angehörigen der Grenzpolizei ist ein zielloses Schiessen verboten. (...)

«Reorganisation der Polizei» oder getarnte Bewaffnung der SBZ im kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49, hrsg. und eingel. von Günther Glaser. Frankfurt/M. 1995, S. 88-96

ven Mitteln alle relevanten Vorgänge im Lande und die Stimmung unter der Bevölkerung aufzuklären. Im Prinzip ging es um Desinformation, Spionage und Zersetzung. Der Apparat bediente sich eines neuen Spitzelnetzes. 1948 ist das K 5 offiziell aufgelöst bzw. in die neu gegründete «Hauptabteilung zum Schutz des Volkseigentums und der demokratischen Ordnung» überführt worden. Tatsächlich bestand das K 5 weiter. Sämtliche Organe waren Mielke unterstellt. Als das MfS im Februar 1950 gegründet wurde, basierte es auf der Hauptabteilung und dem K 5.

Im März 1948 erteilte die SMAD den Befehl, den Ausbau der Grenz- und Polizeiorgane vorzubereiten und Bereitschaften zu planen. Überlegungen dazu gab es seit 1946/47. Die Grenzkontrolle etwa war durch SMAD-Befehl bereits im Herbst 1946 an die deutsche Polizei übertragen worden. Dies war zugleich die Geburt des Grenzregimes, das in den kommenden Jahren stetig ausgebaut wurde. Seit Mitte der fünfziger Jahre galt «Republikflucht» als «Verrat». Strafrechtlich geahndet wurde sie aber bereits seit 1950, obwohl sie erst 1957 direkt unter Strafe gestellt werden sollte. Der Mauerbau von 1961 war fast folgerichtig die logische Konsequenz aus der Grenzregimepolitik, wie sie seit 1946 betrieben wurde.

Am 14. Mai 1948 informierte die SMAD Otto Grotewohl, Wilhelm Pieck und Franz Dähle darüber, dass kasernierte Kräfte der Polizei nötig seien, die politisch erzogen werden und zur Bekämpfung des «Banditismus» befähigt sein müssten.

In einer Besprechung am 5. Juni wies Wladimir Semjonow die Kasernierung von 10'000 Polizisten und 10'000 Grenzpolizisten, den Erlass von Polizeistatuten, die Einsetzung von Politoffizieren und militärischen Leitern sowie die Realisierung eines Polizeischulen-Programmes an. Am 12. Juli beschloss das SED-Zentralsekretariat, dass Parteiorganisationsstrukturen in den Polizeiorganen zu bilden seien. Gewerkschaftsorganisationen oder andere Parteien wurden in den Einheiten nicht zugelassen.

Die Ziele und Aufgaben der Bereitschaften wurden in der «Vorläufigen Dienstanweisung Nr. 1» vom 13. Oktober 1948 formuliert: «Die Bereitschaften der deutschen Volkspolizei sind gebildet worden zum Schutz der deutschen Werktätigen vor faschistischen, reaktionären und anderen feindlichen und verbrecherischen Elementen. Sie sind dazu berufen, eine sichere Stütze der demokratischen Entwicklung zu sein sowohl in der sowjetischen Besatzungszone als auch im Kampf um ein einheitliches, demokratisches Deutschland.»³⁷ Es entstanden 40 Bereitschaften mit jeweils 250 Mann in allen Ländern der SBZ. Federführend für den Aufbau und die Bewaffnung war ein eigener Stab innerhalb der SMAD. In den Monaten Juli bis Oktober 1948 erhielten die kasernierten Polizeiformationen 30'000 Karabiner, Pistolen und Maschinengewehre aus sowjetischen Beutebeständen. Die Zuweisung 200 schwerer Maschinengewehre unterstreicht die Absicht, die Bewaffnungsnormen von Schutzpolizeiformationen und damit deren Aufgabengebiet auszuweiten.

Die Funktionäre suchten Personal für die kaserniert unterzubringenden und gegenüber der Bevölkerung abzuschottenden Bereitschaften. Hierfür kamen Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft in Betracht. Diese Gruppe besass bereits eine militärische Ausbildung und verfügte über militärische Spezialisten, die in der Aufbauphase gebraucht wurden. «Oft bewogen nicht politische Überzeugungen, sondern vielmehr die überdurchschnittliche Besoldung und Versorgung, die Einkleidung und höhere Urlaubsansprüche die jungen Männer zum Eintritt in den Polizeidienst. Bezeichnend ist, dass Heimatvertriebene aus den ehemals deutschen Gebieten über 50 Prozent der Geworbenen stellten. Sie suchten nach einer neuen Heimat, nach Integration in die Gesellschaft, bei ihnen war oft auch die Not am grössten.»³⁸

Der überwiegende Teil der Freiwilligen wurde mit sowjetischer Unterstützung geworben. Die gefangenen Wehrmachtsoldaten und -Unterroffiziere waren in Antifa-Schulen ideologisch vorbereitet worden. Um den enormen Personalbedarf der Bereitschaften zu decken, hatte sich die sowjetische Führung in Moskau entschlossen, der SED-Führung 5'000 Kriegsgefangene als Grundstock für künftige Militärformationen zur Verfügung zu stellen. Sowjetische Werber stellten die ehemaligen Wehrmachtangehörigen vor die Entscheidung, weitere Gefangenschaft oder Heimkehr mit der Verpflichtung für den Polizeidienst. Im Frühjahr 1948 informierten SMAD-Funktionäre die SED-Führung, dass 5'000 deutsche Kriegsgefangene für den Polizeidienst gewonnen seien. Mit



Taktische Ausbildung einer Landeinheit der Kasernierten Volkspolizei.

der «Aktion 5'000» repatrierte die UdSSR in der zweiten Jahreshälfte den grössten Teil dieser Gefangenen in die SBZ, von denen 4774 den verschiedenen Bereitschaften zugewiesen wurden. 1948 absolvierten etwa 150 Offiziere und Generale, die in der Kriegsgefangenschaft zumeist im Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) mitgewirkt hatten, bei Moskau einen Schulungskurs, um künftig in den Bereitschaften Führungsfunktionen zu übernehmen. Im September 1948 kehrten mit der «Aktion 5 + 100» 5 Generale und 100 Offiziere in den östlichen Teil der Heimat zurück, im August 1949 unter 3'000 Heimkehrern u.a. weitere neun Generale. Viele der in beiden Aktionen Geworbenen mussten wieder entlassen werden, weil sie den politischen Ansprüchen nicht genügten, oder aber sie entzogen sich der Verpflichtung durch die Flucht in den Westen.³⁹

Im Oktober 1948 wurde die Aufstellung der Bereitschaften in einer Gesamtstärke von 10'000 Mann abgeschlossen. In der SBZ existierten nunmehr Polizeikräfte in einer Gesamtstärke von ca. 83'000 Mann, davon jeweils knapp 10'000 kasernierte Grenz- und Bereitschaftspolizisten. Viele Kasernen waren im Zuge der Entmilitarisierung gesprengt worden oder hatten anderweitig Verwendung gefunden. So mussten nicht selten Baracken- oder Zeltlager bezogen oder aber andere Gebäude für militärische Zwecke hergerichtet werden.

Spätestens seit 1949 waren sowjetische Berater beim militärischen Aufbau der SBZ/DDR direkt in den bewaffneten Verbänden tätig. Zunächst waren die sowjetischen Offiziere in Stäben und Einheiten bis hinunter in die einzelnen Kompanien eingesetzt. Später waren sie nur noch in den höheren Stäben ab Divisionsebene aktiv. Im Juni 1953 gab es 467 solcher Militärberater. Sie waren «nicht nur, wie später immer wieder suggeriert wurde, selbstlos handelnde ‚Waffenbrüder‘, sondern wohl auch gutausgebildete Beobachter und pragmatische Kontrolleure des in der DDR entstehenden *deutschen Militärs*»⁴⁰.

Die Bereitschaften der Polizei wurden 1952 in Einheiten der Kasernierten Volkspolizei und 1956 in Einheiten der Nationalen Volksarmee überführt. Für die Wiederbewaffnung des ostdeutschen Teilstaates wurde also bereits kurz nach Kriegsende die Grundlage geschaffen. Auch wenn, wie Analytiker des US-amerikanischen State Department 1949 festhielten, der militärische Wert der Bereitschaftspolizei unbedeutend ausfiel, waren die Einheiten mit ihren 20 Panzern, schweren Lastwagen, gepanzerten Mannschaftswagen und ihrer 70-Millimeter-Artillerie eine erste Ergänzung der sowjetischen Streitkräfte. Die deutschen Einheiten sollten dabei zunächst vor allem bei inneren Konflikten tätig werden, so wie es im Juni 1953 dann auch geschah.

Alltag der Besatzung

Bis zur Kasernierung der Sowjetarmee im Frühjahr/Sommer 1947 herrschten in der SBZ und im sowjetischen Sektor von Berlin chaotische Verhältnisse. Die Offiziere beschlagnahmten die besten Villen, Häuser und Wohnungen für sich und plünderten in einem geradezu unvorstellbaren Masse. Dabei ging es nicht nur um den Eigenbedarf. Die Truppen hatten vor Betreten des deutschen Territoriums die Erlaubnis erhalten, Pakete und Koffer nach Hause schicken zu dürfen. Dies war mehr oder weniger eine offene Einladung zur Selbstbedienung. Dabei existierte eine klare Hierarchie. Der einfache Soldat war der oft beschriebene Uhrenjäger – Soldaten mit 10 oder 20 Armbanduhren am Arm waren keine Seltenheit. Uhren galten für diese ebenso als Luxus wie für die Offiziere und Generale Möbel, Autos und Wertgegenstände, an denen sie sich schadlos hielten. Jedem General stand offiziell ein Luxusauto als Beute zu. Von Shukow ist überliefert, er habe insgesamt sieben Eisenbahnwaggons vollgefüllt nach Moskau schaffen lassen, um seine Wohnungen und Datschen neu einzurichten.

Neben den Beutezügen entwickelten sich ebenso schnell Korruption und Misswirtschaft. In allen Ländern der SBZ arbeiteten einzelne Offiziere mit Schieber- und Erpresserbanden zusammen. Die Offiziere hielten den Kriminellen gewissermassen den Rücken frei; diese wiederum beteiligten die Offiziere an ihren Gewinnen und Umsätzen. Andere Offiziere verschachteten Lebensmittelmarken. Sie sorgten für einen Überschuss



Auf dem Schwarzmarkt vor dem Berliner Reichstag, hier eine Aufnahme aus dem Jahr 1945, handelten die Soldaten der vier alliierten Armeen mit Waren aller Art.

an Zuteilungsberechtigungen, indem sie Einwohnerzahlen erhöhten. Andere korrigierten die Produktionszahlen nach unten und verkauften die «überschüssigen» Güter auf dem Schwarzmarkt. Neben Korruption und Amtsmissbrauch, Diebstahl und Mord, Vergewaltigung und Desertion kam als ein Delikt, das sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch ausweiten sollte, schuldhaftes und fahrlässiges Verhalten, oftmals unter Alkohol, im Verkehr hinzu. Schliesslich machte die Raffsucht auch vor Auseinandersetzungen innerhalb der Armeeverbände und den sowjetischen Behörden nicht halt. Diebstähle waren alltäglich, wobei gestohlen wurde, was zuvor bereits anderswo entwendet worden war. Jeder Ranghöhere konnte einem Untergebenen praktisch alles wegnehmen, was dieser «konfisziert» hatte.

Die Truppenmoral war bis zum Sommer 1947 auf einen bedenklichen Tiefpunkt gesunken. Die Politoffiziere und Kaderabteilungen nahmen dies besorgt zur Kenntnis. Die Soldaten langweilten sich und waren frustriert. Die Armee versuchte diese Situation zu verbessern, indem die Sowjetkultur in die SBZ gebracht wurde: Filme-, Theater-, Musikaufführungen, eigens für die Truppen herausgegebene Zeitungen und Magazine sowie Radiostationen sollten die Moral heben, aber auch Sportveranstaltungen und gemeinsame Feiern der sowjetischen Feste und Jahrestage.

Sowjetische Beutezüge

An die dreihundert Offiziere haben sich versammelt. Nur Kommandanten im Rang vom Major an aufwärts sind anwesend. Auch einige Generale sind darunter – die Kommandanten von Dresden, Leipzig und anderen sächsischen Grossstädten. Auch sie sollen sich am Erfahrungsaustausch beteiligen. Sie sitzen ziemlich zahm auf ihren Stühlen. An dem mit rotem Tuch bedeckten Tisch des Präsidiums haben sich die Spitzen der SMA niedergelassen. (...)

«Na, dann nehmen wir zum Beispiel Major Astafjew», berichtet der Oberstleutnant. «Nach seiner Ernennung zum Kommandanten der Stadt N. ist er offenkundig der Zersetzung verfallen. Nicht weit von der Stadt befindet sich ein fürstliches Schloss, in dem früher verschiedene Barone lebten. Jetzt hat Major Astafjew es zu seiner Residenz gemacht. Er lebt dort, wie selbst die Bojaren und Höflinge des Zaren nicht gelebt haben. Man muss schon sagen: er lebt da wie Gott in Frankreich.»

Aus den Worten des Oberstleutnants klang ein Anflug von Neid. Offenbar hat er oftmals an den Gelagen seines Kameraden Astafjew im Märchenschloss teilgenommen, sich dann aber wohl wegen irgendeiner Beute mit ihm nicht einigen können, was ihn jetzt veranlasst, sich der Moral zu erinnern. (...) «Er hält im Schloss mehr Dienerschaft als der verstorbene Besitzer. Jeden Morgen, wenn Major Astafjew ruhen, die Augen zu öffnen, dann wissen Herr Major nicht, wo Herr Major sich befinden – bis Herr Major einen halben Eimer voll Gurkenlake zu sich genommen haben, um nach der nächtlichen Sauferei den Katzenjammer zu vertreiben. Sodann streckt Major Astafjew, wie es einem echten gnädigen Herrn geziemt, seine Füsschen aus. Dann zieht eine Deutsche ihm den Strumpf über den linken Fuss, die andere über den rechten. Die dritte hält den seidenen Morgenrock bereit. Auch die Hosen kann er ohne fremde Hilfe nicht anziehen.»

Im Raum werden Heiterkeit und Lachen laut. Die Lebensweise des braven Majors imponiert den Anwesenden offensichtlich. «Nun, das sind erst die Blüten, die Früchte kommen noch ...!», ruft der Redner. «Das Zusammenleben mit deutschen Frauen ist bei Major Astafjew zum System erhoben. Er verfügt über ein spezielles Kommando, das nur damit beschäftigt ist, im Gebiet Frauen für ihn einzufangen. Diese werden tagelang im Keller der Kommandantur eingesperrt, ehe sie ins Bett des Majors kommen.» (...) «Es geht bei ihm direkt bis zur Borniertheit», fährt der Oberstleutnant fort. «Neulich verspürte Kommandant Astafjew nach einer üblichen Sauferei Lust auf eine Fischsuppe. Ohne lange zu überlegen, befahl er die Schleusen des Schlossteiches zu öffnen und auf diese Weise Fische für ihn zu fangen. Ein paar Fischchen kamen in die Suppe des Majors, mehrere Zentner Fische kamen um. Sind das nicht empörende Tatsachen, Genossen Offiziere?» (...) «Der Fall des Majors Astafjew», sagt der Redner abschliessend, «ist für uns aus dem Grunde interessant, weil er eine typische Erscheinung ist. In vielen Kommandanturen ist die Lage nicht wesentlich anders als bei Major Astafjew. Solche Zustände dürfen nicht weiter geduldet werden. Unsere Aufgabe ist es, solche beschämenden Erscheinungen zu entlarven und zu brandmarken, solche ausser Rand und Band geratenen Hornochsen zur Ordnung zu rufen und ihnen das Vorhandensein proletarischer Gesetzmässigkeit ins Gedächtnis zu bringen.»

Gregory Klimow: Berliner Kreml. Köln, Berlin 1951, S. 123-124



Auftritt des Alexandrow-Ensembles der sowjetischen Streitkräfte auf dem Berliner Gendarmenmarkt im August 1948. Damit sollte der deutschen Bevölkerung die russische Volkskultur nahegebracht werden.

Bei allen misslichen Umständen der Besatzung und den vielen Verbrechen, die gerade in den ersten drei Jahren begangen wurden, darf nicht vergessen werden, dass die Masse der anfangs 1,5 Millionen und dann durchschnittlich 500'000 Sowjetsoldaten ab 1946 nicht an diesen Vorgängen beteiligt war. Das Leben der Mannschaften war spätestens ab 1947 mit der strikten Kasernierung und Isolierung Tausende Kilometer weit weg von zu Hause alles andere als angenehm und einfach.

Der Tag der Soldaten und Offiziere war von Montag bis Sonntag entsprechend dem Dienstplan streng reglementiert. Vom Wecken der Mannschaften um 6 Uhr morgens bis zur Nachtruhe um 22 Uhr blieb kaum eine freie Minute. In den ersten Jahren war für viele dieser Tag allerdings abwechslungsreicher als nach 1949, weil sie vielfach im engeren Sinne nichtmilitärische Aufgaben zu erfüllen hatten. Die SMAD-Mitarbeiter hatten eine Arbeitszeit von 10 Uhr bis 19.30 Uhr. Für alle war jeden Abend eine zweistündige «politische Massenarbeit» («Rotlichtbestrahlung») obligatorisch.

Das Verhältnis zwischen den einzelnen Dienstgraden war von einer überaus strengen Hierarchie und einer patriarchalischen Grundkonstellation geprägt. Dass Untergebene geschlagen und getreten wurden, war weder eine Ausnahme noch wurde dies durch die Kommandeure unterbunden. Allerdings ging es den Mannschaften materiell in Deutschland weitaus besser als in der Sowjetunion. Sie erhielten doppelten Sold, und auch sonst war ihre Verpflegung üppiger und reichhaltiger als in den Weiten der Sowjetunion. Die Offiziere und Generale erhielten geradezu fürstliche Gehälter von teilweise Tausenden Rubeln im Monat. Hinzu kamen Sonderverpflegung, Gehaltszuschläge und Prämien. Den in der Sowjetunion zurückgebliebenen Familien von SMAD-Mitarbeitern wurde zudem das frühere Gehalt auch noch ausgezahlt. Gerade für Offiziere und Generale war eine zeitweilige Stationierung in Deutschland das Tor zum sozialen und politischen Aufstieg nach Rückkehr in die UdSSR.

Wenn man einmal von herausgehobenen sowjetischen Führungspersonlichkeiten abieht, so überwog bei den Offizieren und Mannschaften lange Jahre, und es spricht einiges dafür, dass dies bis zum Ende so war, ganz eindeutig Besatzermentalität: «Wir Sieger – Ihr Besiegte!» Natürlich gab es auch all jene Erscheinungen, die von der SED propagandistisch zum «wahren Bild der Russen» aufpoliert wurden: Kulturveranstaltungen für Deutsche, Essensausgabe, Versorgung von Verwundeten und Kranken u.a. Aber das konnte im kollektiven Bewusstsein die Erlebnisse der ersten Jahre der Besatzung nicht vergessen machen. Die Angst blieb.

Schrittweise Übertragung der Regierungsgeschäfte an die DDR

Die Arbeit der SMAD litt von Anfang an unter akutem Personalmangel. Es ist daher kaum verwunderlich, dass die sowjetische Besatzungsbehörde sehr schnell dazu neigte, möglichst viele Verwaltungsaufgaben den Deutschen zu übertragen. Die KPD hatte sich bereits im sowjetischen Exil auf die Zeit nach der Befreiung vorbereitet. Dazu gehörte auch die politische Arbeit unter den Kriegsgefangenen, die sie unter sowjetischer Aufsicht betrieb. Als im Juni 1945 etwa 70 deutsche Kommunisten und 300 Kriegsgefangene für die Verwaltungsarbeit nach Deutschland geschickt wurden, stellte sich schnell heraus, dass der Bedarf weitaus höher war. Insbesondere Ulbricht bat die sowjetische Führung immer wieder, geeignete und politisch brauchbare Kriegsgefangene nach Deutschland zu entlassen.

Zunächst setzten die Russen die kommunalen Selbstverwaltungen in Gang, ernannten Bürgermeister und Stadträte. Diese wurden oftmals schon kurze Zeit nach Amtsantritt wieder ausgetauscht, weil sie der Besatzungsmacht ungeeignet schienen. Mit dem Aufbau der Landesverwaltungen der Sowjetischen Militäradministration war zugleich per SMAD-Befehl im Juli 1945 der Aufbau von elf Deutschen Zentralverwaltungen – ein Jahr später kamen fünf weitere hinzu – verbunden. In den Zentralverwaltungen do-

minierten die Kommunisten bzw. später SED-Mitglieder. Sie waren Ausführungsorgane der SMAD. «Die erste Aufgabe der deutschen Verwaltung ist die pünktliche und genaue Erfüllung aller Befehle.»⁴¹ Die SMAD dirigierte bis in nebensächlichste Entscheidungen die Arbeit der Zentralverwaltungen. Vor allem Ulbricht war deshalb daran gelegen, die «richtigen» Kader in Schlüsselpositionen zu bringen, da er sich offenbar sicher war, dass die Arbeit in einem überschaubaren Zeitraum von der deutschen Verwaltung übernommen werden würde.

Als Sokolowski am 14. Juni 1947 den Befehl erliess, eine Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) in der SBZ zu bilden, war das der wichtigste Schritt zur Bildung einer zentralisierten Verwaltung. Die DWK unterstand zwar der SMAD, ähnelte aber als Koordinierungsorgan der Zentralverwaltungen einer Regierungsbehörde. Im Februar 1948 wurden die Befugnisse der DWK beträchtlich erweitert. Sie konnte nun eigenständig Weisungen an die Zentralverwaltungen erteilen. Zugleich erhielten diese Schritt für Schritt grössere Kompetenzen von den Sowjets eingeräumt. Die Übertragung wichtiger Regierungsgeschäfte an die deutschen Behörden durch die SMAD hatte begonnen.

Die erste «Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik» ist bereits sieben Monate vor Gründung des ostdeutschen Teilstaates am 19. März 1949 durch den Deutschen Volksrat verabschiedet worden. Als sich am 7. Oktober 1949 der sogenannte Volkskongress zur «Provisorischen Volkskammer» der soeben gegründeten DDR erklärte, bestimmte er diese Verfassung zum ersten Gesetz des Arbeiter-und-Bauern-Staates. Schon das Zustandekommen dieser ersten Verfassung folgte der im Mai 1945 inoffiziell durch Walter Ulbricht ausgegebenen Richtlinie: «Es ist doch ganz klar: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.»⁴²

Die Gründung der DDR am 7. Oktober war gemeinsam von der SED, der SMAD und dem Moskauer Politbüro vorbereitet und inszeniert worden. Nur unter einer neuen machtpolitischen Konstellation schien es möglich zu sein, die Russen aus dem öffentlichen Bild zu verdrängen und so selbst den Makel als «Russenpartei» abzustreifen. Dass davon die Unterstellungs- und Abhängigkeitsverhältnisse unberührt bleiben würden, war der SED nicht nur klar, sondern von ihr wahrscheinlich sogar gewünscht. Ihr war seit den ersten Wahlen 1946 nur allzu bewusst, dass ihre Macht auf den sowjetischen Bajonetten ruhte.

Mitte September weilten die führenden SED-Funktionäre (Pieck, Grotewohl, Ulbricht und als Dolmetscher Oelssner) für knapp zwei Wochen in Moskau, um mit der sowjetischen Führung Wirtschaftsfragen sowie die Modalitäten der DDR-Gründung zu beraten. Am 19. September verfassten sie nach einem Gespräch mit sowjetischen Politbüromitgliedern einen Brief an Stalin, in dem sie Fragen und Vorschläge zur Beschlussfassung durch die sowjetische Führung formulierten. Darin wurden neben Einzelheiten der Regierungsbildung auch Wirtschaftsfragen, Parteiangelegenheiten sowie die Integration von Nazis, die Auflösung der Speziallager und die Westarbeit der SED angesprochen.

Brief der SED-Führung an Stalin zur DDR-Gründung vom 19. September 1949

Lieber Genosse Stalin!

Nachstehend legen wir dem Zentral-Komitee der KPdSU (B) in Kürze die Fragen zur Überprüfung vor, über die wir die notwendigen Entschlüsse zu fassen bitten. (...)

2. *Bildung einer provisorischen deutschen Regierung in der sowjetischen Besatzungszone.* Die Regierung soll in der ersten Hälfte des Oktobers innerhalb einer Woche gebildet werden, indem der jetzt bestehende Volksrat sich zur provisorischen Volkskammer umbildet und der schon beschlossenen Verfassung Gesetzeskraft verleiht, eine Länderkammer der 5 Länder aus 35 Vertretern beschliesst und in einer gemeinsamen Tagung der Volkskammer und der Länderkammer den Präsidenten der Republik wählt. Den Ministerpräsidenten stellt nach der Verfassung die stärkste Fraktion, das ist die SED. Dieser stellt der Volkskammer die provisorische Regierung vor und gibt die Regierungserklärung ab. (...)

Für die Zusammensetzung der Regierung sollen von der SED Verhandlungen mit den anderen 4 Parteien geführt werden. Die Regierung soll aus 18 Mitgliedern bestehen, dem Ministerpräsidenten und 3 Stellvertretern, sowie 14 Ministern. Davon sollen die SED 8 und die übrigen Parteien 10 Minister bekommen. Der Präsident der Republik soll der SED angehören. Dafür wird Wilhelm Pieck vorgeschlagen. Ministerpräsident soll Otto Grotewohl werden, seine Stellvertreter Walter Ulbricht, Otto Nuschke (CDU) und Hermann Kastner (LDP). Die übrigen Minister sind aus der beigefügten Liste ersichtlich. (...)

6. *Verschiedene Fragen.*

a) *Ehemalige Nazis.*

Wir bitten um Ihre Meinung zu unserem Vorschlag, Personen, denen durch Beschluss der Entnazifizierungskommissionen oder durch Urteile von Strafkammern auf Grund der Befehle Nr. 24 oder 38 das aktive und passive Wahlrecht entzogen wurde, das aktive und passive Wahlrecht wieder zu geben. Diese Personen können entsprechend ihren Eignungen einen Beruf ausüben (Ausnahmen: Polizei, Verwaltung des Innern, Brandschutz und Justiz).

b) *Finanzfragen.*

I. Für die finanzielle Unterstützung der KPD im Westen sind monatlich 320'000 DM-West erforderlich. Vom Genossen Tschuikow werden nur 250'000 DM-West zur Verfügung gestellt. Ausserdem benötigt die KPD eine einmalige Zuwendung von 500'000 DM-West zur Bezahlung von Schulden an Druckereien usw.

II. Zur Unterstützung der Rundfunk-Propaganda nach dem Westen sind zur Aufrechterhaltung des Korrespondenten-Netzes im Westen bis Ende 1949 130'000 DM-West und für das Jahr 1950 320'000 DM-West erforderlich.

c) *Rückkehr der Kriegsgefangenen.*

Da die provisorische Regierung in ihrer Erklärung zur Frage der Rückkehr der Kriegsgefangenen Stellung nehmen muss, bitten wir erklären zu dürfen, dass bis Ende 1949 alle Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion entlassen werden.

SAPMO B-Arch, NY 4036/695

Aus der sowjetischen Antwort an die SED-Führung vom 27. September 1949

9. Bei der Provisorischen Regierung soll ein politischer Vertreter der UdSSR im Range eines Botschafters sein.
10. Die Ernennung eines politischen Vertreters der Demokratischen Deutschen Republik in der UdSSR ist zulässig.
11. Die Provisorische Regierung übernimmt alle Verwaltungsfunktionen, die bisher von der SMA ausgeübt wurden, während die SMA zu einer Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin umgebildet wird. (...)
13. In der Regierungserklärung soll eine Formulierung enthalten sein, wonach die Potsdamer Beschlüsse nur eine vorübergehende Besetzung Deutschlands vorsehen, dass aber das Besatzungsstatut der Westmächte darauf abzielt, die berechnete Besetzung in eine unberechnete bewaffnete Intervention in Westdeutschland zu verwandeln.

SAPMO B-Arch, NY4036/735

Die Antwort vom 27. September entsprach den Vorschlägen der SED-Führung. Es liegt die Vermutung nahe, dass in dem Gespräch, das nach Ankunft der SED-Führung in Moskau mit Vertretern des sowjetischen Politbüros stattgefunden hatte, die Fragen in die Feder diktiert und dann in Form einer Bittschrift an «Väterchen Stalin» weitergereicht wurden.

Nach Berlin zurückgekehrt, ging die SED-Führung eilig daran, die Republikgründung vorzubereiten. Auf einer Parteivorstandssitzung wurde die Spitze der Partei über die gefassten Beschlüsse informiert und die künftige Regierung vorgestellt. Gerhart Eisler stellte aus diesem Anlass heraus: «denn als Marxisten müssen wir wissen: wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden». Walter Ulbricht sekundierte mit dem Zwischenruf: «Das haben einige noch nicht verstanden!»⁴³

Der Gründung der DDR folgte am 10. Oktober 1949 die Übergabe aller Verwaltungsfunktionen von der SMAD an die «provisorische» Regierung in Berlin-Karlshorst durch Tschuikow. Dieser Akt fand in demselben Gebäude statt, in dem am 8. Mai 1945 der Kapitulationsakt vollzogen worden war. Am 15. Oktober erkannte die Sowjetunion die DDR offiziell an, kurz darauf auch die anderen «Volksdemokratien» sowie China.

Die SMAD wurde aufgelöst und in die Sowjetische Kontrollkommission überführt. Diese bestand bis zum Juni 1953 (offiziell bis zum 1. August 1953). Tschuikow, der als letzter SMAD-Chef nun Chef der SKK wurde, ist am 10. Juni 1953 mit einem Essen feierlich verabschiedet worden. In den Jahren bis 1955 existierte das Amt eines Hohen Kommissars, das Semjonow bekleidete. Das Amt bediente sich weitgehend der SKK-Strukturen.⁴⁴

Die SKK war weit mehr als nur eine Kontrollinstanz. Sie stützte sich zwar nicht auf einen so grossen Apparat wie die SMAD, aber die ohnehin erfolgte Zentralisierung in

der SBZ machte einen solchen auch zunehmend überflüssig. Die SKK vertrat in der DDR einerseits die wirtschaftlichen Interessen und politischen Ziele der sowjetischen Regierung. Zugleich aber war sie das Anleitungsorgan für die DDR-Regierung und das SED-Politbüro. Der Dolmetscher von Tschuikow, Alexander Bogomolow, erzählt eine Anekdote, die das Verhältnis plastisch schildert: Willi Stoph hatte in der SBZ eine Gruppe geleitet, die im Auftrag der Besatzungsmacht Motoren aus dem Westen «holte», diese illegal über die Grenze brachte und der Truppe übergab. Aus dieser Zeit kannte Tschuikow ihn. «Stoph betete Tschuikow an.» Eines Tages im Jahre 1952 fuhr der Dolmetscher mit Tschuikow nach Pankow in den Majakowskiring zu Stophs Haus. Dort angekommen, wurden sie von Stophs festlich herausgeputzter Familie begrüßt. Anschliessend zogen sich die drei Männer in ein Zimmer zurück. Dort tranken sie zunächst den von Stoph bereitgestellten Wodka. Nach dem fünften «russischen» Glas erlaubte sich Bogomolow, Tschuikow vorsichtig darauf hinzuweisen, dass er doch etwas Dienstliches besprechen wollte. Er selbst könne aber bald nicht mehr übersetzen. Tschuikow sah ihn streng an und sagte lächelnd an Stoph gewandt: «Genosse Stoph, bei uns ist der Beschluss gefasst worden, Sie als Innenminister der DDR einzusetzen.» Stoph nahm Haltung an: «Jawohl.» Die Inthronisierung war vollzogen.

Kein wichtiger Beschluss ist ohne vorherige Konsultation der SKK und später dem Hohen Kommissar gefasst worden. Mindestens zweimal wöchentlich traf sich SKK-Chef Tschuikow mit Pieck, Ulbricht und Grotewohl. Tschuikow unterrichtete seine deutschen Genossen über neueste Entwicklungen und Beobachtungen der sowjetischen Kontrollgruppen, liess sich über die Lage informieren, erteilte Instruktionen und diskutierte mit ihnen zu fassende Beschlüsse. Diese Kontaktpolitik setzte sich auf allen Ebenen fort. Offiziell gab es zwar keine Befehle mehr, doch die in den SED-Akten zahlreich überlieferten «Merkblätter» trugen zweifellos Befehlscharakter.

Die leitenden sowjetischen Offiziere betrachteten jedes Detail des politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Lebens in der SBZ und in der frühen DDR als Angelegenheit der Besatzungsmacht. Sie waren ebenso aufdringlich wie rechthaberisch, mürrisch wie genervt. Für alles, bis ins Detail, glaubten sie die richtige Lösung zu haben. «In Beziehung auf Osteuropa und die sowjetische Besatzungszone in Deutschland gründete der Stalinismus mehr auf dem Schicksal und der Autorität dieser Priester des rechten Glaubens, den sowjetischen Vertretern in Uniform, als auf den Inquisitoren der Geheimpolizei. Diese Priester waren die Mittler der obersten Wahrheiten und sie fühlten sich berechtigt (und natürlich berufen), diese Wahrheit überall umzusetzen – in den Wohnungen, den Läden, den Schulen und Fabriken. (...) Natürlich gab es Angst und Bedrohung im stalinistischen System. Was man jedoch, blickt man auf die Offiziere und politischen Führer der SMAD, feststellt, ist eine tiefe Überzeugung von der Überlegen-



Armeegeneral Wassili Tschuikow übergibt in seiner Funktion als Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland am 10. Oktober 1949 in Berlin-Karlshorst die weitgehende Verwaltungshoheit an die Regierung der DDR, vertreten durch Otto Grotewohl (r.).

heit des bolschewistischen Wegs – eine Überzeugung, die so fest war, dass nur wenige sowjetische Offiziere bemerkten, wie unpopulär sie in der eigenen Besatzungszone waren und wie nachteilig sich das sowjetische System für die Deutschen auswirkte. Sie waren der Annahme, dass zumindest die Deutschen in der sowjetischen Zone diese Überlegenheit des sowjetischen Weges verstehen würden.»⁴⁵ In nur vier Jahren hatte es die Besatzungsmacht gemeinsam mit ihren deutschen Helfern geschafft, das sowjetische System mit nur wenigen Modifikationen auf die neugegründete DDR zu übertragen.

«Waffenbrüder – Klassenbrüder»

Die sowjetische Armee in der DDR

Die Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen (GSBT)

Am 29. Mai 1945 verfügte das Oberkommando der Sowjetischen Streitkräfte die Umbenennung der 1. Belorussischen Front in «Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland» (GSBT). Zur GSBT wurden folgende Verbände vereinigt: als Oberkommando das der 1. Belorussischen Front mit Sitz in Potsdam-Babelsberg, ab 1946 in Wünsdorf; die 2. Stossarmee (Stab in Schwerin), die 8. Gardarmee (Weimar), die 5. Stossarmee (Olympisches Dorf bei Nauen), die 3. Stossarmee (Stendal), die 47. Armee (Halle), die 1. Gardepanzerarmee (Radebeul bei Dresden), die 2. Gardepanzerarmee (Fürstenberg/Havel), die 16. Luftarmee (Woltersdorf bei Berlin) sowie das 1. Gardepanzerkorps, das 11. Panzerkorps, das 2. Gardekavalleriekorps und die Dneprflottille. Noch 1945 wurden die 47. Armee, die 5. Stossarmee und die Dneprflottille in die UdSSR zurückverlegt.

Die Besatzungstruppen hatten in den ersten Jahren Aufgaben zu erfüllen, die über rein militärische Aufgaben weit hinausgingen. So sicherten sie die Demontagen und waren zum Teil am Abbau der Industrieanlagen direkt beteiligt. Sie nahmen auch Polizeiaufgaben wahr, so beispielsweise während der Blockade der westlichen Sektoren Berlins 1948/49 und am 17. Juni 1953. Bis 1957 waren die Besatzungstruppen hauptverantwortlich für die Sicherung der Westgrenze. Dafür wurden zehn Schützenregimenter eingesetzt. Bereits ab 1948 wurde die Grenzsicherung jedoch schrittweise auf die neu gebildeten Einheiten der Grenzpolizei übertragen.

Die Ausbildung der Besatzungstruppen erfolgte seit 1945 unter Gefechtsbedingungen. Die Einheiten verfügten über ihre vollständige Mannschaftsstärke, um jederzeit voll einsatzbereit zu sein. Die Stärke der Truppen und die Verteilung auf die Standorte in der DDR unterlag seit den fünfziger Jahren kaum einschneidenden Veränderungen. Über das gesamte Land waren Einheiten sämtlicher Truppenteile verteilt. Territorialer Schwerpunkt war der Raum Berlin-Brandenburg. In einigen Gebieten ergab sich eine solche Konzentration von sowjetischen Truppenteilen, dass die deutsche Bevölkerung beinahe in die Minderheit geriet (etwa um Jüterbog, Dallgow-Döberitz und Fürstenberg).

Die Truppen bezogen zumeist moderne Kasernenanlagen der deutschen Wehrmacht. Sie besetzten aber auch grossflächig zivile Objekte und vertrieben die ansässige Bevölkerung. Dadurch entstanden vielerorts die für Deutsche nicht zugänglichen kleinen Städtchen («gorodok»), im Volksmund meist «Russenviertel» genannt. Im Laufe der Jahrzehnte wurden die Absperrmassnahmen nach und nach weniger streng gehandhabt. Zugleich gaben die Russen seit den sechziger Jahren einzelne Objekte und Liegenschaften an die Verwaltung der DDR zurück, beanspruchten aber auch neue, modernere Gebäude und Militäreinrichtungen. Einzelne grosse Wehrmachtsstandorte und einige ältere Kasernenanlagen, zum Beispiel den Standort Hillersleben in der Nähe von Magdeburg, baute die Sowjetarmee aus. Andere gab sie aus unterschiedlichen Gründen auf.

Die Besatzungstruppen verfügten bei Kriegsende im Frühjahr 1945 über 1,5 Millionen Soldaten und Offiziere. Bis Ende 1947 war die Armee auf 350'000 Mann reduziert und in die Sowjetunion zurückverlegt worden. Ab 1948 erfolgte eine Aufstockung des Personals auf etwa 500'000-600'000 Mann. Ende der fünfziger Jahre soll die durchschnittliche Stärke bei 400'000 – 500'000 Mann und seit den späten siebziger Jahren bei etwa 3 80'000-450'000 Soldaten gelegen haben. Hinzu kamen jeweils noch 150'000-300'000 Zivilangestellte und Familienangehörige. Bis 1953 waren die Besatzungstruppen und die sowjetischen Verwaltungen (SMAD, SKK) eng miteinander verzahnt. Die Vorsitzenden der Verwaltungen fungierten auch als Oberkommandierende der Besatzungstruppen:

Marschall Georgi Shukow	(9. Juni 1945-21. März 1946)
Marschall Wassili Sokolowski	(21. März 1946-31. März 1949)
Armeegeneral Wassili Tschuikow	(31. März 1949-26. Mai 1953)

Mit der Auflösung der SKK im Jahre 1953 erfolgte zugleich eine Trennung zwischen den Besatzungstruppen und der Verwaltung. Das Amt des Hohen Kommissars blieb bis 1955 als Nachfolgeeinrichtung der SKK aktiv, ehe dann offizielle sowjetische Verwaltungen – mit Ausnahme der Wismut – nur noch beratend tätig waren. Die Oberkommandierenden blieben neben den sowjetischen Botschaftern, die in Ost-Berlin Unter den Linden in einem Prunkbau unweit des Brandenburger Tores residierten, die höchsten sowjetischen Repräsentanten in der DDR:

Marschall Andrej Gretscko	(26. Mai 1953-16. November 1957)
Marschall Matwej Sacharow	(16. November 1957-14. April 1960)
Marschall Iwan Jakubowski	(14. April 1960-9. August 1961)
Marschall Iwan Konew	(9. August 1961-18. April 1962)
Marschall Iwan Jakubowski	(18. April 1962-26. Januar 1965)
Marschall Pjotr Koschewoi	(26. Januar 1965-31. Oktober 1969)

Armeegeneral Viktor Kulikow (31. Oktober 1969-13. September 1971) Generaloberst Semen Kurkotkin (13. September 1971-19. Juli 1972) Armeegeneral Ewgeni Iwanowski (19. Juli 1972-25. November 1980) Armeegeneral Michail Seizew (22. Oktober 1980-6. Juli 1985) Armeegeneral Pjotr Luschet (6. Juli 1985-11. Juli 1986) Armeegeneral Waleri Belikow (11. Juli 1986-12. November 1987) Armeegeneral Boris Snetkow (26. November 1987-12. Dezember 1990) Generaloberst Matwej Burakow (13. Dezember 1990-31. August 1994)

Die Berufung auf den Posten des sowjetischen Oberkommandierenden in Deutschland kam einem besonderen Vertrauensbeweis gleich. Nach der erfolgreichen Erprobung auf dem vordersten Gefechtsposten in Deutschland sind die Oberkommandierenden später entweder in höchste militärische Führungsgremien der UdSSR oder aber in Führungsgremien des Warschauer Paktes berufen worden.

Die Aufgaben der GSBT wandelten sich mit Beginn des Kalten Krieges. Ursprünglich dienten sie der Aufrechterhaltung der Besatzungsherrschaft in der sowjetischen Zone. Durch die globale Konfrontation mit den USA und den NATO-Staaten wurde die Besatzungsarmee zur strategischen Vorhut der sowjetischen Militärmacht. So wurde ein neuer kampfstarker Verband, die 4. Mechanisierte Gardarmee, anstelle der 2. Stossarmee in die Besatzungstruppen eingefügt. Zugleich wurden sie militärtechnisch modernisiert, um sie auf ihre offensiven Aufgaben vorzubereiten. Schützendivisionen wurden in Verbände mit selbständigen Panzereinheiten umfunktioniert, Heeresverbände erhielten Schützenpanzerwagen und Fliegergeschwader moderne Strahlflugzeuge. Ausserdem sind Reserveverbände, die sich in Polen aufhielten, weiter nach Westen auf das Territorium der DDR verlegt worden. Die sowjetische Besatzungsarmee erhielt den Charakter einer Angriffsarmee, wozu nicht zuletzt starke Luftlandeeinheiten, Luftsturmeinheiten, Panzerverbände, Brückenbaueinheiten und andere offensive Kampfverbände beitrugen. Im Westen musste die sowjetische Besatzungsarmee als eine potentielle Invasionsarmee wahrgenommen werden.

Stationierungsabkommen und Stationierungskosten

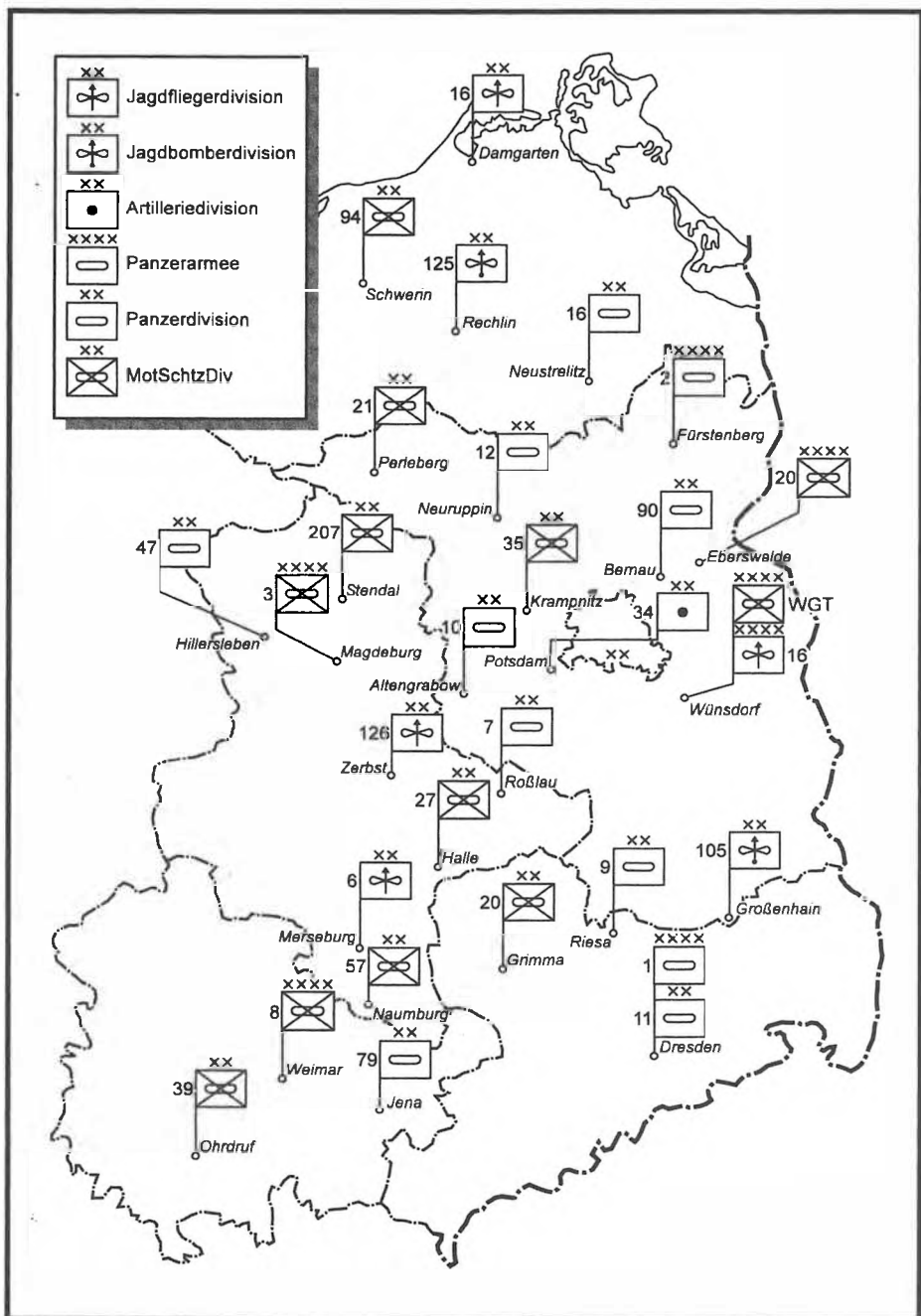
Nachdem die sowjetische Armee die SED-Herrschaft am 17. Juni 1953 mit einem massiven Einsatz von Armeeverbänden gesichert hatte, versuchte die sowjetische Regierung, die Autorität der SED zu stärken, indem sie der DDR offiziell grössere Handlungsfreiheiten einräumte. Am 25. März 1954 erklärte sie, dass die DDR die vollständige Souveränität erhalte. Auch wenn diese Erklärung mit den politischen Realitäten nicht übereinstimmte, so weist doch die einen Tag später vollzogene, aber der Öffentlichkeit

zunächst vorenthaltene Umbenennung der Besatzungstruppen in «Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland» (GSSD) auf das offizielle Ende der Besatzungszeit hin. Während die Streitkräfte innerhalb der Sowjetunion ebenfalls geographischen Regionen zugeordnet waren (z.B. Karpaten, Baltikum, Moskau oder Sibirien), erhielten die im Ausland stationierten Truppen im Regelfall Namen, die nicht ohne Weiteres auf deren Standort verwiesen. Die «Nordgruppe» war in Polen stationiert, die «Zentralgruppe» befand sich seit 1968 in der ČSSR, die «Südgruppe» in Ungarn. Erst im Juni 1989 fügten sich die in der DDR stationierten Truppen in dieses geographische Grundschema ein und wurden in «Westgruppe» umbenannt. Dies erfolgte zweifellos im Hinblick auf die neue Deutschland- und Europapolitik des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow.

Die Erklärung über die Souveränität der DDR vom März 1954 war nicht nur die Voraussetzung für die Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Pakt, sondern auch für den ersten Staatsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR vom 20. September 1955. In diesem Vertrag wurde festgelegt, dass die auf dem Gebiet der DDR «zeitweilig ... stationierten sowjetischen Truppen ... sich nicht in die inneren Angelegenheiten ... und in das gesellschaftspolitische Leben des Landes einmischen»¹ werden. Genauere Bedingungen sind im Stationierungsabkommen vom 12. März 1957 vertraglich geregelt worden.

Ähnliche Verträge schloss die UdSSR am 17. Dezember 1956 mit Polen, am 15. April 1957 mit Rumänien und am 27. Mai 1957 mit Ungarn.² Mit der ČSSR wurde ein solches Abkommen erst am 16. Oktober 1968 nach der Niederschlagung des «Prager Frühlings» unterzeichnet. Aus Rumänien zogen sich die sowjetischen Streitkräfte 1958 zurück, so wie sie bereits 1945/46 aus Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Norwegen, 1946 von der dänischen Insel Bornholm, 1947 aus Bulgarien, 1955 aus Österreich und 1956 aus Finnland abgezogen war.

Die Abkommen ähnelten sich in vielen Punkten. Doch während Polen eine relativ grosse Selbständigkeit eingeräumt wurde, beinhaltete der Vertrag mit der DDR eine weit grössere Abhängigkeit. So ist die Bewegung der Sowjettruppen ausserhalb ihrer Standorte in der DDR überhaupt nicht geregelt worden. In allen anderen Ländern bedurften Truppenbewegungen der Zustimmung des «Gastlandes». Ebenso verhielt es sich mit Manövern. Die Verkehrssicherheit der Kraftfahrzeuge unterlag in der DDR allein sowjetischen Behörden – ebenfalls ein folgenschwerer Unterschied zu den anderen Ländern. Hier unterlagen Straftaten den örtlichen zivilen und militärischen Gerichten des Gastlandes, im deutschen Satellitenstaat traf dies von Vornherein offiziell nur für zivile Vergehen zu. Nur in der DDR verpflichtete sich die UdSSR nicht dazu, den Schaden, der durch sowjetische Einheiten oder Soldaten entstehen würde, zu ersetzen. Über eventuelle Streitigkeiten zwischen der DDR und den sowjetischen Truppen findet sich im Abkommen kein Wort, in allen anderen Verträgen ist dies ausdrücklich erwähnt. Für ge-



Schema der Stationierung der sowjetischen Truppen in Deutschland. Die Karte zeigt die Standorte der wichtigsten Einheiten (3.10.1990).

räumte militärische Anlagen, die an die DDR zurückgegeben wurden, konnte diese keinerlei Entschädigungen verlangen. Ein weiterer Unterschied bestand darin, dass in der DDR kein deutscher Beauftragter für die sowjetischen Truppen eingesetzt wurde. Nur im Abkommen mit der DDR vereinbarte man, dass das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte Massnahmen zur Beseitigung sicherheitsbedrohender Umstände ergreifen durfte. Dies war die wichtigste Vereinbarung, die auf eine weitgehende Einschränkung der Souveränitätsrechte der DDR hinweist.

Das Stationierungsabkommen vom 12. März 1957 ist durch eine Reihe weiterer Verträge und Vereinbarungen präzisiert worden. Dazu zählte zum Beispiel ein sogenanntes Rechtshilfeabkommen vom 26. September 1957, das wie die meisten anderen Abkommen jedoch in der Praxis Makulatur blieb, weil auf der einen Seite die sowjetischen Behörden gar nicht daran dachten, beispielsweise straffällig gewordene Soldaten an die DDR-Behörden zu übergeben, und weil auf der anderen Seite wiederum die DDR-Behörden über 20 Jahre lang gar nicht auf die Idee kamen, auf einer Überstellung zu bestehen, ja, diese überhaupt nur zu fordern. Die Abkommen zwischen der UdSSR und der DDR waren prinzipiell von Unterwürfigkeit gegenüber der Führungsmacht geprägt. Dass es überhaupt zu einer vertraglichen Regelung kam, war aus Sicht Moskaus ausreichend, um nach aussen den Willen zu einer kooperativen Zusammenarbeit zu demonstrieren. Intern jedoch war die Unterordnung so unbestritten, dass allein die Berufung der DDR auf einen Vertrag einem Sakrileg gleichgekommen wäre. Einschneidend änderte sich dies erst mit dem Machtantritt Gorbatschows. Auch vorher hatte die DDR-Regierung zuweilen Verträge mit der Sowjetunion zum eigenen Vorteil ausgelegt oder gar sehr unbrüderlich ausgenutzt.

Als etwa die erste grosse Erdölkrise die Welt 1973/74 schockte, war die DDR weniger betroffen, weil innerhalb des RGW, der Wirtschaftsorganisation der sozialistischen Staaten, die Regel galt, dass die Weltmarktpreise erst fünf Jahre später zur Rechnungsgrundlage erhoben werden. Die DDR-Führung tat, was man von einem Freund am allerwenigsten erwarten würde: Sie kaufte das Rohöl von der Sowjetunion, veredelte es in ihren Raffinerien und verkaufte es auf dem Weltmarkt zum Ärger und Verdruss der Russen und zur Freude der Käufer zu Dumpingpreisen. Die lukrativen Gewinne steckte sie in ihre Tasche. Noch zwei bis drei Jahre durfte in der DDR mit Benzin grosszügig umgegangen werden, ehe auch damit Schluss war. Später haben einzelne ostdeutsche Baufirmen, so etwa in Hillersleben und Wolmirstedt bei Magdeburg, für die Russen «illegal» gearbeitet und dafür von diesen Kraftstoffe bezogen. In der Planwirtschaft existierten neben den regulären Ware-Geld-Beziehungen vielfältige Tauschgeschäfte. Dabei haben sich offenbar auch engere persönliche Kontakte entwickelt, wie aus einigen Berichten von DDR-Organen hervorgeht. In einer Information heisst es, dass GSSD-Angehörige nicht nur Benzin oder Diesel, sondern auch Bauholz und anderes Material «lieferten».

Aus dem Abkommen der Regierung der DDR und der UdSSR über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen (12. März 1957)

Artikel 1

Die Souveränität der DDR wird durch die zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf ihrem Territorium nicht beeinträchtigt; die sowjetischen Streitkräfte werden sich nicht in die inneren Angelegenheiten der DDR und in das gesellschaftliche Leben einmischen.

Artikel 2

Die Fragen der Veränderung der Stärke und der Standortverteilung der sowjetischen Streitkräfte ... werden Gegenstand von Konsultationen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR sein.

Manövergebiete, die die sowjetischen Streitkräfte ausserhalb ihrer Standorte benutzen, sind mit den zuständigen staatlichen Organen der DDR zu vereinbaren.

Artikel 3

Die auf dem Territorium der DDR stationierten Streitkräfte, die ihnen angehörenden Personen und deren Familienangehörige sind verpflichtet, das in der DDR geltende Recht zu achten und einzuhalten. (...)

Artikel 10

Auf Ersuchen der zuständigen staatlichen Organe der DDR wird eine den sowjetischen Streitkräften angehörende Person, die sich einer Verletzung deutschen Rechts schuldig gemacht hat, vom Gebiet der DDR abberufen.

Artikel 11

Die Regierung der UdSSR erklärt sich bereit, der Regierung der DDR den materiellen Schaden, der Institutionen und Bürgern der DDR oder auf dem Territorium der DDR befindlichen Bürgern

Über die Gegenlieferungen wird nichts bekannt, sehr wohl aber, dass Deutsche und Russen «gemeinsame Grillabende» veranstalteten.³

Von besonderer Bedeutung war die Nutzung weiter Teile der DDR durch die sowjetischen Streitkräfte. Zunächst war auch das bis in die Einzelheiten vertraglich geregelt. Diese «Vereinbarung» und ihre konkrete Umwandlung stehen in einer alten Tradition, nach der die kolonisierten Völkerschaften die Folgen ihrer Ausplünderung selbst zu bezahlen hatten. In diese Verträge wurde nur aufgenommen, was den Interessen der sowjetischen Führungsmacht entsprach. So wurde, um nur ein Beispiel herauszugreifen, nirgendwo die für die Russen wichtige Hochfrequenzleitung «WTsche» (B4) erwähnt. Diese Leitung verband bereits die ersten Truppenteile, die 1945 in Berlin einmarschierten, mit ihrem Oberkommando in Moskau. Binnen weniger Tage wurde das gesamte Operationsgebiet der Sowjetarmee verkabelt. Es handelt sich bei der WTsche um eine extrem abhörsichere, bleiummantelte und unter Druckluft gesetzte Telefonleitung, die offenbar niemals von westlichen Geheimdiensten «geknackt» werden konnte. Diese Leitung verband nicht nur den gesamten sowjetischen Herrschaftsbereich in Europa,

dritter Staaten durch Handlungen oder Unterlassungen sowjetischer Truppeneinheiten oder ihnen angehörenden Personen sowie deren Familienangehörigen zugefügt werden sollte, zu ersetzen (...)

Artikel 15

Die Regierung der DDR gewährt den sowjetischen Streitkräften weiterhin das Recht der Benutzung für Kasernenkomplexe, Flugplätze, Übungsgelände, Truppenübungsplätze mit Ausstattung und Anlagen, Wohn- und andere Bauten und Einrichtungen, Geländeabschnitte, Eisenbahn-Zufahrtsstrecken, Verkehrsmittel, Post-, Fernmelde- und Funkanlagen sowie die Inanspruchnahme von elektrischem Strom, kommunalen Dienstleistungen, Handelsleistungen, Bauleistungen und sonstigen Sach- und Werkleistungen, die die sowjetischen Streitkräfte zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens in Anspruch nehmen. (...)

Artikel 16

Für den Bau von Gebäuden, Flugplätzen, Strassen, Brücken und ständigen Fernmelde- und Funkanlagen für die Bedürfnisse der sowjetischen Streitkräfte ist die Zustimmung der zuständigen staatlichen Organe der DDR erforderlich. (...)

Artikel 18

Im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der DDR stationiert sind, kann das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in der DDR bei entsprechender Konsultation der Regierung der DDR und unter Berücksichtigung der entstandenen Lage und der Massnahmen, die durch die staatlichen Organe der DDR eingeleitet werden, Massnahmen zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung treffen.

Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 28 vom 20. April 195 7, S. 237-244

sondern wurde auch von den wichtigsten Partei-, Sicherheits- und Militärorganen in den «Bruderländern» genutzt. Auf den Schreibtischen des Ministers für Staatssicherheit, des Innenministers, des Verteidigungsministers und des Generalsekretärs der SED standen WTsche-Apparate, die eine direkte und abhörsichere Verbindung untereinander, nach Karlshorst, zu den sowjetischen Beratern oder auch nach Moskau garantierten.

Auch die Besatzungs- und Stationierungskosten sind nie vertraglich vereinbart worden. Bis 1953 betragen sie jährlich offiziell etwa 2 Milliarden Mark. Insgesamt sind bis Ende 1953 rund 17 Milliarden Mark Besatzungskosten aufgewendet worden, was im Pro-Kopf-Vergleich mit den Westzonen auf etwa die gleiche Höhe hinauslief. Ab 1954 senkten die Russen die Besatzungskosten auf etwa 1,6 Milliarden Mark. Dies wurde u.a. erreicht, indem stärker als bislang Lebensmittel und Kleidung zur Versorgung der sowjetischen Truppen direkt aus der Sowjetunion geliefert wurden. Im Juli 1956 ist sogar vereinbart worden, die Besatzungskosten ab 1957 auf 0,8 Milliarden Mark zu senken. Allerdings ist diese Vereinbarung nicht umgesetzt worden. Stattdessen musste die



Die Nationale Volksarmee war trotz des offiziell zur Schau getragenen Selbstbewusstseins der Befehlshoheit des sowjetischen Oberkommandos untergeordnet.

DDR zusätzliche Stationierungskosten übernehmen und hat so 1957 real fast 3 Milliarden Mark statt der vereinbarten 0,8 Mrd. Mark aufgewendet.⁴ Ungeachtet dieser Tatsache reduzierte die Sowjetunion die Stationierungskosten 1958 vertraglich auf 650 Millionen Mark und zunächst 1959 auf 600 Millionen Mark. Am 30. November 1958 verzichtete die UdSSR schliesslich gänzlich auf Stationierungskosten. Insgesamt hatte die DDR zwischen 1954 und 1958 6,25 Milliarden Mark offiziell sowie mehrere Milliarden Mark inoffiziell für Stationierungskosten aufbringen müssen, auch noch nach 1959. Nach einer internen Schätzung betrug dieser Aufwand 1978 etwa 1,15 Milliarden Mark.⁵ Ähnliche Zahlen gibt der Wirtschaftshistoriker Rainer Karisch für die achtziger Jahre an. Für den Zeitraum 1980-1989 errechnete er 12,663 Milliarden Mark Besatzungskosten.⁶ Und es deutet einiges darauf hin, dass diese durchschnittlichen Stationierungskosten von 1,1-1,8 Milliarden Mark pro Jahr auch für die Jahre vor 1978 veranschlagt werden können. Die Belastungen im Bundeshaushalt waren von den absoluten Zahlen her ähnlich hoch. Demnach war aber die Pro-Kopf-Belastung in der DDR etwa um vier Mal höher als in der Bundesrepublik. Die gesamten militärischen Ausgaben in der DDR – sowohl für die Stationierung der sowjetischen Truppen als auch für die «eigenen» militärischen, geheimdienstlichen und paramilitärischen Verbände – überstie-

Abkommen der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR über die Ordnung und die Bedingungen der Inanspruchnahme von Objekten und Leistungen durch die zeitweilig auf dem Territorium der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte, 25. Juli 1957

Artikel 1

1. Die sowjetischen Streitkräfte ... benutzen die ihnen zur Verfügung gestellten Liegenschaften in der DDR (Kasernenkomplexe, Flugplätze, Übungsgelände, Liegeplätze und Häfen, Truppenübungsplätze mit Ausstattung und Anlagen, Wohn- und andere Bauten und Einrichtungen sowie Geländeabschnitte) unentgeltlich. Die Kosten für die Generalreparaturen und laufende Instandhaltung der erwähnten Liegenschaften tragen die sowjetischen Streitkräfte. Die Forstflächen ... werden durch die deutschen Forstorgane bewirtschaftet. Der Holzeinschlag und andere Arten der Forstnutzung... erfolgen im Einvernehmen ...
2. Für die Benutzung der Liegenschaften, die Privat- oder genossenschaftliches Eigentum sind,... werden von dem Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte ... die örtlich festgelegten Mieten oder Pachten bezahlt. Die Kosten für die Generalreparaturen und laufende Instandhaltung tragen die sowjetischen Streitkräfte. Deswegen wird der von den sowjetischen Streitkräften zu zahlende Gesamtbetrag der Miete um 30 Prozent gekürzt. (...)
3. Die Übergabe der... aufgeführten Liegenschaften an die deutsche Seite erfolgt in deren technischen Zustand am Tage der Übergabe.

Artikel 2

1. Das Ministerium für Verkehrswesen der DDR gewährleistet die Durchführung aller Militärtransporte ... auf den Eisenbahnen, den Wasserstrassen und den Landstrassen auf Grund der Anmeldungen der Transportorgane der sowjetischen Streitkräfte. (...)

Artikel 3

2. Die ... sowjetischen Streitkräfte ... nehmen die Dienste des öffentlichen Post-, Fernmelde- und Funkwesens zu den in der DDR gültigen Bestimmungen in Anspruch.
3. Den sowjetischen Streitkräften wird das Recht eingeräumt, in ihren Stationierungsgebieten eigene Postanstalten einzurichten ...
4. Die sowjetischen Streitkräfte benutzen die von ihnen gebauten oder wiederhergestellten Freileitungs- und Kabellinien und Amtseinrichtungen des Nachrichtenwesens unentgeltlich. (...)
6. Alle Funk- und sonstige Hochfrequenzen sowie Rundfunk und Fernsehempfangsanlagen der sowjetischen Streitkräfte, die von ihnen für dienstliche und kulturelle Zwecke benutzt werden, unterliegen nicht der Registrierung, erfordern keine Genehmigung und sind von der Zahlung von Gebühren befreit. (...)

Artikel 5

1. Die deutschen Organe versorgen die sowjetischen Streitkräfte gegen Bezahlung mit kommunalen Leistungen (Gas, Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr, Heizung, Schornsteinfegen u. dgl.). (...)

Artikel 7

2. Neubauvorhaben ... erfolgen in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen der DDR und mit Zustimmung der zuständigen Organe der DDR.
3. Für Neubauvorhaben sowie Generalreparaturen und laufende Instandhaltung ... stellen die zuständigen Organe der DDR die erforderlichen Baumaterialien, Rohstoffe und Ausrüstungen ... zur Verfügung. (...)

Artikel 8

- Die zuständigen Organe der DDR werden für die Versorgung der sowjetischen Streitkräfte ... entsprechend den Bedarfsanmeldungen ... liefern. Militärausrüstung wird den sowjetischen Streitkräften entsprechend den technischen Bedingungen, Mustern und Zeichnungen ... geliefert. (...)

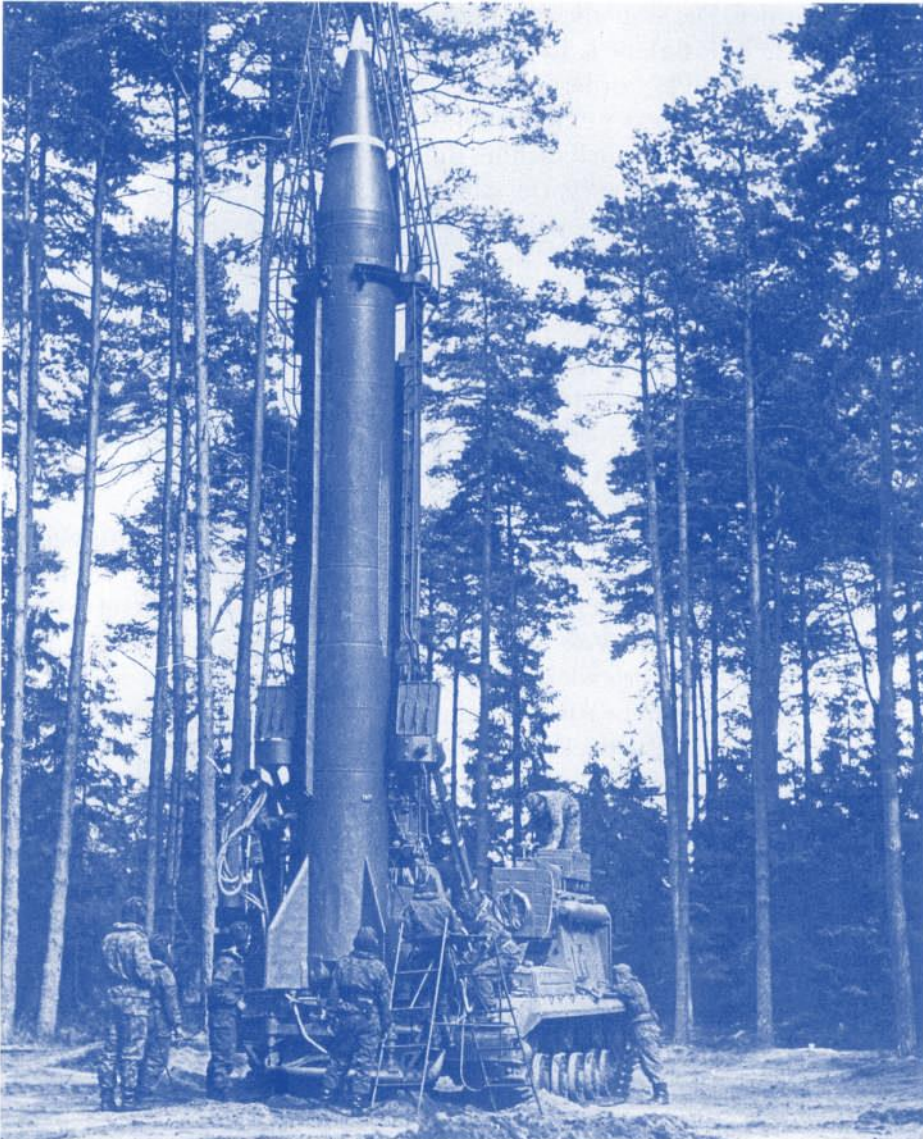
gen nicht nur die westlichen Verteidigungsausgaben, sondern blieben auch innerhalb des Warschauer Paktes unerreicht.⁷ Mindestens elf Prozent des DDR-Nationaleinkommens wurden darauf verwendet.⁸ Staat und Gesellschaft der DDR waren in einem Grade militarisiert, der in Friedenszeiten in Europa kein ähnliches Beispiel kennt.

Die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD)

Die sowjetische Armee in der DDR war ein offensiv ausgerichteter Truppenverband, der nicht nur mit den jeweils modernsten Waffen ausgerüstet wurde, sondern zugleich vom Ausbildungsniveau her als eine Elitetruppe innerhalb der gesamten sowjetischen Streitkräfte galt. Seit Mitte der fünfziger Jahre ist die GSSD im Zuge der neuen Bedingungen – der nächste Krieg zwischen Grossmächten würde zwangsläufig mit Kernwaffen ausgetragen – stetig umgerüstet und verändert worden. Einzelne Truppen Verlegungen wie etwa 1956/57 (Abzug eines Armeestabes, der 18. Armee und zweier Divisionen = 33'000 Mann) oder im Oktober 1979 (1'000 Panzer, 20'000 Soldaten) folgten nicht Abrüstungsbestrebungen, sondern strategisch-militärischen Erfordernissen. Erst als Gorbatschow im Dezember 1988 ankündigte, atomare Mittelstreckenraketen, vier Panzerdivisionen sowie Luftsturm-, Landeübersetz- und Pioniersturmkräfte aus der DDR bis 1991 abziehen zu wollen, wurde glaubhaft, dass die GSSD von Offensiv- zu Defensivstrukturen übergang. Die Ausrichtung der GSSD auf militärische Angriffshandlungen zeigte sich u.a. darin, dass

- motorisierte Schützendivisionen gebildet wurden, die Kampfhandlungen selbständig und weiträumig führen konnten;
- gepanzerte Verbände verstärkt und jeweils mit den modernsten Fahrzeugen ausgestattet wurden;
- Waffensysteme mit atomarer Munition eingeführt wurden;
- die Raketentechnik zur zentralen Basis in allen Kampfseinheiten wurde;
- die Lufteinheiten mit modernsten Flugzeugen und Hubschraubern ausgestattet und die Pioniereinheiten verstärkt wurden, um Gewässer und Sperren überwinden zu können;
- Einheiten für den Einsatz im feindlichen Hinterland massiv ausgebildet wurden.⁹

Die GSSD erhielt die modernste Waffentechnik stets früher als alle anderen Armeen der Sowjetunion. Hier wurden zudem bestimmte Ausbildungsmethoden und Führungssysteme erprobt. Diese Massnahmen unterstrichen nicht nur den elitären Charakter dieser Truppen, sondern machten deutlich, dass es sich bei der GSSD um eine voll angriffsfähige



Die sowjetischen Truppen in Deutschland waren stets mit modernster Waffentechnik ausgerüstet, u.a. mit mobilen Raketenabschussbasen.

hige Gruppierung handelte. Alle ihre Einheiten und Verbände waren komplett mit Personal, Gerät, Munition und Versorgungsgütern ausgestattet und standen zur unverzüglichen Aufnahme von Kampfhandlungen bereit.¹⁰

Eine wichtige Rolle in der strategischen Konzeption der UdSSR spielten die Mittelstreckenraketen, die unter der amerikanischen Tarnbezeichnung SS-20 gekannt wurden.

Die Stationierung solcher Raketensysteme in Reichweite der NATO seit 1977 löste eine Krise im Ost-West-Verhältnis aus. Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) forderte von seinen Verbündeten eine Reaktion auf diese Stationierung, die den Westen politisch erpressbar machte. Er setzte den sogenannten NATO-Doppelbeschluss durch, der trotz heftigen Widerstands auch weiter Teile der eigenen Partei schliesslich dazu führte, dass in der Bundesrepublik amerikanische Mittelstreckenraketen stationiert wurden.

Wo die SS-20 in der DDR genau stationiert waren, blieb der Öffentlichkeit weithin unbekannt. Die DDR-Führung mag zwar gewusst haben, dass diese aufgestellt worden waren, aber wo genau, hatte die Sowjetunion auch ihr nicht mitgeteilt. Hinzu kam, dass die UdSSR und die DDR stets leugneten, dass in der DDR überhaupt atomare Mittelstreckenraketen lagerten.¹¹ Dabei sind die ersten Atomwaffen (R-5M oder SS-3) bereits im April 1959 in der DDR stationiert worden, also drei Jahre bevor die Russen dies in Kuba versuchten und damit die Welt an den Rand einer atomaren Katastrophe trieben.¹²

Schon im März 1955 hatte Chruschtschow angeordnet, Mittelstreckenraketen in der DDR, in Bulgarien, im Kaukasus und im Fernen Osten zu stationieren. Erst Anfang 1959 kam es dazu in Fürstenberg an der Havel (80 km nördlich von Berlin) und in Vogelsang (südöstlich von Fürstenberg), wo ein Eliteverband (72. Ingenieurbrigade), der seine Befehle direkt vom ZK der KPdSU erhielt, jeweils zwei mobile Abschussrampen für sechs Raketen aufstellte. Zugleich errichteten die Russen eine solche Abschussrampe in Albanien, so dass sowohl westeuropäische Ziele als auch südeuropäische Ziele (insbesondere das NATO-Hauptquartier in Italien) im Visier lagen. Die Trägerraketen konnten 1'200 km fliegen. Die Sprengkraft der Atomsprengköpfe entsprach 300 Kilotonnen TNT, das bedeutete das 20fache der Hiroshima-Bombe. Im Mai 1959 meldete GSSD-Oberbefehlshaber Sacharow Chruschtschow die volle Einsatzbereitschaft. Die DDR-Führung ahnte offenbar nichts. Westliche Geheimdienste waren dagegen im Bilde, weil offenbar nicht nur Agenten berichtet, sondern zugleich amerikanische Aufklärungsflugzeuge die Abschussrampen ausgespäht hatten. Im August/September 1959 wurden die Raketen wieder abgezogen und im Raum Kaliningrad (Königsberg) aufgestellt. Strategisch hatten sie an Bedeutung und Bedrohungspotential verloren, da die Russen mittlerweile über Raketen mit einer Reichweite von 2'000 km verfügten.

Die Stationierung war militärisch hinfällig geworden.¹³ So wie die DDR-Führung nur in Umrissen über die Stationierung informiert wurde, so scheint sie auch über die eventuelle Lagerung biologischer und chemischer Waffen – von deren Existenz auf DDR-Gebiet ausgegangen werden kann¹⁴, über die aber bislang keine gesicherten Kenntnisse vorliegen – im Unklaren geblieben zu sein.

Innerhalb der GSSD verfügte jede Division über taktische Kernwaffen, ebenso die NVA-Divisionen, die im Kriegsfall befehlsmässig Teil der GSSD geworden wären. Dem Befehlshaber einer sowjetischen Armee standen atomare Lenkflugkörper mit einer



Ein Sowjetsoldat übt den Einsatz von Panzerabwehrraketen.

Reichweite von 300 km zur Verfügung. Dem Oberkommandierenden der GSSD unterstanden weitere Einheiten mit Kernwaffen. Wäre es zu einer Auseinandersetzung mit der NATO gekommen, so hätte die GSSD gemeinsam mit der NVA die erste strategische Staffel gebildet. Abwehr schloss die Vernichtung des Gegners auf dessen Territorium ein. Ein tiefgestaffetes Verteidigungssystem auf dem Gebiet der DDR existierte in den Planungen nicht. Der Oberkommandierende Belikow erklärte am 23. September 1987 gegenüber Armeegeneral Heinz Kessler, «dass die DDR an der Staatsgrenze und nicht in der Tiefe verteidigt wird»¹⁵. In einer Verteidigungssituation hätte die politische und militärische Führung in Kauf genommen, dass die DDR zunächst überrollt – und damit dem Erdboden gleichgemacht – worden wäre, um dann aus den Tiefen Polens, des Baltikums, Weissrusslands und der Ukraine den Gegenschlag zu führen. Aber eine Verteidigungsstrategie benötigte der Warschauer Pakt nicht, weil auch seinen Mitgliedsstaaten bewusst war, wie aus vielen Dokumenten deutlich wird, dass die NATO-Strategie Defensivcharakter trug und allein der Warschauer Pakt Angriffsplanungen «durchspielte».

Die Strategieplanungen legten der DDR beträchtliche Lasten auf. Die neuen Waffensysteme erforderten grössere Übungsplätze, Flugplätze, Fahrzeughallen und zusätzliche Anlagen. Die DDR musste für die GSSD Vorräte an Betriebsstoffen, Lebensmitteln u.a. lagern und im Kriegsfall Einrichtungen wie Krankenhäuser, Reparaturwerke und Transportunternehmen zur Verfügung stellen. Obwohl Kettenmarschstrassen zwischen den einzelnen Übungsplätzen angelegt worden sind, führte die intensive Übungs-

tätigkeit der sowjetischen Truppen dazu, dass Militärtransporte ein ständiges Ärgernis im Verkehrsnetz der DDR bildeten.¹⁶

Die GSSD als strategischer Vorposten der Sowjetarmee

Zwischen den Truppen der Sowjetunion und der DDR bestand in den ersten Jahren eine klare Trennung. Zwar gab es in den deutschen Einheiten sowjetische Militärberater, aber diese kamen vom Moskauer Generalstab und gehörten nicht zur GSSD. Obwohl ab 1949/50 deutsche Offizierskandidaten in der UdSSR ihre Ausbildung absolvierten und 1955 erstmals DDR-Offiziere zur sowjetischen Generalstabsakademie delegiert wurden,¹⁷ änderte sich an dieser Trennlinie zunächst wenig. Auch die ersten gemeinsamen Truppenübungen von NVA und GSSD im August 1957¹⁸ oder die zweiseitigen Kommandostabsübungen, die im Juli 1958 unter der Leitung des Oberkommandierenden Sacharow stattfanden, hoben die klare Trennung zwischen den Einheiten nicht auf. Erst im Lauf der sechziger Jahre öffnete sich die GSSD, was mit einer Modernisierung und Vereinheitlichung der Streitkräfte im Warschauer Pakt zusammenhing. Dies beinhaltete, intensiviert durch den Oberkommandierenden Kulikow ab 1970, eine stärkere Zusammenarbeit von GSSD und NVA, was sich in gemeinsamen Übungen, Leistungsvergleichen, Informationsaustausch, aber auch «Freundschaftstreffen», Sportfesten und Exkursionen zeigte. Ausrüstung, Waffensysteme und Ausbildungsstand wurden immer stärker angeglichen. Einheiten der GSSD und der NVA wurden nun ins «Diensthabende System» des Warschauer Vertrags gemeinsam eingebunden. Die NVA erwies sich allerdings als eine reine «Koalitionsarmee», die zu eigenständigem Handeln nicht in der Lage und auf Unterstützung, etwa beim Nachschub, im Rahmen des Warschauer Paktes angewiesen war.¹⁹ Die GSSD hatte eine Alarmierungszeit von nur zwei Stunden. In vier bis zehn Stunden nach Alarmauslösung waren die gefechtsmäßig gegliederten und geführten operativen Verbände der ersten strategischen Staffel voll einsatzbereit.

Zur gemeinsamen Ausbildung gehörten auch Manöver und Stabsübungen, wie etwa «Quartett» (1963), «Oktobersturm» (1965), «Moldau» (1966), «Böhmerwald» (1968), «Herbststurm» (1971), «Turnier-73», «Waffenbrüderschaft» (1970 und 1980), «Sojus-81», «Schild-82», «Sojus-83», «Granit-86», «Drushba» (1986) oder «Bordkante» (1985-1988). Vom 17. bis 20. April 1989 fand die letzte Übung von GSSD-Truppen und NVA-Einheiten in der DDR statt, an der auch Journalisten aus der Bundesrepublik, den USA, Japan und anderen westlichen Staaten teilnahmen. Diese Übungen und Manöver veranschaulichten den Offensivcharakter des Warschauer Paktes, denn in allen genannten Übungen und Manövern ging es um die fiktive Einnahme westlicher Städte, Regio-



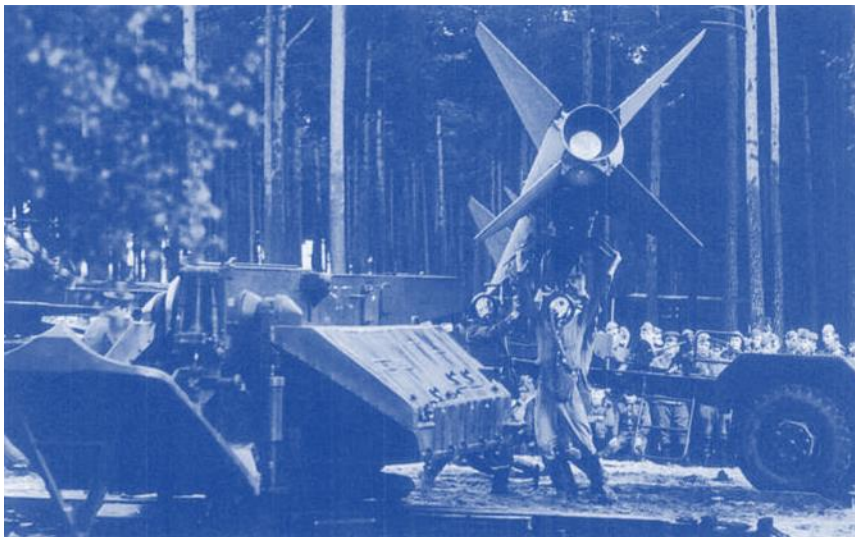
Die sowjetischen Streitkräfte in Deutschland waren in Bewaffnung und Ausbildung offensiv ausgerichtet. Sowjetische Panzer probten regelmässig die Überquerung von Wasserhindernissen, wie etwa der Elbe.

nen und Staaten. Die Truppen der GSSD spielten dabei in der ersten strategischen Staffel eine besonders wichtige Rolle. So ist seit den sechziger Jahren die Einnahme westlicher Länder nicht nur geübt, sondern auch logistisch vorbereitet worden. Dazu zählten etwa die Herstellung von «Militärgeld» – 4,9 Milliarden Mark von 1955 sind 1980 mit dem Aufdruck «Militärgeld» versehen in Staatsbankdepots in Berlin, Leipzig, Weimar, Stendal und Bergen eingelagert worden –, die Prägung von 8'000 Tapferkeitsorden und der heimliche Erlass eines entsprechenden Befehls über dessen Verleihung im Ernstfall (1985), die Vorbereitung zehntausender Flugblätter (Empfehlungen für die Bevölkerung

Bericht des Verteidigungsministers Hoffmann vor dem Nationalen Verteidigungsrat über die durchgeführte gemeinsame Truppenübung von Verbänden, Truppenteilen und Einheiten der GSSD und der NVA vom 5. bis 11. April 1965

Die Truppenübung wurde durch die offensichtliche Provokation der westdeutschen Imperialisten und Militaristen und ihrer Verbündeten-der geplanten Bundestagssitzung in Westberlin – bestimmt. Diese Provokation konnte nicht unbeantwortet bleiben. (...) Der Idee der Durchführung lagen folgende Etappen zugrunde: (...) 3. Organisation und Führung des Angriffsgefechts zum Durchbruch einer eilig vorbereiteten Verteidigung. An der gemeinsamen Truppenübung nahmen teil: Von der GSSD: Mot.-Schützen-Divisionen – zwei, Jagdflieger-Divisionen – drei, Jagdbomber-Divisionen – zwei, selbständige Flieger-Reg. – fünf, selbständige Ponton-Reg. – fünf, Luftlande-Reg. – eins, Transportflieger-Division – eine. Von der NVA: Mot.-Schützen-Division – eine, Luftverteidigungs-Division – eine. Insgesamt waren an der gemeinsamen Übung beteiligt: ca. 40'000 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, 856 Panzer, 817 Schützenpanzerwagen, 8'600 Kraftfahrzeuge, 470 Flugzeuge, 47 Hubschrauber und eine grosse Anzahl von Raketen und anderer Kampftechnik und Bewaffnung. Der Raum der Handlungen der Verbände und Truppenteile erstreckte sich auf die Bezirke Potsdam und Magdeburg und die volle Ausnutzung der Truppenübungsplätze Letzlinger Heide und Altengrabow, der Autobahn und der in dem Bereich vorhandenen Verkehrsstrassen. (...)

Im Zusammenhang mit den Massnahmen der erhöhten Gefechtsbereitschaft wurden von mir die entsprechenden Weisungen an den Minister des Innern und an die Organe der Staatssicherheit gegeben. Im Einzelnen wurden folgende Hauptmassnahmen festgelegt: zeitweilige Sperrung der Interzonenstrassen; Verbot für die Militärmissionen, ihre Quartiere bis 10.04. zu verlassen; Einschränkung der Flughöhen in den Luftstrassen von 2'000 bis 3'000 m. (...) Obwohl bei vorangegangenen Übungen Marschgeschwindigkeiten von 25 bis 30 km/h erreicht wurden, resultierten die erreichten durchschnittlichen Marschgeschwindigkeiten von 22 bis 23 km/h aus dem Vorhaben, und gegenüber den sowjetischen und



Sowjetische Soldaten bringen im Rahmen eines Manövers eine Rakete in Stellung.



Die SED-Führung mit sowjetischen Offizieren bei der Beobachtung des Manövers «Oktobersurm» 1965. Walter Ulbricht, Marschall Andrej Gretschno, Armeegeneral Heinz Hoffmann – hinter ihm Erich Mielke – und Erich Honecker (v.l.n.r.).

im Kampfgebiet die Bewegung in westlicher Richtung möglichst lange zu demonstrieren. (...) An dieser Übung waren neben Fliegertruppenteilen der GSSD auch vier Jagdfliegergeschwader der Luftverteidigung der DDR beteiligt. (...) Die Flüge wurden in geringen Höhen mit Geschwindigkeiten nahe der Schallgrenze bei schwierigen Flugmanövern und in grossen Höhen mit Überschall durchgeführt. (...) Besonders ist in diesem Zusammenhang die Handlung über Berlin hervorzuheben, da ja bekannt ist, dass Flüge dieser Art und in diesen Höhen seit dem Ende des 2. Weltkrieges nie durchgeführt wurden. (...) Über dem Stadtgebiet von Westberlin wurden 254 Flüge, davon 102 mit Überschall, und 152 über der Kongresshalle [wo die Bundestagsitzung stattfand – d. Verf.] durchgeführt. An dieser Massnahme waren die Flugzeugführer des Jagdfliegergeschwaders 8 mit 5 Starts MIG-21 beteiligt. (...) Die in Westdeutschland und Westberlin stationierten NATO-Truppen der BGS und der Zollgrenzdienst führten keine direkten Handlungen gegen die Grenzsicherungskräfte der DDR durch. (...) Im Zusammenhang mit der rechtswidrigen Sitzung des Bundestages in Westberlin wurden ab 31. 03.1965 an allen Grenzübergangsstellen der Staatsgrenze der DDR zu Westdeutschland und Westberlin Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit eingeleitet. (...) Auf Grund der verstärkten Kontrolle zur Verhinderung der Einreise von Bundestagsabgeordneten und anderer Personen wurden insgesamt 10 Personen (darunter der Westberliner Bürgermeister Brandt) zurückgewiesen. (...) Während der Durchführung der gemeinsamen Truppenübung wurde der grenzüberschreitende Verkehr zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und dem besonderen Gebiet Westberlin insgesamt sechsmal für insgesamt 25 Stunden gesperrt. (...) Dabei traten an den Grenzübergangsstellen Marienborn und Horst Krafftfahrzeugschlangen bis zu 40 km und Wartezeiten bis zu 33 Stunden auf. (...) Über 150 Armeeangehörige stellten in der Zeit vom 05. bis 09. April 1965 den Antrag um Aufnahme in die SED.



Eine Einheit der GSSD übt den Bodenkampf.

DDR-Truppen; Verhaltensmassregeln der Einheiten gegenüber der Bevölkerung im Feindesland), der Druck Zehntausender Passierscheine, die Vorbereitung von Rundfunkansprachen und Reden an die kämpfenden Einheiten (1986) und vieles mehr. «In Doberlug-Kirchhain an der Kreuzung der Eisenbahnlinien Berlin-Dresden und Leipzig-Cottbus lagerten auf einem weitläufigen Areal Brückenbausätze, Werkzeug-Sets, Gleise und Geräte. Die Brückenbausätze passen für den Rhein und die Donau. Man hat Regale mit zivilen Verkehrsschildern gefunden, auch Strassenschilder mit flämischen Aufschriften. Für den Aufmarsch der sowjetischen und ostdeutschen Verbände sind auf DDR-Gebiet 15 Panzerstrassen in Ost-West-Richtung und 4 Rochaden in Nord-Süd-Richtung mit einer Länge von 11'700 km gebaut worden.

Zum Vergleich: Das gesamte Fernstrassennetz hatte nur eine Länge von 10'985 km. Bis 1986 waren etwa 40 Prozent des DDR-Territoriums militärisches Sperrgebiet, später etwa 25 Prozent.»²⁰

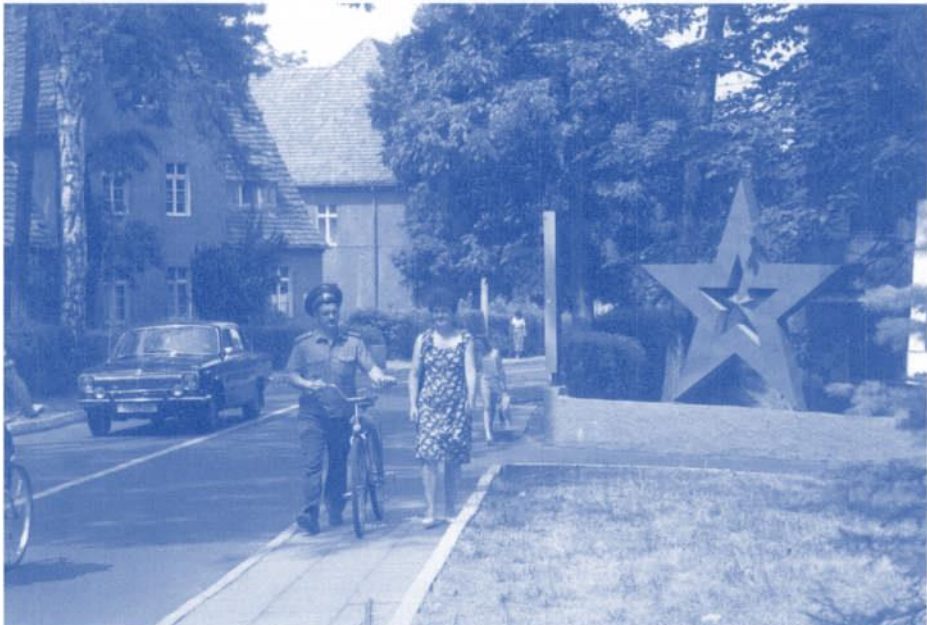
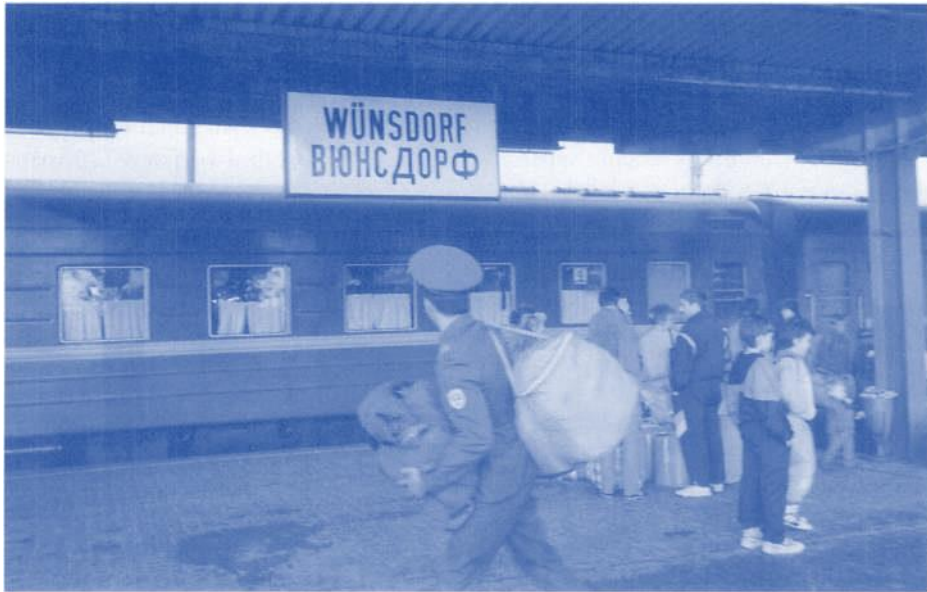
Die Einnahme West-Berlins wurde von den Stäben der deutschen und sowjetischen Armeen und Geheimdiensten sorgfältig geplant und von den Truppeneinheiten der GSSD und der NVA intensiv geübt. 30 Kilometer von West-Berlin entfernt entstand 1988 ein Übungsplatz, auf dem eine moderne Grossstadt nachgebaut und die Einnahme West-Berlins durch sowjetische und DDR-Truppen geprobt wurde. Es existierten nicht nur detaillierte Verhaftungspläne für etwa 5'500 Westberliner, auch für die 604 wichtigsten Planstellen in West-Berlin stand die personelle Besetzung nach einer kommunistischen Eroberung bereits fest.²¹

Wünsdorf oder «Wjunsdorf»?

Wünsdorf galt als Synonym für die sowjetischen Truppen in der DDR. Der kleine Ort, südlich von Zossen gelegen, kaum 50 km vom Brandenburger Tor entfernt, zählte nach Kriegsende 3'800 Einwohner. Ab Mitte der fünfziger Jahre lebten hier noch durchschnittlich 3'000, seit Beginn der siebziger Jahre nur noch 2'700 Deutsche – auf der einen, der westlichen Seite der Bahnstrecke Berlin-Dresden. Die andere, die östliche Seite, war exterritoriales Gebiet, sowjetisches Staatsgebiet, eine sowjetische Stadt mit durchschnittlich 35'000-40'000 Einwohnern. Zeitweise lebten 50'000-60'000 sowjetische Männer, Frauen und Kinder in Wünsdorf. «Eine fast gewöhnliche Stadt, mit Wohnhäusern und Geschäften, Schule und Kindergarten. Der Unterschied zu anderen Städten ist nur, dass die Ansiedlung von einem Zaun umgeben ist. Kurios, dass wir uns einerseits in Deutschland bewegen, andererseits aber doch nicht.»²² Im gesamten Raum Zossen hielten sich teilweise bis zu 100'000 sowjetische Militärs und Zivilangestellte auf.

Wünsdorf wies 1945 verhältnismässig wenig kriegsbedingte Schäden auf. Hier hatte viele Jahre das Oberkommando des deutschen Heeres seinen Sitz gehabt. Die grosse Anlage mit unterirdischen Führungsstellen sowie Schutz- und Bunkeranlagen bis sieben Etagen, einer komplett erhaltenen Infrastruktur, Schiessplätzen, Fliegerhorsten, Kasernenanlagen mit allen erdenklichen militärischen und zivilen Einrichtungen sowie Anlagen zur Entwicklung und Erprobung militärischer Technik eignete sich hervorragend für den Sitz des Oberkommandos der sowjetischen Truppen in Deutschland. Wünsdorf entwickelte sich zu einer der grössten Garnisonen in der DDR und war wegen seiner strategischen Bedeutung der wichtigste Standort der sowjetischen Truppen in der DDR überhaupt. Die deutsche Bevölkerung östlich der Bahnstrecke wurde umgesiedelt.

Von Wünsdorf gab es die einzige direkte und tägliche Eisenbahnverbindung nach Moskau, von dem zu Wünsdorf gehörenden Flugplatz Sperenberg flogen täglich Flug-



Oben: Wünsdorf, südlich von Berlin gelegen, war der einzige Bahnhof in der DDR, auf dem die Ortsbezeichnung auf deutsch und russisch zu lesen war. Hier trafen täglich Züge aus der Sowjetunion ein.

Unten: In Wünsdorf befand sich das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Dort gab es russische Städtchen, die für die deutsche Bevölkerung nicht zugänglich waren und auch von den sowjetischen Militärangehörigen nur mit Passierschein betreten werden durften.



Auf dem Truppenübungsplatz des ehemaligen Olympischen Dorfes bei Nauen sowjetische Offiziere mit Mitgliedern der dortigen Kreisleitung der SED beim Schiessen.

zeuge in die Sowjetunion, und die wichtige Fernverkehrsstrasse F 96 führte mitten durch den Ort. Dies bedeutete, dass die durch diesen Teil führende Strecke für deutsche Kraftfahrzeuge unbefahrbar wurde. Es musste über eine Umgehungsstrasse ein Umweg von 14 km in Kauf genommen werden. Das sowjetische «Wjunsdorf» war in fünf «Städtchen» untergliedert, so dass sich auch die Bewohner des Militärkomplexes ohne «Papierscheine» nicht frei in der gesamten Stadt, sondern immer nur in einem der fünf Stadtteile bewegen durften.²³

Insgesamt umfasste die sowjetische Exklave eine Fläche von 6'200 Hektar, auf der sich neben Kasernen und Wohnsiedlungen auch Werkstätten, Übungsplätze, ein Flugplatz, Schulen, Geschäfte, Depots, Fabriken, ein Theater, ein Kino, ein Museum u.v.m. befanden. In der militärischen Hierarchie als Sitz des Oberkommandos, des Stabs der Luftarmee und vieler weiterer Dienststellen der GSSD nahm «Wjunsdorf» einen der wichtigsten Plätze innerhalb der gesamten Sowjetarmee ein.²⁴ Das Militärstädtchen war nicht nur gegenüber der deutschen Bevölkerung hermetisch abgeschottet, sondern auch viele Jahre für die Mitglieder der SED-Führung nicht ohne Weiteres zugänglich. Erst im Mai 1960 konnte Armeegeneral Willi Stoph ein Regiment der GSSD besuchen, und Walter Ulbricht fuhr gemeinsam mit Stoph als Vertreter der DDR-Regierung erstmals einen Monat später nach Wjunsdorf.

Wjunsdorf hatte als Sitz des Oberkommandos nicht nur für die sowjetischen Truppen eine zentrale Bedeutung, sondern ebenso für die DDR. Im Falle eines Krieges wäre die

gesamte politische und militärische Macht- und Entscheidungsbefugnis auf die Russen übergegangen und somit geographisch im russischen «Wjunsdorf» angesiedelt gewesen.

Mindestens einmal spielte Wünsdorf als Ort vermutlich eine wichtige Rolle bei einem innenpolitischen Vorgang der DDR. Um die Absetzung Ulbrichts und die Inthronisierung Honeckers 1971 durchführen zu können, bedurfte Honecker der letzten Genehmigung des sowjetischen Generalsekretärs Breschnew. Diese besorgte Politbüromitglied Werner Lamberz, der getarnt und konspirativ nach «Wjunsdorf» fuhr, vom dortigen Flughafen nach Moskau flog, hier das persönliche Einverständnis zum Sturz Ulbrichts von Breschnew einholte und auf demselben Weg nach Berlin zurückkehrte.

Sowjetische Geheimdienste in Deutschland

Die verschiedenen sowjetischen Geheim- und Nachrichtendienste waren seit 1945 in Deutschland eng miteinander verzahnt und standen zugleich in einem Konkurrenzverhältnis. Bereits im Apparat der SMAD agierten Geheimdienstoffiziere, die offiziell dort als Armeeeoffiziere tätig waren. Seit den fünfziger Jahren ist die Tätigkeit der in der DDR angesiedelten sowjetischen Geheimdienste ins sogenannte «Operationsgebiet» – also in die Bundesrepublik – ausgeweitet worden. Die sowjetischen Organe nutzten dabei ihre Botschaft sowie die Konsulate, Handelsvertretungen und Militärmissionen weidlich aus. Bis zu 50 Prozent der offiziell dort tätigen Mitarbeiter arbeiteten haupt- oder nebenamtlich für einen der Nachrichtendienste.

In der DDR waren vier sowjetische Nachrichtenapparate tätig: Zum einen der KGB, der neben seinem Hauptsitz in Karlshorst über eine weitverzweigte Struktur in der gesamten DDR verfügte und sowohl beim Minister als auch in den Bezirksverwaltungen des MfS aktive Berater («Verbindungsoffiziere») vertraglich platziert hatte.²⁵ Offiziell gehörten dem KGB in der DDR in den Anfangsjahren rund 1'500 hauptamtliche Mitarbeiter an, später wurde die Zahl bis auf 300 reduziert. Zum anderen die Verwaltung der Sonderabteilungen (Militärische Abwehr) bei der GSSD, deren Führung in Potsdam sass. Diese Abteilung unterstand nicht den Einheiten in Karlshorst, sondern direkt der III. KGB-Hauptverwaltung in Moskau. Auf DDR-Gebiet agierten auch Abwehrgorgane der Baltischen Flotte, deren Hauptsitz sich allerdings im Baltikum befand.²⁶ Sie erkundeten offenbar das Terrain für den eventuellen Ernstfall und klärten innerhalb der Baltischen Flotte, die auf DDR-Gebiet stationiert war, auf.²⁷ Schliesslich die GRU, die neben ihrem Hauptsitz in Wünsdorf weitere wichtige Stützpunkte in Schwerin, Magdeburg, Leipzig und Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) sowie letztlich in allen militärischen Objekten der Sowjetarmee hatte.²⁸ Auf dem Brocken im Harz unterhielt sie eine leistungsstarke Funkabhöranlage – auf der Gegenseite lauschten die Amerikaner mit einer ebenso star-

Aus dem Perspektivplan für das Zusammenwirken zwischen Hauptabteilung I des MfS der DDR und 3. Hauptverwaltung des KfS der UdSSR für die Jahre 1987 bis 1991

Auf der Grundlage der gesammelten positiven Erfahrungen ... werden sich die Hauptabteilung I und die 3. Hauptverwaltung im engen Zusammenwirken mit anderen zuständigen Dienststellen ... in ihrer Zusammenarbeit im Zeitraum 1987 bis 1991 auf folgende Schwerpunkte konzentrieren: (...) Konzentration der Anstrengungen auf die Bearbeitung der militärischen Spionage- und anderweitigen Zentren der Geheimdienste der USA, der BRD, Grossbritanniens und Frankreichs sowie der anderen NATO-Staaten, die gegen die zeitweilig auf dem Territorium der DDR stationierte Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte und die Nationale Volksarmee der DDR operieren. (...) Durchführung koordinierter Abwehrmassnahmen zur zielstrebigem Feststellung von gegnerischen Agenturen unter Nutzung gemeinsamer Truppenübungen oder anderer sich natürlich ergebender oder speziell zu schaffender Situationen, die es ermöglichen, feindliche Agenten in der Truppe und in ihrem Umfeld aufzuspüren. (...) Im Falle der Notwendigkeit, ausländischen Spionagediensten über operative Kanäle Desinformationsmaterialien zu militärischen Objekten der Sowjetarmee und der NVA der DDR zuzuspielen ... In Koordinierung mit anderen Dienststellen und Linien des MfS der DDR weitere Vervollkommnung der Zusammenarbeit zum Schutz der Truppenteile und Objekte der GSSD und der NVA vor nachrichtendienstlichen Aktivitäten des Gegners ... In politisch und operativ gerechtfertigten Situationen erfolgt eine Kompromittierung und das Stellen auf frischer Tat. Entsprechend den Weisungen des MfS der DDR ist über die Möglichkeiten der Hauptabteilung II die nachrichtendienstliche Tätigkeit des Gegners unter Nutzung der diplomatischen Abdeckung sowie von Positionen des zivilen Umfelds zu unterbinden und der Schutz der Einheiten und Verbände der GSSD gegen feindliche Diversionsakte zu gewährleisten. Lösung operativer Aufgaben und Austausch operativer Informationen zu sowjetischen Bürgern, die ihren ständigen Wohnsitz in der DDR haben und verdächtiges Interesse an den Handlungen der sowjetischen Truppen zeigen. (...) Auf der Grundlage erlangter Ergebnisse Durchsetzung aktiver Massnahmen zur Unterbindung solcher feindlicher Aktivitäten des Gegners und zur Vereitelung seiner Pläne, die auf die Untergrabung der Einheit der Armeen der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, die feindliche Beeinflussung und den moralischen Verfall der Militärangehörigen abzielen. Koordinierung gemeinsamer Abwehrmassnahmen zur Bearbeitung konkreter Militärangehöriger und feindlich eingestellter Personen, die in der Umgebung militärischer Objekte wohnen.

BSU, MfS, HA II, Bd. 4777, Bl. 1-13

ken Abhöranlage ins Feindgebiet hinein. Auch die GRU bediente sich zunächst eines hauptamtlichen Apparates von 700-800 Personen. Dieser Stab wurde Ende der achtziger Jahre auf ungefähr 300 Mitarbeiter reduziert. Dies resultierte aus einer schrittweisen Übernahme verschiedener Aufgaben durch das MfS. Moskau hatte ohnedies seit den späten fünfziger Jahren die wertvollsten Informationen über Deutschland fast immer vom MfS statt vom KGB erhalten.²⁹

Von Bedeutung für die Spionage waren zudem die drei sowjetischen Militärmissionen in der Bundesrepublik in Bünden/Westfalen, Frankfurt am Main und Baden-Baden.

Da diese Missionen aufgrund alliierter Vereinbarungen von 1944/45 relativ unbeeinträchtigt agieren und nur von den anderen Alliierten beeinflusst werden konnten, stellten sie wichtige Stützpunkte der Aufklärung und Spionage dar. Als ein sowjetisches Fahrzeug der Militärmission einmal in ein militärisches Sperrgebiet eindrang und von britischen Militärpolizisten festgesetzt wurde, weigerten sich die sowjetischen Soldaten 19 Stunden lang, das Auto zu verlassen. Aber nicht nur die Russen, sondern auch die drei Westmächte haben ihre Militärmissionen und die alliierten Rechte immer wieder für Erkundungs- und Spionagefahrten ausgenutzt und sind für einige Stunden festgehalten worden. Einige westliche Soldaten sind durch sowjetische Posten sogar erschossen bzw. verwundet worden.

Die sowjetischen Geheimdienste arbeiteten überdies ausserordentlich eng mit dem MfS zusammen. Sie haben nicht nur den ostdeutschen Polizei- und Militärstaat mit aus der Taufe gehoben und am Leben erhalten, sondern bedienten sich auch permanent seiner Mittel. In periodisch neu geschlossenen Vereinbarungen wurde die enge Zusammenarbeit zwischen KGB und MfS vertraglich geregelt.³⁰

Wie intensiv die Zusammenarbeit zwischen sowjetischem und ostdeutschem Geheimdienst war, zeigte sich nicht nur daran, dass alle massgeblichen Entscheidungen im MfS mit dem KGB abgestimmt und teilweise durch dieses auch nachhaltig beeinflusst wurden. Im Dezember 1979 schickte der stellvertretende Minister für Staatssicherheit, Generalmajor Gerhard Neiber, eine Hausmitteilung an seinen Chef, Minister Mielke, die auf einer Analyse in der Abteilung XII, die u.a. für die zentrale Auskunft innerhalb der MfS zuständig war, basierte. Nach dieser Mitteilung wurden täglich 50-100 Überprüfungsanträge vom sowjetischen Verbindungsoffizier an das MfS übermittelt. Davon betrafen wöchentlich fünf bis zehn der zu überprüfenden Personen solche, die bereits von der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) oder anderen Hauptabteilungen als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) erfasst worden waren.³¹ Die sowjetischen Geheimdienste gaben für die Überprüfungswünsche grundsätzlich keine Begründungen an. Sie gingen davon aus, dass die deutschen Kollegen ihre Anliegen ohne Rückfragen erledigten.

Die intensive Zusammenarbeit beider Geheimdienste belegt allein die Tatsache, dass sich in Karlshorst nicht nur der Hauptsitz des KGB in der DDR befand, sondern dort auch die Struktureinheiten des MfS, die die Zusammenarbeit mit dem KGB koordinierten und für die Abschirmung und Kooperation mit der GSSD mitverantwortlich waren, ihren Sitz hatten. Der Austausch etwa eines Teils der GSSD-Mannschaftsgrade im Herbst und im Frühjahr eines jeden Jahres, im Stasi-Deutsch «Sprung» genannt, erforderte vom MfS erhöhte Abschirmmassnahmen, so dass etwa westliche Besucher der DDR zwei bis drei Wochen, so lange dauerte in aller Regel ein «Sprung», nicht in die entsprechenden Gebiete fahren durften.³² Aber auch die Rückführung sowjetischer Truppen im Dezember 1979 (Deckname «Friedenswille») oder die unter Beobachtung westlicher Journalisten durchgeführte Teilrückführung sowjetischer Raketentechnik im



Oben: Immer wieder versuchten Vertreter der Westalliierten, in gesperrte Militärbereiche innerhalb der DDR vorzudringen. Das Ministerium für Staatssicherheit fotografierte die Blockade eines Fahrzeuges der britischen Militärmission durch Sicherheitskräfte der DDR. Unten: Die britischen Militärs warten auf das Eintreffen der sowjetischen Vertreter, die allein das Recht hatten, ihre westlichen Alliierten zu kontrollieren.

Aus einem Schreiben von MfS-Generalmajor Neiber an MfS-Armeegeneral Mielke über die Zusammenarbeit mit dem KGB, 11. Dezember 1979

Die seit den fünfziger Jahren bestehende grundsätzliche Regelung, die Überprüfung und Auskunftserteilung durch bzw. an die sowjetischen Genossen wie bei Diensteinheiten des MfS zu handhaben, hat sich bewährt.

Täglich übergibt der Verbindungsoffizier der Abteilung XII ... bis zu etwa 100 Überprüfungsaufträge in der im MfS üblichen Form. Im Falle der Erfassung wird den sowjetischen Genossen die erfassende Diensteinheit des MfS genannt. (...) Es liegt in der Verantwortung der Leiter der erfassenden Diensteinheit, welche Auskünfte den sowjetischen Genossen über die Art der Erfassung gegeben werden. Mit Einverständnis der zuständigen Diensteinheiten wird auch Einblick in Archivmaterial gewährt. Zur Erhöhung der Geheimhaltung wurde Ende 1977 ... die Regelung getroffen, vor der Auskunftserteilung über Vorgänge der HV A sowie über IM der Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen des Ministeriums in jedem Einzelfall mit den Leitern der erfassenden Diensteinheiten abzustimmen, welche Auskunft den sowjetischen Genossen erteilt wird. (...) In wenigen Fällen wurde im Ergebnis dieser Abstimmung die Auskunft «nicht erfasst» erteilt.

BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Bd. 632, Bl. 6-7

Februar und März 1988 («Schwalbe») erfolgte unter massgeblicher Mitwirkung des MfS.³³ Die Staatssicherheit der DDR war dem KGB und den anderen sowjetischen Nachrichtendiensten in der DDR nicht nur personell und logistisch weitaus überlegen, sondern war zudem ein willfähriger Handlanger sowjetischer Interessen auf deutschem Boden. Zumindest für die ostdeutschen Tschekisten, wie sich die Stasi-Mitarbeiter stolz nannten, traf in einem hohen Masse und wohl bis zum Ende ihrer Tätigkeit 1990 zu, was in einem der frühen Bücher über die kommunistischen Geheimdienste plakativ formuliert worden ist: «Letztlich arbeitet jeder aus dem Ostblock gegen den freien Westen eingesetzte Spion für die Sowjets.»³⁴

Der Schutz der GSSD stand im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der sowjetischen Geheimdienste. Dabei ging es darum, die militärischen Objekte gegenüber westlichen Aufklärern abzuschirmen, «subversive» Verbindungen zwischen sowjetischen Soldaten und Ostdeutschen aufzuklären und zu unterbinden sowie Kontakte zwischen Soldaten der westlichen Alliierten und der DDR-Bevölkerung möglichst zu verhindern, mindestens aber lückenlos zu überwachen. Für diese Aufgaben waren spezielle Abteilungen zuständig, die auf allen Ebenen bis zu den Kreisdienststellen existierten: «Am 11. 7.1972, gegen 15.10 Uhr, wurde festgestellt, dass ein Offizier der Sowjetarmee am km 88,5 der Transitstrecke Drewitz-Marienborn (Autobahnabfahrt Barleben, Wolmirstedt, Magdeburg) einen Westberliner PKW verliess. Der sowjetische Offizier ging anschliessend zu Fuss in Richtung Magdeburg weiter. Durch die Bezirksverwaltung Magdeburg wurde die zuständige sowjetische Dienststelle des KGB über das Vorkommnis informiert.»³⁵



Die sowjetischen und deutschen Geheimdienste arbeiteten nicht nur eng zusammen, sondern führten auch gemeinsame sportliche Wettkämpfe durch, hier bei einem Fussballspiel.

Nach 1990 haben ehemalige KGB-Offiziere des Öfteren erklärt, in den achtziger Jahren sei in der DDR nicht das MfS vom KGB, sondern das KGB vom MfS abhängig gewesen. Oberst Iwan Kusmin etwa, von 1984 bis 1991 Leiter der Informationsabteilung bei der KGB-Vertretung in Karlshorst, versuchte diese These zu belegen, indem er ausführlich darlegte, wie das MfS es verstand, über die Vergabe von Wohnungen und Häusern, über die berufliche Einbindung der sowjetischen Ehefrauen («Im Kindergarten übertraf der Anteil des Personals beinahe den der Kinder»³⁶) und über materielle Vergünstigungen Einfluss auf den KGB zu gewinnen. KGB-Mitarbeiter fühlten sich Kusmin zufolge «als arme Verwandte und nicht als Bürger einer Grossmacht»³⁷ angesichts der materiellen Verheissungen, die das MfS bot. Zugleich spionierte das MfS laut Kusmin seinen grossen Bruder, den KGB, intensiv aus und wusste angeblich über alles Bescheid. In den Akten hat sich für eine solche These bislang kein ausreichendes Material gefunden. Allerdings gab es einzelne Vorgänge, die ein wachsendes Selbstbewusstsein der DDR-Stellen gegenüber den «Freunden» zu belegen scheinen. So forderte die GSSD 1982 über den im Plan vorgesehenen Möbellieferumfang von 11,6 Millionen Mark hinaus hochwertige Möbel. Diesem Wunsch kamen die zuständigen DDR-Stellen nicht nach. Der Stellvertreter des Oberkommandierenden übergab daraufhin zwölf verschiedene Fotos, auf denen Dienst- und Gesellschaftszimmer von NVA-Kommandeuren zu

Aus einem Papier über die Aufgaben des MfS (HA II) zur Sicherung der GSSD (nach 1982)

Der wirksame Schutz der Objekte, Einrichtungen, Räume, Trassen, militärischen Aktivitäten sowie Angehörigen der GSSD vor den durch imperialistische Geheimdienste und andere feindliche Organisationen, Einrichtungen und Kräfte vorgetragenen bzw. initiierten subversiven Angriffen, feindlich-negativen Handlungen und schweren Straftaten der allgemeinen Kriminalität erfordert ein enges, kameradschaftliches, planmässig gestaltetes politisch-operatives Zusammenwirken des MfS mit der Verwaltung der Sonderabteilungen des KfS der UdSSR bei der GSSD. Auf der Grundlage der Gesamtverantwortung der Hauptabteilung II für die Abwehr der von imperialistischen Geheimdiensten ausgehenden Spionage- und anderen subversiven Angriffen gegen die GSSD ist die Linie II verantwortlich für die Organisation des politisch-operativen Zusammenwirkens der operativen Linien und Diensteinheiten des MfS mit der Verwaltung der Sonderabteilungen des KfS der UdSSR bei der GSSD. (...) Das politisch-operative Zusammenwirken umfasst: ... die Festlegung von OPK und OV für die gemeinsame politisch-operative Bearbeitung, von denen besonders intensive Angriffe gegen die GSSD ausgehen, die Abstimmung der von der jeweiligen Seite eigenverantwortlich wahrzunehmenden Aufgaben sowie der Informationsaustausch über die Ergebnisse der Bearbeitung auf zentraler Ebene, ... die Einflussnahme auf die Erhöhung des Eigenschutzes der GSSD zur Beschränkung und vorbeugenden Verhinderung der visuellen und unter Einsatz technischer Mittel betriebenen Ausspähung...

BStU, MfS, HA II, Bd. 4695, Bl. 54-69

sehen waren, und forderte denselben Standard für die GSSD. Er hatte dennoch Pech, weil die gewünschten Möbel sämtlich für den Export vorgesehen waren.³⁸

Man kann sich vorstellen, dass einzelne KGB-Mitarbeiter den «ostdeutschen Wohlstand» geradezu als Konsumparadies empfunden haben. Aber aus diesen Verhältnissen zu schlussfolgern, der KGB sei «tagtäglich»³⁹ vom MfS abhängig gewesen, kommt einer erneuten Desinformationskampagne gleich. Ein aus Moskau eingeflogener KGB-Funktionär brachte das Verhältnis zwischen MfS und KGB deutlich und klar zum Ausdruck: «Es ist an der Zeit, dieses unverantwortliche Gerede über ein angebliches Ungleichgewicht des Austausches zwischen den deutschen Freunden und uns zu beenden. Dieser Austausch ist ausbalanciert. Darüber hinaus schützen wir sie durch unsere Atomraketen, die uns hohe Kosten verursachen.»⁴⁰

Leben in den Kasernen

Die Ausbildung, die Befehlsstrukturen und damit auch der Kasernenalltag der Sowjetarmee waren von der Vorstellung einer permanenten Bedrohung geprägt. Zu jeder Tages- und Nachtzeit musste die Truppe in der Lage sein, innerhalb weniger Minuten vollständig einsatzbereit zu sein, um gefechtsmässig die Garnisonen verlassen zu können.

Valentin Falin, Sekretär des ZK der KPdSU, über den Schutz ehemaliger SED-Mitglieder durch die UdSSR, 18. Oktober 1990 (Auszug)

1. Wie auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU beschlossen wurde, ist dafür zu sorgen, dass die Ideologische und Internationale Abteilung des ZK der KPdSU in der Parteipresse und anderen Massenmedien systematisch über die Verfolgung und Hetze gegen ehemalige Mitglieder der SED berichten, die aus politischen Gründen entlassen wurden. Solche Schritte sind als Verletzung der Prinzipien der Demokratie und Menschenrechte zu qualifizieren. Besondere Aufmerksamkeit ist den Fällen zu widmen, in denen Strafverfolgungsmassnahmen gegen Personen ergriffen wurden, die in der DDR im Staatsdienst oder in der Parteiarbeit tätig waren und die wegen ihrer Zusammenarbeit mit der UdSSR des «nationalen Verrats» oder der Untergrundtätigkeit gegen die BRD beschuldigt werden.
2. In Veröffentlichungen über den deutschen Vereinigungsprozess soll die Tätigkeit der PDS gebührend beachtet werden. (...) Die Internationale Abteilung des ZK der KPdSU soll von der PDS regelmässig über Verfolgungsmassnahmen gegen Parteimitglieder unterrichtet werden. Ausserdem soll sie mit Materialien versorgt werden, die den unsozialen Charakter von Massnahmen der westdeutschen Seite im Zuge der Vereinigung entlarven.
3. Versuche, die Westgruppe der Streitkräfte unter Druck zu setzen und feindselige Haltung gegenüber Sowjetbürgern zu erzeugen, sollen im Auge behalten und mit operativen Massnahmen beantwortet werden.
4. Personen, die eng mit sowjetischen Organisationen zusammengearbeitet haben und jetzt Drangsalierungen und Verfolgungen von Seiten Bonns ausgesetzt sind, sollen evakuiert werden. Vor allem könnte es hierbei um Parteiarbeiter gehen, um Mitarbeiter der Sicherheitsorgane und der Nationalen Volksarmee der DDR, um Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur, qualifizierte Betriebsleiter, die infolge politischer Unterdrückung im vereinigten Deutschland ihre Arbeit verloren haben. Es sind die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um Arbeit für sie zu finden und ihre materielle Versorgung sicherzustellen.

Karl Wilhelm Fricke/Bernhardt Marquardt: DDR Staatssicherheit. Das Phänomen des Verrats – Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB. Bochum 1995, S. 164

Mit Urlaub und Ausgang sah es für die Soldaten in der gesamten sowjetischen Armee nicht gut aus. Die Vorstellung, am Wochenende nach Hause fahren zu können, war schon wegen der riesigen Entfernungen im Lande völlig abwegig. Das Alkoholverbot innerhalb der Kasernen wurde wenigstens formal sehr streng eingehalten. Unerlaubtes Entfernen von der Truppe wurde mit drakonischen Strafen geahndet. Auch die Bewachung der militärischen Anlagen wurde sehr ernst genommen und jede Unaufmerksamkeit der Posten bestraft. Immer wenn es zwischen den Grossmächten kriselte, gab es zusätzlich erhöhte Alarmbereitschaft, Urlaubs- und Ausgangssperren. Auf dem vorgehobenen Posten der sowjetischen Militärmacht in Deutschland potenzierte sich die Bedrohungsangst der militärischen Führung. In Krisensituationen mussten die Soldaten in Stiefeln und Uniform schlafen, um die Zeit zwischen der Auslösung des Alarms und dem Ausrücken der Truppen um einige Sekunden zu verringern. «Sekunden entschei-

MfS-Bericht über den «Abkauf» von Kleidung durch sowjetische Militärangehörige

Im Zusammenhang mit den Fragen des Warenangebots verstärken sich derzeit die Diskussionen zum Kaufverhalten von Frauen der im Kreis stationierten Angehörigen der GSSD. Es werden Äusserungen getätigt, wie (...)

«Die Frauen kaufen nur Importwaren, und für unsere Bevölkerung bleibt nichts», «Diese Frauen kaufen nicht nach Grösse bzw. nach dem, was sie benötigen, sie kaufen nach Menge», (...)

«Sie sollen doch in ihren eigenen Geschäften kaufen, dort gibt es alles». (...)

In Auslegung der durch den Bezirk übernommenen zentralen Orientierung zum Verkauf der Import-Kinderschuhe 1986 erfolgte an diesem Tag [18. März 1986 – d. Verf.] in der Zeit von 09.00-10.00 Uhr durch das Verkaufspersonal kein Verkauf von Import-Kinderschuhen an sowjetische Kundinnen. Da die sowjetischen Frauen nicht das Geschäft verliessen, wurden an sie ab 10.00 Uhr Schuhe in begrenztem Umfang (1 Paar pro Person) verkauft. Im Laufe des Tages kam es ständig zu Auseinandersetzungen zwischen Verkäuferinnen und sowjetischen Frauen, da diese meistens mehrere Paar Schuhe kaufen wollten. Dieser Forderung wurde durch die Verkäuferinnen nicht nachgekommen. Die sowjetische Bürgerinnen äusserten sich darüber sehr ungehalten. Die Verkäuferin XXX wurde von einer sowjetischen Bürgerin als «Faschist» bezeichnet. Infolge des begrenzten Verkaufs stellten sich viele sowjetische Bürgerinnen mehrmals an die «Schlange» vor dem Geschäft an. (...) Bezugnehmend auf meine Information vom 20. 3. 1986 über ähnliche Erscheinungen in der Reaktion der Bevölkerung in Königsbrück, Kreis Kamenz, schlage ich vor, dass durch den Rat des Bezirkes Massnahmen veranlasst werden, um den Rat des Kreises Riesa bei der Lösung der versorgungspolitischen Aufgaben unter Beachtung der Präsenz der GSSD Unterstützung zu gewähren.

BStU, MfS, HA II, Bd. 23615, Bl. 4-7 (Bericht vom 7. April 1986)

den» war der Titel eines über die Jahre hinweg vorgeführten Lehrfilms. Gezeigt wurde, wie ein Matrose eine U-Boot-Katastrophe verursachte, weil er für einen Augenblick seinen Posten verlassen hatte, um eine Zigarette zu rauchen.

Die sowjetischen Streitkräfte in Deutschland bestanden im Wesentlichen aus Russen (ca. 65 Prozent), Ukrainern (ca. 20 Prozent) und Weissrussen (ca. 6 Prozent). Einzelne Nationalitäten wie Balten, Tataren, Polen oder Deutsche sind nur in Ausnahmefällen in der GSSD eingesetzt worden. Es hiess in der DDR immer, die Mannschaften setzten sich vor allem aus Nationalitäten zusammen, die aus Mittelasien und Fernost kämen. Diese Annahme konnte nicht bestätigt werden. Vielmehr war das Offizierskorps ganz eindeutig von Russen aus dem europäischen Teil sowie von Ukrainern und Belorussen geprägt. Kommando- und Dienstsprache war in der gesamten Sowjetarmee allein das Russische. Ebenso waren alle Befehle, Dienstvorschriften usw. in russischer Sprache abgefasst. Die nach 1989 in der Sowjetunion offen ausgebrochenen nationalen Spannungen waren innerhalb der Armee schon lange vorher ein Stück Alltagswirklichkeit.



Exerzierübungen spielten in der Ausbildung der sowjetischen Rekruten eine zentrale Rolle.

Die Wehrpflichtigen, die einfachen Soldaten in der GSSD, dienten bis in die Mitte der siebziger Jahre drei, danach zwei Jahre in der DDR. Von ihrem Einsatzort erfuhren sie zumeist erst, wenn sie bereits in der DDR angekommen waren. Sie wurden viele Jahre lang in ungemütlichen Viehwaggons oftmals wochenlang durch die Gegend gefahren, ehe sie ihr Ziel erreichten. Dieses Verfahren war für die Wehrpflichtigen nicht ungewöhnlich. Auch die in Fernost eingesetzten Soldaten wurden auf diese Weise an ihren Bestimmungsort gebracht. Zwei Mal im Jahr wurden in der UdSSR – wie in der DDR – Wehrpflichtige einberufen und entlassen. Die Soldaten waren vom Tage ihrer Einberufung an rechtlos, auch der wenigen staatsbürgerlichen Rechte, die die Sowjetunion ihnen



Eine Privatsphäre hatten die Soldaten nicht, sie wurden in Schlafsälen mit bis zu 120 Mann untergebracht. Reinigung bei der Berlin-Brigade. (Aufnahme vom September 1992)

Bürgern gewährte, beraubt. Über Rechtsbrüche etwa durfte der Soldat sich zwar beim Kommandeur beschweren, aber selbständig keine juristischen Schritte einleiten, so dass er vollkommen von der Willkür des Kommandanten abhängig war.

Die Soldaten waren in Mannschaftsräumen untergebracht, die 50-120 Männer beherbergten. Spätestens hier ging jeder Rest von Individualität verloren. Den jungen Männern gehörte nichts – sie hatten meist keine persönlichen Gegenstände, in der Regel nicht einmal einen Spind oder einen anderen abschliessbaren Raum, in dem sie diese hätten aufbewahren können. Der Alltag war nicht nur von einem wahnwitzigen Kollektivismus geprägt, sondern auch von einem von der ersten bis zur letzten Minute durchgeplanten Tagesablauf. Dem Soldat blieb zwischen Aufstehen und Nachtruhe keine freie Zeit. Selbst das Schreiben eines Briefes an die Eltern nach Hause erfolgte nach Befehl. Die kommunistische Armee kannte auch keinen Sonntag.

Die Ausbildung war hart und brutal, das Verhältnis zwischen Offizieren und Soldaten von bedingungsloser Unterordnung geprägt, die auch durch Schläge und Tritte durchgesetzt worden ist. «Die Soldaten sehen in den Offizieren ihre Verfolger, die sie ihrer Freiheit berauben, weil der Dienst in der Armee ihnen als Zwang erscheint, als eine spezifische Art der Freiheitsberaubung. Den Dienst einfacher Soldaten in der Sowjetar-



Einmal in der Woche war Duschtag. Selbst die Körperhygiene unterlag strenger Aufsicht. (Aufnahme aus Altengrabow von 1993)

mee kann man durchaus mit einer Gefängnishaft vergleichen.»⁴¹ Die Soldaten hatten weder Anspruch auf Urlaub noch auf Ausgang. Als Auszeichnung konnten sie in den zwei Jahren ihres Aufenthaltes in der DDR zehn Tage Urlaub erhalten, in der Praxis war das eine absolute Ausnahme. Sie durften die Kasernen niemals verlassen, es sei denn, es wurde ein gemeinsamer Ausflug in den Zoo, nach Potsdam, in die Dresdner Gemädegalerie oder auf die Wartburg organisiert. Das ereignete sich für jeden Wehrpflichtigen einmal in zwei Jahren. Sonst verliessen sie die Kasernen nur für Übungen und Manöver sowie für Arbeitseinsätze.

Der einfache Soldat erhielt einen monatlichen Sold von etwa 1 Rubel pro Tag sowie bis zu 25 DDR-Mark.⁴² Das war wenig, weil er seinen Sold neben Zigaretten vor allem für Lebensmittel und Waschutensilien ausgab, denn die Versorgung der Soldaten war einfach und spartanisch. Zwei Deserteure sagten nach ihrer Flucht am 18. Februar 1987 im ZDF: «Das Essen der einfachen Soldaten ist in jeder Hinsicht miserabel. Ich würde so was nicht mal meinen Hunden geben. Brei, nur Brei, morgens, mittags, abends, immer Brei.»⁴³ Auch die gesundheitliche Betreuung war katastrophal. «Ich hatte eine Lungenentzündung mit 39 Grad Fieber», erzählte einer der geflohenen Soldaten, «und musste dennoch draussen auf dem Hof arbeiten. Draussen waren Null Grad, und ich hatte nur meine Armeeunterwäsche an und darüber einen dreckigen Kittel. (...) Die Soldaten sagen, in den Armeehospitälern werde man nicht geheilt, sondern nur am Sterben gehin-

**Aus einem Offenen Brief der Umweltbibliothek Berlin an M.S. Gorbatschow
29. Dezember 1987**

Kürzlich erfuhren wir, dass im Raum Neustrelitz nach einem schweren Autounfall im September dieses Jahres zwei sowjetische Militärangehörige hingerichtet worden sein sollen. Bei diesem Autounfall kamen vier junge DDR-Bürger, die sich auf der Rückfahrt vom Bob Dylan-Konzert befanden, unverschuldet ums Leben. Der sowjetische Kraftfahrer hatte, offenbar unter Alkoholeinfluss stehend, in einer Kurve die Gewalt über das Fahrzeug verloren und einen Pkw Trabant auf der Gegenfahrbahn überrollt. (...) In der DDR wird berichtet, dass sowjetische Soldaten, die sich von der Truppe unerlaubt entfernen bzw. desertieren, auch in Friedenszeiten hingerichtet werden. (...) In Erwartung der Todesstrafe sind Sowjetsoldaten wiederholt zu Amokläufern geworden. (...) Zum neuen Jahr möchten wir Sie, werter Michail Gorbatschow, deshalb bitten, sich für die Abschaffung der Todesstrafe in den «zeitweilig» in der DDR stationierten Sowjettruppen einzusetzen.

Aus dem Privatarchiv von Carlo Jordan

dert. Ich wurde beispielsweise im Sommer 1986 am Blinddarm operiert. Der Bilddarm wurde mir ohne jede Betäubung herausgeschnitten. Ich bekam nur eine einzige Spritze unter die Haut, sonst nichts.»⁴⁴ Die Lebensbedingungen verschärfen sich für jene noch, die Russisch nicht fließend beherrschten und deshalb von der Alltagskommunikation ausgeschlossen blieben. Hinzu kam, dass nicht nur das Verhältnis zwischen Offizieren und Soldaten brutal war, sondern ebenso zwischen den Soldaten selbst. Einer strikten Hierarchie unterlagen auch die einzelnen Diensthalbjahre, was man in der NVA «EK-Bewegung»⁴⁵ und in der Sowjetarmee «Dedowschtschina» nannte. Diese Hierarchie als ein Verhältnis zwischen Herren und Knechten zu beschreiben, hiesse zu verharmlosen. Denn das Verhältnis der einzelnen Diensthalbjahre zueinander war geprägt von offener Militanz, von Brutalität, Nötigung bis hin zu Vergewaltigung und Mord, von den ganz «normalen E-Spielen» (NVA-Jargon) einmal zu schweigen. Die Offiziere schauten diesem Treiben bis Ende der achtziger Jahre nicht etwa teilnahmslos, sondern geradezu auffordernd zu, weil ihnen durch die strikte Hierarchisierung ein Grossteil ihrer Arbeit abgenommen wurde. Sie mussten sich im Prinzip nur darum kümmern, das vierte Diensthalbjahr «bei Laune» zu halten, denn dieses hatte alle anderen im Griff. Vor diesem Hintergrund sind die vielen Desertionsversuche, aber auch die hohe Selbstmordrate zu sehen. Es gibt Schätzungen, denen zufolge jährlich insgesamt 3'000-4'000 Sowjetsoldaten in der DDR ums Leben kamen. Davon könnten bis zu einem Viertel durch Suizid ihr Leben beendet haben.⁴⁶

So wie die exakte Suizidrate liegt auch die Anzahl der Desertionen im dunkeln. Aus den Unterlagen des MfS lassen sich einige Tausend rekonstruieren, aber fast ausschliesslich für die siebziger und achtziger Jahre. In den achtziger Jahren flüchteten jähr-



In der Regel verfügten die Soldaten über keinen eigenen Lebensbereich. Für Uniform und Ausrüstung gab es oft nur einen Gemeinschaftsschrank.

lich etwa 400-500 Soldaten aus ihren Einheiten, wobei die Fluchtziele zumeist offenblieben, denn für sie war die Ostgrenze genauso versperrt wie die Westgrenze. Gefasste Deserteure erwarteten bis zu 15 Jahren Lagerhaft oder die Todesstrafe, die immer wieder verhängt worden sein soll. Dagegen hat es sogar Protest in der DDR gegeben.

Da die meisten Desertionsversuche während des Wachdienstes erfolgten – hier war es am ehesten möglich, unbemerkt das Kasernengelände zu verlassen –, trugen die Deserteure in einigen Fällen Waffen und Munition bei sich (1986 in 11 von 406 und 1987 in 17 von 446 Fällen)⁴⁷. Bei der Fahndung nach Deserteuren wurden auch Einheiten der NVA, des MfS und der Volkspolizei eingesetzt, die aber immer nur einen äusseren Sperrgürtel um das vermutete Fluchtgebiet zogen bzw. Sperren errichteten. Die sowjetischen Truppen selbst jagten den Deserteur, wenn dieser sich wehrte, bis in den Tod. Die Deserteure waren oft brutal und rücksichtslos, wussten sie doch, dass ihnen nach ihrer Gefangennahme ein schlimmes Schicksal blühte: Am 9. September 1985 etwa flüchtete ein Soldat aus der Garnison Eckardtshausen (Kreis Eisenach). Er hatte eine Maschinenpistole und 60 Patronen bei sich. Er durchbrach Absperrgürtel, erschoss einen Volkspolizisten, verletzte einen weiteren schwer und wurde schliesslich selbst durch mehrere Schüsse getötet.⁴⁸

Ein geflohener sowjetischer Offizier berichtet über das Leben in den Kasernen der GSSD

Offiziell wird der Militärdienst natürlich als Ehrendienst deklariert, und die Soldaten sollen stolz darauf sein. Einige sind tatsächlich stolz darauf, aber andererseits fühlen sie sich doch wie schuldige Kriminelle, die ihre Frist im Lager absitzen. (...) Im Politunterricht ... wurden die Soldaten zu bedingungslosem Gehorsam erzogen, alles hinzunehmen. Die Offiziere, vor allem die Politoffiziere, übten ihre Macht mit allen Mitteln aus. Beispielsweise nahmen sie Kontakt mit den in der Heimat lebenden Verwandten, mit den Eltern auf und nutzten diese Kontakte, um die Soldaten unter Druck zu setzen. Sie versuchten die häuslichen Verhältnisse der Soldaten zu erkunden, z.B. ob die Eltern alt und krank waren. Zu Anfang schrieben sie ihnen etwa günstige Briefe über den Sohn, um ihr Vertrauen zu gewinnen, und baten um nähere Angaben über den Sohn, über seine eventuellen Schwächen, und um Ratschläge, wie man ihm vielleicht helfen kann. Das war eine besonders effektive Methode, um die Soldaten unter Kontrolle zu halten, vor allem dann, wenn jemand aus der Sicht der Militärführung nicht ganz zuverlässig zu sein schien. Man nahm nicht nur Kontakt zu den Eltern, sondern auch zu den Arbeitskollegen auf und versuchte die Soldaten über die Arbeitsstelle unter Druck zu setzen ... Der Soldat ist so in einer ausweglosen Situation, denn er denkt an nichts anderes als sein Zuhause, sonst hat er ja nur die Armee, und dort hat er nichts, was ihm selbst gehört, nicht einmal die Kleidung, alles ist staatlich. Er ist dann oft zu fast allem bereit, unter Umständen auch zu kriminellen Handlungen, nur um zu verhindern, dass solche Briefe in die Heimat geschickt werden. Ich bin persönlich Zeuge derartiger erschütternder Szenen geworden. (...) Postverkehr und Urlaub waren die wirksamsten Druckmittel, wirksamer sogar als Arrest – denn damit konnte man niemanden schrecken, weil die Soldaten ohnehin der Freiheit beraubt waren und der Arrest ihre Situation nicht wesentlich änderte. Oft hat man Soldaten, die zu Arrest verurteilt wurden, gar nicht einsitzen lassen, weil das keine Bedeutung hatte. Und wenn es doch einmal vorkam, waren die Delinquenten eher stolz darauf, weil das eine gewisse Anerkennung ihrer Person – als selbständig handelnde Persönlichkeit – einschloss.

Thomas Ammer: Sowjetische Soldaten in Deutschland. Interview mit einem ehemaligen Offizier der Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, in: Deutschland Archiv 25 (1992) 5, S. 513-519

Die wenigsten Deserteure wollten offenbar in die Bundesrepublik – und wenn, zu meist in Unkenntnis des Grenzregimes. Deshalb gelang nur einigen tatsächlich die Flucht in den Westen. Am 10. Mai 1987 flüchtete ein 23jähriger Soldat einer Aufklärungseinheit der GSSD im Raum Plauen nach Bayern. Er war mit den Sicherungsanlagen gut vertraut, da er seinen Dienst unmittelbar an der Grenze versah. Nach seiner Flucht beantragte der junge Mann, ein Anglistikstudent, politisches Asyl in den USA. Wie aus Fahndungsfotos des MfS erkennbar wird, hat er dieses erhalten.⁴⁹ Auch die Flucht von zwei 19jährigen Esten am 6./7. Dezember 1986 in die Bundesrepublik war erfolgreich. Beide hatten Verwandte in der Bundesrepublik, in Kanada und in Finnland. Auch sie waren über die Sicherungsanlagen an der Grenze genau orientiert und hatten ihre Flucht gut geplant.⁵⁰ Offiziere flüchteten viel seltener. So nutzte im Februar 1974 ein Hauptmann der Sowjetarmee einen Aufenthalt in West-Berlin, um sich von seiner



Das Ministerium für Staatsicherheit fahndete nach desertierten sowjetischen Soldaten mit solchen Fahndungsfotos.

Einheit zu entfernen und um Asyl im Westen zu bitten.⁵¹ Zuweilen verliessen auch Soldaten mit der Absicht, nach Hause zurückzukehren, ihren Truppenteil in der DDR. Im August 1985 erfuhr ein Soldat, dass sein Bruder in Afghanistan gefallen war. Er wollte deshalb zu seinen Eltern zurück und bat um Urlaub, der ihm nicht genehmigt wurde. In seiner Verzweiflung nahm er sich eine Maschinenpistole, Munition und erbeutete ein Taxi. Er kam nicht weit. Am Bahnhof in Jena fuhr er in eine Strassensperre und wurde von rund 80 Schüssen durchsiebt.⁵²

Nur in Ausnahmefällen wurden Deserteure nicht gefasst. Im Dezember 1987 gab es acht offene Fahndungen nach desertierten Soldaten: ein Soldat aus Frankfurt/O. war seit 1973, ein anderer aus dem Kreis Gotha seit 1972 verschwunden, die anderen waren zwischen 1976 und 1978 desertiert.⁵³ Man vermutete, dass drei von ihnen in den Westen gelangt seien, während die anderen ertrunken oder bei Unfällen ums Leben gekommen waren.⁵⁴ Gruppendesertionen stellten absolute Ausnahmen dar. Sie häuften sich erst Ende der achtziger Jahre aus nationalen Gründen. So entfernten sich am 21. Juni 1989 zwölf Aserbaidchaner aus der Garnison in Gotha mit der Begründung, sie wollten in ihre Heimat zurück und ihren Dienst nicht in Gotha verrichten.⁵⁵

Ungeachtet der häufigen Brutalität und Rücksichtslosigkeit der Deserteure, verantwortlich für deren Handeln waren die Lebensumstände in den Kasernen.

Die Situation der Berufssoldaten sah anders aus. Zwar lebten auch diese «neben der deutschen Öffentlichkeit»⁵⁶. Aber im Vergleich zur Dienstsituation in der Sowjetunion waren die Verhältnisse in der GSSD deutlich besser. Die Gehälter waren doppelt so hoch, ein Teil wurde in Mark ausgezahlt, so dass die Offiziere und ihre Familien auch am Konsumparadies namens DDR teilhaben konnten. Dies schloss allerdings ein, dass die Genossen – warum auch immer – 50 Prozent ihres Parteibeitrages in «harter» DDR-Mark zu begleichen hatten.

Seit 1979 gab es ein via Satellit aus Moskau übertragenes Fernsehprogramm und schon seit 1945 eine eigens für die Truppen in Deutschland herausgegebene Tageszeitung sowie den Radiosender «Wolga». Zu den praktischen Vorteilen des Dienstes in Deutschland zählte auch die im Vergleich zu den Verhältnissen zu Hause weit bessere Wohnsituation. Die Familien lebten in Häusern, die nach 1945 beschlagnahmt worden waren, oder in neuen Plattenbauten. Seit 1967 verfolgte die DDR ein spezielles Wohnungsbauprogramm für die GSSD. Insgesamt wurden bis 1988 32'565 neuerbaute Wohnungseinheiten in einem Wert von 1,6 Milliarden Mark an die Sowjetstreitkräfte übergeben.⁵⁷ Für diese und andere Baumassnahmen war der VEB Spezialbau mit über 4'000 Beschäftigten in 15 Betriebsteilen zuständig. «Spezialbau» war eine verdeckt arbeitende MfS-Einrichtung.⁵⁸ Die GSSD bezahlte für die Wohnungen die ortsübliche Miete minus 30 Prozent für Reparaturen und Instandsetzungen, für die die Armee selbst aufkommen wollte.⁵⁹ Spätestens seit dem Abzug war sichtbar, dass es die GSSD offenbar als nicht nötig erachtete, Instandsetzungen und Reparaturen durchzuführen. Sie verfügte 1987 in der DDR über 33'100 Gebäude. Dennoch lebten 1'600 Familien in Räumen, die nicht für Wohnzwecke geeignet waren, in 2'122 Familien hatte jede Person weniger als fünf Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, und rund 60 Prozent aller Familien hausten in überbelegten Wohnungen.⁶⁰ Dennoch waren die Wohnverhältnisse für viele sowjetische Familien in der DDR weit günstiger, geräumiger und komfortabler als in der Heimat.

Das Leben der Offiziere und ihrer Familien vollzog sich in strenger Isolation von der Aussenwelt. Es war verboten, mit den Deutschen Kontakt aufzunehmen. Dies liess sich allein deshalb relativ leicht durchsetzen, weil die Offiziere kaum über freie Zeit verfügten und zudem nur in Ausnahmefällen Deutsch sprachen. Hinzu kam, dass kein Offizier – abgesehen von den Geheimdienstoffizieren, die bis zu fünf Jahre in der DDR blieben – länger als drei Jahre in Deutschland stationiert war. Die permanente Rotation sollte verhindern, dass Militärangehörige eine engere Beziehung zu Deutschland entwickelten. Die Familienangehörigen der Offiziere wurden so intensiv wie möglich in den militärischen Alltag einbezogen. So mussten die Offiziersfrauen am Politunterricht teilnehmen, die Kinder gingen nur in eigens für sie in den abgesperrten Städtchen errichtete Schulen und Kindergärten.

Es war geradezu widersinnig, dass die DDR-Bevölkerung jene Sowjetbürger, zu denen sie am einfachsten Kontakt und Freundschaft hätte schliessen können, so gut wie nicht zu Gesicht bekam. So absurd dies auch erscheinen mag, so logisch war das fakti-

Hinweise der Staatssicherheit an die sowjetischen Kollegen zur Nutzung der deutschen Quartiere

Liebe sowjetische Freunde,

Wir begrüßen Sie zur Dienstreise in der DDR und wünschen Ihnen und Ihren Familien einen angenehmen Aufenthalt. Das für Sie vorbereitete Quartier entspricht den Ansprüchen an modernes Wohnen und ist entsprechend den ökonomischen Möglichkeiten der DDR eingerichtet. (...) Beachten Sie bitte:

- Elektroherde und Gasherde sind zweckentsprechend einzusetzen und dienen nicht zur Beheizung der Wohnung, Reparaturen an diesen Geräten müssen durch einen berechtigten Facharbeiter ausgeführt werden. (...) Zur Erhöhung der Lebensdauer der Geräte sind diese regelmässig mit einem kratzfreien Scheuermittel zu reinigen ...
- An der vorhandenen Elektroanlage dürfen keine eigenständigen Erweiterungen ausgeführt werden. (...) Provisorische Drahtverbindungen sind nicht zulässig. (...)
- Die Sanitäranlagen wie Badewanne, Waschbecken, WC-Becken sowie Spüle bedürfen einer regelmässigen Pflege, um eine hohe Lebensdauer zu erreichen. (...)
- Überprüfen Sie beim Verlassen der Wohnung, dass alle elektrischen Geräte ausgeschaltet wurden. Sie verhindern dadurch Brände. (...)
- Die zur Verfügung gestellten Kühlschränke sind keine Tiefkühlschränke ...
- Teppiche, Läufer und Bettumrandungen reinigen Sie bitte nur mit dem Staubsauger. (...)
- Die Staubsauger sind mit Papiertüten ausgerüstet. Das Nachlassen der Saugleistung bedeutet, dass die Tüte ausgetauscht werden muss.
- Falls trotz sorgfältigen Umgangs mit den Möbeln Reparaturen notwendig sind, unternehmen Sie bitte keine eigenen Versuche. (...)
- Belehren Sie bitte Ihre Kinder darüber, Schranktüren und Wände nicht mit Aufklebern, Abziehbildern und ähnlichen Dingen zu bekleben. (...)
- Zu Einhaltung des Brandschutzes vermeiden Sie bitte den Umgang mit offenem Feuer. (...)

Wir danken für Ihr Verständnis.

BSU, MfS, VRD, Bd. 540, Bl. 2-5

sche Kontaktverbot. Denn den Sowjets wurde bis zuletzt eingeschärft, sie stünden zwar auf dem Boden eines befreundeten Landes, aber sie seien hier als Schutzmacht – und «Deutsche blieben Deutsche», denen man nicht hundertprozentig trauen könne. Und die DDR-Bürger? Ja, wer hätte die «grosse ruhmreiche Sowjetunion», das Vorbild schlechthin, weiter als solche ansehen können, hätte man auch nur einen kurzen Einblick in die Alltagswirklichkeit der sowjetischen Armee werfen können? Und was hätten die sowjetischen Offiziere und Soldaten wohl davon halten sollen, wenn sie die «Freiheit» und das «Konsumparadies» – gemessen an ihren Lebensverhältnissen war es das – in der DDR in vollen Zügen hätten geniessen können und zugleich als Sieger der Geschichte nach ein paar Monaten oder Jahren ins arme Mutterland zurückkehren mussten? Für die Abschottung der in der DDR stationierten Soldaten gab es aus der Perspektive der Armeeführung gute Gründe.

Alltag der sowjetischen Offiziere

Es gab sogar eine Anweisung, dass Kinder von Militärangehörigen, falls sie auf der Strasse angesprochen würden, egal, ob von einem Deutschen, Polen oder von welcher Nationalität auch immer, weglaufen sollten und dass die Eltern diesen Vorfall melden müssten. Es galt die Regel: «Deutsche bleiben immer Deutsche.» Sie seien zwar keine Feinde, aber man müsse ihnen gegenüber doch vorsichtig sein. Es gab auch an manchen Orten das Verbot, Gaststätten zu besuchen. Das galt gerade für Offiziere, von Soldaten konnte da ohnehin keine Rede sein. (...)

War es Offizieren erlaubt, in Zivil auszugehen?

Ausserhalb der Dienstzeit war das Offizieren erlaubt. Aber bei uns gibt es den Begriff einer eigentlichen «Dienstzeit» nicht, sie ist nicht festgelegt. Offiziell hängt in jeder Einheit ein Dienstplan aus, der aber in Wirklichkeit nur auf dem Papier steht. Insbesondere gibt es keinen festgelegten Dienstschluss, ebensowenig etwa ein gesichertes freies Wochenende. Freizeit – das bedeutet in der Praxis oft die Teilnahme an bestimmten Diensten in der Einheit, d.h., man musste in der Einheit präsent sein. Man wurde durch einfache Tricks in ständiger psychischer Anspannung gehalten, z.B., indem abends, vor der Nachtruhe, die ganze Einheit mit allen Offizieren zum Appell kommandiert wurde. Das konnte jeden zweiten Tag vorkommen, vor allem samstags und sonntags. So ein Begriff wie der eines freien Tages galt geradezu als unanständig. (...) Es gab immer irgendwelche kollektiven Veranstaltungen, z.B. Sportfeste. Die Soldaten allein dürfen so etwas nicht durchführen, also müssen alle Offiziere dabei sein. (...) Das Ziel der Führung ist es, dass ein Offizier das Gelände des Regiments Tag und Nacht nicht verlässt. (...) Die Duldung des Besitzes von Rundfunkgeräten war eine Art Belohnung. Generell galt das als Vergehen, aber wenn die Vorgesetzten guter Laune waren, konnten sie schon mal durch die Finger sehen. Bei irgendwelchen Vorfällen wurde einem das Radio weggenommen und manchmal sogar zerstört, weil es ja verboten war. Genauso wurde bei Fernsehgeräten verfahren. Die Militärbehörden waren natürlich besonders darauf erpicht, keine Kurzwellenempfänger zuzulassen, weil man damit Radio Liberty empfangen konnte. (...) Jeder Offizier war verpflichtet, bestimmte Zeitungen zu abonnieren ... Der Soldat konnte selbst keine Zeitung für sich abonnieren, das war nur im Kollektiv möglich. (...)

Wie war der Postverkehr geregelt?

Er stand vollständig unter der Kontrolle der Militärbehörden. Daraus wurde kein Hehl gemacht. Oft bekam man die Briefe geöffnet, oder sie gingen verloren. Es war ein offenes Geheimnis, dass alle Briefe gelesen wurden. (...) Über die deutsche Post etwas zu erhalten, war nicht möglich, weil wir keine Postadresse hatten. In den von sowjetischen Militärangehörigen bewohnten Stadtteilen hat die Strasse aus dem deutschen Wohngebiet keine Bezeichnung mehr, obwohl sie weiterführt. Es gab dort auch kein öffentliches Telefon ... Die Wohnungen des sowjetischen Militärs waren nur ans interne Militärnetz angeschlossen. (...) Offiziere hatten einmal im Jahr das Recht auf Urlaub von ca. 30 Tagen. (...)

Thomas Ammer: Sowjetische Soldaten in Deutschland. Interview mit einem ehemaligen Offizier der Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, in: Deutschland Archiv (1992) 5, S. 513-519

Straftaten der sowjetischen Soldaten

Angesichts des Aufenthalts von durchschnittlich einer halben Million Sowjetbürgern auf dem Gebiet der DDR ist es überhaupt nicht verwunderlich, dass von diesen Straftaten, schwere Verkehrsunfälle und andere «Vorkommnisse» verursacht wurden. Auch unter einer halben Million Deutsche liessen sich jederzeit Mörder, Verkehrsrowdys, Vergewaltiger oder Brandstifter finden. Die Straftaten der Russen aber fielen besonders ins Gewicht, weil sie zum einen vorherrschende Stereotype zu bestätigen schienen und sie zum anderen oftmals mit einer Härte vorgingen, die sich nur aus ihren eigenen Lebensumständen erklären lässt. Hinzu kam, dass von den Russen verursachte Schäden an Mensch und Sachen nur selten geahndet und gesühnt wurden, weil sich die Täterschaft nur in den wenigsten Fällen nachweisen liess bzw. weil die Täter oftmals von ihren Vorgesetzten gedeckt wurden.

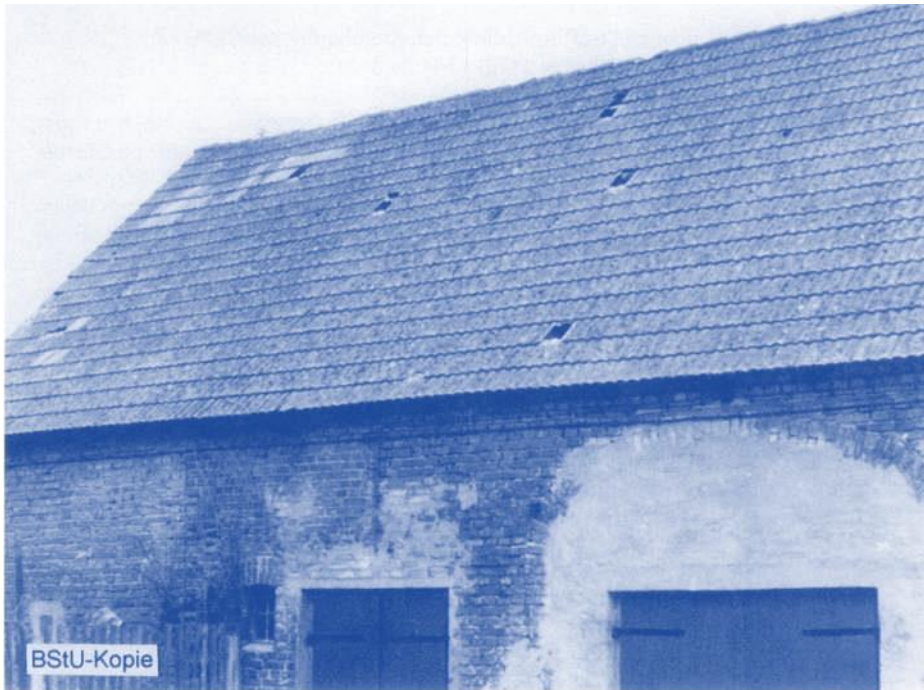
Eine genaue Statistik über die Vorkommnisse existiert nicht. Die sowjetischen Untersuchungsorgane hatten an einer solchen Erfassung kein Interesse. Die deutschen Stellen wiederum waren bis Mitte der achtziger Jahre übervorsichtig und versuchten, ihren «Freunden» nicht zu sehr auf die Füße zu treten. Die den Akten zu entnehmenden Angaben markieren untere Werte. Mehrere Straftaten und Straftäter sind oft in einem Vorgang erfasst worden, so dass beispielsweise 50 Einbrüche oder sechs Vergewaltigungen von einer Person statistisch nur als ein Vorgang ausgewiesen wurden.

In einer MfS-Übersicht von 1985 heisst es: «Besonders Vergewaltigungen wurden häufig durch Gruppentäter und unter Anwendung von Gewalt begangen. Die Diebstahls-handlungen wurden überwiegend durch Täter begangen, die sich zur Tatbegehung zusammengeschlossen hatten; bei der Tatausführung wurden ausserdem erhebliche Sachbeschädigungen durch Zerstörungen in Kaufhallen, Wohnungen und Wochenendgrundstücken verursacht. An der Begehung dieser schweren Straftaten waren auch eine Reihe von Offizieren der GSSD beteiligt. In zahlreichen Fällen, insbesondere im Zusammenhang mit Diebstählen und Sexualdelikten, wurden Militärkraftfahrzeuge benutzt. Einzelne Täter führten Schusswaffen mit.»⁶¹ Die Aufklärung der Straftaten gestaltete sich «differenziert»⁶², weil die sowjetischen Vorgesetzten und Militärstaatsanwälte die Täterschaft sowjetischer Militärangehöriger leugneten, so die Täter deckten und sie oftmals schnell in die UdSSR versetzten. Innerhalb des MfS galt die Praxis der GSSD als skandalös, und deshalb wurde 1985 erstmals erwogen, «in Verfolgung derartiger Straftaten in verstärktem Masse von der vertraglich geregelten Zuständigkeit der Organe der DDR Gebrauch zu machen. Das betrifft insbesondere den Erlass und die Vollstreckung von Haftbefehlen gegen Angehörige der GSSD.»⁶³ Zu den häufigsten Delikten in den siebziger und achtziger Jahren, nur über diese Zeit gibt es bislang aussagekräftige Unterlagen, gehören Diebstahl, auch unter Anwendung einer Waffe, schwerste Verkehrsunfälle unter Alkohol, Vergewaltigungen und Raubüberfälle.

Übersicht über erfasste kriminelle Vorgänge 1976-1989 ⁶⁴	
vorsätzliche Tötungsdelikte	51
vorsätzliche Körperverletzungen	280
Fahrlässige Körperverletzungen	40
Vergewaltigungen	782
Raubüberfälle	370
Straftaten gegen das sozialistische Eigentum	10097
Straftaten gegen privates Eigentum	9899
Rowdytum	1261
Verkehrsunfälle mit tödlich Verletzten	629
Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten	2181
Verkehrsunfälle mit hohen Sachschäden	19
unbefugte Benutzung von Kfz	1017
vorsätzliche Sachbeschädigung	461
Brandstiftungen (ohne fahrlässige Waldbrände)	125
sonstige Straftaten (etwa «Waffenverluste»)	293
Gesamt	27505

Einige «besondere Vorkommnisse» sind damals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden: So eine Schiesserei in der Berliner Friedrichstrasse am 16. Juni 1978, weil ein Fahrzeug der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in die Schusslinie geraten war und Hunderte Passanten zu unfreiwilligen Augenzeugen wurden, oder schwere Verkehrsunfälle, etwa wenn Panzer in Familienwohnhäuser fuhren, auf Bahnstrecken stehen blieben und sich deshalb folgenschwere Unfälle ereigneten,⁶⁵ oder Panzer auf Bahntransporten plötzlich ins Schlingern gerieten und die Züge zum Entgleisen brachten.⁶⁶ Aber auch das illegale Anzapfen von Telefonleitungen⁶⁷ war keine gänzlich unbekannt Straftat, wobei wohl kaum jemand ahnte, dass dies teilweise mit Duldung der Staatssicherheit geschah.

Ein besonderes Kapitel bildet der fahrlässige, zum Teil kriminelle Umgang mit Munition und Waffen durch Soldaten der Sowjettruppen. Mehrmals verursachten sowjetische Wachposten tödliche Unfälle. Sowohl Erwachsene als auch Kinder, oftmals sogar langjährige Anwohner, die sich aus Versehen zu nahe an die Sperrgebiete und Militärobjekte herangewagt hatten, wurden durch schiesswütige Posten tödlich getroffen, so geschehen etwa am 11. Juni 1987, als zwei Jugendliche in Drögen, Kreis Gransee, erschossen wurden. Noch gefährlicher aber waren die allerorten unachtsam «abgelegten» Waffen und Munitionsteile. 1985 beispielsweise sind aktenkundig über 4'400 Stück Munition Kaliber 5,4 mm bis 28 mm, 50 verschiedene Granaten, 197 Minen, 4 Handgranaten und 3 Raketen aufgefunden worden.⁶⁸ Bei Grethen im Kreis Grimma fand ein Mann Ende Januar 1987 drei Holzkisten mit über 10'000 Schuss Munition. Nur wenige Tage später stiess ein Spaziergänger bei Stern-Buchholz auf 20 scharfe Handgranaten. Im Ju-



Einschusslöcher in einem Scheunendach bei Jänickendorf durch Querschläger, April 1986.

li 1987 fand ein Einwohner im Kreis Wittstock 12 Maschinenpistolen AK 74 und 2 Panzerfäuste. Nicht immer ging der Fund folgenlos aus. Im März 1989 sind zwei Kinder tödlich und eines schwerst verletzt worden, als auf einer wilden Müllkippe eine Patrone detonierte. Nur wenige Wochen darauf, im Mai 1989, sind wiederum zwei Kinder tödlich verunglückt, als sie in Dolmar im Kreis Meiningen auf dem Truppenübungsplatz nicht beräumte Munition fanden und diese explodierte. Die Munition ist nicht immer unabsichtlich verlorengegangen. Mehrere Fälle sind verbürgt, dass GSSD-Soldaten hochexplosive Munition beiseiteschafften, damit die Statistik wieder stimmte.⁶⁹

Schliesslich wurde schon seit den fünfziger Jahren immer wieder beklagt, dass einzelne Soldaten und Offiziere Waffen und Munition deutschen Bürgern zum Kauf oder Tausch anboten. Diese Art von Waffenhandel verursachte insbesondere bei den SED-Funktionären panikartige Reaktionen, befürchteten sie doch, «dass Konterrevolutionäre sich ausrüsten könnten»⁷⁰. 1981 zum Beispiel ist einem Berliner Arbeiter und seiner Ehefrau, einer Verkäuferin, eine Maschinenpistole vom Typ «Kalaschnikow» mit Munition für 300 Mark angeboten worden.⁷¹ Einige Jahre später waren die Marktpreise offenbar gestiegen. Ein Unteroffizier verlangte nun von einem Cottbuser für einen Fallschirmjä-

Aus einer MfS-Übersicht zu Straftaten, die durch Angehörige der GSSD in den Monaten August bis Oktober 1985 verübt wurden

- Am 2. August 1985 verübte ein unter Alkoholeinfluss stehender Oberleutnant der GSSD in Ludwigslust einen Einbruchsdiebstahl, bei dem er hochwertige Stereokassettenrecorder im Gesamtwert von 4'300,- Mark entwendete und anschliessend unter Anwendung einer mitgeführten Pistole auf Angehörige der Deutschen Volkspolizei und ihn auf frischer Tat verfolgende Bürger schoss, um sich seiner Festnahme zu entziehen,
- am 16. August 1985 verursachte ein Soldat der GSSD mit einem Militärkraftfahrzeug im Kreis Liebenwerda schuldhaft einen schweren Verkehrsunfall, bei dem zwei Bürger der DDR getötet und zwei weitere schwer verletzt wurden,
- in den Nachmittagsstunden des 28. August 1985 wurde eine Bürgerin der DDR während der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit auf einer Obstplantage bei Naumburg von zwei Angehörigen der GSSD körperlich misshandelt und vergewaltigt, (...)
- im Kreis Halberstadt drang in den Abendstunden des 12. September 1985 ein Soldat der GSSD über eine Leiter in die in der 1. Etage gelegene Wohnung einer DDR-Bürgerin (21), im 9. Monat schwanger, ein und brachte ihr nach seiner Entdeckung mit einem Messer Stichwunden am Hals bei
- am 13. September 1985 vergewaltigte ein Soldat der GSSD in Karl-Marx-Stadt eine Bürgerin (34) und beging am 18. 9. 1985 eine versuchte Vergewaltigung sowie einen Raub an einer weiteren DDR-Bürgerin (40), am 24. September 1985 überfielen zwei Fähnriche der GSSD sowie ein weiterer Bürger der UdSSR in Schleiz einen DDR-Bürger (19), versetzten ihm mehrere Faustschläge und Fusstritte und raubten ihm eine Brieftasche mit 830,- Mark sowie eine Armbanduhr, (...)
- am 30. September 1985 wurde in Burg eine Bürgerin der DDR (20) durch einen Oberleutnant der GSSD überfallen, körperlich misshandelt und anschliessend vergewaltigt, (...)

ger-Tarnanzug 200 Mark, für ein Seitengewehr 400 Mark und für eine Pistole 1'000 Mark.⁷² Der Unteroffizier konnte offenbar mehrere Monate sein Unwesen treiben, denn wie aus einem anderen Bericht hervorgeht, verkaufte er seit 1984 Waffen und Munition. Und noch im Januar 1986 schenkte er einem IM des MfS, ohne dass dieser eine Gegenleistung aufbringen musste, eine Handgranate, eine Stange TNT-Sprengstoff sowie zwölf Patronen.⁷³

Der Leichtsin im Umgang mit Waffen und Munition trieb noch weitere Blüten. Ortschaften, die in der Nähe von Truppenübungs- und Schiessplätzen lagen, waren permanent der Gefahr von Querschlägern ausgesetzt. In Dolle, Kreis Tangerhütte, in der Nähe des Schiessplatzes Hillersleben, durchschlugen Signalaraketen gleich mehrmals mehrere Wände und Dächer.⁷⁴ Stülpe, Liessen und Jänickendorf etwa, Dörfer im Dreieck Luckenwalde, Jüterbog und Baruth, wo die sowjetischen Streitkräfte einen grossen Schiessplatz unterhielten, waren jahrelang vom Einschlag von Minen, Granatsplittern und anderer Munition gebeutelt. Ihre Häuser und Gehöfte trugen ständig neue Einschusslöcher, einige Einwohner sind durch explodierende Granaten verletzt worden. Durch die Zerstörung der Trafo-Station fiel im April 1986 in der gesamten Umgebung

- am 10. Oktober 1985 wurde eine Bürgerin der DDR (28) in Mühlhausen auf offener Strasse durch einen GSSD-Angehörigen in russischer Sprache angesprochen, von hinten umklammert und unter Bedrohung mit einem Messer, dessen Klinge der Täter an den Hals der Geschädigten hielt, zur Duldung sexueller Handlungen genötigt. Dabei erlitt die Bürgerin Schnittverletzungen am Hals,
- am 11. Oktober 1985 schlug ein unter Alkoholeinwirkung stehender Oberleutnant der GSSD in Gräfenhainichen nach Verlassen einer Gaststätte grundlos auf mehrere Bürger der DDR ein und verletzte danach einen Angehörigen der Deutschen Volkspolizei durch Faustschläge am Kopf, um sich seiner Festnahme zu entziehen,
- am 12. Oktober wurde eine Bürgerin der DDR (19) in Riesa durch 6 Angehörige der GSSD überfallen und körperlich misshandelt sowie anschliessend durch 4 Täter vergewaltigt, (...)
- in den Monaten September und Oktober 1985 entwendeten mehrere Angehörige der GSSD bei wiederholten Einbrüchen in einem volkseigenen Betrieb im Bezirk Halle insgesamt 84 Rollen Aluminiumband und verursachten dadurch einen Sachschaden in Höhe von ca. 104'000,- Mark; am 7. Oktober 1985 wurden auf dem gleichen Betriebsgelände 5 Angehörige der GSSD, Garnison Halle-Wörlitz, bei dem Versuch, erneut Aluminiumband zu stehlen, von der Volkspolizei auf frischer Tat gestellt,
- am 19. Oktober 1985 wurde eine Bürgerin der DDR (47) in Wünsdorf durch 2 Angehörige der GSSD vom Fahrrad gerissen und in das von beiden benutzte GAS-Kübelfahrzeug gezerrt, wo sie die Beschädigte gewaltsam zu entkleiden versuchten. Aufgrund ihrer Gegenwehr wurde ihr der Mund zugehalten und nach ca. 30 Minuten Fahrzeit wurde sie in einem Waldgelände auf die Erde geworfen und danach von beiden Tätern vergewaltigt.

BStU, MfS, HA IX, Bd. 16153, Bl. 193-196

der Strom aus.⁷⁵ In anderen Orten – wie in Gossel bei Ohrdruf – wurde die Kirchturmspitze weggeschossen, oder es kam, wie am 25. Juni 1984 in Schwerin, zu einer «mehrstündigen Explosion eines Munitionsdepots»⁷⁶. Im Bezirk Potsdam musste allein im ersten Quartal 1988 verzeichnet werden: ein Bombenfehlwurf mit anschliessender Detonation in unmittelbarer Nähe einer Strasse; das Einschlagen von zwei Granaten auf freiem Feld in Felgentreu, Kreis Luckenwalde; mehrmaliges Einschlagen von Projektilen in Potsdam, Kirschallee; Auffinden von Artilleriegranaten, Kartuschen und Sprengstoffen in einem Waldgebiet im Kreis Gransee.⁷⁷

Zu den weiteren Belastungen gehörte eine Vielzahl durch GSSD-Angehörige verursachte Waldbrände. Vom 17. April bis 29. Mai 1988 zählte die Stasi davon allein 57.⁷⁸ Besonders betroffen waren die Bezirke Magdeburg und Potsdam, aber auch Frankfurt/O. und Neubrandenburg. Häufigste Ursachen waren ungenügend gesicherte Kochstellen, Lagerfeuer, Leuchtpurmunition, Schiessübungen, Fehlwürfe und Funkenflug von schwerer Technik.⁷⁹ Die Waldbrände verursachten Schäden in Millionenhöhe. In Geld kaum aufzurechnen war die Umweltverschmutzung durch die GSSD-Truppen. Biotope

MfS-Bericht über Grundwasserverunreinigungen im Bereich des Wasserwerkes Rathenow (April 1988)

Die Kreisstadt Rathenow mit ca. 27 000 Einwohnern wird fast ausschliesslich durch das im Norden der Stadt gelegene Wasserwerk mit Trinkwasser versorgt. Im Jahre 1987 wurde mehrfach festgestellt, dass Militärangehörige der GSSD im Einzugsgebiet des Wasserwerkes Rathenow (Schutzzone III) illegal Dieselöl abgelassen sowie Schrott und Müll deponiert und damit eine Verunreinigung des Grundwassers verursacht haben. (...) Auf dem westlich des Wasserwerkes Rathenow im Einzugsgebiet (Schutzzone III) gelegenen Objekt eines Panzertruppenteils der GSSD wird das Grundwasser seit Jahren mit verschiedenen Schadstoffen kontaminiert. Als Wasserschadstoffe wurden im Grundwasser Mineralölprodukte, Säuren, Schwermetalle, Phosphat, Chlorid, Sulfat, Ammonium, Nitrit und Nitrat festgestellt. Genannte Schadstoffe haben die in derTGL 22433 festgeschriebenen Grenzwerte für Trinkwasser überschritten. Die Feststellung einer bakteriellen Belastung der westlichsten Einzugsgebiete des Wasserwerkes verschärft die Situation noch zusätzlich. (...) Diese seit mehreren Jahren vorhandenen Ursachen führten zur Bildung einer festgestellten Kontaminationsfront von etwa 400 bis 500 m Breite. Diese Front bewegt sich entsprechend hydrodynamischer Gesetze pro Tag etwa 0,25 m aus Richtung GSSD-Objekt kommend auf die Wasserfassungsanlagen des Wasserwerkes Rathenow zu und wird diese in etwa 2 bis 3 Jahren erreicht haben. (...) Es wird empfohlen, das Oberkommando der GSSD in Wünsdorf direkt über die Gefährdung der Trinkwasserversorgung in Rathenow zu informieren und die Erteilung der Baugenehmigung für eine Sperrfassung im Objekt Rathenow-Nord durch das Oberkommando der GSSD zu erwirken.

BStU, MfS, HA VU, Bd. 1814, Bl. 77-83

wurden zerstört, Tausende Hektar mit Altöl und anderen Schadstoffen kontaminiert, Grundwasser verseucht, Müll abgeladen, wo es gerade beliebte. Im Bezirk Potsdam funktionierten 1988 von 37 Kläranlagen der GSSD 11 nicht.

Die Bevölkerung der DDR reagierte auf diese Zumutungen mehrheitlich so, wie sie immer reagierte: gar nicht, oder besser: öffentlich nicht wahrnehmbar. Das hatte natürlich vor allem damit zu tun, dass bis zur Mitte der achtziger Jahre das Treiben der Sowjets durch die SED, die Volkspolizei und das MfS in keiner Weise eingeschränkt oder auch nur hinterfragt wurde. Die «Freunde» machten alles richtig. Dass es aber unter der Oberfläche brodelte, war kein Geheimnis. Am 20. Mai 1971 sprach eine Frau zwei Sowjetsoldaten auf der Strasse in Stendal an, um sich nach etwas zu erkundigen. Eine Freundin beobachtete dies, rannte in die nahegelegene Wohnung, wo sich eine Geburtstagsgesellschaft aufhielt, und berichtete, die Freundin würde von zwei Russen vergewaltigt. Zwei Männer, darunter der Ehemann der angeblich Vergewaltigten, rannten hinunter und stachen beide Soldaten, einen Oberleutnant und einen Sergeanten, mit Messern nieder. Bei einem bestand akute Lebensgefahr.

Die Täter erwiesen sich als ideologisch gefährlich – fand das MfS doch ein vollständiges, eigenhändig aufgeschriebenes Fernsehprogramm des ZDF.⁸⁰ Auch als im Mai



Illegale Müllkippe der sowjetischen Streitkräfte bei Magdeburgerforth-Schopsdorf Kreis Burg, Juni 1985.

1973 fünf Jugendliche in Motzen zwei sowjetische Zivilangestellte brutal überfielen und niederschlugen, konstatierte das MfS, die Täter seien eifrige Hörer westlicher Fernseh- und Rundfunksender. Sie hätten aus Hass gehandelt, wobei sie eigentlich in ihren Opfern MfS-Mitarbeiter vermuteten. Als sich jedoch herausstellte, dass die vermeintlichen MfS-Mitarbeiter sowjetische Bürger waren, hinderte das die Täter nicht am Weiterschlagen, weil sie auch «die Russen» hassten.⁸¹ Glimpflicher kamen Soldaten in gepanzerten Fahrzeugen davon, so etwa im August 1984, als zwei Panzerkolonnen in Röderau, Kreis Riesa, von mehreren Jugendlichen mit Steinen bombardiert wurden.⁸² Als Motiv gaben die Täter das Verhalten der Russen im Verkehr und die von ihnen verursachten Verkehrsunfälle an.

Immer wieder kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, weil Deutsche den Russen vorwarfen, dass sie ihnen alles wegkaufen würden. Mit «berechtigter» Kritik, solange sie an die «richtigen» Stellen herangetragen wurde, gingen SED und MfS oftmals nachsichtig und verständnisvoll um. Wenn wegen der sowjetischen Truppen etwa Versorgungslücken drohten, versuchte man «unbürokratisch» Abhilfe zu leisten, damit sich die Unruhe in der Bevölkerung nicht verschärfte.

In den achtziger Jahren hat die SED sogar auf Eingaben reagiert, die den Lärm auf Truppenübungs- und Schiessplätzen betrafen. Auf dem Truppenübungsplatz Königs-

brück etwa fanden allein im April 1988 fünf Nachtschiessen statt, so dass die anliegende Bevölkerung nicht schlafen konnte und demzufolge am nächsten Tag müde und unkonzentriert auf der Arbeit oder in der Schule erschien. Wolfgang Herger, Chef für Sicherheitsfragen im ZK der SED, setzte sich persönlich bei der GSSD dafür ein, die Nachtübungen einzuschränken.⁸³ Und selbst als Ende April 1989 40 Bürger und Bürgerinnen aus Werneuchen und Hirschfelde wegen des unerträglichen Fluglärms und der Detonationsgeräusche ihre Wahibenachrichtungskarten für die bevorstehenden Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 aus Protest zurückgaben, brachte die Parteispitze ein gewisses Verständnis auf.⁸⁴

So wie die Delikte der Sowjetsoldaten zum Alltag der «Freundschaftsbeziehungen» gehörten, zählten Straftaten gegen die Besatzer oder auch mit ihnen zusammen zum Alltag. Die Staatssicherheit rechnete zum Beispiel vom 1. Januar bis 31. August 1984 insgesamt 83 eingeleitete Ermittlungsverfahren, u.a. gegen drei Bundesbürger, zu den strafbaren Handlungen gegen die GSSD.⁸⁵ Darunter befanden sich fünf Personen, die der Spionage verdächtigt wurden, sechs, die gegen Soldaten tötlich vorgegangen waren, weitere sechs, die Gold, Uniformen und Benzin «zu spekulativen Zwecken» von GSSD-Angehörigen, und vier, die Waffen und Munition gekauft hatten. Schliesslich ist die Masse aber belangt worden, nämlich 61 Personen, weil sie «gehetzt» und öffentlich «herabgewürdigt» hätten. «Sie haben mündlich bzw. mit Losungsschmierereien, Flugblättern, Plakaten, Schreiben an staatliche Organe der DDR und Verbreiten antisowjetischer Schriften den Abzug der GSSD gefordert (7 Personen); Angehörige der GSSD beleidigt (6 Personen); die Freundschafts- und Bündnisbeziehungen zur UdSSR diskriminiert (4 Personen); die Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen abgelehnt und die Verteidigungspolitik verleumdet (39 Personen); der UdSSR die Verletzung von Menschenrechten unterstellt (5 Personen).»⁸⁶ In Dresden und Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) sind im Februar/März 1984 rund 700 Flugblätter («Russen raus») verbreitet worden.⁸⁷ Gegen diese «Täter» wurden Höchststrafen verhängt, während etwa ein «gesellschaftlich aktiver Bürger», ein Jäger aus dem Bezirk Magdeburg, der am 17. April 1984 gezielt auf ein GSSD-Fahrzeug schoss und dabei einen Soldaten tödlich verletzte, mit einer Freiheitsstrafe von drei Jahren davonkam. Ihm sagte man freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion nach. Er war mit GSSD-Angehörigen öfters gemeinsam zur Jagd gegangen und offenbar ein guter Genosse, der «aus spontaner Verärgerung über sich häufende Wilddiebereien» kurzerhand geschossen hatte.⁸⁸ Das konnte passieren, ein Kavaliersdelikt. Den Abzug der SS-20 dagegen zu fordern, kam einem Staatsverbrechen gleich.

Neue Beziehungen im Zeichen von Glasnost und Perestroika

Die bestehenden Abkommen zwischen der UdSSR und der DDR, die den Aufenthalt der sowjetischen Armee betrafen, erwiesen sich in der Praxis als unwirksam. Die vereinbarten Regeln des Umgangs fanden keine praktische Anwendung, weil sich die sowjetische Armee als Besatzungsmacht gebärdete und weil die ostdeutsche Seite demutsvoll, ja voller Angst alles widerspruchslos akzeptierte, was die sowjetische Armee unternahm. Dies bewirkte, dass SED, Volkspolizei und MfS mindestens öffentlich bei «besonderen Vorkommnissen» die Schuld zumeist den beteiligten Ostdeutschen zuschoben oder aber sehr schnell die Ermittlungen einstellten.

1973 beschäftigte sich erstmals ein Lehrgang von Untersuchungsrichtern des MfS, der Volkspolizei und der NVA mit dem Problem und dem Umgang mit Straftaten sowjetischer Bürger in der DDR. Dabei machte der Hauptreferent deutlich, dass die Abkommen zwar deutlich festlegten, wann die deutschen Organe befugt seien, einzuschreiten und zu ermitteln. Im Sinne des «Internationalismus» und der «allseitigen Integration» sei es aber sinnvoll, an der bisherigen Praxis festzuhalten.⁸⁹ Und dies bedeutete: die deutschen Organe überliessen die Ermittlungen weitgehend den sowjetischen Militärstaatsanwaltschaften.

Ein erstes Ermittlungsverfahren gegen einen sowjetischen Soldaten leitete die DDR-Justiz am 16. Juni 1978 ein, 21 Jahre nach Inkrafttreten des Stationierungsabkommens, in dem dieses Recht verbrieft war.⁹⁰ Der Soldat Abubakirov hatte an der Ecke Friedrichstrasse/Unter den Linden im Zentrum Berlins eine bedrohliche Schiesserei provoziert. Später wurde er von einem sowjetischen Militärgericht zu zehn Jahren Haft verurteilt. Im Oktober 1978 wurde der erste Haftbefehl gegen einen sowjetischen Bürger durch deutsche Organe erlassen. Ein Zivilangestellter hatte am 7. Oktober 1978 in Gera einen Algerier erstochen.⁹¹

Ab 1984 begann das MfS, seinen Umgang mit der GSSD vorsichtig zu ändern. Der Druck aus der Bevölkerung wuchs offenbar, und vor allem stiegen die Unfalls- und Kriminalitätsraten weiter stetig an. Im April 1983 sprach MfS-Chef Mielke mit Oberbefehlshaber Michail Seizew über die Zurückdrängung von GSSD-Straftaten. «Im Ergebnis des Gesprächs trat keine Verbesserung der Lage ein.»⁹² Auch in den folgenden Monaten bis Ende 1984 sind mehrmals Gespräche auf höchster Ebene geführt worden – alle folgenlos. Die Russen liessen verlautbaren, dass die «Sonderabteilungen der GSSD auch in Zukunft, wie sie es in der Vergangenheit getan haben, Hilfe und Unterstützung leisten»⁹³ werden.

Innerhalb des MfS, der DDR-Militärstaatsanwaltschaft und der Volkspolizei wuchsen der Ärger und Unmut. Immer stärker drangen sie auf eigenständige Untersuchungen, zumal deutlich wurde, dass viele sowjetische Kommandeure überhaupt nicht wussten, was in den bilateralen Abkommen bezüglich des Umgangs mit Straftätern vereinbart worden war. Offenbar hielt die sowjetische Seite ihre Offiziere darüber absichtsvoll im Unklaren.⁹⁴

Sehr kritisch vermerkten Mitarbeiter der Militärstaatsanwaltschaft und des MfS, dass die DDR-Organen bisher bei der Verbrechensprävention und -aufklärung, sofern es um GSSD-Angehörige ging, absolut unzulänglich, ja geradezu fahrlässig gehandelt hätten. Um diesen Zuständen zu begegnen, erliess das Ministerium des Inneren der DDR neue Bestimmungen über den Umgang mit Straftätern und Verkehrsrowdys aus den Reihen der GSSD.⁹⁵ Diese waren nunmehr strikt an die vertraglich vereinbarten Regelungen gebunden und sollten die Mitarbeiter der Kriminalpolizei ermuntern, ihre Rechte auch notfalls gegen die «Freunde» durchzusetzen. Zwar stärkten solche Vorschriften die Mitarbeiter vor Ort. Diese aber hätten nur effektiver arbeiten können, wenn die sowjetische Besatzungsmacht die Vereinbarungen eingehalten hätte.

Es ist kein Zufall, dass sich die Haltung der DDR gegenüber den Straftaten von Angehörigen der sowjetischen Armee ab 1985/86 veränderte. Zum einen hatte der Amtsantritt Michail Gorbatschows auch auf den inneren Zustand der Armee allmähliche Veränderungen bewirkt, die aus militärischer, disziplinarischer Sicht keineswegs nur positive Wirkungen zeitigten. Dies war in der GSSD/Westgruppe in einem besonderen Masse gegeben, da schnell deutlich wurde, dass Gorbatschows Politik in letzter Konsequenz den Aufenthalt sowjetischer Truppen im Ausland in Frage stellte. Zum anderen aber demonstrierten die SED-Funktionäre ein neues Selbstbewusstsein und eine gewisse überhebliche Distanz gegenüber den «Freunden». Galt bislang, dass der Russe niemals Schuld hatte, so galt ab 1985/86 bei Verkehrsdelikten und anderen Vorkommnissen die umgekehrte Regel.

Zu einem ersten selbstbewussten Auftreten der DDR-Führung kam es bereits Anfang der achtziger Jahre. 1982 hatten die DDR und die UdSSR einen Vertrag über den Bau des Fährhafens Mukran auf Rügen abgeschlossen, in dem von regelmässigen Militärtransporten nicht die Rede war. Am 29. Januar 1985 forderten die Russen erstmalig, den Hafentbau stärker auf militärische Erfordernisse hin auszurichten und für eine operative Gruppe der GSSD Unterkünfte und Militärobjekte zu schaffen (Wohnhäuser mit jeweils 24 Wohnungen, Kasernen, Dienstgebäude, Gelände von 6-8 Hektar). Es geschah das Unmögliche: Das Politbüro, die NVA, das MfS, der örtliche Rat und die Staatliche Plankommission verweigerten die Umsetzung und beriefen sich auf den Vertrag. Sie boten Alternativen an. Ihnen ging es vor allem darum, den Hafen in der Hand zu behalten. Fast zwei Jahre dauerten die Auseinandersetzungen, bis die DDR-Seite endlich nachgab.⁹⁶

Im März 1988 kam es in Frankfurt/O. zu einem Treffen der Schutz- und Sicherheitsorgane des Bezirkes Frankfurt/O., der SED-Bezirksleitung und des Militärstaatsanwalts mit etwa 150 hochrangigen Vertretern der GSSD.⁹⁷ Solch ein Treffen auf Einladung der deutschen Seite hatte es bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht gegeben, vor allem nicht zum Thema Verbrechen und Straftaten durch GSSD-Angehörige und -Einheiten.⁹⁸ Den

Aus einem Vermerk über ein informelles Gespräch beim Militär-Oberstaatsanwalt zur Verfolgung von Straftaten von GSSD-Angehörigen, 27. Juli 1984

Diebstähle von Lebensmitteln, Obst und Gemüse aus Lagern, Mieten oder Transportbereitstellungen sowie von Baumaterialien, Batterien, Werkzeug und Reifen von Erntemaschinen, Traktoren oder Anhängern werden z.T. von Vorgesetzten befohlen und beaufsichtigt. Gesteht die GSSD die Täterschaft für solche Diebstähle ein, wird das Diebesgut stets von der GSSD behalten; es erfolgt nur ein Ersatz in Geld, der den Geschädigten häufig wenig nutzt. Bestreitet die GSSD die Begehung von Straftaten, unterbleibt seitens der DDR die Täterschaft von GSSD-Personen weiter zu verfolgen. Es gibt sowjetische Truppenteile, die kategorisch die Begehung jeder Straftat durch Angehörige dieser Einheiten bestreiten. In Verkehrsstrafsachen ... wird in 70 Prozent der Fälle ohne nähere Erklärung schuldhaftes Handeln von GSSD-Personen bestritten. (...) Das Betreten von GSSD-Objekten bestimmen die jeweiligen Kommandeure. Sie verweigern mitunter selbst sowjetischen Militärstaatsanwälten das Betreten solcher Objekte. (...) Sowjetische Kfz benutzen mitunter mehrere Kennzeichen. Ob sie alle erfasst sind und die Zeit ihrer Führung genau vermerkt wird, ist nicht bekannt. Die GSSD hat die Existenz zweifelsfrei erkannter Kfz-Kennzeichen schon bestritten. (...) Die Militärstaatsanwaltschaft der GSSD ist von ihrer Stärke her nicht in der Lage, die von GSSD-Personen begangenen Straftaten zu untersuchen. (...) Die GSSD ist vertraglich nicht verpflichtet, der DDR mitzuteilen, was aus übergebenen Straftaten bei ihr geworden ist. (...) Das Vorgehen gegen Straftaten und andere Rechtsverletzungen durch GSSD-Personen wird von der DDR bisher sehr nachsichtig behandelt, das inspiriert zwangsläufig zur Ausdehnung kriminellen Handelns durch GSSD-Personen.

BStU, MfS, HA IX, Bd. 16153, Bl. 218-221

anwesenden sowjetischen Offizieren war Glasnost mittlerweile wenigstens vom Hörensagen her bekannt, aber dass sie von der DDR kritisiert und zu entschlossenerem Handeln aufgefordert wurden, stellte die bisherigen Umgangsformen auf den Kopf.

Wie genau die DDR-Führung verstanden hatte, was Gorbatschow mit Perestroika meinte, zeigte sich Ende der achtziger Jahre. Zwar liess sie es an Glasnost fehlen, aber immerhin demonstrierte sie gegenüber den Sowjets, wenn schon nicht gegenüber der eigenen Bevölkerung, dass sie lernfähig war, wobei sie sich sogar auf Ausarbeitungen des Klassenfeindes stützte.» Im Mai 1988 bestätigte der Ministerrat der DDR eine Analyse des Stationierungsabkommens von 1957 und seiner Folgedokumente, die die gesamte Praxis des Aufenthalts der GSSD in Frage stellte.¹⁰⁰ Das SED-Politbüro hatte im Oktober 1987 beschlossen, eine solche Analyse anfertigen zu lassen, an der 19 Ministerien und zentrale Staatsorgane beteiligt waren.¹⁰¹ Die Ergebnisse waren bestürzend: mit einer Ausnahme sei die DDR niemals in Sachen Baumassnahmen der GSSD konsultiert worden; ihr Status sei «nicht klar definiert»¹⁰² und ihre Aufgaben durch alliierte Vereinbarungen deutlich eingegrenzt; es gebe keine Vereinbarung über Manöversperrgebiete, die vereinbarte Übergabe von Sperrgebieten sei nicht erfolgt; die Souveränität der DDR



Ohne Rücksicht auf die Umwelt wurden durch viele Wälder kilometerlange Panzerstrassen geschlagen, hier im Revier Cosel, Kreis Kamenz.

über ihren Luftraum werde von der GSSD nicht anerkannt; der gesamte Grenzverkehr, der Grenzübertritt sowjetischer Personen sei nicht ausreichend geregelt, wodurch massenhafte Verstöße gegen Zollvorschriften u.a. aufträten; Militärflugplätze würden überhaupt nicht kontrolliert; die Rechtshilfeabkommen seien vom Papier her ausreichend, aber in der Praxis würden sie de facto von sowjetischer Seite boykottiert; Fragen des Brandschutzes seien überhaupt nicht geregelt; Übersichten über genutzte Liegenschaften und Forstflächen fehlten; die der GSSD überlassenen Wohnobjekte geben wegen ihres Erscheinungsbildes Anlass «zu vielen Beschwerden»¹⁰³; die Lärmbelästigungen seien teilweise unerträglich; u.a.m. Es folgte eine Vielzahl weiterer ökonomischer, ökologischer, sozialer und finanzieller Probleme. War auf der einen Seite festzustellen, dass es keine Schwierigkeiten mit den an rund 80 Standorten befindlichen Fernsehempfangsanlagen und den Mieten für den Rundfunksender «Wolga» gab,¹⁰⁴ musste auf der anderen Seite bemängelt werden, dass häufig Funkstörungen auftraten. So fiel im März 1988 bei über 100'000 Fernsehempfängern im Bezirk Magdeburg 14 Tage lang der Empfang aus, weil die GSSD sich nicht ans «Frequenzabkommen» hielt. Besonders kritisch vermerkte das Papier, dass die sowjetischen Truppen «äusserst mangelhaft und umweltbelastend» mit Abwasser umgingen.¹⁰⁵ Positiv vermerkten die Beobachter wiederum, dass entgegen den Vereinbarungen die sowjetischen Geschäfte für die DDR-Bevölke-



Grosse Gebiete der DDR waren als militärische Speergebiete gekennzeichnet und für die Bevölkerung unzugänglich.

zung zugänglich seien und sich zum Teil sogar ausserhalb der Kasernenkomplexe befänden. «Die Schliessung dieser Läden sollte nicht gefordert werden.»¹⁰⁶

Die Analyse zog weitere Beschlüsse nach sich. So ist Verteidigungsminister Kessler intern als Beauftragter der DDR-Regierung für die sowjetischen Truppen eingesetzt worden, eine Funktion, die es laut Stationierungsabkommen in der DDR nicht gab.¹⁰⁷ Bei einigen Abkommen, die bislang geheim waren, wurde der VS-Charakter gestrichen und der Wortlaut allen Staatsorganen bis auf Kreisebene zugänglich gemacht, damit diese entsprechend verfahren und mit den Russen nach den festgelegten Massgaben umgehen konnten.¹⁰⁸ Investitionen, Baumassnahmen und andere materielle Leistungen ausserhalb bestätigter Pläne wurden unverzüglich untersagt.¹⁰⁹ Ausserdem sind fast sämtliche Ministerien und zentrale Staatsorgane angewiesen worden, entweder bestehende Verträge zu überarbeiten oder aber überhaupt Vertragsentwürfe vorzulegen. Im August/September 1989 sind sogar Vertragsentwürfe vorgelegt worden, die etwa die Übergabe von Objekten und Liegenschaften seitens der GSSD an die DDR regeln und vor allem entsprechend dem Geist des Stationierungsabkommens festschreiben sollten, wie mit den verkommenen Häusern finanziell umgegangen werden sollte.¹¹⁰

Wie die sowjetische Führung und die GSSD auf die Vorstösse der DDR-Regierung reagierten, ist in den deutschen Unterlagen kaum dokumentiert. Aus einem Gesprächs-

vermerk zwischen dem für die Aussenbeziehungen zuständigen Politbüromitglied Hermann Axen und Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow vom 29. Juni 1989 wird lediglich deutlich, dass die Rollenverteilung in diesen Gesprächen noch immer stimmte. Einer Anlage ist zu entnehmen, dass die «Freunde» die meisten Vorschläge – es ist nicht klar, welche genau – der Deutschen «prüfen» würden.¹¹¹ Letztlich stand die GSSD den neuen Bemühungen der DDR ziemlich hilflos, ja, achselzuckend gegenüber.

Um eine höhere Sicherheit für die Bevölkerung zu garantieren, konstituierte sich auf Anordnung der Parteiführung am 24. Juli 1987 beim MfS die Arbeitsgruppe «Sperrgebiete». Diese Arbeitsgruppe stand unter Aufsicht des MfS und sollte sich zu einem späteren Zeitpunkt aus Vertretern der GSSD, des Ministeriums für Nationale Verteidigung, der Staatssicherheit und des Innenministeriums zusammensetzen.¹¹² Gleichzeitig wurden in allen Bezirken Unterarbeitsgruppen gebildet, die vor Ort erkunden sollten, ob die GSSD entsprechend den früher ausgehandelten Vereinbarungen ihre Sperrgebiete (Nutzungsgebiete) mittels Schildern gekennzeichnet habe und inwiefern die GSSD unberechtigterweise Gebiete nutze. Aus der Bevölkerung war immer wieder Unmut über diese Verhältnisse geäußert worden. In der oppositionellen Untergrundzeitschrift «Arche Nova» Nr. 1 erschien sogar ein Beitrag, in dem der Autor berichtete, wie er, nachdem sowjetische Panzer eine Heidelandschaft verwüstet hatten, zum Stadtkommandanten von Halle ging und bei diesem protestierte. Nicht nur, dass der Autor bis zu diesem gelangte, dieser hörte sich auch alles ruhig an, entschuldigte sich und versprach, dass er sich in Zukunft bemühen werde, so etwas zu vermeiden!¹¹³

Das MfS begründete die Einsetzung dieser Arbeitsgruppe zwar mit der Sicherheit der Bewohner, der wachsenden Spionage durch die Alliierten und der steigenden Kriminalität seitens GSSD-Angehöriger, aber es war auch hier kein Zufall, dass sich die DDR erst in der Gorbatschow-Ära an solche heiklen Themen heranwagte. Aus den Bezirken meldeten die Leiter der örtlichen Arbeitsgruppen durchweg, dass die GSSD weit aus mehr Räume nutze, als ihr zustehe, allerorten die Abschirmung mangelhaft und die Ausschilderung katastrophal sei. In vielen Bezirken weigerte sich die GSSD, an den Sitzungen teilzunehmen, in einigen funktionierte die Zusammenarbeit hervorragend. Aus Leipzig musste gemeldet werden, dass nur ein «Bruchteil» der genutzten Flächen der GSSD vertraglich zustehe.¹¹⁴ Ähnliches vermeldete der Leiter aus Frankfurt/O.: In diesem Bezirk beanspruchte die GSSD 116 Gebiete, von denen nur 9 als Sperrgebiete registriert seien; und 89 Gebiete «unberechtigt» als Übungsplätze und Ausweichräume.¹¹⁵ Wie gefährlich dies für die Bevölkerung werden konnte, zeigt ein Beispiel: In den Kreisen Torgau und Oschatz nutzte die GSSD ohne jede Vereinbarung und ohne es als Sperrgebiet deklariert zu haben ein 330 Hektar grosses Areal als Bombenabwurffläche. Immer wieder kam es hier zu «schwerwiegenden Vorkommnissen» (Fehlabbwürfe, Flugzeugabstürze, Munitionsverluste), was den Berichterstattern erwähnenswert erschien, «weil sich ein Teil dieser Vorkommnisse im Gefahrenbereich des ca. 8 km ent-

fernt liegenden, vom Ministerrat bestätigten Standort für das neu zu errichtende Kernkraftwerk ereigneten»¹¹⁶.

Noch vor dem Zusammenbruch der DDR wandte sich Verteidigungsminister Kessler an den Oberkommandierenden Boris Snetkow und teilte ihm u.a. mit, dass von der GSSD in der DDR etwa 330 Gebiete «ohne Abstimmung mit dem zuständigen zentralen Organ der DDR unberechtigt genutzt werden»¹¹⁷. Wie und ob Snetkow reagierte, ist nicht bekannt. Wenige Monate später begann der Zerfall der DDR.

Armee an der Nahtstelle des Kalten Krieges

Die sowjetischen Truppen in den Krisen des Sowjetblocks

Deutschland in Zeiten der Blockkonfrontation

Die Eintracht der Sieger über Hitlerdeutschland dauerte nicht lange. Ursache hierfür waren sowohl machtpolitische Gegensätze als auch die unüberwindliche ideologische Kluft zwischen Sowjetsystem und den durch Liberalismus, Demokratie und freie Wirtschaft geprägten Westmächten. Es entwickelte sich jene bipolare Weltordnung, in deren Kräftefeld sich alle politischen Konflikte bis 1989 abspielten. Zwischen den beiden Grossmächten herrschte ein Zustand, der oft als «Kalter Krieg» bezeichnet wurde. Der Beginn dieses globalen Konfliktes wird von den Historikern unterschiedlich datiert. Im Jahr 1948 war er mit der kommunistischen Machtergreifung in Prag, der Berlin-Blockade und der sich abzeichnenden Teilung Deutschlands in jedem Fall voll entbrannt. Er erreichte mit dem Mauerbau am 13. August 1961 und der Kuba-Krise im Oktober 1962 seinen Höhepunkt. Mit der beginnenden Entspannungspolitik der sechziger und siebziger Jahre wurde in der Publizistik gelegentlich das Ende des Kalten Krieges verkündet. Doch war dies wohl eine Illusion. Mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan zur Jahreswende 1979/80 und der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa erhielt der Ost-West-Konflikt eine neue Brisanz, die viele Beobachter von einem «neuen Kalten Krieg» sprechen liess. Im Rückblick wird man sagen können, dass die Periode von 1946 bis 1989 durch einen instabilen Zustand gekennzeichnet war, den man «Gleichgewicht des Schreckens» genannt hat – eine fast fünfzigjährige Gratwanderung am Rande des atomaren Infernos mit zahllosen regionalen Konflikten: Geprägt durch eine permanente Hochrüstung und innere Militarisierung besonders des Sowjetblocks, durch gezielte Versuche der Einflussnahme auf innere Vorgänge im gegnerischen Lager, aber auch durch eine gewisse Akzeptanz der in Jalta festgeschriebenen Aufteilung der Machtsphären. Dies liess die USA während der ungarischen Revolution 1956, nach dem Mauerbau 1961, angesichts der Intervention in der Tschechoslowakei 1968 oder der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 zögern, mehr als einen «papierenen Protest» – wie es Willy Brandt 1961 empört genannt hatte – an Moskau zu richten.

Deutschland stand während der gesamten Zeit politisch, ideologisch und strategisch im Zentrum des globalen Konflikts. Die Teilung Deutschlands und Berlins war gewissermassen der manifeste Ausdruck der bipolaren Weltordnung. Hier standen sich amerikanische und sowjetische Soldaten im buchstäblichen Sinne Auge in Auge gegenüber. Die beiden deutschen Staaten wären im Falle eines Krieges zum Schlachtfeld geworden. Nirgendwo in der Welt waren ein derartig grosses und modernes Waffen- und Militärpotential konzentriert, nirgendwo sonst war die Vorwarnzeit so kurz. Sie reduzierte sich durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen in den siebziger Jahren auf nur wenige Minuten. Die Versuchung, durch einen Präventivschlag die Verteidigungskraft des Gegners kriegsentscheidend zu treffen, war auf beiden Seiten ungeheuer gross. Jede Krise in der Welt, und war sie geographisch noch so weit entfernt, barg in jenen Jahrzehnten die Gefahr einer Ausweitung zum globalen Ost-West-Konflikt. Dies betraf die Dauerkrise im Nahen Osten ebenso wie den Vietnamkrieg oder die Bürgerkriege in afrikanischen Staaten. Auch die inneren Krisen des Sowjetblocks waren für den Westen von hoher Brisanz.

Besonders gefährlich war die beiderseitige «Ideologisierung» der Politik. Die sowjetische Seite sah in dem Machtkampf zwischen den Militärblöcken eine «Systemauseinandersetzung», die mit dem welthistorischen Sieg des Sozialismus enden würde. Die Doktrin von der Weltrevolution hatte man in Moskau schon in den dreissiger Jahren endgültig aufgegeben. Doch spielte bei allen politischen Entscheidungen die Vorstellung eine Rolle, der Imperialismus sei als System zum Untergang verurteilt und die Völker der Welt würden eines Tages unter sowjetischer Führung den Sozialismus errichten.

Die westliche Seite sah in der marxistisch-leninistischen Ideologie eine faktische Bedrohung, im Extremfalle eine Art Weltbürgerkrieg, den die Kommunisten gegen die freie Welt führten. Die westlichen Politiker mögen dies teilweise geglaubt, teilweise in den innenpolitischen Debatten gegen ihre Gegner instrumentalisiert haben, der Gedanke einer Bedrohung durch das «Reich des Bösen» – wie Ronald Reagan die Sowjetunion nannte – war immer präsent.

Wenigstens in der politischen Rhetorik des Westens fehlte es nicht an Elementen einer demokratischen Befreiungsmision gegenüber den unterdrückten Völkern des Ostblocks. Angesichts der Tatsache, dass zu jedem Zeitpunkt die latente Unzufriedenheit der Bevölkerung in offene Krisen umzuschlagen drohte, war dies für die Herrschenden in den sozialistischen Staaten eine gefährliche Herausforderung. In der Selbstwahrnehmung des kommunistischen Regimes war die Unzufriedenheit vor allem ein Resultat der westlichen Politik der Unterwanderung und Aufweichung.

Der Kalte Krieg von 1945 bis 1989 war von traumatischen Fehlperzeptionen, gegenseitigen Bedrohungsängsten und gefährlichen ideologischen Selbststilisierungen geprägt. Zu jedem Zeitpunkt war die Gefahr von politischen Kurzschlusshandlungen un-

geheuer gross. Beide Seiten trauten dem Feind alles nur erdenklich Böse zu, fühlten sich selbst moralisch im Recht und auf der Seite des welthistorisch überlegenen Systems.

Die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen hatten eine doppelte strategische Funktion, die von der politischen Führung der UdSSR und sicher auch von einem Grossteil der Offiziere und Soldaten als Einheit gesehen wurde. Sie waren die vorderste Linie der Verteidigung der Sowjetunion im Westen, zugleich aber der Garant der inneren Stabilität des Paktsystems. Ihre Präsenz in der DDR, Polen, Ungarn und seit 1968 auch in der Tschechoslowakei garantierte die Aufrechterhaltung der sowjetischen Vorherrschaft über diese Staaten. Die Sowjetpanzer sicherten aber auch die Herrschaft der kommunistischen Parteien in den Satellitenstaaten. Ihre Anwesenheit war eine permanente Drohung gegen jeden Versuch einer Systemveränderung. Dreimal griffen die Sowjettruppen direkt in die internen politischen Konflikte der «Bruderstaaten» ein, am 17. Juni 1953 in der DDR, im Oktober 1956 in Ungarn und im August 1968 in der Tschechoslowakei. In einem weiteren Fall – im Dezember 1981 in Polen – stand die drohende militärische Intervention im Hintergrund der Verhängung des Ausnahmezustandes. Während ihr Vorgehen in der DDR bis zu einem gewissen Grade durch das Besatzungsrecht der Siegermächte gedeckt war, gab es im Falle Ungarns, der Tschechoslowakei und Polens nicht einmal den Ansatz einer völkerrechtlichen Legitimation. In allen Fällen hat die Bevölkerung das Vorgehen der Sowjetarmee als brutale Verletzung des Selbstbestimmungsrechts, der Demokratie und der verkündeten Prinzipien des sozialistischen Internationalismus gesehen. Die Sowjetpanzer, die im November 1956 den Aufstand des ungarischen Volkes erstickten, die im August 1968 das Experiment eines demokratischen Sozialismus beendeten und die – wenn auch mit polnischer Besatzung – im Dezember 1981 gegen die streikenden Arbeiter in Krakow und Gdansk auffuhren, wurden zum Symbol der Unterdrückung und Unfreiheit.

Der politische Schaden dieser Militäraktionen war in allen Fällen ungeheuer gross. Die Sowjetunion und ihre Armee hat durch ihr Vorgehen die Sympathien aufs Spiel gesetzt, die sie seit ihrem Sieg über Hitler in der Welt errungen hatte. Was in den historischen Konsequenzen aber mindestens genauso schwer wog: Der sowjetische Staat blockierte durch die Unterdrückung der Satellitenstaaten jeden Reformversuch im eigenen Land. Die Entstalinisierung blieb 1956 auf halbem Wege stehen, als die Abrechnung mit Stalins Verbrechen in Polen und Ungarn die Verhältnisse ins Wanken brachte. Die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre versandeten, als in der Tschechoslowakei deutlich wurde, dass es ohne politische Freiheit auch keine Reform des maroden Wirtschaftssystems geben konnte. In Prag stand im August 1968 in russischer Sprache an Häuserwänden das Wort von Karl Marx «Ein Volk kann nicht frei sein, wenn es andere Völker unterdrückt». Diese Losung sollte zum Menetekel des Sowjetimperiums werden.

Berlin-Blockade 1948/49

An der ersten dramatischen Konfrontation des Kalten Krieges waren die sowjetischen Truppen in Deutschland vor allem mit Absperr- und Kontrollmassnahmen beteiligt. Die Sowjetunion versuchte, die drei westlichen Sektoren Berlins regelrecht auszuhungern, indem sie alle Zufahrtswege zu Lande und zu Wasser sperrte. In der SED-Propaganda wurde dieser gescheiterte Blockadeversuch als eine Aktion gedeutet, mit der ein «Ausbluten» der SBZ und des sowjetischen Sektors von Berlin verhindert werden sollte.¹

Als 1946/47 die ideologische Komponente des Ost-West-Gegensatzes zunehmend deutlich wurde, verband sich damit auch die Befürchtung, Stalin gehe es darum, die Westzonen in Not und Elend zu stürzen, um dann den Kommunismus als einzige Rettung zu präsentieren. Die Wirtschaft in den Westzonen musste deshalb ohne Rücksicht auf sowjetische Einsprüche aufgebaut werden. Dieser Entschluss wurde letztlich gefasst, nachdem die Westmächte auf der Moskauer Konferenz vom Frühjahr 1947 den Schluss gezogen hatten, dass mit der sowjetischen Seite nicht mehr verhandelt werden könne. Gleichzeitig aber zielten die sowjetischen Aktivitäten in der SBZ wiederum darauf, eigene Interessen «weitgehend ohne Rücksicht auf die Westmächte durchzusetzen»².

Am 5. Juni 1947 verkündete der amerikanische Kongress den Marshallplan, mit dem die europäische Wirtschaft wieder aufgebaut werden sollte. Auch die Staaten Osteuropas und die Sowjetunion wurden zur Teilnahme eingeladen. Nach anfänglichem Schwanken entschied sich Stalin aus politischen Erwägungen heraus für eine Strategie der offenen Konfrontation. Ihm war klar, dass der erhoffte amerikanische Rückzug aus Europa ausbleiben würde. Die USA waren nicht länger bereit, ihre Politik durch sowjetische Einsprüche weiter blockieren zu lassen.

Für die UdSSR war Deutschland das entscheidende Konfliktfeld. Stalin konzentrierte deshalb seine politische Rhetorik auf Deutschland und forderte die Wiederherstellung der deutschen Einheit und den Abschluss eines Friedensvertrages. Die Westmächte lehnten das ab. Stattdessen gingen sie an die Umsetzung des Marshallplans und bereiteten eine Währungsreform sowie die Gründung eines deutschen Separatstaates vor.

Bereits nach dem Scheitern der fünften Londoner Aussenministerkonferenz Ende 1947 kam es zu Behinderungen des militärischen Verkehrs zwischen Berlin und den Westzonen, davon war auch der Transport von Versorgungsgütern für die Bevölkerung des sowjetischen Sektors aus der SBZ betroffen, so dass die Verwaltung den östlichen Sektor Berlins aus Lebensmittellieferungen der übrigen Sektoren mitversorgen musste. Die damit verbundene Lebensmittelverknappung sollte die Bevölkerung in Unruhe versetzen und sie gegen den gewählten Magistrat aufbringen. Im März 1948 entschied Stalin, die Westmächte mittels der isolierten Lage der drei Westsektoren von Berlin unter

Druck zu setzen. Er wollte die westliche Seite zum Verzicht auf den geplanten Teilstaat bewegen und forderte darüber hinaus, die Westsektoren nicht in das geplante westzonale Währungsgebiet einzubeziehen.

Nachdem Stalin am 1. April 1948 Restriktionen für den westlichen Berlin-Verkehr über das sowjetzonale Territorium verfügt hatte, richteten die westlichen Alliierten am 10. April 1948 zur Versorgung ihrer Besatzungstruppen in Berlin die «kleine Luftbrücke» ein. Als die Sowjets mit einem Militärflugzeug eine britische Passagiermaschine rammten und in der Nähe des Flugplatzes Gatow zum Absturz brachten, erklärten die westlichen Alliierten nachdrücklich, dass sie eine Beschränkung des ihnen zustehenden Luftverkehrs nach Berlin nicht zulassen würden. Am 20. März 1948 nahm Sokolowski letztmals an einer Kontrollratssitzung teil, und am 16. Juni 1948 fand die sowjetische Beteiligung an der Alliierten Kommandantur ihr Ende. Damit war die Vier-Mächte-Verwaltung in Deutschland und in Berlin de facto aufgehoben. «Fest steht..., dass noch vor dem Auszug Sokolowskis aus dem Kontrollrat jene Massnahmen abgestimmt wurden, die darauf zielten, die Verbindung zwischen West-Berlin und den Westzonen zu erschweren, um entweder die Westmächte zur Aufgabe ihrer bereits in der Öffentlichkeit diskutierten Pläne zur Bildung eines Weststaates oder zum Verlassen West-Berlins zu zwingen.»³

Die Sowjets nahmen die Währungsreform in Berlin zum Anlass, am 24. Juni 1948 die völlige Verkehrsblockade auf allen Land- und Wasserwegen einzuleiten. Die Westalliierten hatten es versäumt, die Sicherung der Verkehrsverbindungen zwischen ihren Sektoren in Berlin und Westdeutschland vertragsmässig festzulegen. Nur für den Luftverkehr hatte man drei Luftkorridore – nach Frankfurt, Hannover und Hamburg – vertragsmässig vereinbart, und nur dadurch konnte West-Berlin vor dem östlichen Zugriff überhaupt gerettet werden.

Für die Berliner kam die totale Blockade der Westsektoren der Stadt letztlich ebenso überraschend wie für die Westalliierten. Aus den Vorräten der Stadt konnte die Westberliner Bevölkerung nur für etwa vier bis sechs Wochen versorgt werden, und das auch nur, weil der amerikanische Stadtkommandant nach den ersten Störungen des Berlin-Verkehrs Vorräte angelegt hatte. Ob Berlin aber gehalten werden konnte, war nicht sicher. Die USA befanden sich in einer Abrüstungsphase, einem militärischen Konflikt hätten sie kaum standhalten können. In nur wenigen Tagen wurde gemeinsam mit den Briten und Franzosen eine Luftbrücke aufgebaut, die humanitär und logistisch eine Meisterleistung darstellte. Täglich wurden 12'000 Tonnen Versorgungsgüter benötigt. Die Anfangsleistung der Luftbrücke betrug 120 Tonnen täglich, im August 1948 wurden bereits 4 254 Tonnen und bis zum Frühjahr 1949 täglich über 8'000 Tonnen eingeflogen. Insgesamt flogen während der Blockade über 212'000 Flugzeuge nach Berlin, die rund 1,7 Millionen Tonnen Hilfsgüter in die Stadt brachten. Darunter befanden sich über 1 Million Tonnen Kohlen und über 480'000 Tonnen Lebensmittel.⁴



Während der Berlin-Blockade 1948 kontrollierten sowjetische Posten gemeinsam mit Angehörigen der Volkspolizei den Zugang zu West-Berlin, hier in Babelsberg.

Den Güterverkehr aus der SBZ und aus Ost-Berlin sowie die Stromversorgung West-Berlins aus den Ost-Berliner Kraftwerken unterbanden die Russen ebenfalls. Mit Hilfe der Luftbrücke wurde ein Kraftwerk errichtet («Ernst-Reuter-Kraftwerk»), das die Energieversorgung West-Berlins sicherte. Der Flughafen in Tegel wurde damals in nur drei Monaten gebaut. Von dem Angebot der SED, sich im sowjetischen Sektor registrieren zu lassen, um dort Lebensmittelkarten zu empfangen, machten nur etwa 100'000 der 2,2 Millionen Westberliner Gebrauch. Bei ihnen handelte es sich zumeist um Grenzgänger, die im sowjetischen Sektor arbeiteten.

Die Blockade West-Berlins erwies sich für die Sowjetunion als Fehlschlag, da die deutsche Bevölkerung – und nicht nur im Westen – sich mit den westlichen Besatzungsmächten solidarisierte. Aus den westalliierten Besatzungsmächten wurden «Schutzmächte». Vor allem aber beschleunigte die Blockade die Westintegration der westlichen Besatzungsgebiete. Die Sowjetunion konnte weder die westdeutsche Staatsbildung aufhalten noch waren die Westmächte bereit, Berlin preiszugeben. Sie verhängten gegenüber dem Osten eine Gegenblockade, deren Auswirkungen allerdings gering blieben.

Die UNO-Botschafter der beiden Grossmächte handelten schliesslich im April 1949 Bedingungen für die Aufhebung der Blockade aus. Im New Yorker Abkommen vom



Nach Aufhebung der Berlin-Blockade passierten am 12. Mai 1949 die Fahrgäste des ersten Interzonenzuges den Kontrollpunkt Marienborn.

4. Mai 1949 wurde vereinbart, die Verbindungen zwischen West-Berlin und Westdeutschland wieder herzustellen und die verhängten Handelsbeschränkungen aufzuheben. Nach fast elfmonatiger Abriegelung West-Berlins konnte in der Nacht vom 11. zum 12. Mai 1949 die Blockade aufgehoben werden.

Die wirtschaftlichen Folgen für die westlichen Sektoren waren beträchtlich. Mit Hilfe der Luftbrücke konnte zwar die Versorgung der Bevölkerung gewährleistet werden, aber nicht die Zulieferung für die Produktionsbetriebe. Die Blockade jedoch bewirkte, was ohne sie so schnell nicht gelungen wäre: «Sie brachte Sieger und Besiegte einander näher, und es entstand jenes Gefühl der Gemeinsamkeit zwischen den Angehörigen der westlichen Besatzungsmächte und der Berliner Bevölkerung, das auch den späteren sowjetischen Versuchen, die Stadt zu gewinnen, standgehalten hat. Das gemeinsame Vorgehen gegen die Sowjets in Berlin stärkte aber auch die Einigkeit der Westmächte untereinander .. »⁵ Zugleich hatte aber auch die sowjetische Besatzungsmacht ihre Herrschaft über Ost-Berlin gefestigt. Die Spaltung Berlins war wieder um ein Stück tiefer geworden.

Volksaufstand in der DDR im Juni 1953

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war eine der wenigen demokratischen Massenbewegungen der deutschen Geschichte. In über 700 Ortschaften der DDR kam es zwischen dem 17. und 21. Juni 1953 zu Streiks, Demonstrationen, Protesten und zur Verhängung des Belagerungszustandes durch die Besatzungsmacht.⁶ Die Zentren des Aufstands lagen in Berlin, im mitteldeutschen Industriegebiet, in Grossstädten wie Halle, Magdeburg, Leipzig sowie in kleineren Städten wie Görlitz oder Jena. Aber auch auf dem Land kam es zu Protestaktionen.

Kaum ein anderes Ereignis der deutschen Geschichte nach 1945 unterlag in so hohem Masse der politischen Instrumentalisierung und Mythisierung. Im Westen wurde der 17. Juni als «Tag der deutschen Einheit» gefeiert und war am Ende doch nur noch eine sozialpolitische Errungenschaft – ein Tag zusätzlich arbeits- und schulfrei. Im Osten wurde der 17. Juni für die einen zu einem Tag, an dem das Volk seinem Willen zur Freiheit Ausdruck verliehen hat, für die anderen zum traumatischen Erlebnis, weil sie begreifen mussten, wie instabil ihre Macht war. Die SED-Propaganda bezeichnete den Aufstand als «faschistischen Putschversuch» und behauptete, er sei von westlichen Agenten gelenkt worden. Nichts von dem hält einer wissenschaftlichen Überprüfung stand. Der Aufstand brach völlig unorganisiert und spontan aus. Schuld waren allein die durch die Machthaber verschuldeten unerträglichen Lebensverhältnisse. Die westlichen Geheimdienste und Regierungsstellen waren von den Ereignissen nicht weniger überrascht als der Staatssicherheitsdienst. In den Forderungskatalogen dominierten überall im Lande politische Ziele, insbesondere die Forderung nach freien Wahlen. Gerettet wurde das SED-Regime und damit die DDR allein durch die Sowjetarmee. Die Staatsorgane der DDR waren desorientiert und befanden sich teilweise in Auflösung, als die Besatzungsmacht das Kriebsrecht verhängte.

In der Sowjetunion und in den sowjetischen Regierungsstellen in der DDR ist die Krise zwar erkannt worden, aber dass sich daraus eine Volkserhebung entwickeln könnte, haben sie ebenso wenig vorausgesehen wie die SED-Führung. In der Nacht vom 16. zum 17. Juni 1953 trafen sich Semjonow und Gretscho mit Ulbricht, Grotewohl und Zaisser, um ein eventuelles Eingreifen der Polizei-, Militär- und Sicherheitsapparate vorzubereiten. Ein solcher Einsatz war nur für Berlin vorgesehen. Gretscho und Semjonow teilten den Standpunkt ihrer ostdeutschen Gesprächspartner, wie sie am 17. Juni 1953 um 7.26 Uhr morgens über die WTsche-Leitung nach Moskau ans Politbüro durchgaben, dass die Unruhen am 16. Juni von West-Berlin aus organisiert worden seien.⁷ Weder die Geheimdienste noch die politischen Führungsetagen in Moskau und Berlin schätzten die Situation als bedrohlich ein.⁸

Grosse Teile der Sowjetarmee übten Mitte Juni in Manövern. Dadurch waren sie am 17. Juni besonders einsatzbereit. Zugleich erklärt das auch die Beobachtung zahlreicher Zeitzeugen, dass viele Panzer vom Typ T-34 stark verschmutzt und mit regelrechten

Dreckkrusten übersät in den Städten einrollten. In der Nacht zum 17. Juni 1953 wurden Truppen der sowjetischen Streitkräfte aus dem Raum Königs Wusterhausen nach Karlshorst verlegt, um die dort stationierte 12. Panzerdivision zu verstärken. Es handelte sich um zwei Regimenter der 1. Mechanisierten Division der GSBT und um ein Bataillon des 105. Regiments des sowjetischen Innenministeriums. Auch in vielen anderen sowjetischen Garnisonen – ob nun in ihren festen Stützpunkten oder im Manövergelände – wurde erhöhte Gefechtsbereitschaft befohlen. Die sowjetischen Einheiten sollten zunächst strategisch wichtige Objekte und die Sektorengrenze innerhalb Berlins absichern sowie Patrouillen organisieren. Den Oberbefehl über die sowjetischen Einsatzgruppen übernahm Marschall Gretschno. Sie bildeten die letzte Reserve, an ihren Einsatz war zunächst nicht gedacht.

Gleichzeitig ist praktisch der gesamte ostdeutsche Polizei- und Sicherheitsapparat in Berlin in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden. Der zentrale Leitungsstab für Berlin nahm seine Arbeit am Sitz des MfS in der Berliner Normannenstrasse unter Minister Zaisser auf. Ausserdem formierte sich eine Einsatzleitung für die Polizeikräfte im Polizeipräsidium. Gehandelt werden durfte nur nach Rücksprache mit der SKK-Zentrale in Karlshorst, wo Gretschno und Semjonow weisungsbefugt waren. Diese wiederum erhielten ihre Befehle aus Moskau. Bereits am 16. Juni hatte die SED-Führung in Karlshorst um die Erlaubnis nachgesucht, gegen die zigtausend demonstrierenden Bauarbeiter in Berlin vorgehen zu dürfen. Nach einer Rücksprache mit der Führung in Moskau lehnten die sowjetischen Statthalter in Karlshorst dieses Ansinnen aber noch ab.

Im Umland von Berlin wurde die Kasernierte Volkspolizei (KVP) nachts um 2 Uhr in Alarmbereitschaft versetzt. Gegen 5 Uhr ist die höchste Alarmstufe ausgelöst worden. Allerdings rechnete in den Einsatzzentralen niemand mit einem ernsthaften Einsatz. In den Morgenstunden verbreitete sich die Protestbewegung jedoch rasend schnell über das gesamte Land. Die Polizeikräfte konnten kaum die eigenen Gebäude sichern. Sie reichten nicht aus – die Staatsmacht war völlig unvorbereitet und schreckte zudem lange Zeit vor dem Einsatz von Waffengewalt zurück. In den meisten Einheiten hatte der Dienst am 17. Juni 1953 früh ganz normal begonnen – viele Einheiten rückten sogar zur Ausbildung aus. Die Lage war aus Polizeisicht chaotisch. Die im Laufe des 17. Juni an allen Brennpunkten des Landes zum Einsatz gebrachten Einheiten der KVP waren überfordert und den Aufständischen unterlegen. Erst als die sowjetischen Truppen mittags oder nachmittags eingriffen, schlugen diese die Volkserhebung nieder. Den Russen fiel es ausserdem leichter zu improvisieren, da die Truppen ständig auf Einsätze und Kampfhandlungen vorbereitet waren.

Als sich am Morgen in Ost-Berlin mächtige Demonstrationen formierten, stellte sich schnell heraus, dass die KVP-Einheiten weder von ihrer Ausrüstung noch von ihrer zahlenmässigen Zusammensetzung her geeignet waren, die Protestierenden aufzuhalten. Sperrkordons, mit Gummi- und Holzknüppeln bewaffnet, gelang es nicht, die Massen

Befehl des Militärkommandanten des Bezirks Leipzig zum 17. Juni 1953

1. Ab 17. Juni 1953 ist in der Stadt und Bezirk Leipzig der Ausnahmezustand zu verhängen.
2. Ich verbiete ab sofort sämtliche Demonstrationen und Zusammenkünfte mit mehr als drei Personen in der Stadt. Sämtlicher Verkehr ab 21 Uhr bis 5 Uhr früh ist verboten.
3. Im Nichtbefolgungsfalle werden militärische Massnahmen ergriffen.
4. Allen Bewohnern empfehle ich, sich an ihre Arbeitsplätze zu begeben, um weiterzuarbeiten zum Wohle des Deutschen Volkes.

Der Militärkommandant des Bezirks Leipzig
gez. Oberst Jazkewitsch
Leipzig, den 17. Juni 1953

*Aus: Gerhard Beier: Wir wollen freie Menschen sein – Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran.
Köln 1993, S. 120*

wieder auseinanderzutreiben. Schnell verlegte sich die Polizei in Berlin darauf, wichtige Objekte und Betriebe zu sichern, was u.a. auch mit dem Einsatz von Feuerwehren gelang. Ab 10 Uhr bewegten sich dann sowjetische Einheiten ins Stadtzentrum. Gegen Mittag begannen sie im Schrittempo Strassen und Plätze zu räumen. An verschiedenen Stellen, so am Leipziger Platz, in der Invalidenstrasse und am Brandenburger Tor, kam es zum Einsatz von Schusswaffen, die gezielt als Salvenfeuer über und dann auf die Massen gerichtet wurden. Die Sowjets setzten drei Divisionen (die 1. und 14. Mechanisierte Division sowie die 12. Panzerdivision) in Berlin mit 600 Panzern ein. In den späten Nachmittagsstunden hatten die sowjetischen Einheiten die Lage wieder unter Kontrolle. Ost-Berlin war zudem vom Westteil der Stadt weitgehend abgeriegelt worden.

Bei den eingesetzten Kampfpanzern handelte es sich um T 34/85 (500 PS), ausgerüstet mit einer Panzerkanone (Kaliber 53), zwei Maschinengewehren und fünf Mann Besatzung.⁹ Ob in Berlin aus diesen MGs wirklich geschossen wurde, erscheint nach allen bislang bekannten Angaben als eher unwahrscheinlich. Am Brandenburger Tor und am Potsdamer Platz fielen die meisten Schüsse. Sowjetsoldaten zielten mit automatischen Waffen auf Demonstranten. Dabei sind mindestens zwölf Menschen tödlich getroffen worden. Sowjetsoldaten lagen zudem in Grünanlagen mit Kräften der Volkspolizei und KVP kriegsmässig in Schussstellung. Wie in vielen anderen Städten haben auch in Berlin ranghohe sowjetische Offiziere zunächst versucht, die Menschenmassen auf ihren Panzern stehend mit Argumenten zu beruhigen und zu zerstreuen. Der Aufzug Hunderter Panzer war bedrohlich genug. Sie brauchten nicht zu schiessen. «Das laute Rasseln und fernhin tönende, dumpf schütternde Dröhnen allein war für viele erschreckend und



Nach Verhängung des Kriegsrechts durch die sowjetische Militärmacht fahren am 17. Juni 1953 in der Leipziger Strasse in Berlin sowjetische Panzer auf.

furchterregend, doch zeigen Berichte und Filme aus Berlin, dass die Schiesshemmung von vielen erkannt oder die Angst schnell überwunden wurde.»¹⁰ Die weltweit bekannt gewordenen Bilder aus Berlin, auf denen junge Männer die Panzer mit Steinen und Flaschen attackierten, waren alles andere als typisch für die Situation. Ein Panzer soll zwar tatsächlich manövrierunfähig gemacht worden sein. Aber Angriffe auf sowjetische Panzer oder Soldaten zählten in Berlin zu den Randerscheinungen.

Besonders brutal ging die sowjetische Armee in Jena und Magdeburg vor. Hier fuhren die Panzer mit hohem Tempo durch die Strassen – in den anderen Orten fuhren sie zumeist im Schrittempo – und schossen wahllos über und auch in die Menge. Zugleich wehrte sich die Bevölkerung hier am massivsten. In Jena wurden Strassenbarrikaden aus Strassenbahnwagen so geschickt errichtet, dass die sowjetischen Fahrzeuge regelrecht eingekesselt wurden. Aus Magdeburg, wo mindestens drei Demonstranten bei der Belagerung der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei durch gezielte Schüsse aus sowjetischen Karabinern sowie drei deutsche Sicherheitskräfte (ein Polizist, ein MfS-Mitarbeiter und ein Gefängnisaufseher) durch Kopfschüsse ums Leben kamen,¹¹ berichteten viele Zeitzeugen von regelrechten Steinbombardements gegen die Panzer. Insofern



An der Leipziger/Ecke Wilhelmstrasse in Berlin versucht ein sowjetischer Offizier die Demonstranten zu beruhigen.

war der militärisch scheinbar sinnlose Einsatz von Panzern gegen die unbewaffneten Volksmassen «merkwürdig logisch ...: Die trennende Stahlplatte bewahrte die Besatzungen vor dem direkten Mann-gegen-Mann-Konflikt, den die VP-Kräfte vielfach durchzustehen hatten.»¹² Die sowjetische Militärführung verhängte über 167 der 217 Land- und Stadtkreise den Ausnahmezustand, der in Berlin und Leipzig am längsten, nämlich bis zum 9. Juli 1953 anhielt. «Als einzige Bezirksstadt blieb Suhl vor dem Ausnahmezustand bewahrt.»¹³

Oberbefehlshaber Gretschno setzte einen grossen Teil seiner Militärmacht ein – insgesamt 16 Divisionen. Wie er am 17. Juni 1953 ans Moskauer Politbüro meldete, kamen dabei folgende Hauptkräfte in den genannten Grossräumen zum Einsatz. «3. Armee – die 19. Mechanisierte Division in Magdeburg, das 136. Artillerie-Panzer-SFL-Regiment in Burg, die 13. Mechanisierte Division in Parchim, Ludwigslust, Perleberg, die 207. Infanteriedivision in Gardelegen, Stendal. 8. Gardarmee – die 20. Gardemechanisierte Division in Weimar, Jena, Zeitz, die 21. Gardemechanisierte Division in Halle, Merseburg, die 57. Gardeinfanterie-Division in Naumburg, Weissenfels und ein Infanterieregiment in Eisenach. 1. Gardarmee – die 11. Panzerdivision in Dresden (Hauptkraft) und Meissen, Königsbrück, die 8. Gardemechanisierte Division in Leipzig (Hauptkraft)

Bericht eines Berliner Streikführers

Zwei Tage später, am Morgen des 20. Juni gegen 4.30 Uhr, klingelte es an der Wohnungstür. Wie erwartet, wurde ich verhaftet. Man brachte mich in ein Ostberliner Polizeigeängnis. (...) Über die folgenden Verhöre durch den Staatssicherheitsdienst gab ich nach meiner Rückkehr aus Workuta dem SPD-Ostbüro im Dezember 1955 einen Bericht, den ich dort auf Band sprach. «Ich wurde am Montag, dem 22.6.53, erstmalig vernommen, und zwar von einem älteren, höheren Offizier des SSD. Er war etwa 40 Jahre alt. Meine Aussagen lagen für mich fest, was ich vor der gesamten Belegschaft des Werkes getan (hatte), habe ich zu Protokoll gegeben. (...) Dieser SSD-Offizier versuchte, mich durch Drohungen und Anbrüllen zu beeinflussen, aber er hatte keinen Erfolg, als er mich entliess, schrie er mich noch einmal an: ‚Wir werden uns widersprechen!‘ Die Vernehmung hatte 2-3 Stunden gedauert. Am 23. Juni, nachmittags, kurz vor dem Mittagessen, wurde ich nochmals von einem SSD-Offizier, aber jüngeren und niederen Dienstgrades, vernommen. Dieser Offizier war aber intelligenter und zu mir höflicher. Nach ca. 1 Stunde und nur kurzem Protokoll entliess er mich.» (...) Im Bericht aus dem Jahre 1955 heisst es weiter: «Kurze Zeit später wurde ich von einem sowjetischen Offizier abgeholt und mit der ‚Grünen Minna‘ weggebracht. (...) Die Fahrt endete im Untersuchungsgefängnis von Karlshorst. (...) Meine neue Unterkunft war das zum Untersuchungsgefängnis für den KGB umfunktionierte ehemalige Krebsforschungsinstitut. Die früheren Leichenzellen im Keller wurden als Gefängniszellen genutzt. (...) Nun begannen die endlosen Verhöre durch sowjetische Offiziere. (...) Man holte mich raus und brachte mich durch mehrere verschlossene Türen zwei Treppen höher in ein Vernehmungszimmer im 1. Stock. Hier sass an einem grossen Tisch, der aus drei Tischen in T-Form zusammengestellt worden war, ein grosser starker Russe mit hochgekrempelten Hemdsärmeln. Ersah wie ein Fleischer aus. Der Tisch war mit rotem Tuch belegt. Ich wurde aufgefordert, mich gegenüber dem Russen auf einen Stuhl zu setzen, der vor dem Mittelteil des Tisches stand. Ich setzte mich, mir kam es wie ein Bühnenstück vor, und sass, ohne dass der Russe mich zu bemerken schien. Er las Zeitung, das Fenster hinter ihm stand offen. Ich konnte zu einem anderen Flügel des Gebäudekomplexes schauen, es war ein moderner, grosser Bau, büroähnlich. Ich sah geschäftige Männer in Zivil in den Räumen gegenüber sich bewegen. Langsam kam die Nacht, die Lichter in den Räumen gingen aus, die Scheinwerfer wurden angezündet, und die Bäume vor den Fenstern erschienen im Scheinwerferlicht. Der Russe schien mich nicht zu bemerken, ich wartete weiter. Anfangs war ich gespannt, was nun geschehen würde. Ich war auf alles gefasst, aber nichts geschah, und ich zwang mich, nicht zu denken, um nicht nervös zu werden. Die Sterne funkelten am klaren Abendhimmel – plötzlich schreit mich der Russe an: ‚An was denken Sie?‘ Meine Antwort war: ‚An nichts.‘ Da fing er an zu toben, mit den Armen zu fuchteln und zu schreien: «Die erste Frage, die ich an Sie stelle, beantworten Sie mit einer Lüge! Was soll ich von Ihnen denken? Ich will Ihnen helfen, und Sie lügen mich an! Überlegen Sie sich sofort, an was Sie gedacht haben, aber ehrlich! Wenn Sie weiterlügen, bekommen Sie eine grosse Strafe!» Nach einer Weile erneuten Wartens die gleiche Frage. Von mir wieder die gleiche Antwort. Dies geht so einige Male hin und her. Dann ruft er den Posten an, und ich komme zurück in die Zelle, mit der Bemerkung, mir genau zu überlegen, an was ich gedacht habe. In der Zelle liegt jetzt eine Decke und eine Auflegematratze. Ich lege mich sofort wieder hin und bin auch wieder eingeschlafen, da ich mich dazu zwang, um meine Kräfte zu sparen. Wie lange ich geschlafen hatte, weiss ich nicht, denn die Uhr, die im Gang des 1. Stockes hing, stand, so dass ich, als ich das zweite Mal in dieser Nacht nach oben gebracht wurde, nicht sehen konnte, wie spät es war. Wieder fragte mich der gleiche Untersuchungs-

richter, an was ich gedacht habe. Ich wollte es nicht auf die Spitze treiben und antwortete ihm, dass ich an meine Frau und Kinder gedacht habe. Nun von der anderen Seite einige Vorhaltungen, warum ich nicht gleich die Wahrheit gesprochen habe usw. usw. Dann eine neue Frage: ‚Weshalb ich denn überhaupt hier sei?‘ Darauf antwortete ich: ‚Weil ich verhaftet worden bin.‘ Da fängt er wieder laut zu brüllen an und zu toben. Er schreit mich an, ich sei nicht verhaftet worden, sondern freiwillig da hingekommen. Dies wies ich natürlich sofort zurück, worauf er noch mehr tobte, dann sah er wohl ein, dass ich nicht freiwillig gekommen sei und eröffnete mir, dass ihn mein Schicksal gar nicht interessiere und er auch gar keine Zeit gehabt hätte, um meine Akten zu lesen, sondern er nur wissen möchte, ob ich ehrlich sei, und ich soll ihm sagen, weshalb ich hier wäre. Ich antwortete ihm, dass ich mir keiner Schuld bewusst sei und es auch nicht weiss, warum ich hier bin. Wieder die alte Brüllerei mit Drohungen usw.» (...) Nach den Behauptungen des NKWD hatte ich «Spionage für den Westen» betrieben und war ein «Schumacher-Agent». Dies traf insoweit zu, als ich ... in der Tat für das Ostbüro der SPD tätig gewesen war. Doch hatten die Vernehmer hierfür keinerlei Beweise. (...) Nach monatelanger Einzelhaft und täglichen, nächtlichen Verhören – manches Mal bis in die frühen Morgenstunden – sowie mehrmaligem Wechsel der Vernehmungsoffiziere fand am 1. und 2. Oktober 1953 die zweitägige Verhandlung vor einem Sowjetischen Militärtribunal statt. (...) Am ersten Tag (1. Oktober 1953) – die Verhandlung begann um 16.15 Uhr – bat ich gleich zu Beginn um das Wort und erklärte: «Ich bin Bürger der DDR und Sie haben der DDR die Souveränität erteilt. Ich habe nichts gegen die Sowjetunion unternommen, getan oder geplant. Sie haben die Macht, mich zu verurteilen, aber Ihr Urteil, gleichgültig, wie es ausfällt, werde ich niemals anerkennen.» (...) Gegen Abschluss verteidigte ich mich mit dem Argument, dass die Wahrheit keine Hetze ist. (...) Das Urteil lautete: 7 Jahre Arbeitslager. (...) Im Gefängnis Lichtenberg blieben alle KGB-Häftlinge bis etwa Anfang 1954 – dann ging es wieder zurück nach Karlshorst. (...) Etwa Mitte Mai 1954 wurde ich aus meiner Zelle in Karlshorst geholt und mit weiteren Männern zum Ostbahnhof gebracht. Hier stand der «Blaue Express» (ein fahrplanmässiger Zug nach Moskau). An seinem Ende war ein Postwagen und, wie bei Postwagen wegen der «wertvollen Fracht» üblich, waren die wenigen Fenster vergittert. Aber es war ein getarnter Gefängniswaggon. (...) Anfang Juni kamen wir in Workuta an.

Siegfried Berger: «ich nehme das Urteil nicht an.» – Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vormdem Sowjetischen Militärtribunal. Berlin 1998, S. 20-42

und Borna, Grimma, die 9. Panzerdivision in Riesa, Oschatz und Zeithain. 3. Gardemechanisierte Armee – die 6. Gardepanzerdivision in Dessau, Wittenberg, die 9. Mechanisierte Division in Lübben, Cottbus, Spremberg. 4. Gardemechanisierte Armee – die 6. Gardemechanisierte Division in Bernau, Eberswalde, Bad Freienwalde, die 7. Gardemechanisierte Division in Fürstenwalde, Frankfurt/Oder. Die Motorrad- und das Haubitzen-Bataillon der 10. Panzerdivision in Brandenburg, die 25. Panzerdivision (ein Panzerregiment und ein Infanterieregiment) in Oranienburg.»¹⁴ Neben den genannten Hauptkräften kamen viele weitere Einheiten zum Einsatz, so etwa das 92. Karparten-Rotbanner-Schützenregiment mit 478 Soldaten und Offizieren in Dresden. Im Laufe des Tages traf, aus Moskau kommend, zudem Marschall Sokolowski ein, der mit seinen grossen Erfahrungen die Niederschlagung des Aufstands militärisch leiten sollte.

An den Demonstrationen und Protesten nahmen rund eine Million Menschen teil. Es wurden 13 Volkspolizei-Dienststellen und Dutzende SED-, Blockparteien-, Massenorganisations- und örtliche Ratsgebäude sowie zwei MfS-Einrichtungen (Niesky und Görlitz) erstürmt. Ausserdem versammelten sich vor mindestens 19 Strafvollzugseinrichtungen Demonstranten. In zwölf Gefängnissen kam es zu Gefangenenbefreiungen. Von knapp 1'400 befreiten Häftlingen waren am 30. Juni 1953 über 1'200 wieder eingesperrt. Mit welchen Mitteln die Behörden mit den eingesperrten Streikenden umgingen, hat Siegfried Berger detailliert beschrieben. Genaue Zahlen über die Toten existieren nicht. Die Angaben schwanken von etwa 50 bis 125. In einigen wenigen Ortschaften kam es auch zu Racheakten an Funktionären der SED und des MfS. Der Aufstand trug von vornherein eindeutig politische Ziele. Die Hauptforderungen lauteten: «Nieder mit der SED», «Freie Wahlen», «Freilassung aller politischen Häftlinge», «Rücktritt der Regierung» und «Wiedervereinigung».

Bei den Einsätzen kamen laut Berichten von Gretschko nach Moskau 33 Personen durch sowjetische und 17 durch ostdeutsche Truppen um. Er bestätigte zudem die 18 standrechtlichen Erschiessungen von Aufständischen und vermeintlichen Rädelsführern. Hinzu kamen 294 Verwundete auf Seiten der Demonstranten sowie über 8'000 Verhaftete.¹⁵ Diese Zahlen sind umstritten und keineswegs als gesichert anzusehen.

Die drei westlichen Stadtkommandanten von Berlin protestierten, nachdem auch ihre Einheiten am 17. Juni in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden waren, am 19. Juni bei den Sowjets und forderten sie auf, die Hinrichtungen einzustellen und den Einsatz von Waffen zu verbieten. Premier Winston Churchill hat sich über diese Protestnote gewundert und überrascht gezeigt, weil er zuvor nicht informiert worden sei: «Ich hatte den Eindruck», so Churchill am 19. Juni 1953, «dass sie [die Sowjets – d. Verf.] angesichts der zunehmenden Unruhen mit beachtlicher Zurückhaltung gehandelt haben.»¹⁶

Die Sowjets wählten die Taktik der massiven Einschüchterung der Bevölkerung. Es kamen insbesondere Einheiten mit Panzern zum Einsatz. «Man fuhr langsam, aber bestimmt, versuchte die Demonstrationzüge aufzuspalten und in Seitenstrassen abzudrängen.»¹⁷ Die sowjetischen Streitkräfte verlegten noch am 17. Juni zusätzliche Einheiten in Feldlager, um weitere Erhebungen zu unterbinden. Ein ständiger Patrouillendienst demonstrierte die Anwesenheit der Russen. Waffen sollten erst mit Schüssen über die Köpfe und, nur wenn dies nichts fruchtete, direkt auf die Demonstranten eingesetzt werden. Am 17. Juni 1953 gegen 14 Uhr hatte Semjonow per WTsche nach Moskau durchgegeben: «Den sowjetischen Truppen, die in der DDR wirken, und den Abteilungen der deutschen Volks- und Kasernenpolizei hat man den Befehl zum Waffeneinsatz in notwendigen Fällen und zur Verhaftung und Verurteilung der Anstifter der Unruhen gegeben.»¹⁸

Die Verhängung des Ausnahmezustandes bedeutete nicht nur, dass die Bevölkerung sich einem offenen Militärregime zu beugen hatte und ihre Alltagsgewohnheiten einge-



Am Potsdamer Platz in Berlin kam es zur Konfrontation zwischen Sowjetpanzern und Demonstranten. Hier fielen auch Schüsse.

schränkt wurden. Dies hiess auch, dass die Regierungsgewalt für die Zeit des Ausnahmezustandes offiziell wieder allein von der Sowjetunion in Gestalt der SKK und der sowjetischen Truppen ausgeübt wurde. Wenn Politbüromitglied Karl Schirdewan in seinen Erinnerungen schreibt, dass ihn ein sowjetischer General am Vormittag des 17. Juni 1953 aufgefordert habe, den Schiessbefehl zu erteilen,¹⁹ dann ist das gleich in mehrfacher Hinsicht zweifelhaft: Die Russen wären überhaupt nicht auf die Idee gekommen, einen ostdeutschen Funktionär mit einer solchen Bitte zu behelligen. Die Macht dazu lag ganz allein in Moskau und Karlshorst. Wie Dolmetscher Bogomolow berichtet, drängte Ministerpräsident Bulganin Oberbefehlshaber Gretschko in den Morgenstunden des 17. Juni zum Einsatz der Panzer. Der wiederum musste einräumen, dass die entsprechenden Truppen noch nicht einsatzbereit seien, weil sie ihre Einsatzräume noch nicht erreicht hatten. Zweitens konnte Schirdewan einen solchen Befehl nicht erteilen, weil ihm nicht einmal die ostdeutschen Einsatzkräfte unterstanden. Drittens schliesslich war Schirdewan zwar offenbar im ZK-Gebäude der mächtigste Mann, aber Ulbricht und der Rest des Politbüros hatten sich in Karlshorst in Sicherheit gebracht. Von hier aus gab es eine Standleitung direkt ins Zentralkomitee, so dass sowohl die Russen als auch Ulbricht über die Lage im Stadtzentrum jederzeit informiert waren. Aus verschiedenen Quellen ist überliefert, dass Ulbricht am 17. Juni 1953 die Macht als verloren ansah und eine erbärmliche Figur abgab. Auf Druck der Russen hin versammelte sich am 21. Juni 1953

18 Sowjetsoldaten standrechtlich erschossen

Ermittlungen der NTS (Nacionalnyj Trudovoj Sojus = Nationaler Bund der Werktätigen) Am Sonntag, dem 28. Juni, wurden im Sommerfeldlager des 73. Schützenregiments im Gebiet von Biederitz am frühen Morgen 18 Soldaten aus einem MP-Schützenkommando der Division, der das 73. Regiment angehört, erschossen. Die Erschiessung wurde auf einer Waldlichtung durchgeführt, wozu das Sammelkommando der MP-Schützen geschlossen und unbewaffnet antreten musste.

Die Soldaten wurden in Dreiergruppen am Rande eines Massengrabes von einem Spezialkommando einer Sondereinheit erschossen. Bisher konnte weder die genaue Bezeichnung der Sondereinheit festgestellt werden, noch, wer den Schiessbefehl unterzeichnet hat.

Zu den 18 Erschossenen gehörten: der Gefreite Aleksander Scherbina, der Unteroffizier Nikolai Tuljakow und der Soldat Wasili Djatkowski. Die Namen der übrigen sind nicht bekannt.

Das Sammelkommando der MP-Schützen war am 17. Juni aus verschiedenen Divisionsabteilungen zusammengestellt worden, zu denen auch das 73. Regiment gehört, und wurde zur Unterdrückung des Aufstandes deutscher Arbeiter nach Magdeburg-Neustadt abkommandiert, wo der Angriff auf das Gefängnis angefangen hatte. Die Soldaten des Sammelkommandos griffen entgegen dem Befehl nicht zu den Waffen und ermöglichten dadurch die Befreiung von Gefangenen.

Der Revolutionsstab des NTS wandte sich in dieser Angelegenheit mit einer Sondermitteilung an die Soldaten und Offiziere der sowjetischen Besatzungstruppen. Ausserdem veröffentlichte der Revolutionsstab des NTS einen Aufruf an die drei Divisionen, die während des Juni-Aufstands nach Berlin verlegt worden waren. Es handelte sich hierbei um die 12. Panzer-Gardedivision, die 1. und die 14. mechanisierte Gardedivision.

Aus: Rainer Hildebrandt: Der 17. Juni. Berlin 1983, S. 217

das ZK zu seiner Sitzung, womit der Öffentlichkeit demonstriert werden sollte, dass Ulbricht und seine Genossen weiterhin an den Hebeln der Macht sassen.

Während der Volkserhebung hatte sich nicht nur der angestaute Hass gegen die SED, das MfS und die anderen staatlichen Einrichtungen gerichtet. Auch die sowjetische Besatzungsmacht bekam zu spüren, dass sie von breiten Bevölkerungskreisen keineswegs als Freunde willkommen geheissen waren. Ob und wie viele sowjetische Soldaten umkamen oder verwundet wurden, ist nicht bekannt. Der Korrespondent der «Prawda» schrieb am 22. Juni 1953 einen langen Bericht an seinen Chefredakteur über die Ereignisse. Dieser Bericht, der auf dem Tisch von Chruschtschow landete, war nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Darin hatte der Reporter auch über den «Russen-Hass» berichtet, der sich während der Volkserhebung entlud: «Als die ersten Demonstrationzüge an der diplomatischen Mission der UdSSR in der DDR vorbeimarschierten, versuchten viele Leute zu schreien, zu pfeifen und Beschimpfungen auszustossen. Augenblicklich sprangen Menschen (selbstverständlich speziell gewählt und angeleitet) hinzu, forderten auf, keinen Lärm zu machen, die Russen nicht zu porovozieren. An den Ecken der Stras-

sen standen Streikposten, und wenn irgendjemand aus der Menschenmenge ausscheren wollte, trieben sie ihn zurück.

Die Sowjettruppen erschienen am frühen Morgen in den Strassen von Berlin. Zuerst fuhren sie herum, ohne die Bewegung der Kolonnen zu behindern. Zuerst wurden sie von den Demonstranten mit Pfeifen und Brüllen begrüßt, und als die Stimmung sich aufheizte, begannen die Beschimpfungen. Ich hörte mehrmals: ‚Russische Schweine‘, ‚Affen‘. Solche Beschimpfungen hörte man nicht nur aus den Reihen der Demonstranten, sondern auch von den Einwohnern, die Angst hatten, sich in die Kolonnen einzureihen. Man erzählte, dass sich Demonstranten in einzelnen Fällen auf Autos mit sowjetischen Soldaten, sogar auf Panzer, stürzten. Manchmal bewarfen sie die Soldaten mit Steinen. Einmal geriet unser Auto in die Mitte der Menschenmenge (es war noch morgens, die Leidenschaften waren noch nicht entbrannt). Als sie das sowjetische Kennzeichen gesehen hatten, kamen zu uns einige Jungen und schrieen bedrohend: ‚Russen, steigt aus!‘ Wir stiegen aus dem Auto und haben uns unter die Menschen gemischt. Mit dem Auto machten sie nichts. Zwei Stunden nach diesem Ereignis kippten die Banditen am Alexanderplatz das Auto des Vertreters von ‚Sowexportfilm‘, Genossen Pronin, mit ihm darin, um. (...) Besonders viele Ausschreitungen erfolgten am Alexanderplatz und in der Nähe des Polizeipräsidiums. Dort wurden die Autos umgekippt und angezündet, die Fenster im sowjetischen Geschäft ‚Das Internationale Buch‘ wurden zerbrochen. (...) Man muss zugeben, dass in der Volksmasse ein Hass gegen die sowjetischen Menschen erhalten blieb und jetzt wieder aufflammte. Im Laufe der Demonstrationen zeigte sich dieser Hass ganz deutlich. Noch einige kleine, aber charakteristische Tatsachen: Eine deutsche Frau, die bei uns am Rundfunk als Fernschreiberin arbeitet, wurde am Morgen des 17. Juni in einem Laden groben Beschimpfungen von etwa 50 Hausfrauen aus ihrer Nachbarschaft ausgesetzt. Man drohte, sie zu schlagen, weil sie ‚bei Russen‘ arbeitet. Alle im Laden waren gegen sie, die Verkäuferin auch. Sie wurde gezwungen, schnell aus dem Laden zu gehen. Die Nachbarn bedrohten auch unsere Putzfrau.»²⁰

Über das konkrete Verhalten der Sowjetsoldaten ist bislang kaum etwas bekannt. Im Allgemeinen versuchten sie, auf den Strassen Ruhe zu bewahren, während sie in den Betrieben selbst – in den SAG-Betrieben – oftmals rigoroser und brutaler vorgehen. Sowjetische Offiziere sollen Sprecher von Gruppen auch mit körperlicher Gewalt «zum Einlenken» gezwungen haben. Der bereits im April 1953 in den Westen geflüchtete Major Nikita Ronschin berichtete, dass Soldaten wegen Befehlsverweigerung hingerichtet worden seien.²¹ Sie hatten sich geweigert, auf die unbewaffneten Aufständischen zu schießen. Eine russische Exilgruppe gab daraufhin eine Pressemitteilung in Umlauf, die seit dem archivalisch weder bestätigt noch entkräftet werden konnte.

Oberst Juri Bassistow, der am Zweiten Weltkrieg teilgenommen hatte, bis nach Berlin gelangt und dann ab 1959 in der DDR stationiert war, erzählt: «Es gab eine Gruppe

von Militärangehörigen, die haben sich geweigert, die Schiessbefehle zu erfüllen. Es waren, dies belegen deutsche Unterlagen, 23 im Raum Berlin und 18 im Raum Magdeburg. Diese Leute hatten den Mut, auf deutsche Bürger, Arbeiter, Intellektuelle, auch Bauern, nicht zu schießen. Sie wurden verhaftet, vor ein Schnellgericht gestellt und alle zum Tode verurteilt. Und sie wurden sofort erschossen. Wo sich ihre Gräber befinden, wissen wir bis heute nicht.» Bassistow stützt seine Aussage auf ein nicht näher bezeichnetes deutsches Dokument aus dem SED-Archiv. In keinem bislang bekannt gewordenen Schriftstück findet sich aber auch nur der geringste Hinweis darauf, dass es solche Vorgänge gegeben hätte. Dies ist deshalb erstaunlich, weil über die standrechtlichen Erschiessungen von Deutschen genau berichtet wurde. Hinzu kommt, dass fast alle in der DDR stationierten Soldaten zu jenem Zeitpunkt noch solche Militärangehörigen waren, die unmittelbar an den Kampfhandlungen des Zweiten Weltkrieges beteiligt gewesen sind. Sie befanden sich auf besetztem Feindgebiet, mit dem es keine vertraglich geregelte Friedensvereinbarung gab. Den Soldaten und Offizieren wurde zudem erzählt, es handele sich um einen von den westlichen Alliierten unterstützten faschistischen Putsch. Die Armeen sind in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden, Kampfalarm, der auf einen bevorstehenden oder sogar bereits ausgebrochenen Krieg hindeutete. Was also hätte die Soldaten bewegen sollen, ihr eigenes Leben aufs Spiel zu setzen? Solange die Archive des sowjetischen Militärstaatsanwalts geschlossen bleiben, wird sich keine verlässliche Aussage treffen lassen, ob es sowjetische Soldaten gegeben hat, die sich am 17. Juni 1953 weigerten, den Befehlen ihrer Führung zu folgen. Sehr wahrscheinlich ist dies aber nicht.²²

Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 waren für die weitere Geschichte der DDR grundlegend. Die SED-Führung hatte vor Augen geführt bekommen, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung gegen die kommunistische Herrschaft eingestellt war und diese lediglich erduldet. Den deutschen Kommunisten war 1953 zugleich unmissverständlich bedeutet worden, dass ihre Machtausübung allein auf sowjetischen Bajonetten beruhte. Die Bevölkerung wiederum musste leid- und schmerzvoll erfahren, dass die kommunistischen Machthaber solange ihre Herrschaft ausüben würden, solange sie die «internationalistische Hilfe» der sowjetischen Streitkräfte in Anspruch nehmen konnten. Schliesslich hat die sowjetische Führung lernen müssen, dass sie ihre ostdeutschen Statthalter mit mehr Kompetenzen ausstatten müsste, um sie über aussenpolitisches Renommee auch innenpolitisch zu stärken, was sie ab 1954 auch tatsächlich tat. «Es galt daher, die DDR nicht länger als 16. Sowjetrepublik zu behandeln, sondern sie auf eigene Füße zu stellen.»²³ Die sowjetische Regierung verkündete im August 1953, dass zum 1. Januar 1954 die Begleichung der Reparationskosten eingestellt und die Besatzungskosten gesenkt werden. Ausserdem wurden die letzten noch existierenden SAG-Betriebe – mit Ausnahme der Wismut – an die DDR zurückgegeben. Dazu zählten u.a. die Leuna-Wer-

ke, die Chemischen Werke Buna, die drei Magdeburger Maschinenbaubetriebe «Ernst Thälmann», «Karl Liebknecht» und «Georgi Dimitroff», die Filmfabrik Agfa Wolfen, das Sachsenwerk Niedersedlitz und die Elektroapparate Werke Berlin.

Die gescheiterte deutsche Revolution des Jahres 1953 bewirkte die innere Staatsgründung der DDR: In den folgenden Jahren wurde der gesamte Disziplinierungs- und Unterdrückungsapparat erheblich ausgebaut und intensiviert; die Strukturen von Partei, Staat und Wirtschaft wurden teilweise verändert; die Sowjetunion räumte der DDR-Regierung ab 1954/55 grössere innen- und aussenpolitische Spielräume ein; mental – ein wesentlicher Aspekt der inneren Staatsgründung – grub sich ins kollektive Gedächtnis ein, dass die SED jederzeit mit allen Mitteln und vor allem mit Unterstützung der Besatzungsmacht jede oppositionelle Regung unterdrücken würde.

Gründung des Warschauer Paktes 1955

Am 26. März 1954 veröffentlichte die Moskauer Führung eine Erklärung über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR. Zuvor waren ihre Bemühungen auf der Berliner Aussenministerkonferenz (25.1.-18.2.1954) gescheitert, ihre deutschlandpolitischen Avancen gegenüber den westlichen Alliierten durchzusetzen. Die Erklärung vom März gewährte der DDR aber nur eine beschränkte und keineswegs, wie die SED-Propaganda behauptete, volle Souveränität.²⁴

Im August 1954 hob die Sowjetregierung alle Befehle und Anordnungen der SMAD und der SKK auf, die das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben in der DDR betrafen. Formell hatte die DDR damit ihre vollständige staatsrechtliche Eigenständigkeit erhalten. Faktisch war die Souveränität der DDR aber durch die Stationierung einer riesigen Armee, die nicht ihrer Befehlsgewalt unterstand, stark eingeschränkt. Die Souveränitätserklärung ist am 20. September 1955 durch den Staatsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR ergänzt worden. 1964 und 1975 folgten «Freundschaftsverträge». Die genauen Stationierungsbedingungen wurden in einem gesonderten Stationierungsabkommen vertraglich geregelt.

Die formelle Übertragung der Souveränitätsrechte an die DDR war eine wichtige Voraussetzung, um ein sowjetisches Militärbündnis schmieden zu können. Zwar wurde die Gründung des Warschauer Paktes in der offiziellen Propaganda immer als Antwort auf die Gründung der NATO 1949 und die Einbeziehung der Bundesrepublik 1954 (Pariser Verträge) ausgegeben, tatsächlich aber war der Warschauer Vertrag nach der Gründung des Rats der gegenseitigen Wirtschaftshilfe 1949 ein weiterer Versuch, den östlichen Block politisch und nunmehr auch militärisch enger zu verzahnen.

Am 2. Dezember 1954 verabschiedeten die UdSSR, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien und die DDR die sogenannte Moskauer Erklä-

rung. Darin gaben sie ihrer Meinung Ausdruck, dass sie, sollten die Pariser Verträge ratifiziert werden, ein eigenes Militärbündnis gründen würden. Um die DDR in dieses Bündnis aufnehmen zu können, musste formell der Kriegszustand mit Deutschland beendet werden. Am 21. Januar 1955 erliess die sowjetische Führung daher einen entsprechenden Beschluss.²⁵ Ähnlich lautende Erklärungen folgten bis Anfang April 1955 von allen anderen Teilnehmern der Moskauer Konferenz.

Bevor es am 14. Mai 1955 zur Unterzeichnung des Warschauer Vertrages kam, ist der DDR-Führung nochmals eindringlich vor Augen geführt worden, dass ihr Wohl und Wehe ganz allein von der sowjetischen Führung abhängt. An einem kalten Morgen im Februar 1955 wurde die SED-Spitze nach Karlshorst zur Sowjetischen Kontrollkommission zitiert. Dort zeigten ihr die «Freunde» in einem kleinen Vorführraum, insgesamt waren kaum mehr als 20 Personen anwesend, einen kurzen Dokumentarfilm. Dieser handelte von einem Militärmanöver in den Weiten Kasachstans. Beteiligt waren ungefähr 40'000 Soldaten der sowjetischen Streitkräfte. Höhepunkt des Manövers war ein echter Atomschlag auf dem Gefechtsfeld. Abgesehen davon, dass die Bestürzung darüber allein gross genug gewesen sein muss, waren Ulbricht, Grotewohl und die anderen anwesenden Parteifunktionäre geradezu sprachlos, als ihnen bewusst wurde, dass das Gefechtsfeld dem innerdeutschen Grenzgebiet nachempfunden war. Die deutschen Genossen zogen deprimiert ab. Sie waren die Statthalter von Moskaus Gnaden. Generaloberst Dmitri Grinkiewitsch, der in den siebziger Jahren in der DDR stationiert und als Stabschef bei Marschall Kulikow tätig war, brachte die simple sicherheitspolitische Überlegung des geopolitischen Standorts DDR auf den Punkt: «Aber von unserem Standpunkt aus, vom Standpunkt der Sicherheit der Sowjetunion aus, war es vorteilhaft, eine Gruppe der Streitkräfte 1'500 km von den eigenen Grenzen entfernt zu stationieren, die dann im Kriegsfall den ersten Schlag abwehren würden.»

Am 14. Mai 1955 unterzeichneten die Ministerpräsidenten Albaniens, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns, der DDR, der UdSSR und der Tschechoslowakei den Warschauer Vertrag, mit dem ein mächtiger, strategisch offensiv ausgerichteter Militärblock im östlichen und südöstlichen Europa entstand. Die Signatarstaaten verpflichteten sich, im Falle eines bewaffneten Überfalles auf eines der Partnerländer einander Beistand zu leisten (Art. 4). In Artikel 8 versicherte man sich formal der gegenseitigen Achtung, Unabhängigkeit und Souveränität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Gut ein Jahr später dokumentierte die UdSSR in Ungarn zum ersten Mal, dass Artikel 8 in der Praxis bedeutungslos war. Der Vertrag galt zunächst für 20 Jahre. Wenn die Vertragspartner nicht ein Jahr vor Ablauf dieses Zeitraums die Mitgliedschaft kündigten, sollte sich der Vertrag automatisch um weitere zehn Jahre verlängern, so geschehen am 26. April 1985. Das Militärbündnis löste sich zum 1. Juli 1991 formell auf. Albanien hatte es bereits 1968 und die DDR 1990 verlassen.



Die sozialistische Propaganda feierte die Waffenbrüderschaft der Soldaten des Warschauer Paktes.

Mit Gründung des Warschauer Paktes wurde ein Beschluss über die Schaffung eines «Vereinten Kommandos» der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gefasst. Er legte fest, dass alle grundlegenden Fragen des Bündnisses in einem Politisch Beratenden Ausschuss erörtert werden sollten. Zum Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte wurde Marschall Iwan Konew ernannt. Als Stellvertreter fungierten die Minister für Verteidigung oder andere militärische Führer der Teilnehmerstaaten. Die DDR erhielt noch keinen Stellvertreterposten, da sie offiziell weder über Streitkräfte noch über einen Verteidigungsminister verfügte. Der Oberkommandierende und der Chef des Stabes waren stets der erste Stellvertreter des sowjetischen Verteidigungsministers bzw. der Stellvertreter des Chefs des sowjetischen Generalstabes. Ihnen war eine Hauptverwaltung des Generalstabes unterstellt, die praktisch den Stab der Vereinten Streitkräfte bildete. Die Teilnehmerstaaten hatten bestimmte Kontingente ihrer nationalen Streitkräfte für die Vereinten Streitkräfte bereitzustellen. 1955 setzten sich diese aus insgesamt 98 Divisionen der Land- und 61 Divisionen der Luftstreitkräfte zusammen. Die Seestreitkräfte bildeten die 4. Flotte (Ostsee) und die Schwarzmeerflotte der sowjetischen Seekriegsflotte sowie alle Seestreitkräfte Polens, Bulgariens und Rumäniens. Etwa drei Viertel der Vereinten Streitkräfte stellte die sowjetische Armee. Im Bereich der Landstreitkräfte in Europa sowie der Seestreitkräfte auf den Randmeeren Ostsee/Schwarzes Meer war der Warschauer Pakt der NATO überlegen, während er qua-

litativ und quantitativ bei den Nuklearwaffen, den Luftstreitkräften und den Seestreitkräften auf den grossen Ozeanen unterlegen war.

Die Einbeziehung der DDR in den Warschauer Pakt war ein aussen- wie innenpolitisches Signal, das die Souveränität des ostdeutschen Teilstaates symbolisieren sollte. Ein weiteres Signal war die Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA) zum 1. März 1956. Erst am 24. Mai 1958 wurden die Truppen der DDR auf Beschluss des Politisch Beratenden Ausschusses in die Vereinten Streitkräfte einbezogen. Über den inneren Aufbau der NVA bestand in Ost wie West zumeist Einigkeit: eine straff organisierte, sehr disziplinierte Armee. Sie galt als beispielhaft für die anderen Vertragspartner. Ob der NVA in den militärischen Planungen des Warschauer Paktes auch eine bedeutende strategische Rolle zukam, darüber gibt es bis heute kein Einvernehmen. Den zuletzt 260'000 NVA-Angehörigen standen in der DDR 350'000-400'000 Sowjetsoldaten gegenüber. Allein schon dieses Kräfteverhältnis zeigt die untergeordnete Rolle der NVA, die im Kriegsfall auch der sowjetischen Armee befehlsässig unterstellt worden wäre.

Mauerbau 1961

Seit dem Sommer 1958 rückte Berlin neuerlich ins Rampenlicht der Weltpolitik. In der sowjetischen Führung unter Chruschtschow hatte sich nach dem erfolgreichen Start des ersten künstlichen Erdtrabanten «Sputnik» im Oktober 1957 ein neues Selbstwertgefühl entwickelt. Man verkündete, die USA in der Industrieproduktion bald überholen zu wollen. Chruschtschow war der Überzeugung, dass der DDR und der Lösung der Berlin-Frage die zentrale Bedeutung für den Ausgang des Systemwettstreits zukomme. Ab dem 27. November 1958 trieb die politische Auseinandersetzung um die Berlin-Frage unaufhaltsam auf eine gefährliche Krise zu. Der sowjetische Regierungschef hatte den drei Westmächten das sogenannte Berlin-Ultimatum gestellt. Er wollte Verhandlungen um einen Friedensvertrag über die Infragestellung des Status von West-Berlin erzwingen und forderte die Umwandlung der drei Westsektoren in eine «freie, entmilitarisierte Stadt» sowie den Abzug der alliierten Truppenkontingente. Bei Nichterfüllung drohte die Sowjetführung mit dem Abschluss eines Separatfriedensvertrages mit der DDR. In diesem Falle sollten die DDR-Behörden die Kontrolle über die Zufahrtswege nach Berlin erhalten. Die Westmächte liessen sich jedoch nicht erpressen, und so musste die UdSSR nach Verhandlungen mit den USA auf die Durchsetzung ihres Ultimatums verzichten. Doch blieben alle Probleme ungelöst. Seit der Teilung 1949 hatten über 2,6 Millionen Menschen die DDR verlassen. Im Jahre 1960 stiegen die Fluchtzahlen weiter an, und allein von Januar bis August 1961 meldeten sich 200'000 Menschen in den Notaufnahmelagern im Westen, so viele wie im gesamten Jahr 1960. Zudem gingen annähernd 60'000 Grenzgänger aus Ost-Berlin oder dem Umland in den westlichen Sektoren

zur Arbeit. In Ost-Berlin fehlten hingegen über 45'000 Arbeitskräfte. Die Lösung der Berlin-Frage war für die SED-Führung vor diesem Hintergrund zu einer Überlebensfrage geworden.

Im Januar 1961 wurde John F. Kennedy Präsident der USA. Chruschtschow lud den vermeintlichen «Sunnyboy» Kennedy, mit dem er ein leichtes Spiel zu haben glaubte, zu Verhandlungen nach Wien ein und präsentierte ihm dort am 3. und 4. Juni 1961 seine Berlin-Forderungen. Er versuchte, Kennedy davon zu überzeugen, die DDR anzuerkennen. Die Verhandlungen scheiterten. Der amerikanische Präsident liess – erschreckt durch die offene Kriegsdrohung Moskaus – nach seiner Rückkehr in die USA das Kräfteverhältnis in Europa analysieren. Das Pentagon diagnostizierte, dass die NATO konventionell unterlegen sei, was in einer militärischen Auseinandersetzung um Berlin den raschen Rückgriff auf Atomwaffen erfordern würde. Umgehend wies Kennedy Massnahmen zur konventionellen Aufrüstung und Mobilitätserhöhung an, die wiederum im Ostblock als Drohung begriffen wurden. Die Krise steuerte ihrem dramatischen Höhepunkt zu.

Auf der anderen Seite drängte Ulbricht den «grossen Bruder» seit März 1961 zu einer Lösung des Berlin-Problems. Er hätte gern alleine über Massnahmen um und gegen West-Berlin entschieden, was allerdings den Warschauer-Pakt-Staaten zu riskant war. Im Westen sah man sehr wohl, dass Moskau und die DDR zur Lösung des Flüchtlingsproblems gezwungen waren. Am wahrscheinlichsten erschien entweder eine neue Berlin-Blockade oder aber, so munkelten viele Berliner, eine Mauer um Gesamtberlin. In West-Berlin bereitete man sich vor. In den Lagern stapelte man Lebensmittel, Brennstoffe und Heizmaterialien, um die Überlebensfähigkeit der Stadt im Falle einer längeren Blockade zu gewährleisten. Das Bestreben der Westmächte richtete sich vor allem auf die Erhaltung des Status quo.

Kennedy betonte am 25. Juli 1961 in einer landesweit übertragenen Ansprache, dass die USA und die NATO mit allen verfügbaren Mitteln, das hiess auch Atomwaffen, drei Dinge aufrechterhalten wollten: erstens die Anwesenheit westlicher Truppen in West-Berlin; zweitens den freien Zugang von und nach West-Berlin; und drittens die Freiheit und Lebensfähigkeit West-Berlins. Die berühmt gewordenen «three essentials» führten zu einer grossen Ernüchterung in Westdeutschland und West-Berlin, denn von der Aufrechterhaltung des freien Verkehrs zwischen Ost- und West-Berlin hatte Kennedy nicht gesprochen.

Am 30. Juli 1961 erklärte der Vorsitzende des Aussenpolitischen Ausschusses des US-Senats, William Fullbright, mit Blick auf die Flüchtlingszahlen: «Ich glaube, man würde nicht mehr viel aufgeben, weil sie nach meiner Ansicht, wenn sie wollten, ihre Grenzen schliessen könnten, ohne ein vertragliches Recht zu verletzen. Wir haben nicht das Recht, von ihnen zu verlangen, dass Flüchtlinge herauskommen dürfen.»²⁶ Beide Reden haben offensichtlich Chruschtschow überzeugt, dass der Westen gegen eine radikale Schliessung der Grenzen nichts unternehmen werde, solange der Ostblock Kennedys drei Bedingungen einhalte.

Ende März 1961 hatte Ulbricht offenbar erstmals im Rahmen einer Tagung des Warschauer Pakts den Vorschlag unterbreitet, die Berliner Sektorengrenze abzuriegeln. Chruschtschow zögerte jedoch, weil er sich die Berlin-Karte nicht so einfach aus der Hand nehmen lassen wollte. In Ost-Berlin liefen derweil bereits die logistischen Planungen und Planspiele auf Hochtouren. Es gibt Hinweise, dass diese schon im Herbst/Winter 1960 einsetzten. Spätestens im Juni 1961 stand für Ulbricht fest, dass es zur Abriegelung des Westteils von Berlin keine Alternative mehr gab. In der ihm eigenen Art erklärte er noch am 15. Juni 1961 auf einer internationalen Pressekonferenz: «Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.»²⁷ Dieser Ausspruch wurde nach dem 13. August 1961 fast zu einem geflügelten Wort und im Allgemeinen als Beweis für die zynische Verlogenheit des SED-Chefs angeführt. Dennoch hat Ulbricht in diesem Falle insofern die Wahrheit gesagt, als die Befestigung der Staatsgrenze quer durch Berlin nicht wirklich seine Absicht war. Viel lieber hätte er die Kontrolle der Zufahrtswege übernommen und so den Flüchtlingsstrom unterbunden. Langfristig wäre West-Berlin dann wie eine reife Frucht in den Schoss der DDR gefallen. Doch genau dieser Lösung standen Kennedys «three essentials» entgegen, und Chruschtschow wollte wegen Berlin keinen Atomkrieg riskieren. So gestatteten die Russen Ulbricht nur die «kleine Lösung».

Auf der Tagung der Parteichefs der Warschauer Vertragsstaaten in Moskau vom 3. bis 5. August 1961 wurde die «Baugenehmigung» für die Sperrmassnahmen schliesslich erteilt. Chruschtschow führte u.a. aus: «Gegenwärtig, Genossen, helfen wir alle der DDR. Ich werde nicht darüber sprechen, wer von uns am meisten hilft. Alle müssen helfen und müssen weiterhin helfen. Wollen wir es so betrachten: Wenn wir jetzt die Bedürfnisse der DDR nicht in Betracht ziehen und keine Opfer bringen, dann werden die deutschen Genossen nicht aushalten. Die inneren Kräfte reichen dazu nicht, die wirtschaftlichen Kräfte reichen dazu nicht. Und was bedeutet es, wenn die DDR liquidiert wird? Es bedeutet, dass die Bundeswehr bis zur polnischen Grenze vorrückt, zur Grenze mit der Tschechoslowakei vorrückt, es bedeutet, dass die Bundeswehr näher an unsere sowjetische Grenze und zur Grenze mit anderen Ländern heranrückt. Ich glaube, wenn das als Folge unseres mangelnden Verständnisses geschehen würde, dann würde es uns teurer zu stehen kommen, viel teurer, nicht nur in politischer, sondern auch in materieller Hinsicht, als wenn wir jetzt das Nötige täten, um der DDR zu helfen und sie zu stärken. Indem wir ihre Position stärken, stärken wir unsere Position. Deshalb, Genossen, ist dies eine Hilfe, so würde ich sagen, *nicht nur für den Gen. Walter und die Deutschen in der DDR, sondern auch für uns selbst.*»²⁸ Alle Anwesenden stimmten zu. Zwar versuchten einige Parteichefs, den gemeinsamen Beschluss als Angelegenheit der DDR hinzustellen, um von eventuell drohenden Sanktions- und Boykottmassnahmen verschont zu bleiben, aber letztlich geht der Mauerbau auf eine gemeinsame Übereinkunft – ein förmlicher Beschluss ist bislang nicht gefunden worden – des Warschauer Pakts zurück. Nach



Vor dem Brandenburger Tor ziehen am 13. August 1961 Angehörige der Kampfgruppen auf um die Grenze nach West-Berlin zu sichern.

der Sitzung in Moskau wurde zunächst Marschall Konew als Oberkommandierender der GSSD nach Berlin entsandt. Konew galt als Kriegsspezialist für den Häuserkampf. Dem Westen sollte damit demonstriert werden, dass sich die östliche Seite auf alle Eventualitäten einrichte.²⁹

Seit dem 8. August wurden die notwendigen Instruktionen für die Grenzschliessung erarbeitet. Am 9. August begann der verdeckte, heimliche Aufmarsch der NVA-Einheiten, die selbst aus Geheimhaltungsgründen von den bevorstehenden Massnahmen nichts ahnten. Sie glaubten, an einer routinemässigen Übung zur Überprüfung der Gefechtsbereitschaft teilzunehmen. Der Haupteinsatzstab konstituierte sich unter Leitung Erich Honeckers im Ostberliner Polizeipräsidium. Honecker nahm damals die wichtige Funktion des Sekretärs für Sicherheitsfragen im ZK der SED wahr. Damit unterstanden ihm faktisch alle bewaffneten Einheiten der DDR. Von Honeckers Stab aus wurden die Befehle und Weisungen erteilt, um die 45 km lange Sektorengrenze Berlins und die 160 km lange Grenze West-Berlins mit dem Umland zu schliessen. In der Nacht zum 12. August liess sich die SED-Führung schliesslich die detaillierten Pläne von dem Oberbefehlshaber der GSSD bestätigen.

Um Mitternacht gingen an den Sektorengrenzen die Lichter aus, Posten zogen auf, die Grenze wurde abgeriegelt. Anderthalb Stunden später wurde der S- und U-Bahn-Verkehr eingestellt. Gegen 6 Uhr morgens war die Sektorengrenze geschlossen. Verschiedene NVA-Einheiten und Einheiten der Bereitschaftspolizei wählten bestimmenden

Die Rolle der Sowjetunion bei Mauerbau und Grenzregime

Einfluss die Sowjetunion nicht nur beim Beschluss zum Mauerbau, sondern danach auch bei der Gestaltung des Grenzregimes in Berlin ausübte, zeigt ein Schreiben des neuernannten Chefs der GSSD, Konew, an DDR-Verteidigungsminister Hoffmann vom 14.9.1961 (Nr. 13/00638). Einleitend heisst es zwar, man solle die «Vorschläge und Wünsche» für die Gestaltung der Grenzsicherung – harmlos als «ingenieurtechnische Anlagen» bezeichnet – berücksichtigen, diese werden jedoch danach im Befehlston vorgetragen:

«Um den Schutz der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik zu stärken und ein striktes Grenzregime im grenznahen Streifen zu errichten, bitte ich Sie, bei der Entscheidung der gegebenen Frage unsere folgenden Vorschläge und Wünsche zu berücksichtigen:

1. Es ist angebracht, Massnahmen zur Aussiedlung aus dem grenznahen Streifen erst nach Verbesserung der ingenieurtechnischen Anlagen der Grenze und der Verstärkung ihres Schutzes durch ausreichende Kräfte zu beginnen. (...)
3. Die ingenieurtechnische Ausstattung der Grenze soll in erster Linie in den Hauptzonen von Grenzverletzungen beginnen. Für die Errichtung ingenieurtechnischer Sperren ist es wünschenswert, den Geländestreifen von 30 Meter Breite bis zu einer Entfernung von einem Kilometer von der Grenze auszudehnen. In den Grenzen dieses Streifens sind Drahtsperrungen, Minenfelder, Signalanlagen, Beobachtungstürme und Kontrollstreifen, in der Regel entlang der Drahtsperrungen auf der Seite des Hinterlands, zu errichten und anzulegen. Bei der Errichtung der ingenieurtechnischen Anlagen ist zu beachten:
 - Minenfelder sind von beiden Seiten durch Drahtsperrungen gesichert anzulegen.
 - Bei der kombinierten Verlegung von scharfen Minen und Minenattrappen in wichtigen Grenzzonen sind scharfe Minen in zwei Reihen, Attrappen in einer Reihe zu legen; in weniger wichtigen Grenzzonen – scharfe Minen in einer Reihe, Attrappen in zwei Reihen ... (...)
7. Es sind Vorschläge zu prüfen und zu unterbreiten für die Verschärfung der Massnahmen hinsichtlich eines Grenzübertritts von Angehörigen der deutschen Grenztruppen. Solche Übertritte sind nicht als Fahnenflucht, sondern als Verrat an der Deutschen Demokratischen Republik zu bewerten.
8. Die Dienstvorschriften für den Schusswaffengebrauch durch Angehörige der deutschen Grenztruppen ... sind zu präzisieren. Es ist erforderlich, eine Abgrenzung zwischen dem Schusswaffengebrauch an der Westgrenze sowie im Umkreis von Grossberlin und an der Grenze mit den sozialistischen Ländern sowie an der Küste vorzunehmen.»

Anatoli Gribkow: Der Warschauer Pakt. Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses. Berlin 1995, S. 139-141

rückten ab Mitternacht in Berlin ein. Bei der NVA wurde ebenso wie bei den sowjetischen Truppen in der DDR Gefechtsalarm ausgelöst. Die gemeinsame Kommandozentrale wurde in Karlshorst für den Fall, dass die Alliierten eingriffen, errichtet. Im Gegensatz zur NVA blieb die GSSD jedoch in den Kasernen.

Die eigentlichen Absperrmassnahmen führten die Schutzpolizei und vor allem die Formationen der Kampfgruppen der Arbeiterklasse durch. Damit wollte die SED-Füh-



Zunächst wurde die Sektorengrenze zwischen Ost- und West-Berlin mit Stacheldraht abgeriegelt.

zung propagandistisch vermitteln, dass es Arbeiter waren, die ihren Staat gegen die westdeutschen Revanchisten schützten. Die NVA-Einheiten bildeten die zweite Staffel, die nur im Fall von Grenzdurchbrüchen kompanieweise zum Einsatz kommen sollten. Die GSSD-Einheiten wiederum bildeten die dritte Staffel für den unwahrscheinlichen Fall, dass die Alliierten militärisch reagieren würden. Ausserdem war an ihren Einsatz gedacht, wenn es – wie am 17. Juni 1953 – zu einer Volkserhebung in Ost-Berlin oder der DDR kommen sollte.

In Berlin blieb es ruhig. Zwar spielten sich in vielen Strassen bewegende Szenen ab, zu gemeinsamen Aktionen fanden sich die verzweifelten Menschen aber nicht zusammen. Im Westen reagierte nur der Regierende Bürgermeister Willy Brandt, der eilig nach Berlin zurückkehrte. Ihm war die undankbare Aufgabe zugefallen, die Berliner Bevölkerung zu beruhigen. Die Westalliierten, aber auch Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) waren insgeheim froh, dass die Berlin-Krise eine Lösung gefunden hatte.

Trotz der errichteten Sperrmassnahmen flüchteten am 13. August und in den folgenden Wochen noch Hunderte. Der Staatssicherheitsdienst arbeitete auf Hochtouren. Allein am 16. August verhaftete er 1088 Menschen in Berlin. In Potsdam etwa sind bis zum 18. August 170 Personen rechtskräftig verurteilt und in neu gebildete Arbeitslager gesteckt worden.³⁰ Auch in den anderen DDR-Bezirken formierte sich Protest. Es kam zu Streiks. Insgesamt verurteilten die Gerichte nach dem 13. August bis zum Jahresende 1961 über 18'000 Menschen wegen «Staatsverleumdung» oder «Staatsverbrechen»

rechtskräftig. Die Ruhe auf den Strassen trog. Die Bevölkerung war entsetzt, viele zeigten es auch und wurden dafür hart bestraft – Zuchthausurteile von fünf, acht oder gar zwölf Jahren waren keine Seltenheit.

Die Westalliierten hatten zwar gegen die Absperrmassnahmen protestiert, ihre Garnisonen verstärkt und in Alarmbereitschaft versetzt, aber ihr gesamtes Verhalten liess nicht auf einen bevorstehenden militärischen Konflikt schliessen. Bereits am 15. August beschloss der Nationale Verteidigungsrat der DDR vor diesem Hintergrund den weiteren Ausbau der Grenze. Ab dem 21. August ging man dazu über, die Westgrenze total abzusperren und die Grenzkreise «zu säubern». Die Kampfgruppen und NVA-Einheiten wurden aus Berlin schrittweise abgezogen und durch die neue Grenzbrigade Berlin ersetzt. Am 29. August wurde der Beschluss gefasst, die Grenze so zu sichern, dass ein Panzerdurchbruch von westlicher Seite unmöglich wäre. Zugleich forderte der Nationale Verteidigungsrat, gegen «Verräter» und «Grenzverletzer» die Schusswaffe anzuwenden. Das erste Opfer wurde am 24. August 1961 der 20jährige Schneider Günter Litfin, der versuchte, den Humboldt-Hafen zu durchschwimmen. Ihm sollten Hunderte folgen. Spektakulär war dabei der Tod des 18jährigen Peter Fechter, der beim Versuch, die Sperrn in Richtung Westen zu durchbrechen, angeschossen wurde. Er verblutete im Niemandsland zwischen Ost und West. Weder die Westberliner Polizei noch die Alliierten griffen ein: Sie hatten Angst, die Russen zu provozieren, lag Fechter doch auf deren Gebiet. Erst als der junge Mann qualvoll vor den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit gestorben war, bargen DDR-Grenzer seinen leblosen Körper aus dem Stacheldrahtverhau.

Die Sowjettruppen hielten sich in den Augusttagen des Jahres 1961 bewusst im Hintergrund. Einer Anregung des sowjetischen Botschafters in Berlin folgend, wurde innerhalb der Sowjetführung sogar überlegt, auf das Zugangsrecht der sowjetischen Militärangehörigen in die Westsektoren zu verzichten und zugleich die Einreise von Militärangehörigen der drei westlichen Alliierten nach Ost-Berlin zu untersagen. Die GSSD war gegen den Vorschlag, weil das bedeutet hätte, die Kontrolle über die Luftkorridore zu verlieren. Ausserdem hätte die Sowjetunion u.a. ihr Wachpersonal aus der Haftanstalt für Hauptkriegsverbrecher in Spandau und ihre Ehrenwache vor dem Denkmal im Tiergarten abziehen müssen. Aus strategischen Gründen folgte Chruschtschow dem Vorschlag seines Botschafters nicht.

Zur einzigen ernsthaften Auseinandersetzung zwischen sowjetischen und amerikanischen Militärs kam es im Oktober 1961. Amerikanische Soldaten versuchten in Zivil nach Ost-Berlin zu gelangen. Sie verweigerten eine Kontrolle durch ostdeutsche Grenzposten, wozu diese bei alliierten Uniformträgern auch nicht berechtigt gewesen wären. Den Amerikanern wurde die Durchfahrt verwehrt. Nach einem zweiten, ebenso abgewiesenen Versuch postierten sich am 27. Oktober zehn kampfbereite amerikanische Panzer am Grenzübergang Checkpoint Charlie. Kurz darauf rollten ebenso viele sowje-



Am 22. Oktober 1961 spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten am Berliner Checkpoint Charlie zu. Auf westlicher Seite fuhrn demonstrativ amerikanische Panzer auf. Die sowjetischen Truppen brachten die gleiche Zahl Panzer in Stellung.

tische Panzer auf der Ostseite auf. Die Bilder gingen um die Welt: die Panzer der beiden Grossmächte standen einander gegenüber und richteten drohend die Geschützrohre aufeinander. Am nächsten Tag rückten erst die Russen, dann die Amerikaner ab.

Die Panzer am Checkpoint Charlie waren ein Vorgeschmack darauf, was nur ein Jahr später folgen sollte: Die Sowjetunion begann, auf Kuba atomare Mittelstreckenraketen zu stationieren, die Amerikaner reagierten mit einer Seeblockade. Wieder schien die Welt am Rande eines Atomkrieges zu stehen. Doch es kam zum Kompromiss. Die Sowjetunion zog ihre Raketen aus Kuba ab, und im Gegenzug gaben die Amerikaner ihre Abschussrampen in der Türkei auf.

Mit dem Mauerbau vom 13. August 1961 erreichte das Ansehen des SED-Regimes einen neuen Tiefpunkt. Alle Schutzbehauptungen, man wäre einer Aggression der Bundesrepublik zuvorgekommen, konnten nicht die offensichtliche Tatsache verschleiern, dass die DDR diese Mauer brauchte, um das Weglaufen der eigenen Bürger zu unterbinden. Dennoch reifte angesichts der offenbaren Brutalität der Mauer bei westlichen Politikern die Erkenntnis, dass die Spaltung Deutschlands nicht durch eine Politik der Konfrontation zu überwinden, sondern nur durch allmähliche Wandlungen in ihren Folgen zu mildern sei. Die DDR wurde durch den Mauerbau zu jener «geschlossenen Ge-

sellschaft», die sie bis 1989 geblieben ist. Sie kam gewissermassen zu sich selbst. Angesichts der scheinbaren Endgültigkeit des Mauerbaus und der Untätigkeit des Westens begannen viele Menschen, sich mit den Gegebenheiten zu arrangieren. Dieser Prozess wurde durch eine langsame, aber deutliche Verbesserung der Versorgungslage befördert. Auch die oft beschriebene Pseudo-Idylle der DDR wurde erst möglich durch den Schutz der Mauer. Sie war insofern nicht allein ein Bauwerk, sondern auch eine Lebensform. Im Laufe der Jahre wurden die Sperranlagen technisch immer perfekter, politisch aber immer brüchiger.

Insgesamt sind an der innerdeutschen Grenze und an der Berliner Mauer bis zum November 1989 994 Menschen ums Leben gekommen und weitere 757 schwer oder dauerhaft verletzt worden. Hinzu kamen Todesfälle bei Fluchtversuchen über andere Staaten des Ostblocks. Wie viele dies insgesamt waren, ist bislang unbekannt. 1988 kamen drei Bürger in der ČSSR und je einer in Ungarn und Bulgarien ums Lebens.³¹ Das ostdeutsche Grenzregime reichte bis an die Donau und ans Schwarze Meer. Von den fast eintausend Todesopfern an der innerdeutschen Grenze starben bereits vor dem Mauerbau 369 durch gezielte Schüsse und 41 durch Minen.

Ende des «Prager Frühlings» 1968

Am 3. Januar 1968 begann mit der Wahl Alexander Dubceks zum Generalsekretär der KPC jene kurze, aber bewegende Epoche, die in die Geschichte als «Prager Frühling» eingegangen ist. Was als Reform von oben begann, wurde schnell zum Aufbruch einer ganzen Gesellschaft zu mehr Demokratie und nationaler Unabhängigkeit. Sicherlich hat die Euphorie des Neubeginns wie auch der Druck von aussen manche Widersprüche der Bewegung überdeckt, die ohne den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts früher oder später zum Ausbruch gekommen wären. Die Frage, ob ein «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» möglich gewesen wäre oder ob er eine Utopie bleiben musste, konnte nicht beantwortet werden. Unzweifelhaft aber ist, dass damals viele Menschen in der ganzen Welt voller Sympathie das Experiment verfolgten, die soziale Gerechtigkeit des Sozialismus mit den bürgerlichen Freiheiten der westlichen Gesellschaft zu einer Synthese zu verbinden. Die Vertreter des Reformkurses sahen darin ein Modell für das ganze sozialistische Lager und meinten, dass ihr Erfolg letztlich auch den Linken anderer Staaten Auftrieb geben würde. Doch gerade aufgrund der Ausstrahlung des Reformmodells auf die Nachbarländer, in denen sich viele Menschen mehr Freiheit und Wohlstand wünschten, verfolgte die Führung der sozialistischen Länder voller Misstrauen die Vorgänge in der Tschechoslowakei.

Die ČSSR galt in den Augen der Russen als Schwachstelle im Rahmen des Warschauer Paktes. Das Land hatte eine ungefähr 900 km lange Grenzlinie mit dem Westen, aber auf dem Territorium der Tschechoslowakei standen lediglich nationale Truppen.

Die «Truppenübungen» in der ČSSR im Sommer 1968

Tatsächlich war die Militärübung «Sumava» in eine grossangelegte Truppenübung des Warschauer Paktes eingebettet. Vom 10. bis 23. Mai fanden in Südpolen gemeinsame polnisch-sowjetische Manöver der Panzerarmeen statt, an denen rund 80'000 Soldaten mit rund 2'800 Panzern teilgenommen haben. Vom 10. bis 17. Juni wurden im Südosten der DDR Manöver der Panzer- und motorisierten Schützendivisionen der NVA und der Roten Armee durchgeführt, an denen rund 64'000 Soldaten mit ca. 1'800 Panzern teilnahmen. Und schliesslich begann am 11. Juli eine Militärübung in der Ostsee, an der Marineeinheiten der Sowjetunion, der DDR und Polens teilgenommen haben. Beide Manöver zu Lande können als Beginn einer systematischen Truppenverlegung der beteiligten Warschauer-Pakt-Staaten an die tschechoslowakische Grenze angesehen werden, zumal sie nach der Beendigung der Übungen nicht zurückgezogen wurden. Obwohl die «brüderlichen Manöver» laut Breschnew die politische Moral der im Zersetzungsprozess befindlichen CSLA sowie der Abschreckung der konterrevolutionären Kräfte dienen sollten, waren sie die Probe für die im August erfolgte Intervention. Nach der Analyse tschechischer Militärhistoriker entsprach die Dislozierung der Armee- und Divisionsstäbe genau dem späteren Truppeneintritt im August. Die Grenzorte des Truppeneintritts, die Strassen- und Bahnverbindungen erwiesen sich ebenfalls als identisch. Die Ausmasse, Gründlichkeit und die Aufstellung der Nachrichten- und Kommunikationsverbindungen überstiegen die üblichen Anforderungen solcher Manöver und erwiesen sich als eine genaue Vorbereitung des späteren Truppeneinsatzes. Manche der eingerichteten Kommunikationsstützpunkte wie z.B. auf dem Prager Flughafen «Ruzyně» blieben bis zur Intervention bestehen. Der Militärflughafen in Mflovce bei Prag wurde im August während der Intervention von denselben Offizieren und Einheiten besetzt, die sich dort während der «Sumava»-Übung aufgehalten hatten. Ein Grossteil der sowjetischen Offiziere begab sich tagelang auf Erkundungsfahrten durchs Land, die nichts mit der stattfindenden Übung zu tun hatten. Den sowjetischen Offizieren wurden alle Informationen über Flughafenkapazitäten, Brückenverbindungen u.a. m. zugänglich gemacht.

Obwohl ursprünglich die Teilnahme von Stabs- und Verbindungsoffizieren aus fünf Ländern mit vorwiegend tschechoslowakischen und sowjetischen Truppen verabredet wurde, setzte Marschall Jakubowski im Verlauf der Übung eine massive Truppenaufstockung durch, so dass ca. 42'000 Soldaten an dieser «Stabsübung» teilnahmen. Rund zwei Drittel aller Truppen bestanden aus sowjetischen Einheiten, das restliche Drittel verteilte sich auf tschechoslowakische, polnische, ostdeutsche und ungarische Truppen.

Jan Pauer: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung. Bremen 1995, S. 101-102

Aus sowjetischer Sicht waren nur die eigenen Streitkräfte in der Lage, an der Grenze zur NATO Stabilität und militärische Überlegenheit zu garantieren. Die Sowjetunion hatte bis in das Frühjahr 1968 hinein die Regierung der ČSSR gedrängt, der Stationierung sowjetischer Truppen zuzustimmen. Dieses Ansinnen lehnte die Tschechoslowakei mit dem Hinweis ab, fremde Truppen würden von der Bevölkerung aufgrund der historischen Erfahrungen feindlich aufgenommen werden und zugleich würde darunter die

Autorität der KPC leiden. Seit Ende März 1968 begannen die Verbündeten, die Führung in der ČSSR unter Druck zu setzen. Als dies zunächst nichts fruchtete, schickte Breschnew Ende April 1968 den Oberkommandierenden des Warschauer Paktes, Marschall Jakubowski, in die ČSSR. Er sollte die neue Führung unter Dubcek kennenlernen und die Personalveränderungen in der Armee einschätzen. Der Marschall empfahl, die für September 1968 in der ČSSR geplante Militärübung «Sumava» (Böhmerwald) in die erste Jahreshälfte vorzuziehen. Ausserdem sollten an dem Manöver neben Einheiten der UdSSR und der ČSSR auch polnische und ungarische Kampfverbände teilnehmen. Die Sowjetführung war im Übrigen der Meinung, dass die Armee der Tschechoslowakei zum Debattierklub verkommen sei und 20 US-Panzer genügen würden, um die Westgrenze zu überrollen.³²

Seit Ende Februar 1968 gab es erste Vorbereitungen für eine militärische Invasion der Staaten des Warschauer Paktes. Breschnew soll eine solche Möglichkeit ernsthaft Ende April in Erwägung gezogen haben. Am 4. Mai 1968 warnte er die ČSSR, sie dürfe unter keinen Umständen die sozialistische Staatengemeinschaft verlassen. Am 8. Mai reiste eine sowjetische Militärdelegation unter Führung von Konew und Kyrill Moskalenko in die ČSSR. Sie interessierten sich besonders für Westböhmen und für Begegnungen mit tschechoslowakischen Politikern und Armeeangehörigen. Dabei kam es zu aggressiven politischen Ausfällen einzelner sowjetischer Militärs, die die Lage in der ČSSR als konterrevolutionär bezeichneten. Anschliessend folgte eine Inspektionsreise Marschall Gretschkos vom 17. bis 22. Mai. Er nutzte den Besuch abermals dazu, an der tschechoslowakischen Westgrenze die Stationierung von zehntausend sowjetischen Soldaten zu fordern. «Während ihres Besuches luden Gretschko, Jakubowski und ihre Begleiter die gesamte tschechoslowakische Partei- und Staatsführung zu einem Empfang ein, bei dem Gretschko die innere Zersetzung der tschechoslowakischen Republik und die Schwächung der Sicherheit des Warschauer Paktes anprangerte. Der selbstherrliche Ton der sowjetischen Marschälle erinnerte den anwesenden O. Sik an Kolonialzeiten, als sich englische Offiziere die heimischen Fürsten vorführen liessen.»³³

Nach der Rückkehr dieser Gruppe beschloss das Politbüro der KPdSU die Bildung einer «Spezialkommission», die sich laufend mit den Ereignissen in der ČSSR beschäftigte. Die sowjetische Führung forcierte zudem die Vorbereitungen der nunmehr für den Mai geplanten Militärübung «Sumava» des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei. Das Manöver begann am 20. Juni und wurde unter erheblichen politischen Spannungen am 30. Juli beendet. Jakubowski erklärte, dass die Übung im Gegensatz zum Manöver von 1966 «Vltava» (Moldau) keine grosse Truppen-, sondern nur eine Stabsübung sei. Truppen würden nur in geringer Zahl zu Markierungs- und Sicherungsarbeiten herangezogen werden. Das war masslos untertrieben, wie Jan Pauer analysiert hat.

Die letzten sowjetischen Truppen verliessen nach dieser «Stabsübung» die ČSSR erst am 3. August. Bereits ab dem 20. Juli fand in den fünf beteiligten Warschauer Ver-



Am 21. August 1968 stellen sich tschechische Bürgerinnen und Bürgern den einmarschierenden sowjetischen Truppen friedlich entgegen.

tragsstaaten eine militärische Mobilisierung statt. Die beteiligten nationalen Einheiten wurden dem jeweiligen sowjetischen Oberkommando unterstellt. «Die 7. Panzerdivision und die 11. Motorisierte Schützendivision der NVA der DDR unterstanden ab dem 26. Juli 1968 dem sowjetischen Befehlskommando, ebenso die Truppen aus Polen, Bulgarien und Ungarn.»³⁴ Die polnische Armee stellte mit 26'000 Soldaten die zweitstärkste Kraft nach der sowjetischen Armee. Vom 11. bis 20. August fand eine weitere Militärübung statt. Die seit Mitte Juni ununterbrochen durchgeführten Manöver versetzten die sowjetische Führung in die Lage, im Bedarfsfall in kürzester Zeit militärisch agieren zu können. Am 17. August 1968 fasste schliesslich das Politbüro der KPdSU den Beschluss zur Invasion.

Die Operation «Donau» begann in der Nacht vom 20. zum 21. August 1968. Bereits gegen 22 Uhr Ortszeit besetzte eine sowjetische Kommandoeinheit den Prager Flughafen und übernahm den Tower. Dann begann die Landung von Luftlandeeinheiten. Gegen zwei Uhr morgens überschritten polnische, sowjetische, ungarische und bulgarische Panzereinheiten die Grenzen des Landes. Wie wenig die Russen letztendlich eine westliche Militäraktion befürchteten, die sie monatelang als Gefahr beschworen hatten, zeigt die Tatsache, dass die Westgrenze unter Kontrolle tschechoslowakischer Grenzverbände blieb.

Fernschreiben von Marschall Jakubowski an Generaloberst Kessler, 26. Juli 1968

Sehr geehrter Genosse General!

In Verbindung mit der bevorstehenden Übung der Vereinten Streitkräfte und der erzielten Vereinbarung über die Teilnahme von Verbänden der NVA der DDR an dieser Übung wäre es wünschenswert, deren Einsatz wie folgt zu planen:

- 7. PD in den Raum Litoměřice, Duba, Mimon, Decin führen; dazu sollten folgende Marschrouten benutzt werden: Bautzen, Ebersbach, Ceska Lipa; Weissenberg, Löbau, Zittau, Mimon. Der Stab der Division sollte in Ceska Lipa untergebracht werden. Bevor sich die 7. PD in den festgelegten Raum begibt, wäre es zweckmässig, nördlich Bautzen einen Ausgangsraum zu bestimmen, wo sie in den Bestand der 20. Armee der GSSD eingegliedert wird;
- 11. MSD, deren Einsatz in der zweiten Staffel vorgesehen ist, zweckmässigerweise in den Raum ausschl. Plauen, ausschl. Gera, ausschl. Zwickau in der Bereitschaft führen, Handlungen in Richtung auf Plzen auf den Marschrouten zu beginnen: Reichenbach, Becov, Plzen; Zwickau, Schwarzenberg, Zlutice, Rokycany. Der Marsch der Division in die Ausgangsräume sollte gedeckt, nachts mit allen Tarnmassnahmen erfolgen. Es ist zweckmässig, vorher eine Rekognoszierung der Marschstrassen der 11. MSD und der 7. PD zur Staatsgrenze der CSSR durchzuführen. Die anderen Fragen, die die Erfüllung der angewiesenen Aufgaben durch die Truppen der NVA der DDR und deren materiell-technische Sicherstellung betreffen, werden am 25. Juli 1968 in Legnica mit Ihren Vertretern besprochen werden.
Die bevorstehenden Aufgaben sollten am 28.07.1968 an die Kommandeure und Stabschefs der Regimenter weitergeleitet werden.

Ai/s: Rüdiger Wenzke: Die NVA und der Prager Frühling. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung. Berlin 1995, S. 222

Vom militärischen Standpunkt betrachtet, war die Operation «Donau» ein «organisatorisches Meisterstück»³⁵. Selbst von der militärischen Gegenseite, der US-Army, kam groteskerweise Lob. Erst später stellte sich heraus, dass die Luftlandeaktion nur ungenügend abgesichert worden war, der Nachschubdienst der sowjetischen Streitkräfte in der ersten Phase versagt hatte, der technische Verkehrsdienst organisatorische Mängel aufwies, die Koordination mit den verbündeten Truppen nicht reibungslos verlief und vor allem die psychologische Vorbereitung der sowjetischen Soldaten absolut unzulänglich war. Die Armeeangehörigen hatten damit gerechnet, eine Konterrevolution niederschlagen zu müssen. Stattdessen drangen sie mit Gewalt in ein friedliches und ruhiges Land ein, das sich mitten in den Sommerferien befand und voller Touristen war. Die Tschechen und Slowaken, die sich aufgrund der Sprachverwandtschaft mit den Russen gut verständigen konnten, sagten den Sowjetsoldaten, sie sollten sich nach Hause scheren und sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern. Die Empörung, die den Invasoren entgegenschlug, war gross. Dennoch blieben die Aktionen gegen die Sowjetarmee weitgehend friedlich. Die Bevölkerung entwickelte vielfältige und sehr wirksame Formen des passiven Widerstands. Noch ein Jahr später kam es etwa in Prag und ande-



Entgegen der sowjetischen Propaganda, die von einer Konterrevolution in der ČSSR gesprochen hatte, sahen sich die Soldaten in Prag einer friedlichen Bevölkerung gegenüber, die das Modell eines demokratischen Sozialismus unterstützte.

ren Städten zu Demonstrationen gegen die militärische Niederschlagung des Prager Frühlings. Bis 1972 gab es etwa 21'000 politische Prozesse. Rund 120'000 Menschen emigrierten aus ihrer Heimat.

An der Besetzung der Tschechoslowakei waren 27 Divisionen mit rund 300'000 Soldaten beteiligt. Binnen weniger Tage wurde die Truppenstärke auf mehr als eine halbe Million und später sogar zeitweilig auf 800'000 Mann erhöht. Die Invasionsarmee war mit 7'500 Panzern, 1'000 Verkehrs- und Kampfflugzeugen und ca. 2'000 Schwergeschützen ausgestattet. Sie hatte das Land einschliesslich des Luftraums innerhalb von 36 Stunden vollkommen unter Kontrolle. Das war die grösste militärische Aktion in Europa seit 1945. Allerdings war dies weniger eine Kampfkraft als vielmehr der geglückte Versuch, die ČSSR politisch wieder unter Kontrolle zu bekommen. Die einheimische Armee leistete keinen Widerstand und versorgte zum Teil sogar die eingefallenen Truppen.

Während des Einmarsches erschossen die Besatzer 53 Bürger, 38 sind von Militärfahrzeugen tödlich überrollt worden und drei weitere kamen anderweitig ums Leben.

Aus der für den Einmarsch vorbereiteten Ansprache der Bataillonskommandeure an die Truppe, 20. August 1968

Genossen!

Entscheidende Stunden liegen vor uns. Verantwortliche Kommunisten in der Partei- und Staatsführung der ČSSR haben die verbündeten sozialistischen Bruderarmeen gerufen, auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus den revolutionären Kräften in der ČSSR solidarische Klassenhilfe zu erweisen. Damit haben wir eine historische Bewährungsprobe zu bestehen. (...) Getreu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus stehen wir unserem tschechoslowakischen Nachbarvolk im Kampf gegen die Konterrevolution brüderlich zur Seite. Gemäss dem Auftrage unserer Partei- und Staatsführung und dem Befehl des Oberkommandierenden gehen wir als Freunde in Freundesland, um unseren Klassengenossen im Kampf für die Sicherung des Sozialismus und der Freiheit des tschechoslowakischen Volkes militärischen Beistand zu leisten. (...) Genossen!

Die Macht der Werktätigen in der ČSSR ist ernsthaft gefährdet. Damit sie künftig fest in den Händen der Arbeiter und Bauern bleibt, folgen wir dem Ruf der progressiven Kräfte unseres tschechoslowakischen Brudervolkes. Unsere entschlossene militärische Hilfe auf der Grundlage der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, die im Warschauer Vertrag und den zweiseitigen Verträgen fixiert und in Bratislava bekräftigt wurden, bleibt der einzig mögliche Weg, den Sozialismus und den Frieden zu erhalten.

Im festen Vertrauen auf unsere Partei- und Staatsführung, die uns stets auf den richtigen Weg führte, erfüllen wir unsere internationalistische Pflicht im Freundesland. Die tschechoslowakischen Klassengenossen brauchen unsere Hilfe. Die revolutionäre Arbeiterklasse der ČSSR wartet auf unsere Unterstützung. Die fortschrittlichen Werktätigen in Ceska Lipa, Litoměřce, Slaný und Sokolov, in den sozialistischen Industriebetrieben und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vertrauen

auf unsere Solidarität

auf unseren brüderlichen Beistand

auf unser entschlossenes Handeln auf unsere revolutionäre Tat.

Getreu unserem Fahneid werden wir jeden Befehl bedingungslos und initiativreich erfüllen. Die revolutionären Kräfte der tschechoslowakischen Arbeiterklasse bei der Zerschlagung der Konterrevolution und dem Schutz des Sozialismus zu unterstützen verlangt von uns eine klare klassenmässige Orientierung.

Hinzu kamen 267 Schwer- und 422 Leichtverletzte. Die Invasionstruppen verloren insgesamt 58 Soldaten. Darunter befanden sich auch 2 NVA-Soldaten, die mit ihrem Schützenpanzerwagen in die Mulde bei Eibenstock stürzten und durch die explodierende Munition umkamen.

Unter den einmarschierten Einheiten war die «Prager Gruppierung» – aus der DDR und Polen kommend – die stärkste Truppenvereinigung. Ihre Stossrichtung war Prag. «Zu ihrer ersten operativen Staffel gehörten die 1. Gardepanzerarmee der GSSD (Dres-

Denn unsere Freunde

- das sind die Soldaten der Sowjetarmee und aller befreundeten Bruderarmeen;
- das sind die fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes, die den Sozialismus verteidigen;
- das sind all jene, die die Freundschaft zur Sowjetunion und das Bündnis des Warschauer Vertrages in ihren Herzen bewahrt haben.

Der Feind

- das ist die vom Imperialismus ausgehende Konterrevolution;
- das sind die offenen und getarnten Gegner der Arbeiter-und-Bauern-Macht;
- das sind jene, die den Antisowjetismus schüren und mit dem Bonner Staat paktieren, der den Revanchismus und die Vernichtung des Sozialismus auf seine Fahnen geschrieben hat.

So wie wir an der Seite der sowjetischen Waffenbrüder unsere Freunde in der ČSSR leidenschaftlich unterstützen, werden wir jeden Widerstand des Feindes kompromisslos brechen.

Die tschechoslowakischen Volksmilizen werden sich auf die Seite der verbündeten Armeen stellen. Die tschechoslowakische Volksarmee ist aufgerufen, mit uns gemeinsam zu kämpfen. Wer diesem Aufruf nicht Folge leistet und die Waffe gegen uns erhebt, erweist sich als Diener der imperialistischen Konterrevolution und als Verräter am Sozialismus. Wer sich gegen uns stellt und gegen unseren Auftrag, den revolutionären Kräften in der ČSSR militärische Hilfe zu leisten, dient dem Klassenfeind. Wer dem Klassenfeind dient, erleidet dessen Schicksal!

Im Kampf mit der Konterrevolution gibt es kein Zögern und Zaudern. Im Falle bewaffneten Widerstands, versteckter und offener Sabotage, Diversion, Hetze und anderer gegen die Klassenmission der verbündeten sozialistischen Armeen gerichteten Machenschaften wird die Auseinandersetzung bis zur letzten Konsequenz geführt. Genossen!

Es ist damit zu rechnen, dass es der Konterrevolution gelingt, labile und irreführende Teile aus allen Bevölkerungsschichten gegen die verbündeten Armeen aufzuwiegeln und zu feindlichen Aktionen zu missbrauchen. Derartigen konterrevolutionären Umtrieben begegnen wir mit solchen Kräften und Mitteln, die der konkreten Lage entsprechen und ausreichend wirksam sind. Nichts kann uns in der Erfüllung unseres Auftrages beirren. (...)

Dem Ruf der Partei und unserer Klassenbrüder folgend, werden wir mit entschlossener Tat zur Sicherung des Sozialismus antworten:

Dem Freund und Genossen unser Herz und unsere Hand!

Dem Feind die Faust!

Aus: Rüdiger Wenzke: Die NVA und der Prager Frühling. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung. Berlin 1995, S. 239-241

den) mit vier Divisionen, die 20. Gardearmee der GSSD mit drei Divisionen und ein gemischter sowjetisch-polnischer Armeeverband mit ebenfalls drei Divisionen. Als Reserve verblieben drei Truppenverbände.»³⁶ Die 20. Gardearmee rückte direkt nach Prag vor, wo sie in den frühen Morgenstunden die strategisch wichtigsten Stellen und Plätze besetzte. Die 1. Gardepanzerarmee zog in südöstlicher Richtung vor und war auf eine eventuelle Verteidigung der Westgrenze bzw. einen Angriff gen Westen vorbereitet. Ins-

gesamt kamen von der GSSD sieben Divisionen mit 2'000 Panzern und 2'000 Schützenpanzerwagen sowie Teile der 16. Luftarmee zum Einsatz. Es war kein Zufall, dass den Einheiten der GSSD die strategisch wichtigsten Aktionen übertragen wurden.

Die NVA griff in die Operationen nicht direkt ein. Ihre Truppen sicherten das Hinterland und übernahmen logistische Aufgaben. Lediglich einige Verbindungsoffiziere hielten sich zeitweise auf dem Territorium der Tschechoslowakei auf. Die beiden Divisionen der NVA sollten nur im Fall eines Volksaufstandes oder von Auseinandersetzungen mit der NATO zum Einsatz gelangen. Die 7. Panzerdivision der NVA wies einen Bestand von 7'500 Soldaten, 1'500 Kraftfahrzeugen und 300 Panzern auf. Die 11. Motorisierte Schützendivision verfügte über 9'000 Soldaten, 1'700 Kraftfahrzeuge, 349 Schützenpanzerwagen und 188 Panzer.

Zum Einsatz der NVA-Einheiten kam es aus verschiedenen Gründen nicht. Zum einen hatte die Moskauer Führung gezögert, die NVA überhaupt einzubeziehen, weil allen Beteiligten bewusst war, dass die Anwesenheit deutscher Truppen zwangsläufig Erinnerungen an 1938 wachrufen und der Hass auf die Invasoren nur noch verstärkt würde. Diese Bedenken wurden aber Mitte Juli nach eindringlichen Interventionen der SED-Führung aufgegeben. Die zwei Divisionen waren fest eingeplant. Für den bevorstehenden Einmarsch lagen die Ansprachen der NVA-Bataillonskommandeure bereits vor.

Rein militärische Erfordernisse hatten die sowjetischen Marschälle und Generale offenbar veranlasst, die bisherigen Planungen unmittelbar vor dem Einmarsch noch einmal zu verändern. Im Interesse eines schnellen Vorstosses einer kompletten Gruppierung nach Prag verzichtete man auf die geplante Besetzung des nordschleichen Raumes. Damit entfiel die ursprüngliche Aufgabe der 7. Panzerdivision der NVA, diesen Raum mitzubesetzen und dort Militärkommandanturen zu errichten. Die NVA-Division wurde daher nur noch als Reserveverband eingestuft.³⁷ Die 11. Motorisierte Schützendivision bezog direkt an der Grenze Stellung, kam aber nicht zum Einsatz, weil Jakubowski diesen als militärisch nicht nötig erachtete. Auf dem Boden der ČSSR agierten jedoch NVA-Nachrichtensoldaten und -Offiziere als Verbindungsgruppe des Stabes der Besatzer zum Ministerium nach Strausberg sowie Aufklärungs- und Versorgungskräfte in geringer Anzahl. Ausserdem betraten mehrmals Grenzsoldaten die ČSSR, um gegen die DDR und die Warschauer Staaten gerichtete Losungen zu entfernen. Ungeachtet dieser Aktionen war die DDR politisch und letztlich auch militärisch am Einmarsch beteiligt und trug an diesem Verbrechen genauso Verantwortung wie die übrigen vier Länder. Für den Aufbau von Militärkommandanturen etwa sind an der Militärakademie Dresden 160 Offiziere und zivile Spezialisten ausgebildet worden. Nur einer lehnte ab. Hauptmann Manfred Schmidt wurde dafür aus der SED ausgeschlossen, zum Soldaten degradiert und aus der NVA in Unehren entlassen.³⁸ Ausserdem war die DDR an der ideologischen Kriegsführung aktiv beteiligt. Vom 20. August 1968 bis zum 12. Februar



Losungen am Strassenrand in der Tschechoslowakei forderten auch die Soldaten der Nationalen Volksarmee auf, das Land zu verlassen.

1969 sendete aus der DDR der Interventionssender «Vltava», der vorgab, von Tschechen und Slowaken geleitet zu sein. Kaum jemand fiel auf dieses Spiel herein. Der Sender – ebenso wie eine Zeitung – schadete nur den orthodoxen Kommunisten in der ČSSR – und der DDR.

In der DDR zählten die Sicherheitsapparate allein bis zum 29. August 1968 1742 strafrechtlich relevante «Vorkommnisse», die gegen den Einmarsch gerichtet waren. In einigen Städten, wie zum Beispiel Erfurt, Potsdam, Eisenach, Berlin, Dresden oder Gotha, kam es zu Kurzdemonstrationen. Aus vielen Städten wurden Flugblattaktionen gemeldet, die Staatssicherheit beschlagnahmte Zehntausende Exemplare. In der Botschaft der ČSSR haben Hunderte DDR-Bürger per Unterschrift ihre Empörung über den Einmarsch zum Ausdruck gebracht. Im Oktober 1968 legte der DDR-Generalstaatsanwalt eine Statistik über strafrechtlich belangte Personen vor, die sich an Sympathiekundgebungen für die ČSSR beteiligt hatten. Die Liste führte 1189 Personen auf, wobei 75 Prozent der Belangten zwischen 12 und 30 Jahren alt waren. 84,2 Prozent der sogenannten Täter waren Arbeiter, nur 7 Prozent Intellektuelle und 8,5 Prozent Schüler und Studenten.³⁹

Viele NVA-Offiziere, die 1968 an den direkten Invasionsvorbereitungen beteiligt waren, verschleiern heute die tatsächliche Rolle der NVA. Dies hängt gewiss mit der



Am 5. November 1968 veranstaltete die SED u.a. in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) einen Jubelempfang für die aus der Tschechoslowakei zurückkehrenden sowjetischen Truppen.

nachträglichen Einsicht zusammen, dass der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR eine der grössten Tragödien und eines der grössten Verbrechen in der Geschichte des Warschauer Paktes überhaupt darstellte.

Am 16. Oktober 1968 ist in Prag das Stationierungsabkommen unterzeichnet worden, das den Verbleib von 75'000 sowjetischen Soldaten in der ČSSR «regelte». Das militärisch wichtigste Ziel der Invasion war erreicht worden. Ein Teil der sowjetischen Stationierungstruppen in der ČSSR (Zentralgruppe) rekrutierte sich aus der GSSD. Die GSSD-Einheiten wurden durch neue, aus der UdSSR in die DDR verlegte Divisionen ersetzt. Vom 20. Oktober bis 15. November 1968 rückten die Besatzungstruppen wieder ab. Es handelte sich um 28 Divisionen mit 7'000 Panzern und 3'000 Geschützen. «Für die Verlegung der Truppen benötigte man etwa 600 Eisenbahnzüge, wobei allein von der DDR rund 240 Züge bereitgestellt werden mussten. Für den Rückmarsch der sowjetischen Truppen in die DDR – drei Divisionen der GSSD in den Raum Berlin und vier Verbände in die Südgebiete der Republik – waren zwölf Strassen über das Erzgebirge für etwa drei bis vier Tage freizuhalten.»⁴⁰

Trotz des Teilabzugs der Truppen bestimmte nun die sowjetische Führung die Geschichte der Tschechoslowakei. Innenpolitisch legte sich der Mehltau der «Normalisie-

rung» über das Land. Der Aufbruch des Prager Frühlings und die anschliessende Invasion hatten eine tiefe und langandauernde Resignation verursacht. Nach Jahren der Friedhofsruhe kam es zum 20. Jahrestag des Einmarschs, am 21. August 1988, in Prag zu einer grossen Demonstration. Die Revolution des folgenden Herbstes warf ihre Schatten voraus. Am 30. Juni 1991 schliesslich endete die Besatzungszeit. Der letzte Sowjetsoldat verliess entsprechend der vertraglichen Regelung die Tschechoslowakei. Zur Feier des Abzugs der sowjetischen Truppen ertönten in der ganzen Republik die Sirenen, und es läuteten die Glocken.⁴¹

Polnische Krise 1980/81

Seit den Arbeiterstreiks in den Städten an der polnischen Küste im Dezember 1970 war das Land nicht mehr zur Ruhe gekommen. Im Sommer 1980 steuerte die polnische Dauerkrise einem neuen Höhepunkt zu. Nachdem überall im Lande kleinere Streiks aufgeflackert waren, legten im August die Beschäftigten der Gdanker Lenin-Werft die Arbeit nieder. Damit gewann die Bewegung eine neue Dimension. Es ging nicht mehr allein um Lohnforderung oder Proteste gegen die Lebensmittelpreise, sondern um das Recht, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen. Tatsächlich gab die Staatsmacht nach und unterzeichnete am 31. August 1980 auf dem Werftgelände die 21 Punkte der Gdanker Erklärung. Im ersten Punkt war die Gründung einer freien Gewerkschaft vereinbart. Garantiert wurden die Meinungsfreiheit, das Streikrecht, die Freilassung politischer Gefangener sowie materielle Zugeständnisse. Der nun gegründeten freiheitlichen Massenbewegung «Solidarnosc» traten in den nächsten Wochen zehn Millionen Menschen bei. Es bestand kein Zweifel, auf welcher Seite des Konfliktes mit der Staatsmacht das Volk stand. Das Land befand sich in einem gefährlichen Schwebestand. Die Freiheitsbewegung war aufgrund der Blockeinbindung Polens nicht in der Lage, die Macht zu ergreifen, der Sicherheitsapparat war nicht fähig, die «Solidarnosc» zu zerschlagen und die kommunistische Parteiführung lavierte hilflos zwischen den Fronten.

Die Situation war nicht nur für das kommunistische Polen, sondern ebenso für die Staaten des Warschauer Paktes, insbesondere aber für die DDR, bedrohlich. Ein Erfolg der polnischen Gewerkschaftsbewegung hätte nicht nur den Warschauer Pakt strategisch erheblich geschwächt – zwischen der UdSSR und der DDR hätte es keine direkte Landverbindung mehr gegeben –, sondern hätte ebenso unkalkulierbare Schneeballeffekte in den anderen kommunistischen Staaten verursachen können. Die SED-Führung hatte diese Gefahr deutlich erkannt und drängte die Sowjetunion zu einer bewaffneten Intervention. Die sowjetische Führung zögerte jedoch, militärisch einzugreifen. Die Intervention in Afghanistan, die zur Jahreswende 1979/80 begonnen hatte, war auf eine un-

erwartet starke Ablehnung der Weltöffentlichkeit gestossen. Der Boykott der Olympischen Spiele, die 1980 in Moskau stattfinden sollten, bedeutete einen weiteren schweren Prestigeverlust. Zudem war auch die Lage in Afghanistan selbst sehr kritisch. Die islamischen Glaubenskrieger waren keineswegs gewillt, sich der sowjetischen Militärmacht zu ergeben. Das Sowjetreich schlitterte in einen zermürbenden Guerillakrieg hinein, der den religiösen Fundamentalismus auch in den kaukasischen und mittelasiatischen Republiken zu neuem Leben zu erwecken drohte. Nichts konnte die Sowjetführung weniger gebrauchen als einen neuen Krisenherd mitten in Europa.

In der politischen Einschätzung des «polnischen Problems» bestanden freilich zwischen der DDR-Führung und der sowjetischen Führung keine Meinungsverschiedenheiten. Politbüromitglied Joachim Herrmann erklärte Ende Oktober 1980 gegenüber einem sowjetischen ZK-Sekretär, dass die «Lage in Polen schlimmer ist als 1968 in der ČSSR, schlimmer als unter Dubcek»⁴². Den Hinweis auf die ČSSR nahm sein Gesprächspartner auf und erwähnte noch Ungarn 1956. Beides deutet darauf hin, dass sie sich einig waren, dass eine militärische Invasion mindestens in Erwägung gezogen werden musste. Nach der Zulassung der freien Gewerkschaft «Solidarnosc» im November 1980 wandte sich Honecker am 26. November 1980 an Breschnew mit der dringenden Bitte, «kollektive Hilfemassnahmen für die polnischen Freunde bei der Überwindung der Krise auszuarbeiten, die sich, wie Du es gut weisst, von Tag zu Tag verschärft»⁴³.

Die sowjetische Führung, die ein Jahr zuvor ihre Truppen nach Afghanistan geschickt hatte, entschied sich zu diesem Zeitpunkt allerdings gegen eine Invasion in Polen. In Polen selbst waren «nur» rund 40'000 sowjetische Soldaten stationiert. Allerdings wurde eine gemeinsame Ausbildungsmassnahme der Armeen der UdSSR, der DDR, Polens und der Tschechoslowakei vorbereitet. Mit «gemeinsame Ausbildungsmassnahme» umschrieb man offenbar die militärischen Interventionsplanungen unter Beteiligung von Kampfeinheiten der GSSD und der NVA. In einem Dokument heisst es, dass wegen der Lage in Polen «Massnahmen zur Demonstration der Bereitschaft zur Verteidigung des Sozialismus als notwendig eingeschätzt»⁴⁴ und vorbereitet werden. Erst im April 1982 wurde von sowjetischer Seite die Aufhebung dieser «Übungspläne» verfügt.

Am 5. Dezember 1980 erklärte Breschnew auf einer Tagung der Parteichefs der Warschauer Vertragsstaaten: «Wir haben niemals vergessen, dass 600'000 sowjetische Soldaten auf polnischem Boden gefallen sind, indem sie für die Rettung Polens vom Faschismus, für seine Freiheit gekämpft haben. Das Blut sowjetischer Menschen und das Blut der Polen ist in dem opferreichen Befreiungskampf zusammengeflossen. Die Gegner des Sozialismus – sowohl die in Polen als auch ausserhalb Polens – müssen wissen, dass die sozialistischen Freunde und Verbündeten die Volksrepublik Polen nicht im Stich lassen werden. Das diktieren uns die Gefühle der Freundschaft und der Achtung



Die Generalität der Armeen der Warschauer Vertragsstaaten verfolgen ein Manöver der Vereinten Streitkräfte.

mit dem polnischen Brudervolk und unsere gemeinsame legitime Sorge um die Interessen des Sozialismus und des Friedens.»⁴⁵

Am 4. und 5. Dezember 1980 fand eine Übung auf polnischem Gebiet mit schwerem Gerät statt, die der Aufklärung und der Einschätzung «möglicher Reaktionen beim Gegner»⁴⁶ diene. Wenige Tage darauf, am 8. Dezember 1980, begann die Übung «Sojus», eine Kommandostabsübung im strategischen Operationsgebiet West. Daran nahmen neben Einheiten aus Polen, der DDR, der ČSSR auch sowjetische Einheiten teil, vor allem der Stab der GSSD und zwei ihrer Armeestäbe. Ausser dem Führungsstab soll keine Einheit polnisches Gebiet betreten haben. Es war klar, wie der Stabschef der Vereinten Streitkräfte später schrieb, dass das Ziel des Manövers darin bestand, auf die polnische Führung und Gesellschaft Druck auszuüben.⁴⁷ Ursprünglich sollte das Manöver nicht einmal zwei Wochen dauern. Es ist aber immer wieder verlängert worden, so dass es am Ende zweieinhalb Monate wurden.

Auf dem Gebiet Polens begann im Juni 1981 eine weitere Stabsübung der Armeen der UdSSR, der ČSSR, Polens und der DDR. Zugleich wurden mehrere Divisionen der sowjetischen Streitkräfte an der polnischen Ostgrenze zusammengezogen. Auch in der DDR ist die GSSD auf einen eventuellen Einsatz vorbereitet und in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt worden. Seit Februar 1981 arbeitete der polnische Generalstab an



Am 13. Dezember 1981 verhängte die polnische Führung das Kriegsrecht. Vor den grossen Betrieben wie der Gdansker Lenin-Werft fuhren Panzer auf.

Plänen für die Einführung des Kriegsrechts. Daran «beteiligten» sich auch sowjetische Militärs. Ob die Intervention im Dezember 1981 für den Fall, dass die «innerpolnische Lösung» – die Verhängung des Kriegszustandes am 13. Dezember 1981 und die Selbstkrönung Wojciech Jaruzelskis zum alleinigen Herrscher – nicht gegriffen hätte, tatsächlich von der sowjetischen Führung ins Kalkül gezogen wurde oder ob die Drohung ausschliesslich als «unterstützende» Massnahme für Jaruzelskis Vorbereitung auf die Verhängung des Kriegszustandes gedacht war, kann bislang nicht eindeutig beantwortet werden. In der NVA wie in der GSSD herrschte jedenfalls seit der Nacht zum 13. Dezember 1981 einige Wochen erhöhte Alarmbereitschaft.

Jaruzelski hat das Kriegsrecht und die gewaltsame Ausschaltung der «Solidarnosc» damit zu entschuldigen gesucht, dass hierdurch eine drohende Militärintervention der Russen abgewendet wurde. Die Frage, wie die Sowjetführung und ihre Verbündeten reagiert hätten, wäre ihnen Polen gänzlich entglitten, kann nicht gesichert beantwortet werden. Die kurzschlüssige Alternative Kriegsrecht oder Invasion ist mit Sicherheit eine Schutzbehauptung. Alle bekannten Akten belegen, dass die Sowjetführung im Winter 1981 eine Militärintervention in Polen ablehnte. Jaruzelski gelang es, die Lage kurzfristig in den Griff zu bekommen. «Er war der Diener des militärischen Interesses innerhalb des sowjetischen Apparats, der Offiziersbursche der sowjetischen Marschälle.

Indem er die Volksrepublik selbst übernahm, ersparte er der Roten Armee eine sehr unangenehme Aufgabe. (...) Einerseits zerschlug er die Hoffnungen der ‚Solidarität‘, doch zugleich beugte er einem möglichen Rachefeldzug der dogmatischeren Genossen in Moskau und Warschau gegen Polen vor. Niemand weiss, welche der beiden gegensätzlichen Gefahren er als die bedrohlichere empfand ... Man kann nur sagen, dass er seit Rokossowskis Verbannung aus Polen im Jahre 1956 vom sowjetischen Militär für die Eventualität einer politischen Intervention in Polen geschult worden war. Er hatte die Pflichten der letzten verbliebenen sowjetischen Offiziere im Generalsrang in Polen übernommen ... Zwölf Monate nach dem Dezembercoup war das Schicksal Volkspolens wieder dort, wo es fast 40 Jahre zuvor gewesen war – in den Händen der sowjetischen Militärs und ihrer polnischen Adjutanten, aber nichts deutete darauf hin, wie es enden würde.»⁴⁸

Der polnischen Militärdiktatur fehlte der ungezügelter Terror, der nach 1956 in Ungarn herrschte, und die systematischen Massensäuberungen, die die «Normalisierung» der ČSSR prägten. Doch auch diese neue Form eines kommunistischen Bonapartismus konnte die Probleme der polnischen Gesellschaft nicht lösen. Fast regelmässig kam es zu grossen Demonstrationen, der politische Untergrund führte ein intellektuelles und politisches Eigenleben, gestützt auf die katholische Kirche, entwickelte sich eine regelrechte Gegengesellschaft, wie sie es bisher in keinem kommunistischen Land gegeben hatte. Zudem blieb die Wirtschaftslage katastrophal. Als im Sommer 1988 neuerlich im ganzen Land gestreikt wurde, gab die Regierung faktisch nach und trat in Verhandlungen mit der Untergrundführung der Gewerkschaft «Solidarnosc». Im Januar 1989 begannen die Verhandlungen am Runden Tisch. Die Agonie des kommunistischen Systems im europäischen Machtbereich Moskaus hatte begonnen.

«Lebe wohl Deutschland»

Das Ende der DDR und der Abzug der sowjetischen Truppen

Perestroika und DDR

Seit dem frühen Vormittag des 11. November 1982 verbreiteten die Nachrichtenagenturen die Meldung, dass der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Genosse Leonid Iljitsch Breschnew, am Vortage verstorben sei. Diese Nachricht traf zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt ein. In den Büros und Dienststellen der DDR stand schon der Sekt kalt, um pünktlich um 11.11 Uhr den Beginn der Faschingszeit gebührend zu feiern. Doch die Vorfreude auf das närrische Treiben wurde jäh getrübt. Wenigstens die Mitarbeiter der Partei und ihr nahestehender Einrichtungen mussten anlässlich des schweren Verlusts für die fortschrittliche Menschheit gedämpftere Töne anschlagen, diesmal auf Pappnasen verzichten und den Krim-Sekt schweigend trinken. Wie später die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes enthüllten, gab es beim Sender «Radio DDR» grossen Ärger, weil er, als der immer ein klein wenig schnellere «Gegner» die TASS-Meldung bereits durchgegeben hatte, immer noch den bekannten Karnevalsschlager «Heute hau'n wir auf die Pauke» spielte. Kurz darauf stellte auch der DDR-Rundfunk sein Programm um und brachte Klaviermusik von Peter Iljitsch Tschaikowski.

In der zwei Jahrzehnte währenden Regierungszeit Breschnews hatte sich eine lähmende Agonie über das Sowjetimperium gelegt, die man in den späten achtziger Jahren selbst in Moskau als «Periode der Stagnation» bezeichnete. Die Zeit floss bleiern dahin. Mit Breschnews drittem Nachfolger Michail Gorbatschow, der sein Amt 1985 antrat, sollte alles anders werden. Zunächst begann der Kampf gegen den Alkoholismus. Vor den Schnapsläden bildeten sich lange Schlangen, weil der Wodka knapp wurde. Es folgten Kampagnen gegen Arbeitsbummelei, Spekulation und Bürokratie. Doch bald schon waren ganz neue Töne zu hören. In den Zeitschriften erschienen Artikel, deren kritische Schärfe früher undenkbar gewesen wäre. Auch über die Stalinzeit wurde nach Jahren der Zurückhaltung wieder öffentlich geredet. Aussenpolitisch schien ein echter Wille zur Abrüstung und zur Entspannung zu herrschen. Damit wandelte sich auch der innenpolitische Spielraum der Satellitenstaaten. Die SED-Führung nutzte diese neue Möglichkeit zur Verhinderung jeglicher Reformen. Damit befand sich die Führung im Ge-

gensatz zu einem gewissen Teil der Mitgliedschaft, der sich von den Veränderungen in der Sowjetunion auch in der DDR frischen Wind versprach. Doch die SED-Obrigkeit gab die Parole aus: «Wer in der DDR von Perestroika spricht, meint die Konterrevolution.» Das war aus der Perspektive der Partei- und Staatsführung klarsichtig, illusionslos und realistisch. Im Unterschied zu den vielen ehrlichen «Gorbi-Fans» erkannte sie mit sicherem Instinkt die drohenden Gefahren. Das sozialistische Haus war längst zu baufällig geworden, um noch ernsthaft einen Umbau – nichts anderes bedeutet «Perestroika» – in Angriff nehmen zu können.

Während bisher die Haltung zum Grossen Bruder stets der letzte Gradmesser für die «richtige ideologische Einstellung» gewesen war, erhielten nun die abgedroschenen Freundschaftsparolen einen ironischen Beigeschmack. Schüler und Studenten genossen die Hilflosigkeit der Staatsbürgerkundeführer und Parteipropagandisten, wenn sie diese mit kritischen Äusserungen aus der sowjetischen Presse konfrontierten. Jugendliche trugen Gorbi-Sticker und Perestroika-T-Shirts und freuten sich über die gelungene Provokation, die ihnen die Obrigkeit schwerlich verbieten konnte. Es kam sogar zu einem kleinen, allerdings nur sehr kurzfristigen Wunder. Die sonst immer als lästige Pflichtübung betrachteten Russisch-Kurse erfreuten sich plötzlich ungewöhnlicher Beliebtheit. Mit Eifer übersetzte man, um nicht ausschliesslich auf die deutschsprachigen Publikationen aus der Sowjetunion angewiesen zu sein, die «Prawda» und andere Zeitungen und trieb so manchen Funktionär mit einschlägigen Zitaten in die Enge. Eine Analyse des Ministeriums für Staatssicherheit vom 2. März 1989 beschäftigte sich mit diesen Aspekten und führte aus: «In zunehmendem Masse wird die Auffassung vertreten, dass sich die inneren Entwicklungsprobleme der sozialistischen Länder, vor allem auf ökonomischem Gebiet, nachhaltig negativ auf die internationale Ausstrahlungskraft des Sozialismus insgesamt auswirken ... Vorliegenden Hinweisen zufolge werden diesbezügliche Probleme von Studenten an Hoch- und Fachschulen in zunehmendem Masse auch im Rahmen des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums aufgeworfen, wobei nach Meinung der Lehrkräfte diese Fragen immer zwingender gestellt werden. Vielfach wird dabei auch die grundsätzliche Forderung nach mehr Raum für ‚offene Sozialismusdiskussionen‘ erhoben und die Auffassung vertreten, dass nur ‚über den wissenschaftlichen Meinungsstreit wirksame, den Sozialismus insgesamt voranbringende Lösungen erreichbar‘ seien. In nicht geringem Umfang schätzen Studenten ein, dass Lehrkräfte einem Meinungsstreit zu den aufgeworfenen Problemen und Fragen ausweichen, sich z.T. in Allgemeinplätze flüchten. Vielfach wird ihnen die Fähigkeit abgesprochen, überzeugend argumentieren zu können.»¹

Es wäre freilich grundfalsch, die damals weit verbreitete Berufung auf die Politik Gorbatschows lediglich als Provokation oder taktisches Kalkül zu betrachten. Für einen kurzen historischen Moment stellte die UdSSR für viele Menschen in der DDR das

Reich der Freiheit und der Hoffnung dar. Dies trifft natürlich besonders auf die Intelligenz zu, zumal auf jene Vertreter, die der SED angehörten und immer noch eine demokratische Transformation des sozialistischen Systems herbeisehnten.

Besonders das ansprechend aufgemachte, dem amerikanischen «Readers Digest» nachempfundene und für das Ausland bestimmte Monatsheft «Sputnik» bereitete den Parteifunktionären Sorge. Seine Auflage betrug in den achtziger Jahren insgesamt etwa eine Million Exemplare, davon 180'000 in deutsch. In der DDR kaufte man angesichts der Trostlosigkeit der heimischen Presselandschaft die hübsch illustrierte Mischung aus Reiseberichten, Kochrezepten und Kulturbeiträgen bereits vor Beginn der Perestroika gern. Hier fanden die Leser Berichte über die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der UdSSR, über die schrittweise Rehabilitierung einst verfehmter Künstler und Schriftsteller, über die Enthüllungen der Verbrechen Stalins. Eine spannendere Lektüre konnte man sich kaum vorstellen, und jeder Besitzer eines Abonnements des Postzeitungsvertriebs durfte sich glücklich schätzen, an der Quelle neuer Informationen zu sitzen. Am 19. November 1988 brachte das «Neue Deutschland» in seiner Wochenendausgabe eine winzige Meldung unter der lapidaren Überschrift «Mitteilung der Pressestelle des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen», in der es hiess, die Zeitschrift «Sputnik» sei «von der Postzeitungsliste gestrichen worden. Sie bringt keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, stattdessen verzerrende Beiträge zur Geschichte». Den Anlass bildeten zwei Beiträge im Oktoberheft, in denen Parallelen zwischen Hitler und Stalin gezogen worden waren.

Bereits vor dem 19. November 1988 hatten die Behörden die Auslieferung des ebenfalls für das Ausland bestimmten fremdsprachigen sowjetischen Periodikums «Neue Zeit» stillschweigend unterbunden. Die beschlagnahmte Nummer enthielt ein Theaterstück des bekannten Dramatikers Michail Schatrow. Doch die kraftmeierische Pose des öffentlich verkündeten Verbots einer Publikation aus der UdSSR, verbunden mit der duckmäuserischen Verlogenheit der äusseren Form seiner Bekanntmachung löste einen Proteststurm aus. Über die Behauptung, der Postminister trüge die Verantwortung für die Absetzung des «Sputnik» von der Liste des Postzeitungsvertriebs, konnte jeder, der die Machtstrukturen des SED-Staates kannte, nur lachen. Durch das grosse Interesse der Bevölkerung rückten die Auswirkungen der sowjetischen Reformen verstärkt in das Fadenkreuz der Stasi-Observation. Eine von Erich Mielke unterzeichnete, für ausgewählte Persönlichkeiten der Parteispitze bestimmte Zusammenfassung besonderer Vorkommnisse anlässlich der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 hielt insgesamt elf Einzelfälle für erwähnenswert, darunter die «Ablage mehrerer Broschüren des Verlages der Presseagentur ‚Nowosti‘ mit dem Titel ‚Gesetzeskraft statt Beamtenmacht‘ im Vorraum eines Wahllokals in der Hauptstadt der DDR, Berlin»². Solche Vorfälle verdeutlichten die ganze Absurdität der Situation. Schon allein die öffentliche Präsentation Gorbatschows



Während des Gorbatschow-Besuchs anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR am 7. Oktober 1989 wurden die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen der KPdSU- und der SED-Führung deutlich.

als «feindlich-negative» Tätigkeit fand ihren Niederschlag in den Akten des MfS. Sogar am 1. Mai 1989 wiederholte sich das makabre Schauspiel, dass Stasi-Mitarbeiter Bilder des Generalsekretärs der KPdSU abrissen, während nicht weit entfernt die offiziellen Parolen dem «unverbrüchlichen Bruderbund mit der Sowjetunion» huldigten.

Die Perestroika-Zeit brachte eine letzte grosse Blüte der Kremlastrologie. Endlich gab es alles das, wovon westliche Sowjetspezialisten immer geredet und mangels Quellen teilweise phantasiert hatten: Richtungskämpfe, Fraktionen in der Parteiführung, Machtgerangel, Reformideen und Veränderungen. Nach Jahren der bedrückenden Windstille wehten nun wahre Stürme über das Riesenreich. Gorbatschows Politik hatte eine Lawine losgetreten, welche die Weltmacht Sowjetunion zu vernichten drohte. Nicht nur die sozialistische Gesellschaftsordnung, die Macht der Nomenklatura und das sowjetische Hegemonialsystem gerieten in Gefahr, sondern auch der territoriale Bestand Russlands, so wie er seit dem 16. Jahrhundert zusammengefügt worden war, durch den Wiener Kongress im Jahre 1815 seine grösste Ausdehnung erfahren hatte und über die Stürme von zwei Weltkriegen, Revolution und Bürgerkrieg von den Sowjetherrschern seit Lenin im Kern erhalten wurde.

Welche Haltung nahm die Sowjetarmee zu dieser Entwicklung ein? Sie war doch neben der Partei, die sich Ende der achtziger Jahre ganz offensichtlich in einem desolaten Zustand befand, die zweite Hauptstütze des Systems. Die Armee war in der Sowjetunion Hort des Patriotismus, Vertreterin des russischen Grossmachtdenkens, Hüterin einer Tradition, die nicht erst 1917 begann, sondern in die Tiefen der Geschichte zurückreichte. Die russische Armee war neben der Beamtenschaft seit Jahrhunderten das Knochengerüst jenes Vielvölkerstaates. Und die Armee schliesslich war der Stolz des Landes. Russland definierte sich historisch durch seine Abwehrkämpfe gegen fremde Eroberer: Tataren, Ordensritter, Napoleon, die Japaner, den deutschen Kaiser, Hitler und schliesslich die US-Imperialisten. Alle russischen Eroberungen waren vom Bestreben geleitet, die Verteidigungslinien nach vorn zu verschieben, sich gegen Überraschungen zu sichern. Der russische Soldat war – ganz im Gegensatz zum russischen Beamten – im Volksmärchen, in der Literatur, in der Kunst immer eine positive Figur: stark und gutmütig, tapfer, aber nicht grausam, gehorsam, aber voll echter Liebe zum Vaterland. Wohl kaum ein Sowjetbürger zweifelte an der Notwendigkeit einer starken Armee. Pazifismus und Wehrdienstverweigerung, die übrigens streng bestraft wurde, gab es nur bei religiösen Sektierern. Erst der Afghanistankrieg liess manche Menschen an den lieb gewordenen Vorstellungen von russischer Grösse und Völkerbeglückung zweifeln.

Es schien kaum denkbar, dass die Sowjetarmee widerstandslos den Zerfall des sowjetischen Grossreiches akzeptieren sollte. Das Militär, insbesondere der Generalstab hatten in der Sowjetunion eine Stellung erworben, die mit der Rolle der Streitkräfte in westlichen Demokratien nicht vergleichbar war. Politische Entscheidungen, wie der Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 – möglicherweise bereits die Intervention in der Tschechoslowakei im August 1968 –, waren ganz wesentlich von militärstrategischen Erwägungen bestimmt. Politische Beobachter sprachen regelrecht von einem militärisch-industriellen Komplex in der Sowjetunion und rekurrten damit bewusst auf einen von linken Kritikern für die US-amerikanischen Verhältnisse geprägten Begriff. Gerade Breschnew und seine Berater sollen stark unter dem Einfluss der Militärführung gestanden haben.

Gorbatschow als das Ziehkind des nach nur kurzer Amtszeit verstorbenen Generalsekretärs und langjährigen KGB-Chefs Andropow soll weit stärker auf den Geheimdienst gebaut haben. Es greift sicher zu kurz, die Perestroika als einen Machtkampf zwischen KGB und Sowjetarmee aufzufassen. Sicher ist, dass Gorbatschow der erste Generalsekretär der Nachkriegsgeneration war. Breschnews politische Vorstellungen waren noch immer vom Sieg über den Faschismus geprägt. Er sah sich gerne in der Rolle des ordensgeschmückten Offiziers, hatte seine Kriegserlebnisse in einem unter seinem Namen veröffentlichten literarischen Werk beschrieben und liess die Bruchteile von Sekunden, in denen die Filmkameras 1945 während der Siegesparade in Moskau auf ihm



Durch Gorbatschows Reformpolitik sah die sowjetische Armee ihren Einfluss schwinden.

geruht hatten, mit allen Mitteln der Filmtechnik verlängern und im Fernsehen zeigen. Gorbatschow dagegen hatte nicht einmal beim Militär gedient, sondern war gleich von der Universität in den Apparat gegangen. Als Funktionär im Nordkaukasus gehörte auch der Prominentenkurort Mineralnye Wody zu seinem Machtbereich. Dort lernte er die führenden Männer der Sowjetunion kennen, die ihn 1980 als Sekretär für Landwirtschaft ins Politbüro holten. Damit war er für das ewige Sorgenkind der Sowjetwirtschaft verantwortlich. Das brachte ihn dem Leben der einfachen Sowjetmenschen näher und machte ihn weniger von traditionellen militärstrategischen Prämissen abhängig als jene Männer, deren prägende Erlebnisse der Krieg und der Sieg über Deutschland gewesen waren.

Gorbatschow begann 1986 gegen den Widerstand führender Militärs die horrenden Militärausgaben zu reduzieren. Ohne diese Umschichtung der Mittel schien eine Reform der Sowjetgesellschaft kaum möglich. Zugleich drängte er den Einfluss der Militärs auf die Aussenpolitik zurück. Fast die gesamte Militärführung wurde ausgetauscht und verjüngt.

Den neuen Männern der Armeeführung wurde innerhalb der politisch massgeblichen Parteihierarchie eine weniger einflussreiche Position als ihren Vorgängern zugebilligt. Der neue Verteidigungsminister Dimitri Jasow erhielt lediglich die Position eines Kandidaten des Politbüros, blieb also in der zweiten Reihe der Macht. Gorbatschow setzte auf Entspannung mit dem Westen, um im eigenen Land freie Hand für Wirtschaftsreformen zu bekommen. Er wollte das Land aus dem mörderischen Krieg in Afghanistan

herausführen, war bereit, mit dem Westen über echte Abrüstung zu sprechen, und stellte mehr oder weniger die Vorherrschaft über Osteuropa zur Disposition. Damit erhob sich zwangsläufig die deutsche Frage. Indirekt geriet damit die GSSD ins Zentrum sowjetischer Politik.

Den führenden Militärs ging es vor allem um die sicherheitspolitischen Implikationen des Umbruchsprozesses in der DDR, der sich bereits längere Zeit abzeichnete und seit dem Spätsommer 1989 eine dramatische Eigendynamik entwickelte. Das gesamte strategische Vorfeld der Sowjetunion begann wegzurutschen. Dieses Vorfeld zu beherrschen war ein Axiom des strategischen Denkens russischer Militärs, insbesondere natürlich der Weltkriegsgeneration, die den Überraschungsangriff vom 22. Juni 1941 verinnerlicht hatte. Durch die drohenden Veränderungen wurde aber auch die privilegierte Position der GSSD radikal in Frage gestellt. Der militärischen Eliteeinheit der Sowjetarmee, die zudem immer noch mit dem Nimbus des Sieges von 1945 geschmückt war, drohte im ganz wörtlichen Sinne der Boden unter den Füßen wegzubrechen. Konnte die Militärführung in Wünsdorf dem tatenlos zuschauen? Sie hoffte, ihren Einfluss über den neuen Verteidigungsminister Jasow geltend zu machen, der damals 66 Jahre alt und ebenfalls ein orthodox denkender Militär war. Jasow und der seit 1988 amtierende neue KGB-Chef Wladimir Krjutschkow versuchten sich der Deutschlandpolitik des Aussenministers Schewardnadse entgegenzustellen. Gorbatschow dagegen bemühte sich im Gegenzug, Generalstabschef Michail Moissejew an den politischen Entscheidungen zu beteiligen und dadurch Jasow in den Hintergrund zu drängen. Auch er war ein Mann der Nachkriegsgeneration und eher auf dem diplomatischen Parkett der Abrüstungsverhandlungen als auf dem Truppenübungsplatz zu Hause.

Einfluss auf die Deutschlandpolitik gewann schliesslich Sergej Achromejew als persönlicher Berater Gorbatschows. Er war Kriegsteilnehmer, Marschall der Sowjetunion und von 1984 bis 1988 Generalstabschef der Armee gewesen. Als Gorbatschow 1988 vor der UNO einseitige Abrüstungsschritte und eine Reduzierung der sowjetischen Präsenz in Osteuropa verkündete, trat Achromejew zurück, wurde aber trotz seiner Gegnerschaft zur Perestroika 1989 militärpolitischer Berater des Generalsekretärs. Durch Achromejew gedachten die Reformer im Politbüro offenbar, die Militärführung einzubinden. Er war der höchste Repräsentant der Generalität im Obersten Sowjet.

Nach dem gescheiterten Putsch gegen Gorbatschow im August 1991 beging Achromejew Selbstmord. Seine letzte Notiz lautete: «Ich kann nicht leben, wenn mein Vaterland untergeht und alles vernichtet wird, was ich für den Sinn des Lebens halte.»³ Die Mentalität und Denkungsart, die den sowjetischen Marschall nach seinem politischen Scheitern zur Pistole greifen liessen, waren im Oktober 1989 eine ungeheure Gefährdung des Umbruchsprozesses in Europa und damit des Friedens in der Welt.

«Unter Stalin gab es so etwas nicht!» – Armeegeneral Gribkow über die Perestroika

Wenn es nicht Verräter wie Gorbatschow, Schewardnadse oder Jakowlew gegeben hätte, dann wären sowohl der Warschauer Vertrag als auch die Sowjetunion bestehen geblieben. Gorbatschow hat im vergangenen Jahr bei einem Auftritt in der Türkei gesagt: Ziel meines ganzen Lebens war der Kampf gegen den Kommunismus. Solch ein Verräter! Und sein Verrat hat 1989 begonnen. Als erstes hat er damals die gesamte Garde aus dem Zentralkomitee der Partei hinausbefördert, unter ihnen auch mich. Unter Stalin gab es so etwas nicht! Mit einem Ruck hat er 1989 110 Mitglieder entgegen dem Statut der Partei aus dem ZK hinausgeworfen, darunter fünf Marschälle der Sowjetunion und fünf Armeegenerale-insgesamt 12 Militärs, die Garde. Auf dem 28. Parteitag, auf dem wir mit unserer Wiederwahl rechneten, wurde dann das Statut der Partei verletzt, um diese Garde loszuwerden. Darunter auch Gromyko. Er wurde ebenfalls aus dem ZK ausgeschlossen. (...)

Schon als Gorbatschow 1989 die DDR besuchte, war zu bemerken, dass er die DDR verkaufen wollte. Kohl hat so ein Geschenk nicht erwartet. Darum fährt er jetzt als Deutscher Nr. 1 herum, der Gorbatschow,... auch als Amerikaner Nr. 1 – als Gegenleistung für seinen Verrat. Nun reist er als Gastredner durch die Welt. Und worüber spricht er, wenn er Reden hält? Über seinen Verrat?

Interview von Christian Klemke und Jan Lorenzen 2001

Seit dem Gorbatschow-Besuch in Ost-Berlin im Oktober 1989 und den Demonstrationen in Berlin, Dresden, Leipzig, Plauen und anderen Städten stellte sich die Frage nach der künftigen Entwicklung der DDR. Auf dem Spiel standen sowohl das innersowjetische Machtgefüge als auch die politische Weltordnung – beides war nicht mehr voneinander zu trennen.

Die Sowjetarmee während der friedlichen Revolution in der DDR

Am 21. Oktober 1989, drei Tage nach dem Sturz Erich Honeckers und knapp drei Wochen vor dem Fall der Mauer, brachte Erich Mielke das Verhältnis zum «Grossen Bruder» auf die ebenso einfache wie klarsichtige Formel «Ohne Sowjetunion gab und gibt es keine DDR»⁴ und führte dann weiter aus: «Auf der 9. Tagung des Zentralkomitees wurde von der realen Lage ausgegangen – auch wenn das nicht so klar ausgesprochen wurde, dass die DDR sich in einer Welt entwickelt, wie sie heute ist, nicht wie wir sie uns wünschen. Alles was wir tun und was wir vorhaben, muss sich unter Beachtung der Entwicklungen in den anderen sozialistischen Ländern, besonders in der Sowjetunion ... vollziehen. Davon können wir uns nicht abkapseln. Und schon gar nicht können wir uns leisten, auf Distanz zur Sowjetunion zu gehen.»⁵ Angesichts der herrschenden Umstände war dies deutlich genug. Seine Rede hielt Mielke vor im Protokoll namentlich aufgeführten 74 Generalen und Obersten seines Ministeriums. Offenbar wollte er ganz deut-

lich vor der Illusion warnen, sie könnten gegen den Willen Moskaus mit Gewalt die zerfallende Ordnung des SED-Staates retten. Er sprach mehrmals von «Besonnenheit» und «politischer Klugheit», ohne allerdings einen Weg zu zeigen, wie die SED der täglich wachsenden politischen Unruhe im Lande Herr werden konnte. Der Minister schloss seine Ausführungen mit den düsteren Worten: «Das ändert nichts daran, dass wir manche Entwicklung auch mit Sorge verfolgen.»⁶ Was ihn und seine Getreuen mit Angst erfüllte, bedeutete für die Opposition und viele andere Menschen in der DDR eine gewaltige, im Grunde sogar die einzige Hoffnung, dass nämlich die Moskauer Führung unter Gorbatschow selbst dem weitestgehenden Demokratisierungsprozess keine Hindernisse mehr in den Weg legen würde.

Als im Herbst 1989 in der DDR die dramatischen Ereignisse ihrem Höhepunkt entgegenrieben, geisterte ein seltsames Wort durch viele Diskussionen. Immer wieder war von einer «chinesischen Lösung» die Rede. Viele nannten den Begriff mit Sorge, andere mit kaum verhohlener Angst, wieder andere mit deutlich drohendem Unterton. Augenzeugen der Leipziger Montagsdemonstrationen haben berichtet, dass am Nachmittag des 9. Oktober 1989 eine Mischung aus Entschlossenheit und angstvoller Unruhe über der Stadt lag. Gerüchte über zusammengezogene Spezialeinheiten machten die Runde. Von Absperrungen am Stadtrand, Truppenbewegungen und von erhöhter Gefechtsbereitschaft in den Kasernen war die Rede. Es hiess, dass in den Krankenhäusern Notdienste eingerichtet, ganze Stationen freigeräumt und grössere Mengen Blutkonserven bereitgestellt seien. Viele Menschen hatten die Bilder aus Peking vor Augen. Gerade fünf Monate war es her, dass die Armee in der chinesischen Hauptstadt ein Blutbad unter den friedlich demonstrierenden Studenten angerichtet hatte. Im Fernsehen hatten die Menschen gesehen, wie Panzer sowjetischer Bauart in die Menge hineinfuhren, wie sich Menschen mit blossen Händen der militärischen Übermacht in den Weg stellten, wie Verwundete auf Fahrradrikschas abtransportiert wurden.

In der Einleitung zur Veröffentlichung der «Tiananmen-Akte» im «Spiegel» schrieb der Kommunismus-Experte Fritjof Meyer: «Der blutige Gegenschlag der Machthaber strahlte aus bis nach Deutschland: Als vier Monate darauf die DDR-Bürger revoltierten... fürchtete Gorbatschow, der Augenzeuge des chinesischen Volkswillens geworden war,... ein weiteres Tiananmen-Massaker in Leipzig oder auf dem Berliner Alexanderplatz und zog daraus eine andere Konsequenz. Er hielt seine Truppen in den Kasernen und liess den Protesten freien Lauf.»⁷

In der Tat bauten die Menschen, die sich in jenen Tagen trotz des martialischen Aufgebots an Sicherheitskräften versammelten, darauf, dass die Russen nicht eingreifen würden. «Gorbatschow wird es nicht zulassen», hörte man in den Gesprächen in diesen Tagen immer wieder. In Leipzig gab es Gerüchte über sowjetische Kontrollposten am Stadtrand, die den Einmarsch der DDR-Truppen im Notfall verhindern sollten. Doch wirklich sicher konnte niemand sein.



Die Leipziger Montagsdemonstrationen erreichen am 9. Oktober 1989 einen ersten Höhepunkt. Angesichts von etwa 70'000 Demonstranten wagt es die SED-Führung nicht, gegen die Protestierenden gewalttätig vorzugehen.

Hatte nicht die herrschende Staatsideologie vierzig Jahre lang verkündet, dass jedes Mittel recht sei, wenn sich die Machtfrage stelle. Es gehört zu den Kuriositäten der deutschen Geschichte, dass die DDR-Bevölkerung ihren eigenen «verdorbenen Greisen», wie Wolf Biermann die Altherrenriege des Politbüros 1989 genannt hatte, zutraute, auf das eigene Volk schiessen zu lassen, dem Führer der sowjetischen Hegemonialmacht aber auf eine diffuse Art vertraute.

Ein ehemaliger sowjetischer Offizier zu der Haltung der Sowjetarmee im Herbst 1989

An den folgenden Tagen, als unseren Kommandeuren klar wurde, was passiert war, wurden wir in Alarmbereitschaft versetzt. Es wurde eine Kampagne in Gang gesetzt, um durch Angst Druck zu erzeugen, es wurde betont, dass die Deutschen jetzt bekommen hätten, was sie immer wollten, dass wir uns in der Umzingelung von Feinden befänden, dass das im Grunde immer so gewesen sei, dass Deutsche immer Deutsche blieben und dass sie sich jetzt mit den Neofaschisten und Reaktionären aus Westdeutschland vereinigt hätten. Es gebe jetzt die Gefahr von Übergriffen gegen uns. Es wurden spezielle Selbstverteidigungsgruppen ins Leben gerufen. Auch vorher hatten Alarmgruppen für besondere Vorfälle bestanden, aber nun kam eine spezielle Einheit hinzu, die Tag und Nacht einsatzbereit war. Schon früher hatte es bei der Westgruppe diese Mentalität wie in einer belagerten Festung gegeben, das Gefühl der Isolation und Gefahr. Aber nach dem Fall der Mauer wirkte diese Vorstellung von einer Einkreisung noch viel stärker. Es wurden auch spezielle Übungen im Regiment durchgeführt, um Überfälle auf unsere Einheit abzuwehren. Das hatte es früher nicht gegeben. In diese Übungen wurden auch die Frauen miteinbezogen.

Haben die Soldaten dieser Propaganda geglaubt?

Meistens schon, weil sie ja keine Möglichkeiten hatten, das zu überprüfen.

Es wurde hier aber nicht etwa ein Angriff der NATO angenommen, sondern von selten der deutschen Bevölkerung?

Ja. Besonders die KGB-Leute im Regiment haben nach dem Fall der Mauer die schrecklichsten Gerüchte in Umlauf gesetzt über angebliche Überfälle auf sowjetische Bürger, dass man sie ermorden würde usw. Vor allem die Frauen versetzte man in Angst und versuchte ihnen einzureden, es sei gefährlich, auch nur das Haus zu verlassen, besonders wenn sie Kinder hatten.

Was haben die Soldaten und Offiziere über die Revolution in der DDR im Jahre 1989 erfahren?

Die Herbst-Ereignisse des Jahres 1989 kamen für mich persönlich unerwartet, sie waren für

Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 wurde die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik und die Übernahme der politischen und sozialen Ordnung des Westens zu einer realistischen Forderung. Spätestens seit dem Januar 1990 dominierte unter der Bevölkerung das Gefühl, auf keinen Fall die einmalige Gunst der historischen Stunde versäumen zu dürfen und über die Details der Vereinigung später zu reden. Der Wahlsieg der rasch zusammengezimmerten «Allianz für Deutschland» am 18. März 1990 war ein überzeugendes Votum für eine schnelle Wiedervereinigung. Auch in dieser Phase war die Furcht vor einem Umschwung in Moskau recht stark. Daraus resultierte das Bestreben, die Besatzungsmacht auf keinen Fall zu reizen. Es gab in dieser Zeit kaum zur

mich sehr erfreulich. Man muss sagen, dass fast keiner unserer Soldaten Deutsch versteht. Deshalb hatten sie gar keine Vorstellung davon, was in Deutschland vorging, schon gar nicht in Westdeutschland. Sie konnten darüber nur aus sowjetischen Zeitungen oder im Politunterricht etwas erfahren, also das, was ihnen die Politoffiziere sagten. Aus dem deutschen Fernsehen konnten sie nur vom Bild her erraten, was passierte. (...) Dennoch war es für mich frappierend, dass in unserer Einheit in den Tagen nach der Öffnung der Mauer praktisch niemand verstand, was da eigentlich geschehen war. Alle glaubten – und das wurde auch im sowjetischen Fernsehen so dargestellt-, es gehe lediglich um Reiseerleichterungen. Erst später gab es der Wahrheit näherkommende Nachrichten. Das sowjetische Fernsehen wollte das alles möglichst totschweigen. (...)

Gab es Anzeichen für Pläne, sowjetische Truppen gegen die Demonstranten im Herbst 1989 einzusetzen, so wie am 17. Juni 1953?

Ich habe solche Anzeichen nicht bemerkt. Nach meiner Meinung waren unsere Streitkräfte in einem Zustand völliger Verwirrung, sie wussten nicht, was sie tun sollten. Beispielsweise wurden die Patrouillen verstärkt, von zwei auf vier Mann, die im Unterschied zu früher immer bewaffnet waren. (...) Die Bereitschaft, vielleicht nicht gegen das gesamte deutsche Volk, aber gerade gegen die, die man als Faschisten und Neonazis hielt, zu kämpfen, war immer vorhanden.

Wenn man ihnen gesagt hätte, diese Demonstranten sind alle Faschisten und Nazis, dann hätten sie gegen sie gekämpft?

Ja. Auf eigene Gefahr hätte natürlich kein Kommandeur dergleichen unternommen. Wenn aber ein Befehl von oben gekommen wäre, dann wäre die Armee bereit gewesen, loszuschlagen, sie war psychologisch darauf vorbereitet. Ausschlaggebend war, dass dieser Befehl von oben nicht erteilt wurde. (...) Ich war über den Standpunkt vieler Deutscher erstaunt, dass die Vereinigung Deutschlands der Sowjetarmee bzw. dem Verhalten der sowjetischen Seite zuzuschreiben sei. Die Armee hat dazu überhaupt nichts beigetragen.

Thomas Ammer: Sowjetische Soldaten in Deutschland. Interview mit einem ehemaligen Offizier der Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, in: Deutschland Archiv 25 (1992) 5, S. 516-517

Schau getragenen Antisowjetismus oder gar Russenhass. Jeder wusste, dass die demokratische Revolution einem Ritt über den Bodensee glich. Wie verteuftelt dünn das Eis war, konnte man damals nur vermuten. Die Sowjetunion hat sich dem Demokratisierungs- und Vereinigungsprozess nicht entgegengestellt. Darin lag ihr weltgeschichtliches Verdienst. So konnten die Menschen in der DDR zwar ohne übergrossen Abschiedsschmerz, aber auch ohne Hass der Sowjetarmee Lebewohl sagen. Der Rest war technische Abwicklung. Eine zweite historische Kuriosität jener Übergangsjahre, dass nämlich ein Teil der Bundesrepublik von den Russen militärisch besetzt war, wurde kaum noch wahrgenommen.

Zwei-plus-Vier- Verhandlungen

Spätestens im Laufe des Januar 1990 wurde klar, dass die Entwicklung in Richtung deutsche Einheit kaum aufzuhalten war. Die Westmächte gaben schrittweise ihre Vorbehalte auf. Insbesondere innerhalb der amerikanischen Regierung war man sich darüber einig, dass der Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten die logische Folge der demokratischen Freiheitsbewegung der Ostdeutschen war. Man konnte schwer den Deutschen Freiheit und Demokratie zubilligen und die Wiedervereinigung verweigern. Da es nach 1945 formal keinen Friedensvertrag mit dem besiegten Deutschland gegeben hatte, galten die alliierten Vorbehaltsrechte auf dem Papier weiter. Der Einigungsprozess sollte sich in Übereinstimmung mit den Nachbarn Deutschlands und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges vollziehen. Es bedurfte also eines institutioneilen Verhandlungsrahmens, der die beiden deutschen Staaten und die vier Grossmächte einschloss. So entstand im Planungsstab der US-Regierung die Konzeption der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Nach einigem Widerstreben stimmte ihnen die Sowjetunion am 13. Februar 1990 am Rande einer Aussenministerkonferenz in Ottawa zu. Am 14. März 1990 begannen auf Mitarbeiterenebene diese Gespräche in Bonn. Es ging um folgende Fragenkomplexe: Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschlands; Stärke der künftigen deutschen Militärmacht; Sicherheitsgarantien für die Nachbarn Deutschlands; endgültige völkerrechtliche Sanktionierung der deutsch-polnischen Grenze; Abzug der alliierten Streitkräfte aus Deutschland; und formelle Aufhebung des alliierten Vorbehaltsrechts und Wiederherstellung der vollen Souveränität des vereinigten Deutschlands.

Am 5. Mai 1990 trafen sich die Aussenminister der beteiligten Staaten in Bonn. Es folgten weitere Treffen in Berlin, Paris und Moskau. Dort unterzeichneten am 12. September 1990 die Aussenminister der sechs Staaten den «Vertrag über die abschliessende Regelung in Bezug auf Deutschland». Darin wurde die Mitgliedschaft von ganz Deutschland in der NATO, die Reduzierung der Bundeswehr auf eine Mannschaftsstärke von 370'000 Mann, der Verzicht auf Massenvernichtungswaffen, die Garantie der polnischen Westgrenze und der Abzug der Sowjetarmee aus Deutschland verankert. Gegen erhebliche Kreditzusagen und Zugeständnisse bezüglich der künftigen Stärke der Bundeswehr gestand die UdSSR Deutschland die NATO-Mitgliedschaft zu, die sowohl von den Westmächten als auch von Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei gefordert wurde. In dem Vertragstext vom September 1990 wurde schliesslich der Abzug der Westgruppe der sowjetischen Truppen bis Ende 1994 vereinbart. Zeitgleich sollte die Reduzierung der beiden deutschen Armeen erfolgen.

Einige Tage nach der Wiedervereinigung, am 9. Oktober 1990, schlossen der Bundesfinanzminister und der sowjetische Botschafter in Deutschland einen Finanzvertrag.

Für den befristeten Aufenthalt und zur Finanzierung des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus Deutschland bis 1994 stellte die Bundesrepublik rund zwölf Milliarden Mark bereit. Davon waren 7,8 Milliarden Mark für den Bau von Wohnungen für Offiziersfamilien im europäischen Teil der Sowjetunion bestimmt.

Am 12. Oktober 1990 unterzeichneten Bundesausenminister Hans-Dietrich Genscher und der Sowjetbotschafter den sogenannten Stationierungsvertrag, der die Modalitäten des Aufenthaltes und des Abzuges der sowjetischen Streitkräfte regelte. Das Vertragswerk wurde durch einen deutsch-sowjetischen Partnerschaftsvertrag gekrönt, den Präsident Gorbatschow und Bundeskanzler Kohl am ersten Jahrestag des Mauerfalls, dem 9. November 1990, in Bonn unterzeichneten. Dieser für 20 Jahre gültige Rahmenvertrag beendete, wie Gorbatschow sagte, die «Epoche der Konfrontation» und leitete eine neue Ära der bilateralen Beziehungen ein. Die beiden Vertragspartner verpflichteten sich, die territoriale Integrität aller europäischen Staaten zu achten, und betrachteten alle Grenzen in Europa als unverletzlich. Streitkräfte und Rüstung sollten reduziert, der europäische Einigungsprozess vorangetrieben und die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, der Kultur und der Menschenrechte verbessert, die Rechte der deutschen Minderheit in Russland geachtet und beiderseitig sollten Kriegsgräber und Ehrenmale gepflegt werden.

Der innere Zustand der Westgruppe und der Zerfall der Sowjetunion

Von Perestroika und Glasnost war bis zum Ende der Sowjetunion innerhalb der Kasernen der sowjetischen Streitkräfte nicht viel zu spüren. Der herrschende Geist, die Mentalität des Offizierskorps und die Umgangsformen bewiesen bei allen dramatischen Brüchen in den äusseren Umständen eine erstaunliche Konsistenz. Geändert hatten sich nicht nur die Verteidigungsdoktrin, die ideologischen Prämissen, die staatliche und rechtliche Zuordnung der Armee, deren Symbolik und Traditionsbewusstsein, sondern vor allem die Gesellschaft, in die diese Armee eingebunden war. Auch andere Institutionen, wie der Geheimdienst, überlebten die Veränderung personell und strukturell unverändert. Doch gerade die Sowjetarmee schien seit den Auseinandersetzungen der späten achtziger Jahre eine Hochburg rückwärtsgewandter Kräfte, die der Weltmacht Sowjetunion nachtrauerten. Immerhin konnte man sich angesichts der Veränderungen im Lande nicht gänzlich dem Gedanken einer Reform entziehen. Im August 1990 wurden durch Marschall Jasow anlässlich einer Truppenübung im Odessaer Militärbezirk die Grundprinzipien einer Militärreform verkündet.

Sie sollte folgende Punkte betreffen: Anpassung der Stärke der Streitkräfte an die neue Verteidigungsdoktrin, Übergang von quantitativen zu qualitativen Parametern bei



Zur Ausbildung der sowjetischen Soldaten gehörte auch ein hartes Fitnessprogramm.

der Landesverteidigung sowie allseitige Demokratisierung des militärischen Lebens. Erstmals gab es nun eine umfassende öffentliche und parlamentarische Diskussion über militärpolitische Fragen. Es ging vor allem um eine Reduzierung der gewaltigen Rüstungsaufgaben, gegen welche sich die führenden Militärs mit allen Mitteln sträubten. Auch die Verhältnisse in den Kasernen wurden zum ersten Mal publik gemacht. Menschenrechtsorganisationen und Mütter von Soldaten berichteten von Zuständen, die jeder kannte, aber niemand angesprochen hatte. Die systematische Malträtierung der Rekruten des ersten Diensthalbjahres durch ältere Soldaten, Gewalt, Erniedrigung, unmenschliche Strafen und mangelhafte Sicherheit auf den Übungsplätzen wurden erstmals öffentlich kritisiert. Angesichts der Auflösung der Union und insbesondere im Schatten des blutigen Tschetschenienkonfliktes erlahmte offenbar der Wille, ernsthaft Änderungen einziehen zu lassen. Mehr oder weniger deutlich hatten die Offiziere diese Zustände in den Kasernen wohl immer für einen Bestandteil der Stählung der Rekruten zu gehorsamen und rücksichtslosen Soldaten gehalten. Gerade das Vorgehen russischer Soldaten in Tschetschenien zeigte der Öffentlichkeit die Resultate einer solchen Erziehung zur Gewalt.

In der Periode des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte aus Deutschland wie auch aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei waren deren Soldaten und Offiziere bisher

nicht bekannten Belastungen ausgesetzt. Sie bildeten eine geschlossene Gesellschaft mit all den traditionell gewachsenen Verboten und Einschränkungen in einer sich nach innen und aussen öffnenden demokratischen Gesellschaft.

Zum ersten Mal seit dem Abzug aus Österreich im Jahre 1955 standen sowjetische Truppenteile in einem Land mit einer liberalen inneren Verfassung, die auch die Auslieferung von Deserteuren ausschloss. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation «Deutsche Friedensgesellschaft» beantragten bis zum Abzug der Sowjettruppen 600 Flüchtlinge politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. Bis 1997 lehnten die deutschen Ausländerbehörden Asylanträge von russischen Deserteuren jedoch mit der Begründung ab, die Entfernung von der Truppe sei kein Asylgrund. Insofern war die Rechtslage der Flüchtlinge lange Jahre sehr unsicher, zumal viele von ihnen von westlichen Geheimdiensten befragt wurden und damit in den Augen der russischen Strafverfolgungsbehörden den Tatbestand des Vaterlandsverrates oder der Spionage erfüllten. Ihnen drohten im Falle einer Rückkehr Zuchthausstrafen bis zu 20 Jahren oder die Todesstrafe. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge liess sich davon nicht beeindrucken. Geheimnisverrat sei auch in Deutschland strafbar. Auf Initiative mehrerer Bundestagsabgeordneter aller Fraktionen wurde schliesslich Abhilfe geschaffen. Die Deserteure der Sowjetarmee konnten als Asylanten in Deutschland bleiben.

Abzug der Westgruppe

Im Januar 1991 begann die grösste Truppenverlegung zu Friedenszeiten in der Geschichte des Militärwesens. Als die Westgruppe Deutschland verliess, hatte sie offiziell etwa 1'500 Liegenschaften mit einer Fläche von 290'000 Hektar, 2,7 Prozent des DDR-Gebiets, besetzt gehalten. Genutzt hat sie dagegen etwa das Doppelte bis Dreifache. Laut ihren Angaben verfügte sie über 337'800 Soldaten, 208'400 Zivilangestellte und Familienangehörige, 4'116 Kampfpanzer, 7'948 gepanzerte Fahrzeuge, 3'578 Artilleriesysteme, 623 Flugzeuge, 615 Hubschrauber, 94'129 KfZ sowie 2,6 Millionen Tonnen materielle Mittel, darunter 677'000 Tonnen Munition.⁸

Der Umfang der Truppenbewegung wird noch gigantischer, wenn man bedenkt, dass zeitgleich die sowjetischen Streitkräfte aus Polen (Nordgruppe), der Tschechoslowakei (Zentralgruppe) und Ungarn (Südgruppe) zurückgezogen wurden. In Westpolen befand sich die Nordgruppe und die 24. Luftarmee der Streitkräfte der UdSSR. Die Gruppierung bestand aus ungefähr 40'000 Soldaten. Hinzu kamen ungefähr 12'500 Zivilbedienstete sowie Familienangehörige. Der Stab der Nordgruppe war in Swidnica. Ihm unterstanden eine Raketenbrigade und zwei Divisionen. Die 24. Luftarmee verfügte über 300 Bom-



Rücktransport sowjetischer Truppenfahrzeuge aus Deutschland nach Sibirien, Juli 1991.

benflugzeuge. Die Rückführung der Einheiten verzögerte sich wegen der Abwicklung der Truppenbewegungen zwischen Deutschland und Russland bis 1994. Die in der Tschechoslowakei stationierte Zentralgruppe der Streitkräfte der UdSSR bestand aus 84'500 Soldaten und 26'000 Zivilangestellten. Ihr Stab befand sich in Milovice nördlich von Prag. Zu ihr gehörten eine Raketenbrigade, das 27. Armee Korps sowie insgesamt fünf Divisionen der Landstreitkräfte und einer Fliegerdivision. Die Truppen waren in elf Hauptgarnisonen stationiert, die sich über das ganze Land verteilten. Die Rückführung der Truppen begann am 26. Februar 1990 und war bereits am 30. Juni 1991 abgeschlossen. In Ungarn war die Südgruppe der Streitkräfte der UdSSR stationiert, deren Stab in Budapest seinen Sitz hatte, die zehn Standorte waren über das ganze Land verteilt. Die Streitmacht umfasste ungefähr 80'000 Soldaten und 25'000 Zivilbedienstete. In Ungarn waren fünf Fliegerregimenter mit insgesamt 370 Kampfflugzeugen stationiert. Die Rückführung erfolgte zwischen dem 12. März 1990 und dem 30. Juni 1991. Zu den aus der ehemaligen DDR abgezogenen Truppenmassen kamen also weitere 267'500 Menschen mit entsprechender Ausrüstung, so dass im Laufe von vier Jahren eine Streitmacht von fast einer Million Soldaten und Angehörigen in die Heimat zurückverlegt wurde.

Die logistischen Schwierigkeiten bei der Verladung der Güter, des Personentransportes usw. verschärften sich durch die politische Umbruchsituation in der ehemaligen Sowjetunion. Die Soldaten unterschiedlicher Nationalität wurden seit 1992 faktisch über Nacht Bürger unterschiedlicher Staaten, wobei die Nationalität nicht in jedem Fall



Sowjetische Soldaten nehmen Abschied von Deutschland.

mit dem künftigen Heimatland identisch war. Nach Angaben des Oberekommandierenden der Sowjetstreitkräfte in der DDR, Matwej Burlakow, waren ungefähr ein Viertel der Angehörigen der Westgruppe Ukrainer, weitere fünf Prozent Weissrussen und zehn Prozent Angehörige anderer Völker, die zu Hause teilweise gegeneinander kämpften. So unterstand auch die Westgruppe aufgrund eines Erlasses von Präsident Jelzin seit dem 4. März 1992 bis zu ihrem Abzug dem alleinigen Befehl und der Jurisdiktion Russlands. Nach Angaben des Oberkommandierenden wollten die meisten Offiziere nicht-russischer Nationalität weiter in der russischen Armee dienen. Wenig beachtet wurde, dass sich aufgrund des Auseinanderbrechens der UdSSR seit dem Jahresbeginn 1992 innerhalb des Territoriums der GUS die Notwendigkeit von Truppenverschiebungen ergab. Dieser Vorgang war von einer Migration der Zivilbevölkerung begleitet, was die Schwierigkeiten der Bereitstellung von Wohnraum und infrastrukturellen Einrichtungen noch erhöhte.

Auffallend war, dass die Russen beim Abzug aus den Militärobjekten alles mitnahmen, was nicht niet- und nagelfest war. Darüber kann nur spötteln, wer die Lebensverhältnisse in Russland nicht kennt. Hinzu kam das in Deutschland erworbene Inventar der Offizierswohnungen und manche Einkäufe, die in der Heimat einen hohen Wert repräsentierten. So hatte der Rücktransport auf Lastwagen und in Zügen oft etwas Karawanenartiges. Der Oberkommandierende Burlakow schrieb darüber in seinem Erinne-

Der Oberkommandierende der Westgruppe über den Rückzug

Ich forderte von den Kommandeuren, sorgsam mit materiellen Werten umzugehen und nach Möglichkeit alles mitzunehmen, weil man praktisch alles am neuen Stationierungsort in Russland gebrauchen könnte. Immer wieder paukte ich den Kommandeuren ein: was vom zurückgeführten Material nicht unmittelbar für die eigenen Bedürfnisse im neuen Stationierungsort gebraucht wird, Montagebauten, Zäune und ähnliches, das kann den örtlichen Behörden in Russland für die Verbesserung der Wirtschaftslage zum Tausch angeboten werden. Installiert man zum Beispiel irgendwo tief in Russland auf einer Dorfstrasse eine Beleuchtung auf jenen Betonmasten, von denen es in jedem unserer Truppenteile in Deutschland Hunderte gibt, kann man im Gegenzug vielleicht drei bis fünf Ferkel bekommen. Umgibt man einen Kindergarten mit einem schönen Zaun, der sonst in Deutschland zurückgeblieben wäre, kann man dafür vielleicht sogar ein paar Kälber bekommen – und mit der Regimentswirtschaft beginnen.

Matwej Burlakow: Wir verabschieden uns von Freunden. Der Abzug. Aufzeichnungen des Oberkommandierenden der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, Bonn u.a. 1994, S. 27-28

rungsbuch in fast rührender Offenheit über die Beweggründe der fast vollständigen Mitnahme aller irgendwie transportfähigen Güter.

Ursprünglich war vorgesehen, etwa 80 Prozent der Transporte auf dem Landweg – vor allem mit der Eisenbahn durch Polen – abzuwickeln. Doch die diesbezüglichen Planungen mussten kurzfristig geändert werden. Die Polen erhöhten die Transitgebühren drastisch. Diese Gebührenerhöhungen mögen sachlich gerechtfertigt oder eine etwas kleinliche Rache am ehemaligen grossen Bruder gewesen sein – jedenfalls entschloss sich das Oberkommando, den grössten Teil der Güter auf dem Seeweg über Rostock und Mukran zu transportieren. Über die Fähre Mukran-Klaipeda sollten ursprünglich nur acht bis zehn Prozent der Transporte abgewickelt werden. Schliesslich wurden es ungefähr 60 Prozent. Bereits 1991 war die Fähre die Haupttrasse des Truppentransports geworden. Drei Schiffe («Klaipeda», «Vilnius», «Kaunas») gehörten Litauen, zwei Schiffe («Mukran» und «Greifswald») fuhren unter deutscher Flagge. Jedes Schiff hatte eine Ladekapazität von 103 Güterwagen. Der Vorteil der Fährverbindung bestand darin, dass die Spurbreite der Schienen auf den Schiffen denen der sowjetischen Eisenbahn entsprach. Das erleichterte die Verschiffung und den Transport der Güterwagen. Nach der Ankunft der Fähre in Klaipeda rollten die Waggons an Land und konnten sofort zu Güterzügen zusammengestellt werden und an den Bestimmungsort abgehen.

Ein weiterer Seeweg existierte von Rostock nach St. Petersburg. Dort gab es aber keine Eisenbahnfähre, so dass die Güter von den Waggons auf die Schiffe und in Russland umgekehrt zurück auf die Eisenbahn verladen werden mussten. Aufgrund einer Tarifierhöhung in Rostock wurde die Einschiffung der Güter schliesslich nach Wismar

umgelegt. Erst als der Rostocker Hafen seine Tarife wieder senkte, wurde die Verladung in alter Weise fortgesetzt. Die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden wird von russischer Seite als konstruktiv geschildert. Seitens der Bundeswehr begleitete General Jörg Schönbohm als Befehlshaber Ost sowie Generalmajor Hartmut Foertsch als Leiter des deutschen Verbindungskommandos zur Westgruppe der sowjetischen Truppen den Abzug.

Wohnungsbauprogramm für die Heimkehrer

Für die politische Führung war die Frage der Unterbringung der etwa 320'000 heimkehrenden Soldaten und ihrer etwa 220'000 Familienangehörigen von grösster Bedeutung. Um jeden Preis sollte es vermieden werden, weiter Öl ins Feuer des allgemeinen Unmuts zu giessen. Möglicherweise wurde die Gefahr einer Militärrevolte damals überschätzt, aber die Ereignisse im August 1991 sollten zeigen, dass solche Befürchtungen nicht abwegig waren. Die sowjetische Regierung wollte fast die gesamte Summe, die sie von Deutschland erhalten würde, zum Bau von Wohnungen für die Heimkehrer nutzen. Sie schlug den Deutschen ein Bauprogramm vor, in dessen Rahmen insgesamt vier Millionen Quadratmeter Wohnfläche waren. Die Bundesrepublik sollte davon die Hälfte im Laufe von vier Jahren finanzieren, ebenso die dazugehörige Infrastruktur wie Geschäfte, Schulen, Kindergärten usw. Die Bundesregierung wollte sich lieber auf eine feste Geldsumme als auf eine Quadratmeterzahl festlegen lassen, die möglicherweise die Kosten ins uferlose hätten steigen lassen. Wie viele Wohnungen dann tatsächlich gebaut werden würden, hing in diesem Falle von der sowjetischen Seite ab. Schliesslich verständigten sich beide Seiten doch auf eine Zahl von 70'000 Wohnungen. Die Deutschen sollten für die Hälfte, also für rund 35'000 Wohnungen aufkommen. Der Gesamtbetrag wurde offengelassen.

Der weitere Gang der Dinge war von Klagen und gegenseitigen Vorwürfen über die falsche Verwendung des Geldes gekennzeichnet. Tatsächlich entstanden zwei Siedlungen in der Ukraine, vier in Belorussland und zwei in Russland. Bis 1992 konnten nach russischen Angaben nur 8'551 Wohnungen zur Nutzung übergeben werden, davon 2212 in Russland. Zugleich sind 20'661 wohnungslose Familien nach Russland zurückgekehrt. Nach deutschen Angaben wurden die Wohnungen zum Teil in andere Hände gegeben. Es kam zwischen den Nachfolgestaaten der UdSSR zudem zu erheblichen Streitigkeiten wegen des Geldes. Offenbar war das Chaos beträchtlich.

Wie die russische Nachrichtenagentur Interfax am 9. Oktober 1996 meldete, übergab das russische Verteidigungsministerium die Neubau-Siedlung Nachahme bei Moskau an Soldatenfamilien. Mit der Übergabe der letzten 1'037 Wohnungen wurde das deutsche Wohnungsbauprogramm für aus Ostdeutschland abgezogene russische Soldaten abgeschlossen. Damit sind seit 1992 an 40 Standorten in Russland, Weissrussland und

der Ukraine insgesamt rund 43'500 Wohnungen für die ehemalige Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte errichtet worden. Die Bundesregierung hatte sich verpflichtet, für einen Grossteil der etwa 550'000 abziehenden Sowjetsoldaten und Zivilangehörigen Wohnraum zu schaffen, und für das Programm 8,35 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt.

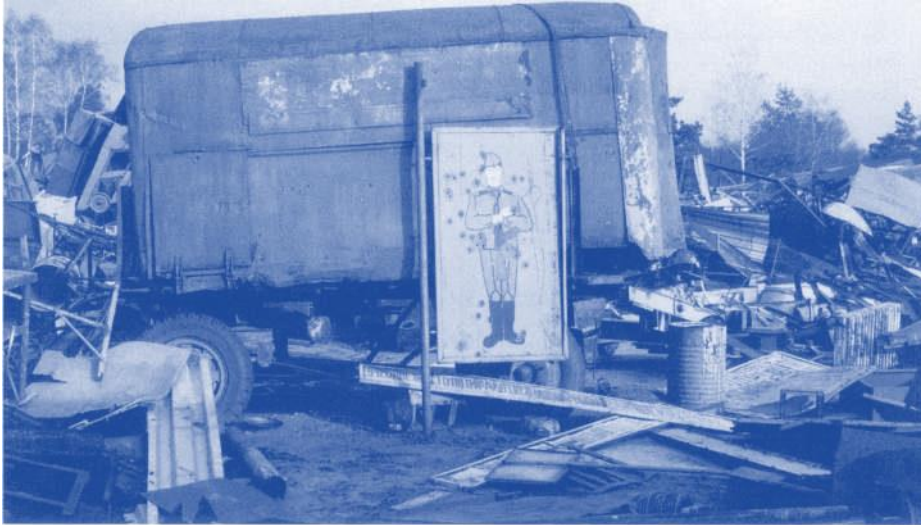
Ursprünglich war geplant, der ostdeutschen Bauwirtschaft durch die Aufträge auf die Beine zu helfen. Es stellte sich jedoch heraus, dass es für eine Vergabe in dieser Grössenordnung nach deutschem Wettbewerbsrecht keine Grundlage gab. Die russische Seite erhielt günstige Angebote aus der Türkei, Finnland und anderen Ländern, so dass die geplante Zahl von ungefähr 35'000 Wohnungen beträchtlich überschritten werden konnte. Der deutsche Sonderbotschafter für das Wohnungsbauprogramm konnte deswegen anlässlich der Übergabe der letzten Wohnblocks auch von einer «Erfolgsstory» sprechen. Gemessen an dem Wohnungselend in den Nachfolgestaaten der UdSSR war das Programm natürlich kaum mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein.

Am 10. Oktober 1996 wurde auch das Ausbildungs- und Umschulungsprogramm für abgezogene russische Offiziere beendet. Für die Vorbereitung von rund 10'000 Offizieren auf technische oder kaufmännische Berufe hatte die Bundesrepublik Deutschland insgesamt 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Verfallende Kasernen und Truppenübungsplätze

Als besonders schwierig sollte sich das Problem der beim Abzug zurückbleibenden Liegenschaften darstellen. Die sowjetischen Streitkräfte hatten ihrer eigenen Ansicht nach in den vier Jahrzehnten ihrer Anwesenheit in Deutschland Baumassnahmen in beträchtlicher Höhe durchgeführt. Das betraf neue Kasernengebäude, Wohnanlagen, Truppenübungsplätze, Flugplätze usw. Nun verlangten sie von der deutschen Seite Ausgleichszahlungen. Wie Generaloberst Burlakow später mitteilte, handelte es sich um 21'000 Gebäude innerhalb von 777 Militärobjecten in der ehemaligen DDR. Später nannte Burlakow noch weit höhere Zahlen. Während der Verhandlungen im Jahre 1990 verlangte die sowjetische Seite insgesamt 17 bis 17,5 Milliarden DM, später reduzierte sie diese Forderung auf 10,5 Milliarden DM. Diese Kompensationsforderungen waren vollkommen aus der Luft gegriffen, zumal sich die sowjetischen Militäreinrichtungen in einem Zustand befanden, der eine weitere Nutzung als abwegig erscheinen liess. Es sollte sich zeigen, dass der tatsächliche Zustand der von den Sowjets genutzten Liegenschaften alle Befürchtungen übertraf.

Es war ausserordentlich schwierig, solche Objekte zu veräussern oder ohne Grundsanierung zu nutzen. Schliesslich zeigte sich, dass der rücksichtslose Umgang mit der Natur überall im Umkreis von sowjetischen Kasernen und Truppenübungsplätzen zu schweren Umweltbelastungen geführt hatte. Die Boden- und Grundwasserverschmut-



Die abziehenden sowjetischen Truppen hinterliessen oft grosse Müllberge.

zung war extrem hoch, die Übungsplätze waren durch Munition, Ölreste, liegengeliebene Fahrzeuge u.a. m. belastet. Die Konversion der Militärfächen sollte eines der zentralen Probleme nach dem Abzug der Truppen werden und die Bundesrepublik Milliardensummen kosten. Übrigens bestritt der letzte Oberkommandierende Burlakow in seinem Erinnerungsbuch vehement, dass es erhebliche Kontaminationen gegeben habe. Im Gegenteil seien 90'000 Hektar Waldfläche – Übungsplätze, Flugplätze, Treibstofflager – rekultiviert worden. An den Massnahmen, deren Kosten mit zwei Milliarden Mark beziffert werden, seien 20'000 Soldaten beteiligt gewesen. Ausserdem seien 6,6 Millionen Stück Sprengstoff und Munition entschärft worden.

Auch sieben Jahre nach dem Abzug des letzten Sowjetsoldaten trifft man überall im Land auf leerstehende Kasernenkomplexe. Diese Geisterstädte, die teilweise als Kulisse für Science-Fiction-Filme geeignet wären, sind teils von der Sowjetarmee, teils von den bewaffneten Organen der DDR genutzt worden. Soweit sie nicht von der Bundeswehr übernommen worden sind, erwies sich eine sinnvolle Nachnutzung als schwierig. Die Konversion militärisch genutzter Liegenschaften hat sich mit seinen ökologischen, städtebaulichen, landschaftsplanerischen und eigentumsrechtlichen Dimensionen zu einem eigenen Betätigungsfeld und Wissenschaftsgebiet entwickelt.

Brandenburg ist das am stärksten von militärischen Hinterlassenschaften belastete deutsche Bundesland, insofern bietet es sich als Beispiel für die Überführung ehemals sowjetischer Liegenschaften in eine zivile Nutzung an. Allein die militärisch genutzten Flächen umfassten hier 1989 ein Gebiet so gross wie das Saarland. 1989 wurden ca.

Panzerfriedhöfe in der märkischen Heide

Die märkische Heide ist um «Attraktionen» ganz besonderer Art reicher geworden: Panzerfriedhöfe. Einen solchen entdeckte der Bürgermeister von Trebbin im Kreis Luckenwalde in der Nähe des Truppenübungsplatzes der Westgruppe der früheren Sowjetarmee (WGT) bei Löwenberg/Glau. Sozusagen auf frischer Tat stellte er russische Bagger und Planiermaschinen, die mitten im Wald rund 50 Gruben für schrottreife Panzer aushoben. Die abziehenden russischen Truppen wollten sich auf diese Weise Hunderter Wracks entledigen.

In Löwenberg/Glau selbst lagern noch brisantere Dinge. Bei Kontrollflügen, die die Bundeswehr in Absprache mit der sowjetischen Militärführung durchführt, entdeckten die Piloten halbvolle Treibstofftanks. Auf dem Übungsplatz Altes Lager bei Jüterbog sichteten sie frisch zugeschüttete Gruben, die sich bei näherer Untersuchung als riesige Kloaken von Mineralölen und Lösungsmitteln entpuppten. Das hochgiftige Gemisch konnte ungehindert in den Boden versickern und ins Grundwassereindringen. (...) Angesichts solcher Augenzeugenberichte (...) fällt es schwer, Generalmajor Hartmut Foertsch Glauben zu schenken, der von einem «nicht unerheblichen Wachstum des Umweltbewusstseins» bei den Streitkräften der Westgruppe spricht. (...) Was dem deutschen General am meisten Kopfzerbrechen bereitet, ist der Umstand, dass sich für die Liegenschaften der WGT – allein im Land Brandenburg gibt es 15 Flugplätze, 21 Truppenübungsplätze und 15 grössere Schiessplätze sowie Kasernen und andere militärische Bereiche – kaum Käufer finden. Kein Wunder bei dem zum Teil völlig desolaten baulichen Zustand der Gebäude und den Altlasten.

«Neue Zeit» vom 27. Juli 1992

230'000 Hektar im Land Brandenburg militärisch genutzt. Dies entspricht ungefähr acht Prozent der Landesfläche. Davon standen abzüglich der Flächen für die Bundeswehr und der sofort restituierten Immobilien 160'000 Hektar für die zivile Nachnutzung zur Verfügung. Von diesem Bestand wurden seit 1994 ungefähr 100'000 Hektar des ehemals durch die Westgruppe der Truppen genutzten Geländes in den eigens gebildeten «Grundstücksfonds Brandenburg» eingebracht. Es handelt sich dabei um eine unentgeltliche Übereignung der Flächen vom Bund an das Land Brandenburg. Grundlage für die Verwertung ist das WGT-LiegenschaftsVerwertungsgesetz, das u.a. festlegte, dass die Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften nach dem revolvingen Prinzip erfolgen soll. Die Einnahmen aus dem Verkauf, der Vermietung oder Verpachtung von Flächen werden zur Entwicklung der verbleibenden Liegenschaften genutzt. Nur 20 Prozent der landeseigenen ehemaligen WGT-Flächen wurden bis zum 31. Dezember 2'000 verkauft, 17'500 Hektar gingen unentgeltlich in das Ressortvermögen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung über, und 6'200 Hektar werden noch als Moratoriumsflächen für die zukünftige Stiftung Naturlandschaften vorgesehen. Für 12'000 Hektar wurden Nutzungsverträge abgeschlossen.



Sowjetsoldaten in Paradeuniform verfolgen eine Abschiedsfeier bei Jüterbog.

Auf ehemaligen Militärfeldern entstehen Gewerbegebiete sowie Technologie- und Gründerzentren. Einstige Militärflugplätze stehen der zivilen Luftfahrt oder der Entwicklung von Gewerbe zur Verfügung, so z.B. der ehemalige Flugplatz der Sowjetarmee in Brand. Große Teile der sowjetischen Truppenübungsplätze wurden zu Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten. Seit 1992 sind ca. zwei Milliarden Mark öffentlicher Mittel, überwiegend des Landes und der Europäischen Union, im Land Brandenburg in die Konversion geflossen; einen wertvollen Beitrag zur Konversion leistete auch die Arbeitsförderung mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit. Private Investitionen werden statistisch nur unzureichend erfasst, dürften aber noch einmal den gleichen Betrag ausmachen.

Nach dem Verkauf insbesondere der attraktiven Grundstücke mit geringerer Altlasten- und Kampfmittelbelastung, aber auch vieler anderer Flächen bleiben nun z.T. schwer verwertbare Liegenschaften übrig. Das sind meist Flächen, für die es bisher keine oder kaum ernsthaften Nachnutzungsvorstellungen gibt, oder aber solche, für die nur Renaturierung in Frage kommt. Die potentielle Kampfmittelbelastung steht nach wie vor als großes Hemmnis der Entwicklung vieler Liegenschaften im Wege.

Liegenschaften der Westgruppe der Streitkräfte nach Bundesländern ⁹		
Länder	Liegenschaften	Grösse in Hektar
Berlin	11	85,60
Brandenburg	324	116658,56
Mecklenburg-Vorpommern	127	21754,63
Sachsen-Anhalt	271	68 853,32
Sachsen	165	18 686,21
Thüringen	128	16 977,14

Von Anfang an gab es eine Prioritätensetzung seitens der Landesregierung, Schwerpunkte bekamen Sonderkonditionen: die ehemalige Militärstadt Wünsdorf, der Doppelstandort Jüterbog/Niedergörsdorf (alle Kreis Teltow-Fläming) und Fürstenberg (Kreis Oberhavel). Die leergezogene Geisterstadt Wünsdorf wurde zum grössten Konversionsprojekt Deutschlands. 590 Hektar umfasst das Gebiet, das unter der Bezeichnung «Waldstadt» zur eigenen Gemeinde wurde. 3'500 Wohnungseinheiten für insgesamt 10'000 Menschen waren geplant. Die ursprüngliche, von Brandenburgs Ministerpräsidenten Manfred Stolpe geförderte Idee, war es, das ehemalige Hauptquartier der Sowjetarmee in Deutschland zu einer Beamtenstadt für die nach Berlin ziehenden Regierungsbediensteten zu machen. Als Stolpe von der Bundesregierung für dieses Projekt eine Absage erhielt, setzte er den Umzug einiger Landeseinrichtungen durch. Das Landesamt für Denkmalpflege, das Museum für Ur- und Frühgeschichte, das Amt für Immissionsschutz und andere Behörden zogen in die Einöde. Doch die meisten Mitarbeiter waren nicht bereit, hier auch ihren Wohnsitz aufzuschlagen. Staatlich geförderter Wohnungsbau steht nun leer. Wünsdorf wurde zum Modellfall für die Schwierigkeiten der Konversion.

Ehrenmale und Heldenfriedhöfe der Sowjetarmee

Die sichtbarste Hinterlassenschaft von 49 Jahren Präsenz der Sowjetarmee in Ostdeutschland sind die Ehrenmale und Soldatenfriedhöfe. Kaum, dass im Mai 1945 die Waffen in Europa schwiegen und noch während der Krieg im Fernen Osten seinem letzten Höhepunkt zustrebte, begann die Sowjetarmee in Deutschland und im übrigen besetzten Europa mit dem Bau von Siegesdenkmälern. Die millionenfache Trauer um gefallene Angehörige, der Stolz auf den ruhmreichen Sieg über die faschistischen Okkupanten, die Befreiungsmisson des Sowjetsoldaten, die Verherrlichung der vermeintlichen Feldherrenbegabung des Generalissimus Josef Stalin – all das strebte nach steinerne Manifestation. Die künstlerische Formensprache knüpfte vor allem an den Neoklassizismus des frühen 19. Jahrhunderts an, integrierte aber auch Elemente altorientalischer

Monumentalbauten, barocker Palastbauten und des modernistischen Metropolis-Stils, der zu jener Zeit auch westeuropäische und amerikanische Städte prägte. In der künstlerischen Darstellung dominierte Feierlichkeit, Erhabenheit, Distanz, Streben nach Ewigkeit und historischer Grösse.

Nach dem Sieg über Deutschland entstand jener bombastisch wuchernde Stil, der sich mit dem Namen Stalins verbindet und nach dessen Tode von seinen Nachfolgern schnell und radikal beiseite gewischt wurde. Erst Jahrzehnte später entdeckte man den düsteren Charme der pyramidalen Kleckerburgen, die unbekümmerte Prunksucht und die Comic-Strip-Ästhetik der Schlachtengemälde als eine Art Vorgriff auf die Popart. Trotz der ungeheuren Not im eigenen Land wurden Mittel in phantastischer Höhe bereitgestellt, um gigantische Bronzeplastiken auf Marmorsockel zu stellen, in Stein gemeisselte Inschriften mit Blattgold zu belegen und Edelhölzer für Türfüllungen zu besorgen. Der gesamte Machtbereich der Sowjetunion wurde bis 1953 von dieser Ästhetik der Sieger geprägt. Selbst in Wien zeugt ein Monumentalbau für immer – so im Staatsvertrag festgeschrieben – von der einstigen sowjetischen Befreiungstat. In der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland gab es besonders günstige Voraussetzungen. Nach einer Auflistung des Instituts für Denkmalpflege der DDR aus dem Jahre 1974 existierten auf dem Gebiet der DDR insgesamt 266 denkmalwürdige Ehrenhaine, Ehrenmale und Gedenkfriedhöfe. Hinzu kommen zahlreiche kleinere Gedenkstätten und Soldatenfriedhöfe. Nach russischen Angaben gibt es in den fünf neuen Bundesländern und Berlin 3'500 Soldatenfriedhöfe, auf denen 653 499 bekannte und unbekannte Sowjetsoldaten begraben liegen.

Ein seltsames und recht einmaliges Schicksal hat das Ehrenmal im Tiergarten. Fast ein halbes Jahrhundert stand es im Britischen Sektor von Gross-Berlin und zierte nun an zentraler Stelle die neue Bundeshauptstadt. Mit dem Bau wurde bereits im Mai 1945 begonnen, am 7. November 1945 fand dann anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution die Einweihung statt. Der Eingang zum Ehrenmal wird von zwei sowjetischen Panzern und von Geschützen flankiert. Die Kollonaden bilden den Mittelpunkt der aus Granitquadern der zerstörten Reichskanzlei geschaffenen Anlage. Dort steht die Bronzeplastik eines Sowjetsoldaten auf hohem Podest. Im rückwärtigen Teil des Ehrenmals befinden sich die Gräber von 2'500 gefallenen Sowjetsoldaten. Bewusst wurde von den Siegern jener Park im Zentrum der zerstörten deutschen Hauptstadt gewählt, in dem schon Preussen und das Deutsche Reich ihre Siegesdenkmäler aufgestellt hatten. Damit wurde an eine Tradition angeknüpft und diese gleichzeitig durch einen neuen politischen Inhalt abgebrochen. Das sowjetische Ehrenmal sollte die historische Auslöschung der alten Siegesallee symbolisieren. Die westlichen Alliierten hatten im November 1945 offenbar noch keine Bedenken gegenüber einer solchen Manifestation des sowjetischen Anspruchs. Am 11. November 1945 waren die Ehrenkompanien aller vier Siegermächte in der Charlottenburger Chaussee angetreten, und die versammelten alliierten Offiziere

hörten sich geduldig die Ansprache des sowjetischen Generalleutnants Konstantin Telegin an, der gebührend hervorhob, dass die Sowjetarmee die Hauptlast des Krieges getragen habe.

Das Denkmal wurde zu einem exotischen Fremdkörper in der Westhälfte der geteilten Stadt. Die sowjetischen Panzer und Sturmgeschütze standen ausgerechnet in jener Strasse, die in Erinnerung an den Volksaufstand in der DDR zur «Strasse des 17. Juni» und später zum stadtbekanntem Strassenstrich wurde. Nach dem Mauerbau sorgte eine britische Militärwache für die Sicherheit des Denkmals und der täglich dort aufziehenden Ehrenwache. Nach einem rechtsextremistischen Anschlag auf einen Ehrenposten im Jahre 1970 war bis 1987 der an der Anlage vorüberführende Abschnitt der Strasse gesperrt. Dennoch liess es sich die sowjetische Seite nicht nehmen, alljährlich zum Tag der Befreiung auch an dieser Stelle einen Kranz niederzulegen. Und die Offiziere der Westmächte folgten der Einladung zu diesem feierlichen Akt. Am 22. Dezember 1990 zog im Tiergarten zum letzten Mal die sowjetische Ehrenwache auf.

Ein zweiter sowjetischer Ehrenhain in Berlin wurde im Volkspark Schönholzer Heide in Pankow errichtet. Dort sind 13'200 gefallene Sowjetsoldaten begraben. Der Ehrenfriedhof in Pankow ähnelt dem Treptower Ehrenmal in seiner strengen Komposition und der grossräumigen, auf Abstand bedachten Anlage. Zwei Säulen, auf denen Feuerschalen stehen, bilden den Eingang zum Ehrenmal. Zum Haupteingang führt eine Allee, an deren Ende sich wieder zwei Pylonen aus rotem Granit mit Bronzereliefs befinden. Der heilige Bezirk des Ehrenhains ist im Halbrund angelegt; im Zentrum das Denkmal der russischen Mutter, die ihren Sohn mit der Fahne des Sieges bedeckt.

Die zentrale Gedenkstätte für die im Kampf um Berlin gefallenen Sowjetsoldaten wurde am 8. Mai 1949 im Treptower Park eingeweiht. 1946 hatte die Sowjetische Militäradministration einen Wettbewerb ausgeschrieben. Die Wahl fiel auf den Entwurf des Bildhauers Jewgeni Wutschewitsch (1908-1974), der selbst als Soldat gegen die Faschisten gekämpft hatte. Er schuf später auch jene bekannte Statue «Schwerter zu Pflugscharen», die als offizielles Geschenk der UdSSR vor dem UN-Hauptquartier in New York steht und deren stilisiertes Bild seit 1980 zum Symbol der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR wurde. Auch das gigantische Denkmal auf dem Mamai-Hügel bei Wolgograd entstand unter seiner Leitung.

Im Treptower Park liegen 5'000 während der Kämpfe in Berlin gefallene Soldaten. Trotzdem dominiert das Siegesbewusstsein eindeutig das Gedenken an die Opfer. Die weiträumige Anlage ist in ihrer Ästhetik durchaus an die Stätten des ritualisierten Totengedenkens angelehnt, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg in England, Frankreich und anderen Ländern entstanden sind. In ihrer strengen Symmetrie und den klassizistischen Formen suggeriert der Denkmalkomplex Erhabenheit, Monumentalität, Grösse. Hier soll nicht der zufällig Vorübergehende an irgendetwas erinnert werden. Die Gesamt



Das sowjetische Ehrenmal im Westberliner Tiergarten wurde während der Teilung von vielen als ein Fremdkörper in der Stadt empfunden.



Das 1949 eingeweihte sowjetische Ehrenmal im Ostberliner Stadtbezirk Treptow war die wichtigste sowjetische Gedenkstätte für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges in Deutschland.

Komposition nötigt den Besucher, sich allmählich dem Denkmal zu nähern. Dabei entstehen Ergriffenheit und Ehrfurcht. Zunächst durchschreitet er einen antiken Triumphbogen, nähert sich auf einer breiten, von Edeltannen gesäumten Allee einer in Trauer versunkenen knienden Frauenstatue, der «Mutter Heimat». Erst von diesem Punkt aus öffnet sich ihm der weite Blick auf die Anlage. Rechts und links ist sie gesäumt von

zwei gesenkten Fahnen aus rotem Granit, die gleichsam ein Portal in den heiligen Bezirk bilden. Dort befinden sich jeweils acht Steinsarkophage mit reliefartigen Darstellungen der Siege der Sowjetarmee. Sie symbolisieren gleichzeitig die 15 Republiken der Sowjetunion. Zentral erhebt sich auf einem zehn Meter hohen Hügel die 11,60 Meter hohe Bronzestatue eines Soldaten, der in der Rechten ein Schwert und auf dem linken Arm ein gerettetes Kind trägt. Unter seinem Stiefel liegt das zertretene Hakenkreuz. Die Figur des Soldaten ist durch den Unterbau des Erdhügels und den Rundbau in eine Höhe gerückt, die für den Besucher unerreichbar ist. Wie der Erzengel Michael erhebt sich der Sowjetsoldat vom Boden und beherrscht durch seine Monumentalität das gesamte Areal. Die Entfernung schafft Abstand und lässt die eigene Inferiorität deutlich werden. Das Göttliche und Hierarchische wird durch den Rückgriff auf die traditionelle Form der Grabgestaltung unterstrichen.

Der «Ehrenhügel» ist den «uralten Heldengräbern der Donebene» nachgestaltet, wie es in der offiziellen Beschreibung aus der DDR-Zeit heisst.¹⁰ Es handelt sich um einen sogenannten Kurgan, ein Hügelgrab der Steppenvölker, die in alten Zeiten die südrussischen Ebenen bevölkerten. Diese Fürstengräber waren mit reichen Goldschätzen ausgestattet, und tatsächlich betritt der Besucher nach dem Aufstieg über eine Treppe ein kreisrundes Mausoleum von düsterer Pracht. Die Wände sind mit bunten Mosaiken geschmückt, die Decke mit einer riesigen Kristallversion des Ordens des Sieges.

Dreimal jährlich, zum «Tag der Befreiung» am 8. Mai, zum Tag der Sowjetarmee am 23. Februar und zum Tag der Oktoberrevolution am 7. November wurden hier von offiziellen Delegationen Blumengebinde niedergelegt. Jungpioniere, FDJler und militärische Formationen traten zum Gedenken an den heroischen Sieg an. Auch für Staatsgäste, insbesondere aus der Sowjetunion, gehörte eine Kranzniederlegung am Ehrenmal in Treptow zum offiziellen Programm.

Es war also kein Zufall, dass gerade an diesem symbolträchtigen Ort der Versuch unternommen wurde, die sowjetische Regierung gegen den Demokratisierungsprozess in der DDR aufzuhetzen. Der Kampf gegen die rechte Gefahr war im Januar 1990 zur letzten Verteidigungslinie des alten Systems geworden. In den stillen Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr 1989 kam es zu einer politisch hochwillkommenen Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow. Mit Pinsel und Farbe hatten unbekannte Täter auf acht Steinsarkophage und auf den Sockel der Krypta orthographisch nicht ganz korrekte Parolen antisowjetischen Inhalts geschrieben. In ungelinkten Grossbuchstaben war auf einem der Basreliefs zu lesen: «Sprengt das letzte Völkergefängnis, sprengt die UdSSR». Ob dies im Auftrag des MfS geschah oder ob die alten Machthaber wie weiland die Nazis nach dem Reichstagsbrand nur die gute Gelegenheit nutzten, ist bis heute nicht restlos geklärt. Schon damals fiel auf, dass im weiten Rund des sonst gut

«Ein Denkmal für das siegreiche Stalinregime»

Während der elf Jahre, die ich als Russe in Berlin lebe, waren mir zuvor nicht ein Mal in den Sinn gekommen, die von Jakow Belopolski und Jewgeni Wutschewitsch, einem Lieblingsbildhauer Stalins, im Treptower Park entworfene Anlage aufzusuchen; von Kindheit an hatten mich Postkarten verfolgt, auf denen Wutschewitschs Soldat mit dem Mädchen auf dem Arm abgebildet war. Doch bei der ersten Besichtigung übertrifft dann die Wirklichkeit jede Erwartung. Granitbänne, Reihen von Blöcken mit unglaublichen Basreliefs voller Heldenthemen, dieser erregte Pomp einer sowjetischen Kultstätte war mir bekannt: Ende der 40er Jahre wurden überall in der Sowjetunion ähnliche Ensembles gebaut. Was mich aber überraschte: dass in Berlin auf den Granitblöcken links und rechts des Zentralplatzes auf Deutsch und Russisch noch immer lauter Stalinzitate eingraviert waren – eine derartige Oase des Stalinismus, die alle Reformen seit Chruschtschows Enthüllungen über den Großen Terror überlebt hat, habe ich in der gesamten früheren Sowjetunion nicht zu sehen bekommen, in ganz Europa gibt es wohl kaum etwas Vergleichbares. (...) Dass dieses Monument nach wie vor Besucher beeindruckt, liegt wohl auch am fehlenden Problembewusstsein der Besucher gegenüber stalinistischer Kunst. Mit der Kunst der Nazis wird da anders, wird strenger verfahren. Die politische Bedeutung des Monuments aber ist so zweischneidig wie die künstlerische. Ein Denkmal für die Befreier? (...) Die Sowjetarmee hat in den von den Nazis befreiten Gebieten eine eigene Realität installiert: Massenterror, KZ, Eiserner Vorhang. Das Denkmal für die Sowjetarmee ist gleichzeitig ein Denkmal für jene, die den Aufstand vom 17. Juni niederschlugen, die demokratische Regierungen in den okkupierten osteuropäischen Ländern gestürzt und Kriegsgefangene erschossen haben. (...) Stalin hatte Gründe dafür, seinem Regime am westlichen Rand des Imperiums ein Denkmal zu errichten. Fünfzig Jahre sollten genügen, um diese Gründe und den historischen Trug zu erkennen. Bis heute überleben die Stalin-Zitate in Treptow Stalin, die Sowjetmacht und die DDR. Die Gräber der Toten spielen in dem Ensemble eine untergeordnete Rolle. Es ist ein Denkmal für das siegreiche Stalinregime. (...) Wenn ich höre, dass der Treptower Park das Symbol des Kampfes gegen den Faschismus ist, möchte ich fragen, ob sich für diesen Zweck nicht eine dem Stil und dem Inhalt nach weniger faschistische Stätte anbietet.

Dimitri Chmelnizkit: Der Kalte Krieg der Monumente, in: «Der Tagesspiegel» vom 17. Juni 1998

bewachten Ehrenhains kein Volkspolizist patrouilliert hatte. Eine Woche später, am 3. Januar 1990, versammelten sich zu abendlicher Stunde 250'000 meist junge Männer im Treptower Park und jubelten Gregor Gysi zu. In Sprechchören forderten sie angesichts der faschistischen Bedrohung einen Verfassungsschutz für die DDR. Die Formationen der Demonstranten wirkten merkwürdig diszipliniert und die Parolen wie eingeübt. Die im Fernsehen der DDR übertragene nächtliche Szenerie tat ein Übriges. Insofern war die politische Wirkung der gespenstischen Veranstaltung wohl eher kontraproduktiv.

Die für die Ewigkeit geschaffenen Monumente des Heldengedenkens erwiesen sich in der Bauausführung als wenig solide. Vielleicht hatte man die notwendigen Pflegemaßnahmen vernachlässigt. Das Denkmal in Berlin-Treptow war trotz einer Grundsanierung in den Jahren 1968 bis 1974 undicht. In die Ruhmeshalle tropfte Regenwasser,



Sowjetischer Soldatenfriedhof.

und die roten Granitfahnen waren durch eingedrungenes und gefrorenes Wasser brüchig geworden. Insgesamt waren die Ehrenmale 1990 durchgehend stark renovierungsbedürftig, und um die Kosten einer Erneuerung entwickelte sich ein grotesker Streit. Der Bund verwies auf die Kulturhoheit der Länder, wodurch die Pflicht zur Erhaltung der Denkmale beim Land Berlin gelegen hätte. Das Land Berlin wiederum verwies seinerseits auf die Zuständigkeit der Bundesregierung, welche die internationalen Abkommen schliesslich eigenständig ohne die Zustimmung der Länder geschlossen hatte.

Am 24. April 1998 richtete die Staatsduma der Russischen Föderation einen Appell an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung, die Zerstörung von Denkmalen für gefallene sowjetische Soldaten nicht zuzulassen. Es seien «alarmierende Informationen» über den Zustand dieser Gedenkstätten eingegangen. In dem Appell heisst es dann: «Gegenwärtig wird in der BRD darüber debattiert, das Ehrenmal im Treptower Park von Berlin wegen fehlender Mittel für die Rekonstruktion zu schliessen. Für die Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges ist und bleibt dieses Ehrenmal das Symbol des Sieges über den Hitlerfaschismus. Alle, die in diesem Krieg Verwandte und Freunde verloren haben, empfinden dieses Memorial als einen heiligen Ort, der Besuchern offenstehen muss.»¹¹ Seit 1998 gibt es in der Sanierungsfrage eine positive Entwicklung. Am 8. Mai 1999 gab die zuständige Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung,

Umweltschutz und Technologie bekannt, dass endlich die versprochenen sechs Millionen Mark für die Sanierung der drei Denkmale eingetroffen seien. Eine interne Schätzung für die Baukosten kam im Jahre 2000 allerdings bereits auf über zehn Millionen Mark.

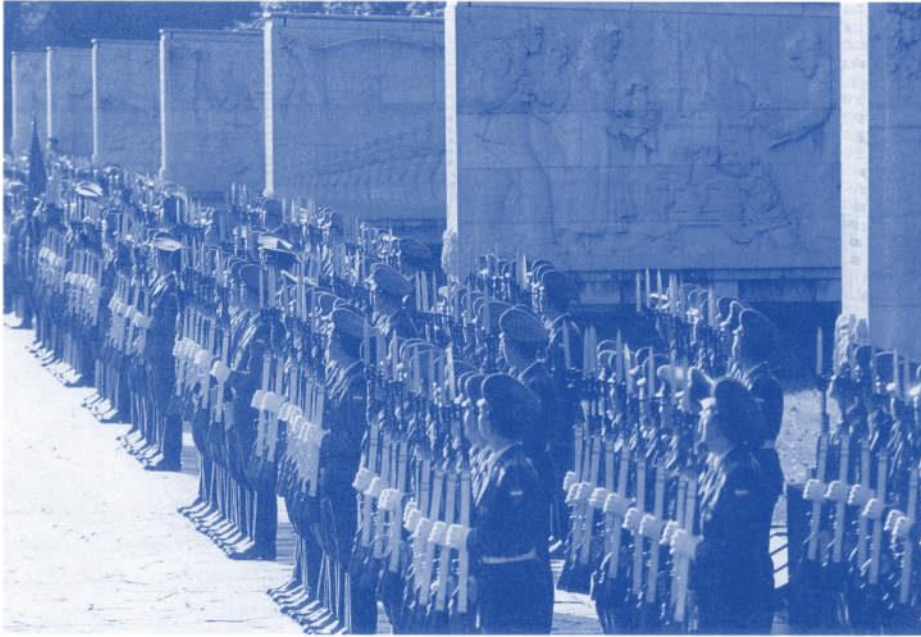
Die Abschiedsparade

Vor der Kulisse des Ehrenmals in Berlin-Treptow wurde am 31. August 1994 feierlich die russische Armee verabschiedet. Bereits am 11. Juni 1994 hatte sich in Wünsdorf die Westgruppe mit einer Militärparade und einem Volksfest verabschiedet. Die Parade-truppe defilierte am Oberkommandierenden Burlakow, Ministerpräsident Stolpe und anderen Honoratioren der Landespolitik vorbei. Anschliessend waren Tausende Brandenburger zu einem Fest in das Militärstädtchen geströmt.

Am 25. Juni 1994 fand in der Wuhlheide, im Stadtbezirk Köpenick unweit des Standortes Karlshorst, die Abschiedsparade der in Berlin stationierten 6. Motorisierten Gardeschützenbrigade statt. Bei dieser Gelegenheit erklang auch zum ersten Mal öffentlich das neu gedichtete und komponierte Abschiedslied «Lebe wohl Deutschland». Anschliessend traten in dem früheren Pionierpark Wuhlheide russische Tanz- und Musikensembles auf.

Doch Berlin als ehemalige Reichshauptstadt und künftige Bundeshauptstadt, als Ausgangspunkt des Krieges und Stätte der Kapitulation war für alle Seiten von besonderer symbolischer Bedeutung. Im Vorfeld der Verabschiedung zeichnete sich ein Eklat von kaum zu überbietender Peinlichkeit ab. Es sollte keine gemeinsame Verabschiedung der vier Siegermächte geben, sondern eine getrennte Zeremonie. Angesichts des russischen Beitrags zum Sieg über Hitlerdeutschland empfanden auch viele Deutsche diesen Vorgang als würdelos. Dennoch meinte die Bundesregierung unter Helmut Kohl, die Sowjets könnten aufgrund ihrer historischen Rolle in der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht mit den westlichen Schutzmächten auf eine Stufe gestellt werden. Während des Besuches von Präsident Boris Jelzin im Mai 1994 versuchte die deutsche Seite, die Entscheidung zu relativieren und erging sich in Erklärungen über die Notwendigkeit der Einbeziehung Russlands in den Klub der demokratischen Grossmächte.

Am 31. August 1994 war Boris Jelzin neuerlich nach Berlin gekommen. Auf dem Gendarmenmarkt meldete ihm der Oberkommandierende Burlakow förmlich: «Ich melde, der zwischenstaatliche Vertrag über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts der russischen Truppen und die Modalitäten des Abzugs ist erfüllt.» Der russische Präsident würdigte die organisatorische Leistung der Soldaten, erinnerte an den vergangenen Krieg, den «weder das deutsche Volk noch das russische Volk» verloren hätten. Der



Abschiedsparade der sowjetischen Streitkräfte am 31. August 1994 am Treptower Ehrenmal.

Krieg sei gegen das faschistische Regime Hitlers geführt worden. Jelzin sagte: «Daran ist das deutsche Volk nicht schuld; wir werden nie dem deutschen Volk diesen Vorwurf machen.»

Nach einem Festakt im Schauspielhaus begab sich die Karawane der Staatskarossen zum Ehrenmal nach Treptow. Hinter den Absperrgittern standen Jugendliche mit Sonnenblumen. Doch das militärische Zeremoniell liess kaum Raum für spontane Gesten. Kohl und Jelzin stiegen hinter den uniformierten Kranzträgern die Treppe zum Ehrenmal hinauf. Sie verweilten in kurzem Gedenken in der runden Ruhmeshalle unter der bronzenen Monumentalstatue. Die russischen Ehrenformationen traten an den Aussenseiten des Gräberkarrees an, ihnen gegenüber standen Soldaten der Bundeswehr. Nach dem Abspielen der beiden Nationalhymnen zog zuerst die Bundeswehr vorbei, dann die russische Brigade. Sie nahm zum letzten Mal Aufstellung, und es erklang das Abschiedslied. Hinter den Sperrgittern hatten viele Menschen Tränen in den Augen. Schweigend blickte die bronzene Mutter Heimat über die Gräber der gefallenen Sowjetsoldaten, die Ehrengäste, die Staatsmänner und die zur Ehrenparade angetretenen jungen Soldaten hinweg.



Abschiedslied der russischen Soldaten

Wir verlassen nun für immer die deutsche Erde,
Denn der Kriegsherd, der ist ja schon lange aus.
In der Hoffnung, daß nun ewig Frieden währe,
Rollten Panzer und Geschütze jetzt nach Haus.
Wir ziehen ab, doch uns're Lieder werden bleiben,
Uns erinnern noch an mache gute Tat.
»Mutter Heimat« Freude ist kaum zu beschreiben,
Daß nun heimkehrt ihr russischer Soldat.

Deutschland, wir reichen Dir die Hand
Und keh'r'n zurück ins Vaterland
Die Heimat ist empfangsbereit.
Wir bleiben Freunde allezeit.
Auf Frieden, Freundschaft und Vertrauen
Sollten wir uns're Zukunft bauen.
Die Pflicht erfüllt! Leb' wohl Berlin!
Uns're Herzen heimwärts ziehn.

*Komposition von Gennadi Luschetzki, Oberst der Westgruppe der russischen Armee (Wünsdorf)
Deutsche Nachdichtung aus dem Russischen von Oberstleutnant Hans-Joachim Jung*

Nachwort zur Neuauflage 2010

16 Jahre sind vergangen, seitdem die letzten alliierten Truppen das wiedervereinigte Deutschland verlassen haben. Die vergrößerte Bundesrepublik ist Mitglied der NATO, genau wie die östlichen Nachbarn, so dass das westliche Bündnis nunmehr bis an die Grenze Russlands heranreicht – Anlass für manche Spannungen, aber auch Beginn einer neuen nachbarschaftlichen Zusammenarbeit. Die harten Konfrontationen aus der Zeit des Kalten Krieges gehören der Vergangenheit an, es gibt in vielen Bereichen einen partnerschaftlichen Umgang.

Das betrifft auch die Behandlung der Geschichte. Seit 1997 arbeitet etwa die zwischenstaatliche «Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen». Die besondere Bedeutung der gemeinsamen Vergangenheit ist auch beim Umgang mit den steinernen Hinterlassenschaften der sowjetischen Streitkräfte zu spüren. Waren sie in den ersten Jahren nach dem Abzug vor allem als Abenteuer Spielplätze begehrt und mitunter dem Vandalismus ausgesetzt, so gibt es in jüngster Zeit zahlreiche militärhistorische Exkursionen durch ehemalige Kasernen, über stillgelegte Militärflugplätze, in geheime Bunkeranlagen oder einst strengbewachte geheime Depots. Es kommen Interessenten aus allen Teilen der Bundesrepublik und neuerdings sogar aus dem Ausland.

Dem tragen vielerorts ehrenamtlich aufgebaute Sammlungen, Ausstellungen oder Museen Rechnung, die vor allem einen lokalen Bezug haben, wie etwa in Altenburg, Eberswalde-Finow, Fürstenberg, Jüterbog (Altes Lager), Magdeburg, Merseburg, Oranienburg, Potsdam, Rechlin-Lärz, Rerik, Tutow, Kummersdorf-Gut, Weimar, Wittenberg, Wittstock und Wünsdorf. Für besondere Aufmerksamkeit sorgte das am ehemaligen Standort des Oberkommandos der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Wünsdorf am 1. September 2009 eröffnete Museum «Roter Stern», das aus privaten Mitteln und Spenden finanziert wird. Hier erhält man aus der Perspektive der Siegermacht des Zweiten Weltkrieges einen Überblick zur Geschichte der sowjetischen Truppen in Deutschland.

Einen breiteren zeithistorischen Ansatz verfolgt das 1995 eröffnete Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst, das aus dem ehemaligen «Kapitulationsmuseum» hervorging und von staatlichen Partnern aus beiden Ländern getragen wird. Hier geht es vor allem um die Behandlung der schmerzhaften Bedeutung des Zweiten Weltkrieges für die nachfolgenden Generationen. Organisiert werden dazu wechselnde Ausstellungen, Diskussionen, Filmreihen, Musikveranstaltungen, Lesungen und wissenschaftliche Tagungen. Begleitet wird dies durch zweisprachige Publikationen.

Hier wie an den anderen Gedenkortern kommen verstärkt ehemalige Armeeangehörige und deren Familien zu Besuch. Sie wollen wissen, was aus den einstigen Einsatzorten geworden ist, wie Deutschland heute mit der noch sichtbaren Nachkriegsgeschichte umgeht. Dieses Buch will dazu einen Beitrag leisten.

Anhang

Anmerkungen

«Die Russen kommen!» (S. 19-44)

- 1 Bokow, Fjodor Jefimowitsch: Frühjahr des Sieges und der Befreiung. Berlin 1979, S. 379.
- 2 Zit. in: Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1999, S. 90.
- 3 Zit. ebenda.
- 4 Sander, Helke; Johr, Barbara (Hrsg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. München 1992, S. 12.
- 5 Ebenda, S. 16.
- 6 Ebenda, S. 54-55.
- 7 Eppel, Peter (Red.): Frauenleben 1945 – Kriegsende in Wien. Wien 1995.
- 8 Lemmer, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten. Frankfurt/M. 1968, S. 220.

Demokratische Erneuerung oder Sowjetisierung? (S. 45-103)

- 1 Truman, Harry S.: Memoiren.: Das Jahr der Entscheidungen (1945). Bern 1955, S. 333.
- 2 Graml, Hermann: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941-1948. Frankfurt/M. 1985, S. 92.
- 3 Churchill, Winston S.: Reden 1945. Zürich 1950, S. 365.
- 4 Schöllgen, Gregor: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941-1991. München 1996, S. 28.
- 5 Klimow, Gregory: Berliner Kreml. Köln, Berlin 1951, S. 159.
- 6 Ebenda, S. 109.
- 7 Zit. in: Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 22-23.
- 8 Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999, S. 100.
- 9 Ebenda, S. 130.
- 10 Ebenda, S. 136; siehe auch: Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939-1991. Berlin 1995, S. 273.
- 11 Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 137.
- 12 Wettig, Gerhard: Die sowjetische Besatzungsmacht und der politische Handlungsspielraum in der SBZ (1945-1949), in: Pfeil, Ulrich: Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989. Berlin 2001, S. 41.
- 13 Bonwetsch, Bernd; Bordjugov, Gennadij: Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar – 7. Februar 1947, in: VfZ 42 (1994) 2, S. 299.
- 14 Semjonow: Von Stalin bis Gorbatschow, S. 237-239.

- 15 Alle genannten Zahlen nach: Bauerkämper, Arnd: Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945-1952, in: Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 122-124.
- 16 Zit. in: Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 172.
- 17 Bauerkämper, Arnd: Amerikanisierung und Sowjetisierung in der Landwirtschaft. Zum Einfluss der Hegemonialmächte auf die deutsche Agrarpolitik von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren, in: Jarasch, Konrad; Siegrist, Hannes (Hrsg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970. Frankfurt/M., New York 1997, S. 203.
- 18 Laufer, Jochen: Von den Demontagen zur Währungsreform – Besatzungspolitik und Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945-1948, in: Lemke, Michael (Hrsg.): Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945-1953). Köln, Weimar, Wien 1999, S. 167.
- 19 Karisch, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953. Berlin 1993, S. 282.
- 20 Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 179.
- 21 Die genauen Zahlen bei: Karisch: Allein bezahlt?, S. 285.
- 22 Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 183.
- 23 Karisch, Rainer: «Ein Staat im Staate». Der Uranbergbau der Wismut AG in Sachsen und Thüringen, in: APuZ B 49-50/1993, S. 18; Ders.: Der Aufbau der Uranindustrien in der SBZ/DDR und ÜSR als Folge der sowjetischen Uranlücke, in: ZfG 44 (1996), S. 15.
- 24 Ders.; Schröter, Harm (Hrsg.): «Strahlende Vergangenheit». Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut. St. Katharinen 1996.
- 25 Bokow: Frühjahr des Sieges und der Befreiung, S. 416.
- 26 Karisch: Allein bezahlt?
- 27 Ders.: Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen, in: Lexikon des DDR-Sozialismus. Band 1. 2. aktual. u. erw. Aufl., Paderborn, München, Wien, Zürich, 1997, S. 483-484.
- 28 Nikitin, Andrej P.: Die sowjetische Militäradministration und die Sowjetisierung des Bildungssystems in Ostdeutschland 1945-1949, in: BuE45 (1992) 4, S. 406.
- 29 Bassistow, Jurij: Zwischen Kultur und Ideologie. Zur Kulturpolitik der SMAD, in: BuE 45 (1992) 4, S. 394.
- 30 DW, Grundlegende Hinweise über die Zulassung zum Studium an Universitäten und Hochschulen, 8. Dezember 1945. BAP, R 2, 647 Bl. 22.
- 31 (Solotuchin), Vorschläge zur Organisation der Sozialistischen Universität in der Sowjetischen Besatzungszone, o. D. (Übersetzung). SAPMO B-Arch, DY 30, NY 4090/559, Bl. 1.
- 32 Stenographisches Protokoll über die 3. Sitzung des Parteivorstandes der SED vom 18. bis 20. Juni 1946. SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/1/4, Bl. 64.
- 33 Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1958. Bericht und Dokumentation. 2. Aufl., Köln 1990, S. 128-129.
- 34 Erler, Peter: Zur Tätigkeit der Sowjetischen Militärtribunale (SMT) in der SBZ/DDR, in: Plato, Alexander von (Hrsg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Band 1: Studien und Berichte. Berlin 1998, S. 179.
- 35 Possekkel, Ralf: Stalins Pragmatismus: Die Internierungen in der SBZ als Produkt sowjetischer Herrschaftstechniken (1945-1950), in: Reif-Spirek, Peter; Ritscher, Bodo (Hrsg.): Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit «doppelter Vergangenheit». Berlin 1999, S. 165.
- 36 «Reorganisation der Polizei» oder getarnte Bewaffnung der SBZ im kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49, hrsg. und eingel. von Günther Glaser. Frankfurt/M. u.a. 1995, S. 85.
- 37 Zit. in: Diedrich, Torsten; Wenzke, Rüdiger: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952 bis 1956. Berlin 2001, S. 25-26.
- 38 Ebenda, S. 28.
- 39 Ebenda, S. 28-29.
- 40 Ebenda, S. 204 (unsere Hervorhebung).
- 41 So ein SMAD-Mitarbeiter im Mai 1946, zit. in: Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 342.
- 42 Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln 1955, S. 365.

- 43 Suckut, Siegfried: Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, in: VfZ 39 (1991) 1, S. 160-161.
- 44 Scherstjanoi, Elke: Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation. München 1998.
- 45 Naimark, Norman M.: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Frage des Stalinismus. Veränderte Sichtweisen auf der Grundlage neuer Quellen aus russischen Archiven, in: ZfG 43 (1995) 4, S. 306-307.

«Waffenbrüder – Klassenbrüder» (S. 104-159)

- 1 GBl. Teil I, Nr. 107 vom 15. Dezember 1955.
- 2 Meissner, Boris (Hrsg.): Der Warschauer Pakt. Dokumentensammlung. Köln 1962, S. 71.
- 3 MfS-BV Magdeburg, KD Osterburg, Information über ein Vorkommnis mit Angehörigen der GSSD, 6. Juni 1988. BStU, Ast. Magdeburg, AKG, Bd. 85, Bl. 414-416.
- 4 Karisch, Rainer: Wirtschaftliche Belastungen durch bewaffnete Organe, in: Materialien der Enquete-Kommission «Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit» (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1999, Band III/2, S. 1565-1566.
- 5 Gerhard Schürer, Siegfried Böhm: Einschätzung und Schlussfolgerungen zur Veränderung des Regierungsprotokolls von 1958, 24. Januar 1978. BStU, MfS, ZAIG, Nr.7501, Bl. 15.
- 6 Karisch: Wirtschaftliche Belastungen durch bewaffnete Organe, S. 1581-1582.
- 7 Auch die Ausgaben in der ČSSR waren extrem hoch. Zumeist jedoch werden die Verteidigungsausgaben der DDR allein auf die NVA bezogen berechnet, womit den offiziellen DDR-Haushaltsplänen gefolgt wird, vgl. dafür etwa: Zerfall einer Militärmacht. Das Ende der Sowjetarmee. In Dokumenten, Quellen und Kommentaren zusammengestellt und kommentiert von Fischer, Siegfried. Bremen 1992, S. 26.; vgl. auch: Johnson, A. Ross; Dean, Robert W.; Alexiev, Alexander: Die Streitkräfte des Warschauer Pakts in Mitteleuropa: DDR, Polen und ČSSR. Stuttgart-Degerloch 1982.
- 8 Karisch: Wirtschaftliche Belastungen durch bewaffnete Organe, S. 1583-1584.
- 9 Arlt, Kurt: Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945-1994), in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, hrsg. v. Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger. Berlin 1998, S. 606-607.
- 10 Ebenda, S. 607.
- 11 Nur in Russland selbst und in der Ukraine waren mehr sowjetische Nuklearwaffen innerhalb des sowjetischen Imperiums gelagert worden als in der DDR (Zerfall einer Militärmacht, S. 150).
- 12 Bayer, Wolfgang: Geheimoperation Fürstenberg, in: Der Spiegel 3/2000, S. 42-46.
- 13 Könauf, Steffen: Geheimprojekt in Vogelsang. Der Hallenser Matthias Uhl beweist frühe Stationierung in DDR, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 22. Januar 2000, S. 3.
- 14 Kaiser, Gerhard; Herrmann, Bernd: Vom Sperrgebiet zur Waldstadt. Die Geschichte der geheimen Kommandozentralen in Wünsdorf und Umgebung. 4., aktual. und erw. Aufl., Berlin 2007, S. 126.
- 15 Wichtigster Inhalt des Gesprächs mit dem Oberkommandierenden der GSSD, Genossen Armeegeneral Belikow, am Mittwoch, dem 23.09.1987, im Ministerium für Nationale Verteidigung. BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Bd. 418, Bl. 262.
- 16 Arlt: Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945-1994), S. 608-609.
- 17 Fingerle, Stephan: Waffen in Arbeiterhand? Die Rekrutierung des Offizierkorps der NVA und ihrer Vorläufer. Berlin 2001, S. 163.
- 18 Seit 1953 hatten bereits Übungen mit der KVP stattgefunden.
- 19 Kaiser; Herrmann: Vom Sperrgebiet zur Waldstadt, S. 166.
- 20 Wenzel, Otto: Der Tag X. Wie West-Berlin erobert wurde, in: Deutschland Archiv 26 (1993) 12, S. 1361.

- 21 Ders.: Kommandeur des Grenzkommandos Mitte. Die Pläne und Übungen der NVA zur Eroberung West-Berlins, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 9/2000, S. 122–124.
- 22 Michalsky, Oliver: »Es gibt nur das Recht des Siegers«. Die Konflikte zwischen Wünsdorf und »Wjunsdorf«. Wie viele Russen sind hier überhaupt stationiert?, in: Der Morgen vom 25./26. August 1990.
- 23 Kaiser; Herrmann: Vom Sperrgebiet zur Waldstadt, S. 134.
- 24 Arlt: Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945–1994), S. 611.
- 25 Eine Strukturübersicht findet sich in: Fricke, Karl Wilhelm; Marquardt, Bernhard: DDR Staatssicherheit. Das Phänomen des Verrats – Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB. Bochum 1995, S. 112.
- 26 Ebenda, S. 67.
- 27 Perspektivplan für das Zusammenwirken zwischen Hauptabteilung I des MfS der DDR und der 3. Hauptverwaltung des KfS der UdSSR für die Jahre 1987 bis 1991, Juni 1987. BStU, MfS, HA II, Bd. 4777, Bl. 11–12.
- 28 Schlomann, Friedrich-Wilhelm: Operationsgebiet Bundesrepublik. Spionage, Sabotage und Subversion. München 1984, S. 55.
- 29 Andrew, Christopher; Mitrochin, Wassili: Das Schwarzbuch des KGB. Moskau Kampf gegen den Westen. München 2001, S. 535.
- 30 Fricke; Marquardt: DDR Staatssicherheit, S. 113–162.
- 31 Abt. XII, Oberst Leipold, Gegenwärtige Praxis der Überprüfung von Personen durch die Freunde in der Abteilung XII, 7. Dezember 1979. BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Bd. 632, Bl. 4–5.
- 32 BStU, MfS, HA VI, Bd. 3837.
- 33 BStU, MfS, HA VI, Bd. 3838 u. 3839.
- 34 Gerken, Richard: Spione unter uns. Methoden und Praktiken der Roten Geheimdienste nach amtlichen Quellen. Die Abwehrarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. Donauwörth 1965, S. 31.
- 35 MfS, ZAIG, Information über die Mitnahme eines Angehörigen der Sowjetarmee in einem Westberliner Personenkraftwagen am 11.7. 1972. BStU, MfS, ZAIG, Bd. 2051, Bl. 1.
- 36 Kusmin, Iwan N.: Weitgehende Abhängigkeit. Zum Verhältnis von KGB und MfS in der DDR, in: Deutschland Archiv 31 (1998) 2, S. 287.
- 37 Ebenda, S. 288.
- 38 Information vom 30. April 1982. BStU, MfS, Arbeitsbereich Mittag, Bd. 143, Bl. 345–346.
- 39 Kusmin: Weitgehende Abhängigkeit, S. 288.
- 40 Zit. in: ebenda, S. 288.
- 41 Ammer, Thomas: Sowjetische Soldaten in Deutschland. Interview mit einem ehemaligen Offizier der Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, in: Deutschland Archiv 25 (1992) 5, S. 514.
- 42 Das berichteten zwei Deserteure am 18. Februar 1987 im ZDF (BStU, MfS, HA VII, Bd. 329, Bl. 42).
- 43 Ebenda, Bl. 41.
- 44 Ebenda.
- 45 Würde auch »E-Bewegung« genannt, wobei »E« bzw. »Ek« für »Entlassungskandidat«, also für den Soldaten im dritten Diensthalbjahr stand.
- 46 Fraktion Die Grünen/Alternative Liste an Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer, 12. Dezember 1990. Matthias-Domaschk-Archiv in der Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin, 5361.
- 47 BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Bd. 418, Bl. 252.
- 48 Information Nr.3/85 vom 13. September 1985. BStU, MfS, HA IX, Bd. 3734, Bl. 38–39.
- 49 BStU, MfS, HA VII 329, Bl. 4–12.
- 50 Ebenda, Bl. 36–55; sowie: Bild vom 16. und 17. Januar 1987.
- 51 BZ vom 4. Februar 1974.
- 52 Berliner Morgenpost vom 18. August 1985.
- 53 BStU, MfS, HA VII, Bd. 329, Bl. 2.

- 54 Ebenda, BL 84-91.
- 55 MfS, BV Erfurt, Information Nr.732/89 vom 22. Juni 1989. BStU, MfS, HA XXII, Bd. 680/11, Bl. 1.
- 56 Arlt: Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945-1994), S. 613.
- 57 Karisch: Wirtschaftliche Belastungen durch bewaffnete Organe, S. 1578.
- 58 Vortrag zur linienspezifischen Arbeitsberatung – Militärspionageabwehr – (HA II/4) am 1.4.1987, 23. März 1987. BStU, MfS, HA VXIII, Bd. 8556, Bl. 15.
- 59 Gerhard Schürer, Siegfried Böhm: Einschätzung und Schlussfolgerungen zur Veränderung des Regierungsprotokolls von 1958, 24. Januar 1978. BStU, MfS, ZAIG, Nr.7501, BL 11.
- 60 Wichtigster Inhalt des Gesprächs mit dem Oberkommandierenden der GSSD, Genossen Armeegeneral Belikow, am Mittwoch, dem 23.09.1987, im Ministerium für Nationale Verteidigung. BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Bd. 418, BL 263.
- 61 Information zu einigen Problemen der Entwicklung und Verfolgung von durch Angehörige der GSSD begangene Straftaten. BStU, MfS, HA IX, Bd. 16153, BL 188.
- 62 Ebenda, BL 190.
- 63 Ebenda, BL 191.
- 64 Aus: Koop, Volker: Zwischen Recht und Willkür. Die Rote Armee in Deutschland. Bonn 1996, S. 245.
- 65 Vgl. dazu ausführlich: Koop: Zwischen Recht und Willkür; auch: BStU, MfS, ZAIG, Bd. 18512, BL 13-16 (Berichte über Eisenbahnunfälle im ersten Halbjahr 1984).
- 66 Berichte finden sich u.a. in: BStU, MfS, HA IX, Bd. 8626; vgl. auch ausführlich: Koop: Zwischen Recht und Willkür.
- 67 BStU, MfS, HA VII, Bd. 1814, Bl. 72.
- 68 Koop: Zwischen Recht und Willkür, S. 192.
- 69 Ebenda, S. 195.
- 70 Zit. ebenda, S. 193.
- 71 BStU, MfS, HA XXII, Bd. 266/32, BL 1-2.
- 72 Ebenda, BL 3.
- 73 Ebenda, BL 5.
- 74 Bericht vom 29. Juni 1984. BStU, MfS, HA IX, Bd. 3734, BL 39.
- 75 BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Bd. 587; O.M.: Stülpe – Chronik eines permanenten Krieges, in: Der Morgen 25726. August 1990, S. XI.
- 76 BV Schwerin an MfS, Minister, 10. August 1984. BStU, MfS, Arbeitsbereich Mittag, Bd. 143, BL 157.
- 77 BV Potsdam, Information über die Vorkommnisentwicklung, 30. April 1988. BStU, MfS, HA VII, Bd. 1814, BL 70.
- 78 BStU, MfS, HA VII, Bd. 1814, BL 52-53.
- 79 BStU, MfS, HA VII, Bd. 1814, BL 56-66.
- 80 Information über gewaltsame Anschläge auf zwei Angehörige der Sowjetarmee, 27. Mai 1971. BStU, MfS, ZAIG, Bd. 1930, BL 3.
- 81 Information über einen tätlichen Angriff auf zwei sowjetische Staatsbürger in Motzen, Kreis Königs Wusterhausen, Bezirk Potsdam, 5. Juni 1973. BStU, MfS, ZAIG, Bd. 2185, BL 1-4.
- 82 BStU, MfS, HA II, Bd. 23615, BL 35-40.
- 83 MfS, BV Dresden, Information vom 22. April 1988. BStU, MfS, HA VII, Bd. 1814, BL 84-86.
- 84 Abt. Parteiorgane des ZK, Information vom 27. April 1989. BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Bd. 75, BL 76-78.
- 85 BStU, MfS, HA IX, Bd. 16153, BL 243.
- 86 Ebenda, BL 244.
- 87 Ebenda, BL 245.
- 88 Ebenda, BL 248.
- 89 BStU, MfS, HA IX, Bd. 5550, BL 16-36.
- 90 Koop: Zwischen Recht und Willkür, S. 115.
- 91 Ebenda.
- 92 Vermerk vom 6. September 1984. BStU, MfS, HA IX, Bd. 9676, BL 86.

- 93 (Gesprächsvermerk über ein Treffen zwischen Generalmajor Fister und Gen. Orechow und Agibalow, KfS der UdSSR, am 11. Oktober 1984; Übersetzung a.d. Russ.). BStU, MfS, HA IX, Bd. 16153, Bl. 201.
- 94 Ein solches Beispiel in: ebenda, Bl. 213.
- 95 BStU, MfS, Rechtsstelle, Bd. 585, Bl. 33-48; 83-96.
- 96 BStU, MfS, Abt. X, Bd. 1167.
- 97 BStU, MfS, HA VII, Bd. 1814, Bl. 35-49; 106-136.
- 98 Am 20. November 1987 fand eine ähnliche Aussprache bereits in Potsdam statt, dazu hatte jedoch der sowjetische Militärstaatsanwalt Oberst Dmitrijew eingeladen (BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Bd. 418, Bl. 231).
- 99 Das MfS wertete intensiv Beiträge aus juristischen Fachzeitschriften der Bundesrepublik aus, in denen es um Besatzungsfragen, Liegenschaften u. dgl. ging. Ebenso hat es eine Grosse Anfrage der SPD-Opposition im Bundestag «Gleichberechtigte Partnerschaft im Bündnis» vom 9. März 1989 sorgfältig analysiert.
- 100 Als Faksimile abgedruckt bei: Koop: Zwischen Recht und Willkür. Da dort ein Quellennachweis – wie bei allen anderen Dokumenten auch – fehlt und das abgedruckte Dokument im Buch keine zitierfähigen Seitenangaben enthält, wird im Folgenden das Original aus dem Archiv zitiert.
- 101 BStU, MfS, HA XVIII, Bd. 400, Bl. 5-6.
- 102 Ebenda, Bl. 17.
- 103 Ebenda, Bl. 36.
- 104 Ebenda, Bl. 46.
- 105 Ebenda, Bl. 50.
- 106 Ebenda, Bl. 52.
- 107 Vermerk vom 5. Oktober 1988. BStU, MfS, HA XVIII, Bd. 1904, Bl. 1.
- 108 Beschluss des Ministerrates der DDR vom 8. Dezember 1988. BStU, MfS, HA XVIII, Bd. 400, Bl. 113.
- 109 Ebenda, Bl. 114; Hinweise über die gesetzwidrige Durchführung von Investitionen durch Garnisonen der GSSD im Bezirk Leipzig, 23. Juni 1988. BStU, MfS, HA XVIII, Bd. 1898, Bl. 2-4.
- 110 Verschiedene Dokumente: ebenda, BL 189-213.
- 111 BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Bd. 75, BL 54-58.
- 112 BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Bd. 418, BL 6, 20.
- 113 Der Artikel ist nachgedruckt in: Jordan, Carlo; Kloth, Hans Michael (Hrsg.): Arche Nova. Opposition in der DDR. Das «Grün-ökologische Netzwerk Arche» 1988-90. Mit den Texten der ARCHE NOVA. Berlin 1995, S. 216-217.
- 114 BStU, MfS, AGM, Bd. 1569, BL 2.
- 115 Ebenda, BL 28.
- 116 Ebenda, BL 3.
- 117 BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Bd. 418, BL 113.

Armee an der Nahtstelle des Kalten Krieges (S. 160-205)

- 1 Keiderling, Gerhard: Berlin 1945-1986. Geschichte der Hauptstadt der DDR. Berlin 1987, S. 267-277.
- 2 Kynin, Georgij; Laufer, Jochen: «Geschichtsschreibung des Kalten Krieges auf den Prüfstand stellen». Zu den bisherigen Ergebnissen der Edition «Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1949», in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 22, 2001, S.33.
- 3 Laufer, Jochen: Die UdSSR und die Ursprünge der Berlin-Blockade 1944-1948, in: Deutschland Archiv 31 (1998) 4, S. 575.
- 4 Wettig, Gerhard: Berlin vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945-1989, in: Süß, Werner; Rytlewski, Ralf (Hrsg.): Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole. Berlin 1999, S. 163.

- 5 Ribbe, Wolfgang: Berlin zwischen Ost und West, in: Ders. (Hrsg.): Geschichte Berlins. Zweiter Band: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart. München 1987, S. 1065.
- 6 Einzeln aufgelistet sind die Orte bei: Kowalczyk, Ilko-Sascha; Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die «Innere Staatsgründung» der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54. 2., durchges. Aufl., Berlin 1996, S. 336-343.
- 7 Osterman, Christian F. (Hrsg.): The Post-Stalin Succession Struggle and the 17 June 1953 Uprising in East Germany: The Hidden History. Declassified Documents from U. S., Russian, and Other European Archives. Washington 1996 (Dokument 14).
- 8 Siehe auch die Einschätzung des MWD: Bailey, George; Kondraschow, Sergej A.; Murphy, David E.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin. Berlin 1997, S. 211-229.
- 9 Wiener, Friedrich (Hrsg.): Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten. München 1974, S.248.
- 10 Hagen, Manfred: DDR Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus. Stuttgart 1992, S.109.
- 11 Magdeburg 17. Juni 1953. Magdeburg 1993, S. 87.
- 12 Hagen: DDR Juni'53, S. 122.
- 13 Fricke, Karl Wilhelm: Zur Geschichte und historischen Deutung des Aufstands vom 17. Juni 1953, in: Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Köln 1999, S. 56.
- 14 Osterman (Hrsg.): The Post-Stalin Succession Struggle and the 17 June 1953 (Dokument 15).
- 15 Ebenda (Dokument 20).
- 16 Abgedruckt in: Beier: Wir wollen freie Menschen sein, S. 137.
- 17 Diedrich, Torsten; Wenzke, Rüdiger: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952 bis 1956. Berlin 2001, S. 339.
- 18 Abgedruckt in: Beier: Wir wollen freie Menschen sein, S. 109.
- 19 Schirdewan, Karl: Aufstand gegen Ulbricht. Berlin 1994, S. 52-53.
- 20 Abgedruckt in: Beier: Wir wollen freie Menschen sein, S. 166-168.
- 21 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953: Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 254.
- 22 Vgl. dazu ebenda, S. 257-258.
- 23 Wettig, Gerhard: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955. München 1999, S. 262.
- 24 Handbuch der Verträge 1871-1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen, hrsg. von Stoecker. Berlin 1968, S. 554.
- 25 Ebenda, S. 589.
- 26 Zit. in: Rühle, Jürgen; Holzweissig, Gunter: Der 13. August 1961. Die Mauer von Berlin. 3. erw. Aufl., Köln 1988, S. 85.
- 27 Ebenda, S. 71-75.
- 28 Bonwetsch, Bernd; Filitow, Alexei: Chruschtschow und der Mauerbau. Die Gipfelkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten vom 3. – 5. August 1961, in: VfZ 48 (2000) 1, S. 191 (Hervorhebung im Original).
- 29 Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren, hrsg. von Talbott, Strobe. Reinbek b. Hamburg, 1992, S. 429-430.
- 30 Diedrich, Torsten: Die militärische Grenzsicherung an der innerdeutschen Demarkationslinie und der Mauerbau 1961, in: Thoss, Bruno (Hrsg.): Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. München 1995, S. 140.
- 31 Tantzsch, Monika: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von «Republikflucht». Berlin 1998, S. 16. Neueste Erkenntnisse zu den Todesopfern an der Berliner Mauer finden sich in: Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam; Stiftung Berliner Mauer (Hrsg.): Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989. Ein biographisches Handbuch. Berlin 2009.
- 32 Pauer, Jan: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung. Bremen 1995, S. 63.

- 33 Ebenda, S. 99.
- 34 Priess, Lutz; Kurai, Vaclav; Wilke, Manfred: Die SED und der «Prager Frühling» 1968. Politik gegen einen «Sozialismus mit menschlichem Antlitz». Berlin 1996, S. 203.
- 35 Malia, Martin: Vollstreckter Wahn. Russland 1917-1991. Stuttgart 1994, S. 444.
- 36 Wenzke, Rüdiger: Die mitteleuropäische Krise: Prag 1968, in: Thoss (Hrsg.): Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit, S. 167-168.
- 37 Ebenda, S. 173-174.
- 38 Püschner, Manfred: Dresden als Vorposten gegen den «Prager Frühling» 1968, in: Dresdner Hefte 48, 4/98, S. 87.
- 39 Die Zahlen bei: Kowalczyk, Ilko-Sascha: «Wer sich nicht in Gefahr begibt ...». Protestaktionen gegen die Intervention in Prag und die Folgen von 1968 für die DDR-Opposition, in: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tuchej, Johannes (Hrsg.): Opposition und Widerstand in der DDR. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 257-274.
- 40 Wenzke: Die mitteleuropäische Krise, S. 176-177.
- 41 Jindřich, Pecka: Sovětská armáda v Československu 1968-1991. Chronologický přehled. Praha 1996, S. 174.
- 42 Kubina, Michael; Wilke, Manfred (Hrsg.): «Hart und kompromisslos durchgreifen». Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung. Berlin 1995, S. 97.
- 43 Ebenda, S. 122.
- 44 Ebenda, S. 136.
- 45 Ebenda, S. 195.
- 46 Ebenda, S. 202.
- 47 Gribkow, Anatoli: Der Warschauer Pakt. Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses. Berlin 1995, S. 184.
- 48 Norman Davies: Im Herzen Europas. Geschichte Polens. München 2000, S. 26-27.

«Lebe wohl Deutschland» (S. 206-240)

- 1 Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hrsg.): Ich liebe euch doch alle. Berlin 1990, S. 40.
- 2 Ebenda, S. 37.
- 3 Falin, Valentin: Politische Erinnerungen. München 1993, S. 477.
- 4 Referat des Gen. Minister zur Auswertung der 9. Tagung des ZK der SED und zu den sich daraus ergebenden ersten Schlussfolgerungen für die Tätigkeit des MfS, 21. Oktober 1989. BStU, MfS, ZAIG, Bd. 216, Bl. 54.
- 5 Ebenda.
- 6 Ebenda.
- 7 Spiegel Nr. 2 vom 8. Januar 2001, S. 124; die Ausführungen beziehen sich auf: Nathan, Andrew J.; Link, Perry (Hrsg.): Die Tiananmen-Akte. Zusammengestellt von Zhang Liang, Berlin 2001.
- 8 Panian, Reinhard: Sie gehen als Freunde. Der Abzug der Westgruppe der Truppen (WGT) aus Deutschland – Eine Bilanz zur Halbzeit, in: Truppenpraxis 37 (1993), S. 325.
- 9 Alle Angaben nach: Fischer, Siegfried: Zerfall einer Militärmacht. Das Ende der Sowjetarmee in Dokumenten, Quellen und Kommentaren. Bremen 1992, S. 50.
- 10 Berlin. Hauptstadt der DDR. Leipzig 1976, S. 166.
- 11 dpa vom 24. April 1998; vgl. Neues Deutschland vom 25./26. April 1998.

Abkürzungsverzeichnis

ABF	Arbeiter-und-Bauern-Fakultät	MfS-BV	Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR
AG	Aktiengesellschaft	MGB	Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR (1946-1954, s. auch MWD)
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe	MSD	Motorisierte Schützendivision
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu «Das Parlament»	MWD	Ministerium für innere Angelegenheiten der UdSSR (neben MGB Bezeichnung für den Geheimdienst der UdSSR 1946-1954)
BAP	Bundesarchiv Potsdam	NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	NKWD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der UdSSR (ab 1946 MGB/MWD)
BuE	Bildung und Erziehung	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
CDU	Christlich-Demokratische Union	NVA	Nationale Volksarmee der DDR
CSLA	Tschechoslowakische Volksarmee	PD	Panzerdivision
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik	RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission	SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
FDJ	Freie Deutsche Jugend	SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin
GBI	Gesetzblatt	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
GPU	sowjetische Geheimpolizei (später KGB)	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
GSBT	Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland	SHG	Sowjetische Handelsgesellschaften
GSSD	Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland	SKK	Sowjetische Kontrollkommission
GULAG	Hauptverwaltung Lager der UdSSR	SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
HA	Hauptabteilung	SMT	Sowjetisches Militärtribunal
IM	Inoffizieller Mitarbeiter	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
KGB/KfS	Komitee für Staatssicherheit der UdSSR (seit 1954, s. auch MGB/MWD)	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
KP	Kommunistische Partei	VEB	Volkseigener Betrieb
KPC	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei	VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	VP	Volkspolizei der DDR
KVP	Kasernierte Volkspolizei der DDR	WGT	Westgruppe der sowjetischen Truppen
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands	ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR		

Personenregister

(Kursiv gesetzte Seitenangaben verweisen auf Abbildungen)

Abakumow, Viktor 58
Abubakirow (Soldat) 153
Achromejew, Sergej 212
Ackermann, Anton 79
Adenauer, Konrad 187
Alexandrow, G.F. 34
Andropow, Juri 210
Antonow, Alexej 20, 45
Artjuchin, Iwan 76
Astawjew (Offizier) 96
Attlee, Clement 46
Axen, Hermann 157

Bassistow, Juri 177 f.
Becher, Johannes R. 7-9
Beleites, Michael 75
Belik, Afasani 74
Belikow, Waleri 106, 117
Belopolski, Jakow 236
Berger, Siegfried 174
Berija, Lawrenti 59 f., 62, 72, 82
Bersarin, Nikolai 24, 41, 43
Biermann, Wolf 10, 13 f., 16, 215
Bogomolow, Alexander 102, 175
Bokow, Fjodor 62
Bondarenko (Offizier) 74
Brandt, Willy 121, 187
Breschnew, Leonid 16, 126, 192, 202, 206, 210
Brugsch, Theodor 79
Bulganin, Nikolai 175
Burlakow, Matwej 106, 223, 226 f., 240

Chruschtschow, Nikita 15, 59, 116, 176, 182-184, 188
Churchill, Winston 21, 45 f., 48 f., 174
Clay, Lucius D. 48
Collodi, Carlo 8

Dahlem, Franz 91
Djatowski, Wassili 176
Dönitz, Karl 23, 50
Dubcek, Alexander 190-192, 202
Dylan, Bob 138

Ehrenburg, Ilja 15, 31, 33-35, 58
Eisenhower, Dwight D. 21, 23, 50, 53

Eisler, Gerhart 101
Engels, Friedrich 58

Falin, Valentin 133
Fechner, Max 64
Fechter, Peter 188
Foertsch, Hartmut 225
Friedeburg, Hans-Georg 23, 27
Friedensburg, Ferdinand 69
Fullbright, William 183

Genscher, Hans-Dietrich 219
Goebbels, Joseph 49
Gorbatschow, Michail 16, 107, 109, 114, 138, 154 f., 206, 208, 209, 210-214, 219
Gorki, Maxim 58
Gretschko, Andrej 105, 121, 167 f., 171, 174 L, 192
Gribkow, Anatoli 213
Grinkiewitsch, Dimitri 180
Gromyko, Andrej 45, 213
Grotewohl, Otto 64, 79, 82, 91, 99, 100, 102, 103, 167, 180
Gussew, Fjodor 45
Gysi, Gregor 235

Herger, Wolfgang 152
Herrmann, Joachim 202
Hitler, Adolf 21, 42, 45, 162, 208, 240
Hoffmann, Heinz 120, 121, 186
Honecker, Erich 17, 121, 126, 185, 202, 209, 213

Iwanowski, Ewgeni 106

Jakowlew, Alexander 213
Jakubowski, Iwan 105, 192, 198
Jaruzelski, Wojciech 204
Jasow, Dimitri 211 f., 219
Jelzin, Boris 223, 238
Jodl, Alfred 23
Johr, Barbara 38

Karisch, Rainer 112
Kastner, Hermann 100
Keitel, Wilhelm 23, 27
Kennedy, John F. 183
Kessler, Heinz 117, 159
Kobulow, Bogdan 62
Kohl, Helmut 213, 219, 238
Konew, Iwan 19 f., 22, 105, 181, 185 f., 192

Koschewoi, Pjotr 105
 Kotschemassow, Wjatscheslaw 157
 Krjutschkow, Wladimir 212
 Kulikow, Viktor 106, 118, 180
 Kurkotkin, Semen 106
 Kusmin, Iwan 131
 Kusnezow, Wassili 45
 Kutusow, Michail 20

Lamberz, Werner 126
 Lange, Fritz 66
 Lemmer, Ernst 41
 Lenin, Wladimir 58, 209
 Leonhard, Wolfgang 41, 69
 Litfin, Günter 188
 Luschew, Pjotr 106

Mahle, Hans 42
 Maiski, Iwan 45
 Malenkow, Georgi 59
 Maltsew (Direktor) 74
 Marschak, Samuil 9
 Marx, Karl 58, 162
 Meier, Otto 79
 Meyer, Fritjof 214
 Mielke, Erich 90 f., 121, 128, 130, 153,
 208, 213
 Moissejew, Michail 212
 Molotow, Wjatscheslaw 45, 59
 Montgomery, Bernard 20, 50, 53
 Moskalenko, Kyrill 192

Neiber, Gerhard 128, 130
 Nuschke, Otto 100

Oelssner, Fred 64, 79, 99

Pauer, Jan 192
 Paul, Rudolf 77
 Pieck, Wilhelm 64, 81, 86, 91, 99, 102
 Pronin (Aussenhändler) 177
 Puschkin, Alexander 8

Reagan, Ronald 161
 Reimar, Paul 72
 Rokossowski, Konstantin 19, 205
 Ronschin, Nikita 177
 Roosevelt, Franklin D. 45
 Rudenko (Staatsanwalt) 86

Sacharow, Matwej 105, 118
 Sander, Helke 37 f.

Schabalin (General) 66
 Schatrow, Michail 208
 Scherbina, Alexander 176
 Schirdewan, Karl 175
 Schischkin, Iwan 12
 Schmidt, Helmut 116
 Schmidt, Manfred 198
 Schönbohm, Jörg 225
 Schtemenko (Offizier) 20
 Seizew, Michail 106, 153
 Semjonow, Wladimir 61 f., 65, 92, 101, 167f.
 Serow, Iwan 26, 60 f., 82, 86 f.
 Shukow, Georgi 19-22, 24, 28, 45, 50 f., 52, 53,
 58, 59, 60, 63, 105
 Sik, Ota 192
 Simonow, Konstantin 12 f., 31
 Snetkow, Boris 106, 159
 Sokolowski, Wassili 52, 54, 58-60, 91, 99, 105,
 164, 173
 Solotuchin, Pjotr 62, 76, 79
 Spaatz, Carl 24
 Spalinger («Kommandant») 42
 Stalin, Josif 12 f., 19-22, 26, 29, 34, 45-49, 58,
 60 f., 63-65, 82, 86, 99-101, 163, 230 f.
 Stolpe, Manfred 230
 Stoph, Willi 102, 125
 Stumpff, Hans-Jürgen 23, 27
 Suworow, Alexander 20

Tassigny, Jean de Lattre de 24, 50, 53
 Tedder, Arthur 23 f.
 Telegin, Konstantin 62, 232
 Tolstoi, Alexej 8
 Truman, Harry S. 45 f., 48 f.
 Tschaikowski, Peter 206
 Tschuikow, Wassili 26, 58, 60, 77, 101 f., 103,
 105
 Tuljakow, Nikolai 176
 Tulpanow, Sergej 62 f.

Ulbricht, Walter 63 f., 90, 99-102, 121, 125 f.,
 167, 175, 180, 183 f.

Wandel, Paul 77, 79
 Wenzke, Rüdiger 194, 197
 Wieck, Michael 28
 Wutschewitsch, Jewgeni 232, 236
 Wyschinski, Andrej 45, 61

Zaisser, Wilhelm 167 f.

Ortsregister

(Kursiv gesetzte Seitenangaben verweisen auf Abbildungen)

Altengrabow *108, 137*
Aue *73,74*

Baden-Baden 128
Bad Freienwalde 173
Barleben 130
Baruth 148
Bautzen 84, 87 f., 194
Becov 194
Bergen 119
Berlin 13, 19, 21-23, 25, 29, 32, 35, 38-40, 45 f.,
49 f., 56, 58, 60, 62, 84, 95, 101, 119, 178 f.,
183 f., *185, 187*, 189, 200, 231
- Ost *56*, 163, 165-169, *170 f.*, 172, 175, 177,
182 f., 186 f., 188, 200, 212 f.
- Friedrichshain 23, 54
- Hohenschönhausen 83, 85, 87
- Karlshorst 24, 26, 27, 60, 62 f., 82, 101,
103, 111, 126, 128, 131, *136*, 168, 173,
175, 180, 238
- Köpenick 54, 238
- Lichtenberg 54, 173
- Mitte 54, 153, 176, 177
- Pankow 54, 102, 232
- Prenzlauer Berg 54
- Treptow 7, 54, 70, 179, 232, *234, 235-237,*
238
- Weissensee 54
- West 123, 160, 164 f., *165 f.*, 166 f., 174,
183, 185, 187, 232
- Charlottenburg 54
- Gatow 164
- Kreuzberg 54
- Neukölln 54
- Reinickendorf 42, 54
- Schöneberg 54
- Spandau 54
- Steglitz 54
- Tempelhof 23,54
- Tiergarten *54, 231, 233*
- Wedding 54
- Wilmersdorf 54
- Wittenau 42
- Zehlendorf 54
Bernau *108, 173*
Bernburg 84
Biederitz 176

Borna 173
Brand 229
Brandenburg 84, 173
Buchenwald 87, 88
Budapest 222
Bünden 127
Burg 148, 171

Ceska Lipa 194,196
Chemnitz/Karl-Marx-Stadt 8, 39, 84, 126, 148,
152, 200
Cosel *156*
Cottbus 84, 147, 173

Dallgow-Döberitz 104
Damgarten *108*
Dean 194
Dessau 54, 70, 171
Doberlug-Kirchhain 122
Dolle 148
Dolmar 147
Dresden 39, 70, 84, 96, *108, 152, 171, 173,*
197, 198 f., 213
Drögen 146
Duba 194

Ebersbach 194
Eberswalde 84, *108, 173*
Eckardtshausen 139
Eibenstock 196
Eisenach 171, 199
Elstal 24
Erfurt 84, 199

Felgentreu 149
Frankfurt/Main 127, 164
Frankfurt/Oder 88, 141, 154, 158, 173
Fünfeichen 87
Fürstenberg/Havel 104, *108, 116, 230*
Fürstenwalde 173

Gardelegen 171
Gdansk/Danzig 201, 204
Gera 153, 194
Görlitz 174
Gossel 149
Gotha 84, 141, 199
Gräfenhainichen 149
Gransee 149
Greifswald 84
Grethen 146

Grimma 108, 173
 Grossenhain 108

 Halberstadt 148
 Halle 39, 84, 104, 108, 149, 158, 167, 171
 Hamburg 13,164
 Hannover 164
 Hennigsdorf 71
 Hillersleben 105, 108, 109
 Hiroshima 49
 Hirschfelde 152
 Hoyerswerda 11

 Jalta 46 f., 49, 67
 Jamlitz 87
 Jänickendorf 147
 Jena 70, 77, 79, 108, 141, 170 f.
 Jüterbog 104, 228, 229, 230

 Kaliningrad/Königsberg 28, 30
 Ketschendorf 87
 Ketzin 22
 Kiew 60
 Klaipeda 224
 Kleinmachnow 41
 Kokura 49
 Königs Wusterhausen 168
 Königsbrück 134, 152, 171
 Krakow 162
 Krampnitz 108
 Küstrin 19 f.

 Legnica 194
 Leipzig 39, 79, 84, 96, 119, 126, 158, 167,
 169, 171, 213 f., 215
 Leuna 178
 Liebenwerda 148
 Lieberose 87
 Liessen 148
 Litomefice 194, 196
 Löbau 194
 London 163
 Löwenberg/Glau 228
 Lübben 173
 Luckenwalde 148, 149, 228
 Ludwigslust 148, 171

 Magdeburg 39, 84, 108, 126, 130, 167,
 170 f., 178
 Marienborn 8, 121, 130, 166
 Meiningen 147
 Meissen 54,171
 Merseburg 70, 84, 108, 171, 178
 Milovice 222
 Mimoh 194

 Moskau 15, 45 f., 61, 63 f., 69, 78, 99, 101, 109,
 111, 123, 126, 132, 142, 160 f., 163, 167 f.,
 171, 173 f, 179, 198, 202, 210, 214, 225
 Motzen 151
 Mühlberg 87
 Mühlhausen 149
 Mukran 154, 224

 Nagasaki 49
 Nauen 104, 125
 Naumburg 108, 148, 171
 Neubrandenburg 39
 Neuruppin 108
 Neustrelitz 108, 138
 New York 165
 Niedergörsdorf 230
 Niedersedlitz 179
 Niesky 174
 Niigata 49

 Ochodna 41
 Ohrdruf 108
 Oranienburg 173
 Oschatz 173
 Ottawa 218

 Parchim 171
 Perleberg 108, 171
 Plzen 194
 Plauen 140, 194, 213
 Potsdam 22, 39,45, 48, 49, 60, 67, 84,108, 149,
 199
 -Babelsberg 46, 104
 Prag 12, 15, 160, 162, 192, 195, 197f., 200 f.
 Puschwitz 158

 Radebeul 104
 Rathenow 150
 Rechlin 108
 Reichenbach 194
 Reims 23
 Riesa 108, 134, 173
 Röderau 151
 Rokycany 194
 Rosslau 108
 Rostock 39, 79, 84, 224

 Sachsenhausen 84, 87, 88
 Saratow 61
 Schopisdorf 151
 Schwanheide 14
 Schwarzenberg 194
 Schwedt 19
 Schwerin 54, 84, 104, 108, 126, 149

Seelow 19 f.
 Slany 196
 Sokolov 196
 Sperenberg 123
 Spremberg 173
 St. Petersburg/Leningrad 15, 78, 224
 Stendal 104, 108, 119, 150, 171
 Stern-Buchholz 146
 Stettin 19,43
 Stockholm 62
 Stralsund 39
 Strausberg 198
 Stülpe 148
 Suhl 171

 Tangerhütte 148
 Teheran 46
 Tokio 49
 Torgau 22 f., 54, 84, 87
 Trebbin 228

 Vogelsang 116

 Waren 13, 84
 Warschau 180

 Weimar 84, 104, 108, 119, 171
 Weissenberg 194
 Weissenfels 171
 Werneuchen 152
 Wien 39
 Wismar 39, 54, 224
 Wittenberg 19, 54, 173
 Wittenberge 54
 Wittstock 147
 Wladiwostok 8
 Wolfen 179
 Wolgograd/Stalingrad 18, 21
 Wolmirstedt 109, 130
 Woltersdorf 104
 Workuta 173
 Wörmlitz 149
 Wünsdorf 26, 60, 104, 108, 123, 124,
 125 f., 149, 213

 Zeithain 173
 Zeitz 171
 Zerbst 108
 Zittau 194
 Zlutice 194
 Zwickau 84, 194

Bildnachweis

Bersch, Günter 117, 137
 Gäbler, Gerhard 215
 Klöppel, Eberhard 11, 120, 223, 229, 237, 239
 Möhring, Wolfgang 77
 Priess, Benno 87
 Steinberg, Detlev 124 o. & u., 135, 157, 181,
 211, 220, 227
 Stiebing, Hans Peter 13

 privat 125

 Archiv Ch. Links Verlag 18, 47, 51, 185
 ASTAK 131
 Bundesarchiv Koblenz 8 (1988/0818/102 N), 53
 (1985/0424/310 N), 139 (1991/0123/ 303 N),
 200 (G 1105//30/1 N), 209 (1989/ 1006/411
 KB)
 Deutsches Historisches Museum, Berlin 103,
 121
 Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst
 25 o. & u., 27, 29, 35, 43, 48, 57, 59, 68,
 90,115,136 (Sammlung Borissow)
 Dietz Verlag Berlin, Bildarchiv 234
 Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen
 129 o. & u., 141, 147, 151, 156

 DPA/Picture Alliance 97 (3196654)
 Karta 204 (Tomasz Gleb) Landesarchiv Berlin
 170 (Nr. 25713,
 Gert Schütz), 171 (85134), 175 (248922,
 Heinrich van der Becke)
 Matthias-Domaschk-Archiv 112 (Jürgen
 Nagel), 233 (Rolf Zöllner)
 Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam
 108
 Militärhistorisches Museum Dresden 93
 Stiftung Gedenkstätte
 Berlin-Hohenschönhausen 83, 85
 Stiftung Preussischer Kulturbesitz 31, 71, 73,
 95, 166, 193, 195, 199
 Süddeutscher Bilderdienst 165
 TASS, Moskau 119, 222, 240
 Ullstein Bilderdienst 37

 Die Mauer des 13. August. Berlin 1962 187
 Ich schwöre. Eine Bilddokumentation über
 die Nationale Volksarmee. Berlin 1971 203
 Le Tissier, Tony: Berlin then and now.
 London 1992 189
 Sowjetische Truppen in Deutschland
 1945-1994. Moskau 1994 122

Zu den Autoren

Ilko-Sascha Kowalczuk

Jahrgang 1967, Dr. phil., Historiker, 1995-98 Mitglied der Enquete-Kommission «Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit», 1998-2000 Mitarbeiter der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter mit Leitungsfunktion in der Abt. Bildung und Forschung bei der BStU.

Autor zahlreicher Bücher zur DDR-Geschichte, zuletzt: «Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR» sowie «Die wichtigsten 101 Fragen: DDR» (beide München 2009).

Bücher im Ch. Links Verlag: «Der Tag X – 17. Juni 1953. Die ‚Innere Staatsgründung‘ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54» (hrsg. mit Stefan Wolle und Armin Mitter), 1995; «Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR» (hrsg. mit Ulrike Poppe und Rainer Eckert), 1995; «Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961», 1997; Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, 2003; «Staatsgründung auf Raten? Zu den Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR» (hrsg. mit Torsten Diedrich), 2005.

Stefan Wolle

Jahrgang 1950, Studium der Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1972 Relegation aus politischen Gründen, Arbeit in einem Produktionsbetrieb, 1976-89 Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1984 Promotion, 1990 Sachverständiger für die MfS-Akten am Runden Tisch und seit dem 3. Oktober 1990 Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, fristlose Entlassung wegen Kritik an der Behörde, 1991-96 Assistent an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2002 Mitarbeiter des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität und seit 2006 ausserdem wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums Berlin.

Bücher im Ch. Links Verlag: «Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft» (hrsg. mit Bernd Florath und Armin Mitter), 1992; «Der Tag X – 17. Juni 1953. Die ‚Innere Staatsgründung‘ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54» (hrsg. mit Ilko-Sascha Kowalczuk und Armin Mitter), 1995; «Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989», 1998 (3. Aufl. 2009); «Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968», 2008.